



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
Landesverband des Bayerischen
Groß- und Außenhandels
Ottostraße 15 · 8000 München 2



Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

41. Jahrgang 1987 · München
Jan./Febr. 1987 · Nr. 1/1987



LGA-Btx
★ 920 487 #

Nach Redaktionsschluß erreichte uns die Meldung:

Braun als IHK-Präsident wiedergewählt

Die neue Vollversammlung der IHK Nürnberg hat den Präsidenten unseres Landesverbandes, Konsul Senator Walter **Braun**, in geheimer Abstimmung zum Präsidenten gewählt.



Bei einem an die konstituierende Sitzung der Vollversammlung sich anschließenden Empfang überbrachte Bundesminister Oscar Schneider die Glückwünsche der Bundesregierung und des Bundeskanzlers, im Namen der Bayerischen Staatsregierung gratulierte Staatssekretär Wilhelm Vorndran. Heinrich von Mosch,

Regierungspräsident von Mittelfranken, fand besonders herzliche Worte zur Wiederwahl Brauns.

Braun bekleidet dieses Amt bereits seit dem Jahre 1971. Er ist u. a. Mitglied des Vorstandes des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) und Vizepräsident unseres Bundesverbandes (BGA), Mitglied des Bayerischen Senats und Honorarkonsul der Republik Österreich für Nordbayern. Ferner ist **Braun** Vorsitzender des Freundeskreises Deutscher Auslandsschulen (FDA), Bonn, und Präsidiumsmitglied der Deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer (IHK).

Mit seiner Wahl wurde Präsident **Braun** dienstältester Kammerpräsident der Bundesrepublik Deutschland. Uns erfüllt diese Wahl mit Stolz und wir gratulieren unserem Präsidenten hierzu auf das herzlichste.

Zu Vizepräsidenten wurden gewählt:

- Dr. Georg Bayer, Nürnberger Lebensversicherung AG/Nürnberger Allgemeine Versicherungs AG, Versicherungen
- Wolfgang Bischof, Firma Wolfgang Bischof, Nürnberg, Industrievertretungen
- Dr. Gustav Drechsler, Firma EIWO-BAU GmbH & Co., Nürnberg, Industrie
- Lothar Geyer, Firma TOBAK Lothar Geyer, Tabakwaren Groß- und Einzelhandel, Nürnberg, Handel
- Dr. Hans Moser, Firma Matthias Oechsler & Sohn GmbH & Co., Ansbach, Industrie
- Dipl.-Ing. Helmuth Schaak, Firma Leistritz AG, Nürnberg, Industrie
- Dieter Streng, Firma Baustoff Union GmbH & Co. KG, Baumarkt Franken, Nürnberg, Handel
- Rudolf Wöhrl, Firma Rudolf Wöhrl, das Haus der Markenkledung, Nürnberg, Handel
- Anton Wolf, Eckart-Werke Standard Bronzepulver-Werke Carl Eckart, Fürth, Vorsitzender des Industrie- und Handelsremiums Fürth, Industrie

Das aktuelle Thema

3

Finanzierungsverhältnisse und -erfordernisse im Großhandel in der Bundesrepublik Deutschland

Arbeitgeberfragen

4

Handels- und Gaststättenzählung 1985

6

Bayerische Unternehmertage 1987:
Kurs „90“ – Mut zu neuen Wegen

7

Österreich ehrt Präsident Walter Braun

Berufsausbildung und -Förderung

8

Marketing-Konzeptionen für den Großhandel

Verschiedenes

9

Personalien

9

Buchbesprechungen

10

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:

Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Kfm. Sauter (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsausbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Bethcke · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint alle 2 Monate. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Ottostraße 15. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, München 2, Ottostraße 15, Telefon 557701/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 8000 München, Ottostraße 15. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenabteilung: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, München 2, Ottostraße 15. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Druck: typobierl, 8000 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 3596066-68.

Das aktuelle Thema

Finanzierungsverhältnisse und -erfordernisse im Großhandel in der Bundesrepublik Deutschland

von Josef Lachner

Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse in Thesenform des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung

Die Untersuchung der Finanzierungsverhältnisse und -erfordernisse im Großhandel hat folgende wesentliche Ergebnisse erbracht:

Finanzierungssituation

Die durchschnittliche Kapitalbindungsdauer betrug im Jahre 1984 rd. 3,5 Monate; sie ist damit wesentlich kürzer als im Durchschnitt des Einzelhandels oder des Verarbeitenden Gewerbes.

Je größer die Großhandelsunternehmen, desto schneller ist der Kapitalumschlag: Er reicht von 2,7 bei den kleineren Unternehmen mit weniger als 5 Mio. DM Jahresumsatz bis zu 4,7 bei den großen Unternehmen mit mehr als 100 Mio. DM Jahresumsatz. Daraus ergibt sich für die kleinen und mittleren Unternehmen eine spürbar höhere Zinskostenbelastung des Umsatzes als bei den großen Unternehmen.

Das Anlagevermögen hat im Großhandel einen Anteil an der Bilanzsumme von rd. 22%; kleine und mittlere Unternehmen haben eine überdurchschnittliche, große Unternehmen eine unterdurchschnittliche Anlagenquote.

Die durchschnittliche Eigenkapitalquote des Großhandels wurde für 1984 mit 23% ermittelt. Die kleinen und mittleren Unternehmen weisen eine spürbar bessere Eigenkapitalausstattung auf als die großen. Das bedeutet – für sich betrachtet –, daß die großen Unternehmen eine höhere Belastung des Umsatzes mit – ausgabewirksamen – Fremdkapitalzinsen zu tragen haben. Die höhere Kapitalproduktivität und die wohl günstigeren Kreditkonditionen der großen Unternehmen dürften diesen Nachteil weitgehend kompensieren.

Die Gegenüberstellung der Vermögens- und Kapitalstruktur zeigt, daß das Anlagevermögen im Durchschnitt durch das Eigenkapital gerade gedeckt ist. Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital zusammen decken – neben dem Anlagevermögen – noch rd. 22% des Umlaufvermögens ab. Unter dem Gesichtspunkt der Fristenkongruenz zwischen Vermögensbindungs- und Kapitalverweildauer ist die Finanzierungsstruktur des Großhandels insgesamt als zufriedenstellend zu werten. Die kleinen Unternehmen weisen dabei eine wesentlich stärkere Überdeckung mit langfristigen Mitteln auf als die mittleren und vor allem die großen.

Auch die Relation zwischen Umlaufvermögen und kurzfristigen Verbindlichkeiten, die ein Ausdruck für die Liquidität darstellt, weist mit 1,5 einen relativ hohen Wert auf. Vor allem bei den kleinen Unternehmen ist das Umlaufvermögen wesentlich größer als die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Veränderung der Finanzierungsverhältnisse

Die Kapitalumschlagshäufigkeit des Großhandels hat sich im Zeitraum 1968 bis 1984 tendenziell etwas erhöht, die Kapitalproduktivität also geringfügig verbessert. Es ist zu vermuten, daß im Großhandel der Steigerung der Kapitalproduktivität nach wie vor nicht die erforderliche Aufmerksamkeit geschenkt wird. Insbesondere bei den kleinen und mittleren Unternehmen dürften noch erhebliche Rationalisierungsreserven vorhanden sein.

In den zurückliegenden Jahren hat sich die Vermögensstruktur des Großhandels geringfügig zugunsten des Umlaufvermögens verschoben. Das gilt vor allem für die großen Unternehmen, während bei den Firmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 10 Mio. DM der Anteil des Umlaufvermögens an der Bilanzsumme eher abgenommen hat.

Die durchschnittliche Eigenkapitalquote verringerte sich von 32% im Jahre 1968 auf 23% im Jahre 1984. Davon waren die Unternehmen aller Größenklassen betroffen, am stärksten die Unternehmen mit 2 bis 5 Mio. DM Jahresumsatz.

Die Anlagendeckung verschlechterte sich infolge des Rückgangs der Eigenkapitalquote spürbar. Der Rückgang des Eigenkapitals konnte durch die verstärkte Aufnahme von langfristig verfügbarem Fremdkapital nur zum Teil ausgeglichen werden. Entsprechend mußte mehr Umlaufvermögen durch kurzfristiges Fremdkapital finanziert werden. Die Finanzierung des Großhandels ist damit seit Ende der 60er Jahre sowohl unter dem Gesichtspunkt der Haftungsbasis als auch der Fristenkongruenz risikoreicher geworden.

Finanzierung des Kapitalbedarfs

Angesichts der erhöhten Leistungsanforderungen, die an den Großhandel gestellt werden, hat sich der Kapitalbedarf – trotz schwacher Entwicklung der Investitionsquote und zunehmender Kapitalproduktivität – erhöht.

Empirischen Ergebnissen zufolge hat der Großhandel in den zurückliegenden Jahren seine Investitionen in erster Linie durch Gewinne und Abschreibungserlöse, also aus eigener Kraft, finanziert. Soweit Fremdmittel in Anspruch genommen wurden, handelte es sich um Kredite, die zu „Normalkonditionen“ ausgereicht wurden; Kredite aus öffentlichen Programmen wurden hingegen relativ selten in Anspruch genommen.

Die Innenfinanzierungskraft des Großhandels – gemessen am Cash Flow – hat sich in den zurückliegenden Jahren spürbar verschlechtert. Das ist ausschließlich auf die sinkende Gewinnquote zurückzuführen; die Abschreibungsquote hat sich demgegenüber nicht verändert.

Der nach Abzug der kalkulatorischen Kosten Unternehmerlohn und Eigenkapitalzinsen sowie der Gewinnsteuern verbleibende Netto-Cash Flow hat jedoch in der Vergangenheit zur Finanzierung der Investitionen ausgereicht. Zur Finanzierung des gesamten zusätzlichen Kapitalbedarfs mußte allerdings teilweise auf Fremdmittel zurückgegriffen werden.

Die rückläufige Eigenkapitalquote läßt sich mit der Fremdmittelaufnahme allein nicht erklären. Es ist zu vermuten, daß in den zurückliegenden Jahren Teile des Cash Flow – für welche Zwecke auch immer – außerbetriebliche Verwendung fanden.

Die Gesamtkapitalrentabilität des Großhandels hat sich in den vergangenen Jahren tendenziell verschlechtert. Das führte vor allem in Hochzinsphasen zu einer Verringerung der Eigenkapitalrentabilität. Bei weiterem Absinken der Gesamtkapitalrentabilität ist der Zeitpunkt abzusehen, bei dem der Einsatz von Fremdkapital un-

ter rein betriebswirtschaftlicher Sicht nicht mehr zu rechtfertigen ist. Ein weiteres spürbares Absinken der Eigenkapitalquote ist dadurch „vorprogrammiert“.

Investitions- und Finanzierungsperspektiven

Der Großhandel plant, seine Investitionstätigkeit in den kommenden Jahren leicht auszuweiten. Das gilt vor allem für die kleinen und mittleren Unternehmen; die großen Unternehmen beabsichtigen hingegen, ihre Investitionstätigkeit tendenziell eher einzuschränken.

Der Kapitalbedarf des Großhandels dürfte in den kommenden Jahren — bei weiter leicht steigender Kapitalproduktivität — zunehmen.

Die Finanzierung der geplanten Anlageinvestitionen soll auch in den kommenden Jahren in erster Linie durch Verwendung von Gewinnen und Abschreibungserlösen erfolgen. Angesichts weiter rückläufiger Gesamtkapitalrendite und Eigenkapitalquote dürften jedoch die Innenfinanzierungsspielräume des Großhandels in den nächsten Jahren spürbar schrumpfen.

Arbeitgeberfragen

Handels- und Gaststättenzählung 1985

Im Großhandel (Stichtag: 29.3.1985) wurden 101089 Unternehmen mit 1137179 Beschäftigten gezählt, das waren 3381 (+ 4 %) Unternehmen mehr und 69069 (- 6 %) Beschäftigte weniger als am 31.3.1979, dem Stichtag der letzten Handels- und Gaststättenzählung (HGZ). Die zwischen 1968 und 1979 zu beobachtende allgemeine Entwicklung zurückgehender Unternehmenszahlen bei gleichzeitiger Zunahme der Beschäftigten hat sich damit umgekehrt. Inwieweit sich die Beschäftigungssituation durch Zu- oder Abnahme der Teilzeitbeschäftigung verändert hat, kann anhand der vorliegenden Ergebnisse nicht beurteilt werden. Die Teilzeitbeschäftigte gehen ungewichtet in die Gesamtzahl der Beschäftigten ein und werden — anders als bei der letzten Zählung — nicht gesondert ausgewiesen. Nach den Ergebnissen der monatlichen Repräsentativerhebungen im Großhandel betrug ihr Anteil knapp 15 %.

Die nominalen Umsätze des Großhandels lagen 1984 mit 852 Mrd. DM im Durchschnitt um 39 % über dem Niveau von 1978. Hier schlägt sich allerdings die zwischen 1978 und 1984 eingetretene Erhöhung des Preisniveaus nieder, die für den Großhandel insgesamt — gemessen am Index der Großhandelsverkaufspreise — rd. 34 % betrug.

Der Beitrag des Großhandels zur Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche ist damit gegenüber 1978 mit rd. 4,5 % ungefähr gleichgeblieben, während der Anteil des Handels insgesamt 9,7 % betrug und damit etwas zurückgegangen ist.

Unternehmen nach Wirtschaftsgruppen

Zum Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren zählten am 29.3.1985 29 090 Unternehmen mit 317 943 Beschäftigten, das sind rund 7 % weniger Unternehmen und sogar 12 % weniger Beschäftigte als am 31.3.1979. Damit stellt der „Produktionsverbindungsrandel“ zwar nur 29 % (1979: 32 %) aller Großhandelsunternehmen und 28 % (1979: 30 %) aller in Großhandelsunternehmen Beschäftigten, tätig jedoch nahezu die Hälfte des Umsatzes 48 % (1979: 46 %). Je Unternehmen waren im Durchschnitt knapp 11 Personen tätig, der Umsatz je Unternehmen betrug rund 14 Mio. DM.

Die Struktur der 7 Gruppen des Großhandels mit Rohstoffen und Halbwaren und deren Entwicklung seit 1979 war sehr unterschiedlich. Innerhalb dieses Bereichs hatte der Handel mit festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen mit 141 Mrd. DM allein einen Umsatzanteil von gut einem Drittel, obwohl der Anteil an der Zahl der Unternehmen und Beschäftigten nur 6 % (1743) bzw. 9 % (28 809) betrug. Der — gemessen am Umsatz — zweitgrößten Wirtschaftsgruppe, dem Großhandel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren, waren immerhin mehr als ein Drittel (36 %) der Unternehmen (10 436) und ein Viertel der Beschäftigten (78 195) zuzuordnen. Sie setzten 1984 rund 90 Mrd. DM um, das entspricht 22 % des Ge-

samtumsatzes im Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren. Einen fast ebenso hohen Umsatzanteil (21 %) erzielte der Großhandel mit Erzen, Stahl, NE-Metallen usw., der mit knapp 8 % der Unternehmen (2237) und 17 % der Beschäftigten (55 561) im Produktionsverbindungsrandel besonders beschäftigungsintensiv ist.

Die restlichen vier Wirtschaftsgruppen stellen zusammen rund 50 % der Unternehmen und Beschäftigten, tragen aber nur 22 % zum Gesamtumsatz dem Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren bei. Die größte dieser vier Wirtschaftsgruppen ist der Handel mit Holz, Baustoffen, Installationsbedarf mit 29 % der Unternehmen (8 359), 36 % der Beschäftigten (114 398) und 12 % des Umsatzes (48 295 Mio. DM) im gesamten Produktionsverbindungsrandel. Gemessen an der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten, sind der Handel mit textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw. (rund 800 Unternehmen und 5 600 Beschäftigte) und der Handel mit technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk (1100 bzw. 12 200) die kleinsten Wirtschaftsgruppen. Eine Sonderstellung nimmt der Großhandel mit Altmaterial und Reststoffen ein, der in 4 481 Unternehmen (15 %) 23 240 Personen beschäftigte (rund 7 %), jedoch lediglich 13 Mrd. DM (3 %) umsetzte und damit nur einen durchschnittlichen Unternehmensumsatz von 2,8 Mio. DM aufwies. Diese Unternehmen gehören ähnlich wie etwa landwirtschaftliche Absatzgenossenschaften ihrer Hauptfunktion nach zum Aufkauf- oder Sammelgroßhandel, d. h. sie kaufen Waren in relativ kleinen Mengen auf, sortieren sie teilweise und verkaufen sie dann in größeren Partien weiter. Der Aufkaufhandel trägt also vor allem zum Mengenausgleich auf den Beschaffungsmärkten bei. Mit rund 81 Mio. DM erreichte der Großhandel mit festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen einen besonders hohen durchschnittlichen Umsatz je Unternehmen. Das ist weit mehr als der für den übrigen Produktionsverbindungsrandel ermittelte Wert von knapp 10 Mio. DM je Unternehmen. Noch höher ist diese Kennzahl für die Werkhandelsunternehmen in dieser Gruppe mit 557 Mio. DM. Werkhandelsunternehmen, die als Vertriebgesellschaften der Industrie tätig sind, werden im Rahmen der Umsatzsteuerstatistik in der Regel nicht einzeln erfaßt und nachgewiesen, sondern zusammen mit den übrigen Gesellschaften des jeweiligen Organkreises.

Unterschiedliche Entwicklungen

Vergleicht man die Ergebnisse mit denen der letzten Zählung, so fällt insbesondere der starke Zuwachs von Unternehmen und Beschäftigten (+37 % bzw. +16 %) im Handel mit technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk auf. Der Umsatz hat sich gegenüber 1979 sogar mehr als verdreifacht. Demgegenüber sind in den übrigen Gruppen des Produktionsverbindungsrandels zumeist kräftige Rückgänge bei Unternehmens- und/oder Beschäftigtenzahlen zu verzeichnen. Bemerkenswert ist hier die gegenläufige Entwicklung von Unternehmen (+9 %) und Beschäftigten (-19 %) im Handel mit Erzen, Stahl, NE-Metallen. Dort waren im Erhebungsjahr 1985 im

Durchschnitt je Unternehmen rd. 9 Personen weniger beschäftigt als noch 1979. Bei Betrachtung der Umsatzentwicklung muß die unterschiedliche Entwicklung des Preisniveaus in den einzelnen Branchen berücksichtigt werden. So erzielte der Handel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren trotz einer vergleichsweise niedrigen nominalen Umsatzsteigerung auch „real“ einen Zuwachs, während die Umsätze im Handel mit festen Brennstoffen und Mineralöl-erzeugnissen trotz hoher nominaler Zuwächse der Menge nach gegenüber 1979 zurückgegangen sind.

Zum Großhandel mit Fertigwaren zählten am Erhebungstichtag 71999 Unternehmen mit 819236 Beschäftigten. Im Gegensatz zum Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren nahm hier die Zahl der Unternehmen gegenüber 1979 um 8% zu, der Rückgang der Beschäftigten fiel mit 3% wesentlich geringer aus als im Produktionsverbindungshandel. Je Unternehmen waren im Durchschnitt 11,4 Personen tätig, je Unternehmen wurden 6 Mio. DM Umsatz erwirtschaftet.

Unter den 7 Wirtschaftsgruppen erzielte der Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren mit 173 Mrd. DM (39%) den bei weitem höchsten Umsatz. In dieser Gruppe waren 17407 Unternehmen (24%) mit 212258 (26%) Beschäftigte tätig. Den zweithöchsten Umsatz (98 Mrd. DM) innerhalb des Fertigwarenhandels erzielte der Handel mit Fahrzeugen, Maschinen und technischem Bedarf, der damit einen Umsatzanteil von mehr als einem Fünftel (22%) hiel und – was die Zahl der Unternehmen und Be-

schäftigten angeht – die Bedeutung des Großhandels mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren erreichte. In dieser Gruppe hatten die Werkhandelsunternehmen mit 16% einen beachtlichen Umsatzanteil, da insbesondere Fahrzeughändler Vertriebsgesellschaften in den Absatzweg einschalten. Der Handel mit Metallwaren und Einrichtungsgegenständen als drittgrößte Wirtschaftsgruppe des Fertigwarenhandels stellte rd. ein Fünftel der Unternehmen (14775) und Beschäftigten (167664), erreichte aber beim Umsatz (70 Mrd. DM) nur einen Anteil von 16%. Der Handel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren spielt im Großhandel eine wesentlich geringere Rolle als im Einzelhandel. Er umfaßt 7622 Unternehmen (11%) und 63582 Beschäftigte (8%) bei einem Umsatz von rd. 29 Mrd. DM (knapp 7%). Zu den „kleinen“ Wirtschaftsgruppen zählt der Großhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen u. ä. Erzeugnissen (8% der Unternehmen, 7% der Beschäftigten und 6% des Gesamtumsatzes) im Großhandel mit Fertigwaren, der Handel mit feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw. (5% der Unternehmen, 3% der Beschäftigten, 2% des Umsatzes) und der Handel mit Papier und Druckerzeugnissen sowie Waren verschiedener Art (7% der Unternehmen, 10% der Beschäftigten und 8% des Umsatzes).

Als einzige Wirtschaftsgruppe des Fertigwarenhandels hat der Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren einen Rückgang der Unternehmenszahl (–15%) zu verzeichnen, der sich auch in der Entwicklung der Beschäftigtenzahl (–14%)

Vergleich der Zählungsergebnisse 1985 mit 1979 im Großhandel nach zusammengefaßten Umsatzgrößenklassen

Umsatz von bis unter DM	Unternehmen				Beschäftigte				Umsatz ¹⁾			
	1985 ²⁾		1979 ³⁾		1985 ²⁾		1979 ³⁾		1984		1978	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Mio. DM	%	Mio. DM	%
unter 1 Mio.	47940	47,4	50673	51,9	118002	10,4	134106	11,1	16576	1,9	17131	2,8
1 Mio. – 10 Mio.	36897	36,5	34017	34,8	323923	28,5	370808	30,7	122811	14,4	110848	18,1
10 Mio. – 250 Mio.	10209	10,1	8162	8,4	495928	43,6	522982	43,4	349515	41,0	271285	44,2
250 Mio. und mehr	403	0,4	279	0,3	176631	15,5	161010	13,3	356843	41,9	210763	34,4
Neugründungen ⁴⁾	5640	5,6	4577	4,7	22695	2,0	17342	1,4	6499	0,8	3325	0,5
Großhandel insgesamt	101089	100,0	97708	100,0	1137179	100,0	1206248	100,0	852244	100,0	613352	100,0

¹⁾ Geschäfts- oder Kalenderjahr 1984 bzw. 1978.

²⁾ Stichtag: 29. März 1985.

³⁾ Stichtag: 31. März 1979.

⁴⁾ Unternehmensgründungen oder -übernahmen nach Beginn des Jahres 1984 bzw. 1978.

Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz im Großhandel nach Umsatzgrößenklassen

Umsatz von bis unter DM	Unternehmen				Beschäftigte		Beschäftigte je Unternehmen	Umsatz 1984 ¹⁾	Umsatz je			
	am 29. März 1985								Unter- nehmen	Beschäf- tigten		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Mio. DM	%		1000 DM			
20 000 – 50 000	5479	5,4	7810	0,7	1,4	178	0,0		32	23		
50 000 – 100 000	5656	5,6	9030	0,8	1,6	410	0,0		73	45		
100 000 – 250 000	11238	11,1	21860	1,9	1,9	1880	0,2		167	86		
250 000 – 500 000	11966	11,8	30711	2,7	2,6	4334	0,5		362	141		
500 000 – 1 Mio.	13601	13,5	48591	4,3	3,6	9773	1,1		719	201		
1 Mio. – 2 Mio.	13799	13,7	72631	6,4	5,3	19629	2,3		1422	270		
2 Mio. – 5 Mio.	15205	15,0	130253	11,5	8,6	48054	5,6		3160	369		
5 Mio. – 10 Mio.	7893	7,8	121039	10,6	15,3	55129	6,5		6984	455		
10 Mio. – 25 Mio.	6206	6,1	172929	15,2	27,9	95701	11,2		15421	553		
25 Mio. – 50 Mio.	2248	2,2	124446	10,9	55,4	78246	9,2		34807	629		
50 Mio. – 100 Mio.	1113	1,1	100115	8,8	90,0	76745	9,0		68953	767		
100 Mio. – 250 Mio.	642	0,6	98438	8,7	153,3	98823	11,6		153930	1004		
250 Mio. – 1 Mrd.	307	0,3	102981	9,1	335,4	145683	17,1		474537	1415		
1 Mrd. und mehr	96	0,1	73650	6,5	767,2	211160	24,8		2199586	2867		
Neugründungen ²⁾	5640	5,6	22695	2,0	4,0	6499	0,8		1152	286		
Großhandel insgesamt	101089	100,0	1137179	100,0	11,2	852244	100,0		8431	749		

¹⁾ Geschäfts- oder Kalenderjahr 1984.

²⁾ Unternehmensgründungen oder -übernahmen nach Beginn des Jahres 1984.

niederschlägt. Dabei wurde — unter Berücksichtigung der seit 1978 eingetretenen Preissteigerungen — dennoch ein volumenmäßig unveränderter Warenumsatz erzielt.

In anderen Wirtschaftsgruppen hat dagegen die Zahl der Unternehmen erheblich zugenommen, wobei allerdings mit Ausnahme des Handels mit Papier, Druckerzeugnissen und Waren verschiedener Art die Zahl der Beschäftigten prozentual wesentlich geringer stieg oder sogar zurückging. Dies gilt insbesondere für den Handel mit pharmazeutischen, kosmetischen u.ä. Erzeugnissen. Die Zunahme der Zahl der Unternehmen um fast 70% wird hier maßgeblich von der Entwicklung im Großhandel mit Wasch-, Putz- und Reinigungsmitteln beeinflußt, wo sich die Unternehmenszahl mehr als verdoppelte. Allerdings beschränkte sich die Zunahme vorwiegend auf — vermutlich hauptsächlich von Einzelkaufleuten betriebene — Kleinunternehmen mit Jahresumsätzen von weniger als 100 000 DM.

Unternehmen nach Größenklassen

Ein Vergleich der Ergebnisse der beiden letzten Handelszensen ist in der Untergliederung nach Umsatzgrößenklassen nicht unproblematisch, weil der Anstieg des Niveaus der Großhandelspreise bei einem Teil der Unternehmen — selbst bei real gleichgebliebenen Umsätzen — ein „Hineinwachsen“ in die nächsthöhere Umsatzgrößenklasse zur Folge hatte. Diese Entwicklung ist bei der Betrachtung der veränderten Umsatzgrößenklassenstruktur im Großhandel zu berücksichtigen. Die Erhöhung der Erfassungsgrenze und damit der Wegfall der 1979 noch nachgewiesenen Größenklasse 12 000 — 20 000 DM dürfte allerdings den Ergebnisvergleich kaum beeinträchtigen. Während von 97708 Unternehmen im Jahre 1979 noch mehr als die Hälfte (52%) einen Umsatz von weniger als einer Million DM tätigten, waren es im Jahre 1985 von 101089 Unternehmen nur noch 47% und damit rd. 5% weniger (siehe Tabelle). Die Zahl der Unternehmen mit Jahresumsätzen von mehr als einer Million DM erhöhte sich dagegen um 12%, ihr Anteil stieg von 43% auf 47%. Aus der Tabelle geht hervor, daß die 403 größten Unternehmen (in den Größenklassen 250 Mio. und mehr) mit 176 631 Beschäftigten (knapp 16%) allein rd. 357 Mrd. DM umsetzen und damit 42% zum Großhandelsergebnis insgesamt beitragen. Fast ebenso hoch (41%) ist der Umsatzanteil der 10209 Unternehmen in den Größenklassen (10 Mio. bis unter 250 Mio. DM) mit 495 928 Beschäftigten (knapp 44%). Der verbleibende Umsatzanteil von 17% entfiel auf die 90477 Unternehmen (rd. 90%), und 464 620 Beschäftigten (41%), die weniger als 10 Mio. DM Jahresumsatz erzielten bzw. als Neugründungen noch kein volles, 1984 endendes Geschäftsjahr aufwiesen. Bei getrennter Betrachtung der Strukturen des Handels mit Rohstoffen und Halbwaren und des Handels mit Fertigwaren wird deutlich, daß beide Bereiche annähernd gleiche Umsatzanteile (48% bzw. 52%) am Gesamtergebnis hielten, im Großhandel mit Fertigwaren aber fast zweieinhalbmal so viele Unternehmen wie im Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren tätig waren. Die Großunternehmen mit einem Jahresumsatz von 250 Mio. DM und mehr, die ungefähr zu gleichen Teilen auf beide Bereiche entfielen, hatten im Handel mit Rohstoffen und Halbwaren einen Umsatzanteil von 56% (1979: 48%), im Fertigwarenhandel aber nur einen solchen von 29% (1979: 23%). Demgegenüber entfielen auf die Unternehmen mit Umsätzen von weniger als 10 Mio. DM im Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren nur 11% (1979: 16%), im Großhandel mit Fertigwaren jedoch fast 22% (1979: 25%).

Beschäftigtengrößenklassen

Die Verteilung der Unternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen zeigt die nach wie vor weitgehend mittelständische Struktur des Großhandels auf. Allerdings ist die Zahl der Beschäftigten infolge der zunehmenden Automatisierung nur noch bedingt als Indikator für die Unternehmensgröße geeignet. In fast 41 % der Unternehmen

Außenhandelskaufmann (35), span., engl., franz., Ausbildung bei Hamburger Firmengruppe, 5 Jahre Geschäftsl.-Assistent bei Im-/Exportfirma mit Fabrikationsbetrieb, 3 Jahre Auslandseinsatz in Süd-Amerika (Vertretungsaufbau, Einkauf Produkte, Verkauf Nahrungsmittelanlagen). Zur Zeit tätig in Anlagenabt. eines westdeutschen Handelsunternehmens (Export von Nahrungsmittelanlagen und Verpackungsmaschinen, Marktuntersuchungen in Übersee), — sucht ausbaubare Stellung im Raum München, Auslandseinsatz auch vorstellbar.

Angebote richten Sie bitte an die Hauptgeschäftsstelle.

(1979: knapp 40%) waren ein oder zwei Personen beschäftigt, wobei es sich überwiegend um den täglichen Inhaber und um einen unbezahlten mithelfenden Familienangehörigen gehandelt haben dürfte. Die Zahl der Unternehmen dieser Gruppe und ihr Anteil an der Gesamtzahl hat damit gegenüber 1979 zugenommen. Der von ihnen erwirtschaftete Umsatz betrug im Durchschnitt rd. 850 000 DM. Der nächsthöheren Größenklasse (3 — 5 Beschäftigte) waren knapp 27% (1979: 25%) der Unternehmen mit einem durchschnittlichen Umsatz von rd. 2,6 Mio. DM zuzurechnen. Auf die beiden untersten Größenklassen zusammen, entfielen damit mehr als zwei Drittel aller Unternehmen, 14% der Beschäftigten und 12% des Umsatzes im Großhandel. Die ihrer Zahl nach kaum ins Gewicht fallenden 123 Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten hatten einen Beschäftigtenanteil von 13% und tätigten 14% des Großhandelsumsatzes.

Bayerische Unternehmertage 1987: Kurs „90“ — Mut zu neuen Wegen

Eine Neuregelung der Krankenversicherung, bei der es gelte, „Leistungsfähigkeit und Finanzierbarkeit miteinander zu verbinden“, hat für den Präsidenten der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern (VAB) Dipl.-Kfm. **Hubert Stärker**, „höchste Priorität“.

Die bayerischen Arbeitgeber, so Stärker bei der Eröffnung, forderten dazu seit jeher eine Kosteneindämmung durch Selbstbeteiligung der Versicherten. Zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit müsse auch die Selbstverwaltung gestärkt werden.

Für „unumgänglich“ hält der VAB-Präsident zugleich eine Reform der Rentenversicherung. Bayerns Arbeitgeber seien „eindeutig“ der Auffassung, daß die Absicherung des Pflegefallrisikos eine gesellschaftspolitische Aufgabe sei. Sie müsse deshalb von der Gesellschaft finanziert werden. Es dürften dazu nicht über die Krankenversicherung die Lohnzusatzkosten noch weiter erhöht werden.

Als „Schwerpunkt“ der Aufgaben in den kommenden Jahren bezeichnete Stärker die Lösung des Arbeitslosenproblems. Dazu gehören nicht nur das Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Gruppen, sondern u.a. auch „ein Bündel von beschäftigungspolitischen Einzelmaßnahmen“. Dazu gehörte auch ein Ausbau des Beschäftigungsförderungsgesetzes mit einer schrittweisen Lockerung beschäftigungshemmender Vorschriften, beispielsweise im Kündigungsschutzrecht, bei der Ausgestaltung von Sozialplänen, bei der Arbeitnehmerüberlassung und im Rahmen der Rechtsprechung.

Kein Handlungsbedarf beim Vorruhestand

Keinerlei gesetzlichen Handlungsbedarf sieht Bayerns Arbeitgeberpräsident hingegen in der Frage des Vorruhestandes. Entschieden wandte er sich gegen Überlegungen, das Vorruhestandsgesetz zu verlängern und möglicherweise in seinen Leistungen

noch aufzustocken. Auch für die Mitbestimmung sehen Bayerns Arbeitgeber keinen Grund zu neuen Initiativen. Plänen, die Montan-Mitbestimmung über 1987 hinaus „mit oder ohne Modifizierung“ zu verlängern, erteilte Stärker eine eindeutige Absage. Mit gleicher Deutlichkeit wandte er sich gegen Absichten, die betriebsverfassungsrechtliche Mitbestimmung auf die Anwendung neuer Techniken auszuweiten. Ebenso gebe es für eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes zwecks Minderheitenschutz von Betriebsräten und Einrichtung sog. Sprecher-Ausschüsse keine Veranlassung. Ablehnend äußerte er sich schließlich gegenüber der Planung im Freistaat ein Rechtspflege-Ministerium neu zu schaffen.



Hanns-Gerhard Hausteiner

Nicht an jedem Schreibtisch Schichtarbeit rund um die Uhr

Die Chancen für die wirtschaftliche und soziale Zukunftsentwicklung seien größer als die Risiken, erklärte **Dr. Klaus Murmann**, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA).

Voraussetzung sei eine Forderung der bisherigen Wirtschaftspolitik ebenso wie ein Kurs der lohnpolitischen Vernunft. Ein Anstieg der realen Durchschnittsverdienste unterhalb des Produktivitätsfortschrittes ermögliche und beschleunige arbeitsschaffende Neuinvestitionen und trage damit zum weiteren Beschäftigungsaufbau bei.

Österreich ehrt Präsident Walter Braun

Mit dem großen Goldenen Ehrenzeichen für die Verdienste um die Republik Österreich zeichnete der Österreichische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, **Dr. Friedrich Bauer**, im Auftrag von Bundespräsident **Dr. Kurt Waldheim**, den Präsidenten unseres Landesverbandes, **Konsul Senator Walter Braun**, aus.

Walter Braun ist seit fast zwei Jahrzehnten Österreichischer Honorarkonsul in Nürnberg. Dr. Bauer nannte ihn einen der profiliertesten Vertreter der bayerischen Wirtschaft, der in besonders engagierter und erfolgreicher Weise für die Kontakte zwischen Österreich und Bayern eingetreten ist. Die verliehene Auszeichnung würdigte den besonderen Beitrag Brauns zur Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Österreich und Nordbayern und die Vertretung gemeinsamer Anliegen im Bayerischen Senat.

Gar nichts spreche dagegen, es gegenwärtig bei der 1984 vereinbarten Arbeitszeitverkürzung zu belassen. Dieses „Neuland“ müsse erst einmal gemeinsam erkundet und besiedelt werden. Der Präsident der Bundesvereinigung betonte die Bedeutung der Flexibilisierung als eines „eigenständigen Elements einer modernen Tarif- und Personalpolitik“. Sie komme den Betrieben und den Arbeitnehmern zugute. Dabei gehe es nicht darum, an jedem Schreibtisch Schichtarbeit rund um die Uhr einzuführen. Es geht nur darum, die Nutzungszeit der Maschinen aus dem Diktat starrer Arbeitszeiten zu lösen, sie flexibler zu machen und damit vorhandene Produktivitätsschancen zu nutzen. Das sei aber ohne eine größere Flexibilität in der Gestaltung der Arbeitszeit nicht möglich.

Eine Fortsetzung des Kurses der Konsolidierung und der marktwirtschaftlichen Erneuerung sei, so Murmann, eine zentrale Forderung für diese Legislaturperiode. Strikte Haushaltsdisziplin sei nach wie vor unerlässlich, vor allem, um die zweite Stufe der Steuerreform solide finanzieren zu können.

In drei Arbeitskreisen wurde dann über die Personalpolitik „90“, Konsequenzen des technologischen Wandels für die Qualifikation und für die Wertvorstellungen der Mitarbeiter diskutiert. In einem weiteren Arbeitskreis wurden unter dem Titel „Sozialpolitik 90“ ordnungspolitische Perspektiven angesprochen. Nach Auffassung von **Prof. Dr. Gerhard Fels** verursache bereits die demographische Entwicklung „große Anpassungen“ in der Altersversicherung. Auch in der gesetzlichen Krankenversicherung, meinte Fels, würden sich die heute bereits bestehenden Finanzierungsprobleme noch verstärken, da sich die Altersstruktur in der Bundesrepublik verändere. Eine Strukturreform der Alterssicherung und des Gesundheitssystems gehöre daher zu den „wichtigsten ordnungspolitischen Aufgaben dieser Legislaturperiode“. Bei einer Strukturreform der Rentenversicherung müsse nicht nur die Relation zwischen Beitragszahlern und Rentnern berücksichtigt werden; es gehe auch darum, „daß die Weichen für eine längere Lebensarbeitszeit gestellt werden“. Gleichzeitig müßten vor allem die steuerlichen Bedingungen für mehr Eigenvorsorge verbessert werden.

Im ersten Arbeitskreis: **Tarifpolitik „90“**, Beweglichkeit statt Gleichschritt, vertrat unser Vorstandsmitglied und stellvertretender Vorsitzender des tarifpolitischen Ausschusses, **Hanns-Gerhard Hausteiner**, unsere Wirtschaftsstufe. Die von ihm in der Diskussion erläuterten Flexibilisierungsinhalte unseres Tarifvertrages fanden die volle Zustimmung aller Gesprächspartner. Für die Industrie ist dies geradezu das Flexibilisierungsmodell schlechthin: Besonders



Zu der Verleihung dieses höchsten österreichischen Ordens gelten Walter Braun, der die Ordensverleihung im Kreise von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der mittelfränkischen Wirtschaft entgegennahm, unsere herzlichen Glückwünsche.

wurde von Herrn **Hausteiner** auch hervorgehoben, daß mit der im Groß- und Außenhandel am weitesten gefaßten „Beweglichkeit“ nicht nur den typischen Erfordernissen unserer Betriebe, sondern erstmals auch einer von der Arbeitgeberseite erhobenen Gegenforderung — auf die AZV — Rechnung getragen wurde. Alle Diskussionsteilnehmer auf Seiten der Wirtschaft lehnten die Kritik des Journalisten Günther v. Lojewski am „Ritual der Tarifverhandlung“ ab.

Bei aller berechtigten Kritik an mancher „Fensterrede“ der Beteiligten, insbesondere auf Seiten der Gewerkschaften, müsse doch bedacht werden, daß die vertretene Klientel eine gründliche und entschlossene Verhandlungsführung auf beiden Seiten erwarte. Hastig und hinter verschlossenen Türen geführte Tarifverhandlungen würden berechtigte Zweifel am ernsthaften Bemühen um tragfähige Ergebnisse aufkommen lassen. Dabei werde den Gewerkschaften auch zugebilligt, daß sie sich gegenwärtig in einem besonders desolaten Zustand befänden, was, abgesehen von aktuellen Mißerfolgen und Ansehensverlusten wohl vorwiegend darauf zurückzuführen wäre, daß der „geschichtliche Auftrag“ der Gewerkschaften weitestgehend als erfüllt angesehen werden könnte. Trotzdem könne die Arbeitgeberseite darauf keine Rücksicht nehmen und müsse auf mehr Beweglichkeit in den tariflichen Festlegungen ebenso drängen wie auf eine Lockerung der sozialgesetzlichen Bestimmungen, die den Entscheidungsspielraum der Unternehmer in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten immer mehr eingeengt haben.

hatten! Sie waren geistig überlegen! Ob Sie nun Markt-Strategie sagen oder Marketing-Konzeption: Auch hier handelt es sich um das „Vordenken“ für einen immer schwieriger werdenden Kampf um Marktanteile und Zuwachsraten.

Was ist eine Marketing-Konzeption?

Eine Konzeption ist die Gesamtheit aller Überlegungen und Maßnahmen um ein absatzwirtschaftliches Problem herum. Das kann

- a) ein ganzes Unternehmen betreffen, wenn Sie z.B. ein Import- oder Vertretungs-Großhandel sind oder sich aus ganz anderen Gründen für die Konzentration auf ein Produkt oder eine Produktgruppe entschieden haben,
- b) ein bestimmtes Produkt oder eine Produktgruppe in einem ganz bestimmten Markt, wenn Sie z.B. als Sortimentsgroßhandel mehrere Produktlinien vermarkten.

Seminar „Marketing-Konzeptionen“

In einer Atmosphäre offener Zusammenarbeit und Diskussion wollen wir

1. Alle Bestandteile einer Marketing-Konzeption kennenlernen und die Zusammenhänge erkennen,
2. Gemeinsam herausfinden, wie die bestmögliche Übersetzung auf die Ebene des Großhandels aussieht,
3. Beispiele für gut überlegte Strategien erarbeiten und diskutieren,
4. Und einen Marketing-Aktionsplan für ein konkretes Problem (z.B. die Einführung eines neuen Produktes) entwickeln.

Wer an dieser Art des geplanten, überlegten, methodischen Vorgehens Gefallen findet, soll später Gelegenheit haben, in mehreren eintägigen Workshops das Thema unternehmensbezogen zu vertiefen.

Berufsausbildung und -Förderung

Marketing-Konzeptionen für den Großhandel

Seminar im Kloster Biburg am 8./9. April 1987

Warum bewundern wir in den Geschichtsbüchern immer diejenigen Könige und Feldherren, die mit einer kleineren Armee einen größeren Gegner geschlagen haben? Weil sie die bessere Strategie



System und Prozess der Marketing-Planung

1. Informationen	<ul style="list-style-type: none"> ● Umweltinformationen ● Marktinformationen ● Unternehmensinformationen
2. Analysen	<ul style="list-style-type: none"> ● Marktanalysen ● Konkurrenzanalysen ● Sortimentsanalyse ● Kundenstrukturanalyse ● Stärken und Schwächen u.a.m.
3. Zielsetzungen	<ul style="list-style-type: none"> ● Unternehmensziele ● Marktziele
4. Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> ● Organisation ● Personal ● Finanzen u.a.m.
5. Alternative Strategien	<ul style="list-style-type: none"> ● Einflußgrößen ● Handlungsalternativen ● Bewertungen
6. Optimale Strategie	<ul style="list-style-type: none"> ● 12 Elemente der Marktstrategie
7. Realisation	<ul style="list-style-type: none"> ● Verkaufsplanung ● Werbebudget u.a.m.
8. Kontrolle	<ul style="list-style-type: none"> ● Soll-Ist-Vergleiche ● Berichtswesen

Interessenten melden sich bitte bei der Hauptgeschäftsstelle oder beim Bildungszentrum des Bayerischen Handels an.

Portrait:

Das Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung

Das Kuratorium ist ein freiwilliger Zusammenschluß des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Deutschen Industrie- und Handelstages, der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels, des Bundesverbandes der Freien Berufe und des Deutschen Bauernverbandes mit dem Ziel, die berufsbildungspolitischen Aktivitäten der verschiedenen Verbände zu koordinieren und eigene Erklärungen zur beruflichen Bildung herauszugeben. In regelmäßigen Zeitabständen werden Schriften zur Berufsbildung herausgegeben. Dargestellt werden die verschiedenen Aktivitäten der Wirtschaft zur Schaffung von Ausbildungsplätzen. Auch zu den aktuellen Fragen, wie zur Finanzierung der Berufsausbildung oder auch zum Berufsgrundbildungsjahr wird in Broschüren Stellung genommen.

Senator Maier war zwei Perioden bis 1983 Vorsitzender des Handelsausschusses der IHK Schwaben und trägt den Goldenen Ehrenring der schwäbischen Kammer. Der Jubilar ist Träger des Bundesverdienstkreuzes, des Bayerischen Verdienstordens sowie der Bayerischen Staatsmedaille.



Während der 29 Jahre, die Erwin Otto Maier Kreisvorsitzender des LBE in seiner Heimatstadt Memmingen war, wurde 1970 das Memminger Stadtfest, eine Veranstaltung des Memminger Handels, gegründet sowie ein Kulturpreis der Stadt Memmingen vom Memminger Einzelhandel gestiftet. Auch die Gründung der ersten örtlichen Werbegemeinschaft in Bayern geht auf Erwin O. Maier zurück.

Personalien

Wir betrauern

Rudolf Nigrin

Im 77. Lebensjahr ist völlig unerwartet der Seniorchef unserer Mitgliedsfirma Günther Nigrin in Mühldorf, Herr **Rudolf Nigrin**, verstorben.

Der Verstorbene wurde nach einem erfüllten und schaffensreichen Leben mitten aus seinem Lebenswerk gerissen. Mit der Familie Nigrin trauern wir um eine Persönlichkeit, deren Tod in seinem Betrieb eine große Lücke aufreißt. Rudolf Nigrin war eine verantwortungsbewußte Persönlichkeit, deren unternehmerisches Engagement wir stets hoch geschätzt haben.

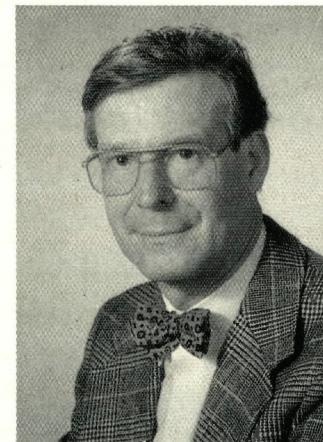
Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Wir gratulieren

LBE-Präsident Erwin Otto Maier 60 Jahre

Der Präsident des Landesverbandes des Bayerischen Einzelhandels (LBE), Senator Erwin Otto Maier, vollendete am 22. Januar sein 60. Lebensjahr.

Der gebürtige Memminger bekleidet dieses Amt seit 1983 und ist seit dieser Zeit auch Vizepräsident der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) in Köln. Sein besonderes Interesse galt schon immer den Fragen der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Seit 1975 ist er Vorsitzender des Bildungszentrums des Bayerischen Handels. 1979 wurde er stellvertretender Vorsitzender des bildungspolitischen Ausschusses der HDE.



Er trat im Januar 1985 die Nachfolge seines Vaters an, nachdem er die Geschicke der Firma, 1937 gegründet, schon seit Ende der 60er Jahre maßgebend mitbestimmt.

Gestützt auf ein hochqualifiziertes und motiviertes Team führte er Adam Kaeppl zu seiner heutigen Bedeutung, kontinuierlich auf den Erfolgen von Großvater und Vater aufbauend.

Adam Kaeppl ist heute der Partner für Kinder- und Jugendbettwäsche auf dem deutschen Markt und in Europa. Wer kennt nicht die lustigen Motive von Heidi, Biene Maja, Pumuckl, Sesamstraße,

Tom & Jerry aus den erfolgreichen Fernsehserien bis hin zum „Engelchen“ aus der Schwarzwaldklinik. Weltbekannte Comics wie Walt Disney's Donald Duck und die Schlümpfe sind für's Kinderbett liebevoll gestaltet. Die Textilien weiterverarbeitende Industrie wird von Adam Kaeppel mit speziellen Stoffen, bedruckt oder uni, beliefert. Ca. 20% des Umsatzes entfallen auf den Export.

Mit glücklicher Hand und großer Erfahrung zeichnet Heinz Kaeppel seit zwei Jahrzehnten für die Kollektionen verantwortlich.

Sein Eintreten für ein freiheitliches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in Selbstverantwortung dokumentiert sich nicht nur in seinem Führungsstil im eigenen Unternehmen. Sein Engagement für eine sozial verantwortete Marktwirtschaft bringt er in viele Gremien und Verbänden auf lokaler, Landes- und Bundesebene ein, als aktives Mitglied, Vorstandsmitglied oder Vorsitzender. Besonders setzt er sich dabei für eine sinnvolle Aus- und Weiterbildung im Berufsleben ein.

Amschler & Schlosser – 50jähriges Betriebsjubiläum

Auf eine 50jährige Firmentradition kann unsere Mitgliedsfirma Amschler & Schlosser GmbH in Nürnberg, Baumaschinen- und Baugeräte-Großhandlung, in diesen Tagen zurückblicken.

Die Firma Amschler & Schlosser GmbH gehört in unserem Landesverband zu den Mitgliedsfirmen der „ersten Stunde“, nämlich schon seit April 1949. Die Jahrzehnte haben seitdem ein Auf und Ab in der Wirtschaftsentwicklung gesehen, insbesondere auch in der Baumaschinen- und Baugeräte-Branche waren die Jahre nicht immer leicht. Um so höher ist es zu würdigen, welche Leistungen diese Firma über fünf Jahrzehnte hin mit einer konstanten und fundierten Aufwärtsentwicklung gebracht hat.

Wir wünschen der Firma und insbesondere auch Herrn Dipl.-Kfm. Bernhard Amschler, persönlich haftender Gesellschafter und Geschäftsführer der Firma, auch für die weiteren Jahrzehnte erfolgreiche Initiativen und eine weitere gedeihliche Entwicklung.

Buchbesprechungen

„Zeitfragen/Streitfragen, Behauptungen und Widerlegungen“ von Hermann Linke und Günther Schrof

Streitfragen/Zeitfragen ist eine nützliche Broschüre für das tägliche Gespräch und die unternehmerische Öffentlichkeitsarbeit. Es eignet sich als Argumentationshilfe für Praktiker im Betrieb, Ausbil-

der, Meister, Betriebsräte, Vertrauensleute und Führungskräfte sowie für Meinungsbildner in Schule, Kirche, Politik und Verwaltung.

Im ersten Teil der vorliegenden Publikation werden die zehn wesentlichen Felder der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung aufgestellt und in der didaktischen Form von Behauptungen und Widerlegungen Argumentationsketten entwickelt. Die zehn Felder erstrecken sich auf folgende Bereiche: Wirtschaftsordnung, Wachstum, Beschäftigung, Umweltschutz, Steuern und Schulden, neue Technik, soziale Sicherheit, Sozialpartnerschaft, Bildung sowie Preise und Einkommen.

Im zweiten Teil werden 43 „Schlagworte“ der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung – von Arbeitskosten bis Wohlstand – vertieft erläutert.

Streitfragen/Zeitfragen ist übersichtlich und klar gefaßt, ein handliches Taschenbuch mit Plastikeinband.

Zu beziehen ist das Taschenbuch beim:
TIBERIUS Verlag GmbH, Postfach 45 12 40, 5000 Köln 41,
Telefon: (02 21) 4 97 13 77.

Zu folgenden Staffelpreisen: ab 1 Exemplar 11,80 DM
ab 25 Exemplaren 10,80 DM.

Steuer-Ratgeber Einkommen- und Lohnsteuer '87

Alle Neuerungen von A bis Z

Steuerarif-Vergleich 1985/1987/1988

Neue Wohnungsbau-Förderung

Brutto-/Nettolohn-Tabellen

Einkommensteuer-Gesetz in neuester Fassung

10. Auflage, bearbeitet von B. Bals, Bundesministerium der Finanzen.

Format DIN A 4 – 168 Seiten – Best.-Nr. 3177 87 – DM 27,80
Stollfuß Verlag Bonn

Der neue Stollfuß-Leitfaden „Steuer-Ratgeber 1987“ bietet umfassende und aktuelle Informationen:

- Darstellung der wichtigsten Rechtsänderungen bei der Einkommen- und Lohnsteuer seit 1984.
- Gegenüberstellung der tariflichen Steuerbeträge 1987/1986/1988 für ausgewählte Einkommen.
- Lohnsteuerbelastung 1987, Brutto-Netto-Lohnvergleich unter Berücksichtigung der Steuerabzüge und der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung.
- Übersichtliche Zusammenstellung und Erläuterungen für einen leichten Zugang zur neuen Rechtslage.



KACO-Dichtringe
erfüllen ihre Aufgabe
auch unter schwierigen Betriebsbedingungen:

Bei aggressiven Ölen,

Fetten oder wärrigen Medien –
bei hohen oder tiefen Temperaturen –
bei starkem Schmutzanfall.

Die für KACO-Dichtringe verwendeten Werkstoffe
bürgen für gleichbleibend hohe Qualität,
einwandfreie Funktion
und lange Gebrauchsduer.



Vertretung und Auslieferungslager:

Adolf Scheuenstuhl, Gottfriedstr. 6,
8500 Nürnberg, Telefon (09 11) 46 77 71/72,
Telex 6 23 188 scheu d

Seminare und Lehrgänge

Vorbereitung auf die schriftliche Abschlußprüfung vor der Industrie- und Handelskammer

für den Ausbildungsberuf Kaufmann im Groß- und Außenhandel:

11142 München 13. - 16. 4. 87

für den Ausbildungsberuf Bürokaufmann:

11153 München 13. - 16. 4. 87

Die Lehrgänge umfassen 26

Unterrichtsstunden (4 Tage während der Osterferien) Gebühr 102,- DM inkl. Arbeitsmaterial

Weitere Lehrgänge in:

Mühldorf, Pfaffenhofen, Wasserburg, Aichach

Personalsachbearbeitung mit Lohn- und Gehaltsabrechnung sowie lohnsteuer-, sozial- und arbeitsrechtliche Grundkenntnisse

23114 München 28. 4. - 4. 6. 87

12 Abende, Di + Do jeweils von 18.00 - 21.15 Uhr Gebühr 360,- inkl. Arbeitsmaterial

EDV-Zusatzqualifikation einschl. Personalsachbearbeitung mit Lohn- und Gehaltsabrechnung für Mitarbeiter in der Buchhaltung

W. Verwaltung

Tageslehrgang:

25179 München 23. 3. 87 - 27. 5. 87

Mo - Fr jeweils 7.45 - 14.00 Uhr

Abendlehrgänge:

25180 München 24.3.87 - 15.12.87

25215 Günzburg 24.3.87 - 15.12.87

2x wöchentlich Di + Do

von 17.45 - 21.00 Uhr

und 6 Samstage von 8.00 - 15.30 Uhr

Gebühr 2001,- DM inkl.

Anmeldegebühr, Prüfungsgebühr und Lehrmittel

Förderungsfähig durch das Arbeitsamt

Buchhaltungsfachkraft
Lehrgang für kaufmännische Angestellte, die sich für eine Tätigkeit in der Buchhaltung qualifizieren möchten

Abendlehrgänge:

25174 München 12. 3. 87 - 10. 3. 88

25175 Rosenheim 16. 3. 87 - 9. 3. 88

25176 Weilheim 17. 3. 87 - 10. 3. 88

25177 Prien 16. 3. 87 - 9. 3. 88

25214 Kempten 19. 3. 87 - 10. 3. 88

25314 Regensburg. 16. 3. 87 - 9. 3. 88

25315 Passau 17. 3. 87 - 10. 3. 88

25316 Weiden 19. 3. 87 - 10. 3. 88

25407 Nürnberg 16. 3. 87 - 9. 3. 88

25511 Bayreuth 16. 3. 87 - 9. 3. 88

25512 Hof 17. 3. 87 - 10. 3. 88

25617 Aschaffenburg. 16. 3. 87 - 9. 3. 88

25618 Schweinf. 18. 3. 87 - 9. 3. 88

Gesamtdauer 1 Jahr

(388 Unterrichtsstunden)

Abendlehrgänge jeweils 2 x wöchentlich und 4 - 5 Samstage

Vollzeitlehrgang:

25178 München 23. 3. - 22. 7. 87

Mo - Fr täglich 7.45 - 14.00 Uhr

Gebühr 2508,- DM inkl.

Anmeldegebühr,

Prüfungsgebühr und Lehrmittel

Förderungsfähig durch das Arbeitsamt

EDV-Mitarbeitereschulung
Praktische Einführung in die EDV

14103 München 10. 3. 87

12 Abende, jew. Di + Do

von 18.45 - 22.00 Uhr

Gebühr 390,- DM

Textverarbeitung auf dem Computer für alle kaufm. Mitarbeiter, insbesondere Sekretärinnen und Schreibkräfte

13104 München 2. 4. 87

15 Abende, jeweils Do

von 18.45 - 22.00 Uhr

Gebühr 360,-

Mitarbeitereschulung Großhandel
Aktiver Telefonverkauf als Marketinginstrument

46118 München 5. - 6. 3. 87

2 Tage, 9 - 17 Uhr

Gebühr 344,- DM

Referent: Dipl.-Ing. Dieter Kadach,
Unternehmensberater

Seminare für Unternehmer und Führungskräfte

Marketing-Konzeption für den Großhandel

48101 Kloster Biburg 8. - 9. 4. 87

2 Tage 10 - 19 Uhr und 9 bis 16 Uhr

Gebühr 400,- DM

Referent: Hans-Georg Lettau,

Rhetorik-Seminar

46102 München 17. - 18. 3. 87

2 Tage, 9 - 17 Uhr

Gebühr 344,- DM

Referent: Dipl.-Psych. Michael Wagner, Unternehmensberater

Die rechtzeitige Regelung der Unternehmens-nachfolge

46104 München 24. 3. - 25. 3. 87

2 Tage 9 - 17 Uhr

Gebühr 344,- DM

Referent: Johann Hinterseher,
Steuerberater

Information und Anmeldung:

Bildungszentrum des Bayerischen Handels,
Briener Straße 47,
8000 München 2,
Telefon 089/555805

Unternehmerseminare - zeitsparend und intensiv

Aktuelle Informationen notwendig zur Unternehmens-
führung - Wettbewerbsvorsprung durch Wissen

Die ungeheure Informationsflut und die ständigen Neuerungen sind geradezu zu einer Plage geworden für den Einzelhandelsunternehmer. Er weiß nicht, wann er das alles noch aufarbeiten soll. Bleibt er aber mit seinem Wissen nicht auf der Höhe der Zeit, läuft er Gefahr, daß auch sein Unternehmen nicht auf der Höhe der Zeit bleibt und im Wettbewerb unterliegt. Unternehmerseminare sind hier eine gute Möglichkeit, sich von Zeit zu Zeit in Ruhe systematisch und ganz intensiv einem Thema zu widmen.

Das einzige sichere am Handel sei heute, daß er ständig im Wandel sei, so sagt man. Und diese Aussage charakterisiert auch sehr gut, was man heute von einem Einzelhandelsunternehmer verlangt: Er soll ständig mit neuen Ideen am Markt sein, er darf nicht ruhen und rasten, wenn es gilt, sich auf gesättigten Märkten zu behaupten. Denn seine Mitbewerber kommen mit solchen neuen Ideen. Das setzt aber voraus, daß er mit seinem Wissen wirklich auf der Höhe der Zeit ist, daß er sich mit den Fragen der Zeit, mit den Veränderungen im Markt und mit den modernen Methoden der Unternehmensführung auseinandersetzt. Man weiß ja: Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit.

Aber: Wo kommt die Zeit her, alle die vielen Informationen, die dem Unternehmer Tag für Tag auf den Tisch flattern, noch zu verarbeiten? Wie soll man es fer-

tigbringen, sich einmal aus dem Alltagsgeschehen zurückzuziehen, um ein Problem wirklich einmal zu überdenken und zu erarbeiten (dieses berühmte Problem, "das man eigentlich schon längst anpacken wollte")? Gerade der mittelständische Einzelhandelsunternehmer hat tagtäglich so viel um die Ohren, daß die Verarbeitung von Informationen und die Erarbeitung von Neuem oft Stückwerk und frommer Wunsch bleibt.

In dieser Situation sind Unternehmerseminare genau das Richtige: in kurzer Zeit (ein oder zwei Tage) behandeln sie gezielt und intensiv eine umfangreiche Themenstellung. Der Teilnehmer erhält Seminarunterlagen, die das Wichtigste darstellen und in denen er nachschlagen kann, ein Fachmann steht als Referent Rede und Antwort und Unternehmerkollegen diskutieren mit dem Referenten und untereinander und tauschen Erfahrungen aus. Und vor allem: An einem solchen Seminartag können Sie sich voll auf das Thema konzentrieren, nichts stört Sie, nichts lenkt Sie ab.

Diese wichtige Investition in sich selbst und seinen Wissensvorsprung müßte heutzutage jeder moderne Großhandelsunternehmer leisten, um seine Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Das Bildungszentrum des LGA (Bildungszentrum des Bayerischen Handels, Postfach 370243, 8000 München 37, Telefon: 089/555805) bietet in München und in den Bezirken ein umfangreiches Seminarprogramm für Unternehmer an.

Expertenrat



"Ein Tag Seminar ... dann brauchten's jetzt net Bücher wälzen!"

B 1579 F



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
Landesverband des Bayerischen
Groß- und Außenhandels
Ottostraße 15 · 8000 München 2



Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

41. Jahrgang 1987 · München
März/April 1987 · Nr. 2/1987



LGA-Btx
★ 920 487 #

Das aktuelle Thema	3	100 000 geben vorzeitig auf
Arbeitgeberfragen	4	Braun: „Künstliche Intelligenz“ zunehmend wichtig Wechselkursveränderungen verschlechtern deutsche Personal- kostenposition Reform des Sozialstaates dringend
	5	Hermes: Warenkreditversicherung-S speziell für den Mittelstand
Allgemeine Rechtsfragen	5	Gesetz zur Neuregelung des internationalen Privatrechts
	6	Am 25. Mai ist Volkszählung
Berufsausbildung und -Förderung	6	Personal-Computer — ein Informationssystem für den Chef
	7	Seminar: Möglichkeiten und Risiken mittelständischer Unter- nehmen im Überseegeschäft Bildung als „Motor“ in der Arbeitswelt
	8	Ordnungswidrigkeiten in der beruflichen Bildung vermeiden Frauen vorne in der beruflichen Weiterbildung
	9	Fachhochschulstudiengang Betriebswirtschaft Neue Literatur für Prüfer
Außenhandel	9	Osthandel 1986
Verschiedenes	10	
Personalien	10	
Buchbesprechungen	12	

Das aktuelle Thema

100 000 geben vorzeitig auf

(iwd) In diesen Wochen werden in der Bundesrepublik Tausende von Jugendlichen ihre erst im August beziehungsweise September begonnene Lehre abbrechen. Ausschlaggebend für diese Entscheidung sind zumeist Differenzen mit dem Ausbilder und Vorstellungen vom Arbeitsgebiet, die sich in der Wirklichkeit nicht erfüllen. Das zeigen Erfahrungen früherer Jahre.

Im Jahre 1985 sind 103 890 Jugendliche vorzeitig aus ihrem Ausbildungsverhältnis ausgeschieden; das sind 5162 oder 5,2 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die meisten Verträge werden im ersten Ausbildungsjahr gelöst; etwa ein Viertel (25 922) der vorzeitigen Lösungen entfiel dabei auf die Probezeit, also in die ersten drei Monate der Ausbildung. Ein Fünftel der Vertragslösungen bzw. Kündigungen ging im Bereich von Industrie und Handel von den Betrieben aus. Jeder fünfte Jugendliche kündigte selbst.

Im gegenseitigen Einvernehmen wurde jeder dritte Vertrag aufgelöst.

Fehlstart in den Beruf

Anteil der vorzeitig gelösten Ausbildungsverträge an den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen bei ausgewählten Ausbildungsberufen in Prozent. Stand: 1985

Dienstleistungsberufe

Friseur/Friseurin	31,0
Verkäufer/Verkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk	23,7
Fachgehilfe/Fachgehilfin in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen	12,0
Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel	9,1
Industriekaufmann/-kauffrau	4,6
Bankkaufmann/-kauffrau, Sparkassenkaufmann/-kauffrau	2,2

Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft:

Hier wurden im Sommer 1985 rund 970 Ausbildungsabbrecher über nähere Umstände und Motive für die Auflösung des Ausbildungsvertrages befragt.

Allgemeines Ergebnis: Zumeist waren mehrere Gründe für die Entscheidung ausschlaggebend; sie haben sich zudem wechselseitig beeinflußt. Im Vordergrund stehen allerdings vier Ursachen: Konflikte mit dem Ausbilder = 24 Prozent; andere Vorstellungen vom Arbeitsgebiet = 23 Prozent; gesundheitliche Gründe = 18 Prozent; zu hohe bzw. der eigenen Interessenlage nicht entsprechende Anforderungen der Ausbildung = 18 Prozent.

Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung:

Hier wurden in Berlin zwischen September 1984 und April 1985 insgesamt 63 Ausbildungsabbrecher befragt, die bei der Berufsberatung vorgesprochen hatten. Die Befragten kamen überwiegend aus Kleinbetrieben des Handwerks und der Industrie.

Aus der Sicht dieser Jugendlichen sind ausschlaggebend für den Abbruch vor allem Schwierigkeiten mit der praktischen Ausbildung im Betrieb. Sie äußerten sich besonders im schlechten Verhältnis zu ihren Ausbildern und Kollegen.

Die befragten Jugendlichen begründeten die Schwierigkeiten immer wieder mit Aussagen wie: „Der Ausbilder kümmerte sich

nicht um mich“ oder „...hatte mich besonders auf dem Kieker“ oder „meckerte zuviel rum“ oder „...hat gar nicht bemerkt, daß ich Hilfe brauchte“.

Ein Abbruch der Berufsausbildung hat für den ausbildenden Betrieb wie für den Auszubildenden zumeist schwerwiegende Folgen:

Für den Betrieb ist die Suche nach einem neuen Lehrling immer mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Womöglich findet sich auf die Schnelle kein geeigneter Bewerber – dann bleibt die Stelle bis zum folgenden Jahr erst einmal unbesetzt.

Schätzungsweise 40 000 Ausbildungsplätze werden jährlich durch den Abbruch der Ausbildung blockiert.

Für den Abbrecher besteht die Gefahr, daß er ohne Berufsausbildung bleibt, weil er nur noch schwer bei einem anderen Betrieb unterkommt:

Allenfalls der Hälfte aller Jugendlichen gelingt es nach einer Vertragslösung, relativ problemlos in einen anderen Ausbildungsberuf beziehungsweise Betrieb überzuwechseln.

Sicher werden sich Vertragslösungen, etwa aus gesundheitlichen oder betriebswirtschaftlichen Gründen, nie ganz vermeiden lassen. Die steigende Tendenz sowie die Antworten der Jugendlichen sind gleichwohl Anlaß, entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten. Dafür bieten sich vor allem zwei Ansatzpunkte:

1. Gespräche zwischen Ausbildern und Jugendlichen. Laut Umfrage des Bildungsministeriums verlangen 59 Prozent der Jugendlichen von den Ausbildern mehr Verständnis und Gesprächsbereitschaft – offenkundig zu Recht. Denn die Mehrzahl der Vertragslösungen kam ohne ein vorangegangenes Gespräch zwischen Ausbilder und Lehrling zustande.

Von daher erscheint es notwendig, den Kontakt zwischen den Ausbildern und dem einzelnen Lehrling zu stärken. Die Erfahrungen jedenfalls zeigen, daß danach beide Seiten ihre Absicht, die Zusammenarbeit zu beenden, häufig noch einmal überdacht haben.

Unerlässlich ist auch eine Vertiefung der Kontakte zwischen Berufsschullehrern, Ausbildern und Eltern. Nur so lassen sich Entwicklungen frühzeitig erkennen, die Jugendlichen in der Ausbildung Probleme bereiten – zumal ein Ausbildungsabbruch nicht aus heiterem Himmel kommt: Etwa die Hälfte der Jugendlichen hat vor Beendigung des Ausbildungsverhältnisses schon länger mit diesem Gedanken gespielt.

Wie wichtig hier die Überwindung der „Sprachlosigkeit“ ist, zeigt sich ferner daran, daß 75 Prozent aller Abbrecher den Entschluß aufzugeben „vorwiegend allein“ getroffen haben.

2. Intensivere Berufsberatung. Wenngleich die Arbeitsämter die Berufsberatung in letzter Zeit verstärkt haben, zeigt sich immer wieder: Den Schulabsolventen fehlt es an Kenntnissen über das breite Spektrum vieler Berufe. Auch die Befragungsergebnisse der Ausbildungsabbrecher zeigen, daß viele von ihnen noch häufig nach Beginn der Ausbildung wenig über ihren gewählten Beruf wußten. Sie fühlten sich in den Betrieben alleingelassen.

Warum Lehrlinge vorzeitig aufgeben

Angaben in Prozent

Differenzen mit dem Ausbilder	24
Andere Vorstellungen vom Arbeitsgebiet	23
Gesundheitliche Gründe	18
Zu hohe Anforderungen	18
Persönliche Gründe (Elternhaus, Familie)	15
„Keine Lust“ mehr zu dieser Lehre	15
Schulprobleme	14
Ausbildungsfremde Aufgaben	12

Arbeitgeberfragen

Braun: „Künstliche Intelligenz“ zunehmend wichtig

Auf die rasch wachsende Bedeutung neuer Formen der Datenverarbeitung mit wissensbasierten oder Expertensystemen in Forschung, Lehre und Praxis hat Präsident Senator **Walter Braun** hingewiesen.

In Schreiben an den bayerischen Wissenschaftsminister, Prof. Dr. Wolfgang Wild, und an den Landtag bittet Braun, den von der Universität Erlangen-Nürnberg für die Technische Fakultät beantragten Informatik-Lehrstuhl „Künstliche Intelligenz“ nicht bis zum Jahr 1989 aufzuschieben, sondern bei den gegenwärtigen Haushaltsberatungen noch mit zu berücksichtigen.

Kreis von Experten

Ein Kreis von Experten aus nordbayerischen Unternehmen habe bei einem Gespräch in der Kammer die Dringlichkeit betont. Die Mehrzahl dieser Firmen arbeite mit der Universität Erlangen-Nürnberg, aber auch mit außerbayerischen Forschergruppen, bereits an eigenen Expertensystemen. Sie erwarteten vom Lehrstuhl „Künstliche Intelligenz“ in Erlangen

- Verstärkte Forschung und Entwicklung für „Künstliche Intelligenz“
- Koordinierung und Förderung der in Erlangen und Nürnberg an Lehrstühlen der Informatik, Elektrotechnik, Fertigungstechnik und Wirtschaftsinformatik bestehenden Aktivitäten
- Stärkung und Abrundung der Ausbildung, um dem akuten Mangel an hochqualifizierten Mitarbeitern zu begegnen.

Nicht nur in München

Die Bayerische Staatsregierung habe selbst kürzlich ihre hohe Einschätzung des Gebietes „Künstliche Intelligenz“ bekundet, als sie umfangreiche personelle und Sachmittel für ein bundesweites KI-Zentrum mit Sitz in München anbot. Mit Blick auf den nachgewiesenen Bedarf in Nordbayern und die beachtlichen Vorleistungen sollte nun, da für das bundesweite KI-Zentrum ein außerbayerischer Standort favorisiert wird, die Universität Erlangen-Nürnberg nachhaltig gefördert werden.

Wechselkursveränderungen verschletern deutsche Personalkostenposition

Als Folge der Wechselkursveränderungen der beiden letzten Jahre hat sich die Personalkostenposition der deutschen Unternehmen im internationalen Wettbewerb wesentlich verschlechtert, stellte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände fest. Gegenüber den 14 wichtigsten Konkurrenzländern hätten sich die Lohnstückkosten wechselkursbedingt um fast 19 Prozent erhöht. Die Höherbewertung der DM gegenüber dem Dollar und im Europäischen Währungssystem habe dazu geführt, daß die Bundesrepublik heute bei den Personalkosten die Gruppe der wichtigsten Wettbewerbsländer mit weitem Abstand anführt. Während die Bundesrepublik 1985 mit Personalkosten von 29,67 DM je Stunde (Direktentgelt plus Personalzusatzkosten) im Verarbeitenden Gewerbe noch annähernd gleichauf mit anderen Hochlohnländern gelegen hätte, übernahm sie 1986 mit etwa 31 DM je Stunde die alleinige Spitzenposition.

Die wichtigsten Wettbewerber hätten dagegen von den Wechselkursveränderungen profitiert. Ihre Personalkosten lägen – auf DM-Basis und mit Wechselkursen von Mitte Januar 1987 umgerechnet – nun sehr viel niedriger. Bei einem Wechselkurs von 1,81 DM je Dollar seien die Personalkosten in den USA nunmehr auf 24,25 DM

je Stunde, gut 20 Prozent unter das deutsche Niveau, gefallen. 1986 hätte das amerikanische Personalkostenniveau den deutschen Stand noch um fast 30 Prozent übertroffen. In Japan seien die Personalkosten derzeit um etwa ein Viertel niedriger als in der Bundesrepublik, in Großbritannien sogar um 50 Prozent. Nach der DM-Aufwertung im Europäischen Währungssystem Anfang 1987 lägen die Personalkosten je Stunde in Belgien und in den Niederlanden um rund 15 Prozent, in Italien um 25 Prozent und in Frankreich um 30 Prozent unter dem deutschen Niveau.



Ministerpräsident Dr. Franz-Josef Strauß und LGA-Präsident Senator Walter Braun bei einem gemeinsamen Rundgang durch die Internationale Hannover-Messe, Anfang April dieses Jahres.
Foto: Kurt Fuchs, Erlangen

Präsident Braun Mitglied des BIMA

Der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr hat mit Schreiben vom 26. März 1987 Herrn **Konsul Senator Walter Braun** zum Mitglied des Beirats für Internationale Messen und Ausstellungen im Ausland (BIMA) berufen. Der Beirat befaßt sich mit allen Fragen der Planung internationaler Messen und Ausstellungen im Ausland und nimmt Einfluß auf viele Grundsatzentscheidungen, die in diesem Zusammenhang getroffen werden. Wir danken Herrn Präsident Braun für seine erneute Bereitschaft zu einem Engagement, das insbesondere für unsere im Außenhandel tätigen Firmen besonderes Gewicht hat.

Reform des Sozialstaates dringend

Die neue Regierung sollte mutig auf dem in den letzten Jahren eingeschlagenen Weg der Renaissance der Marktwirtschaft voranschreiten, forderte der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Klaus Murmann. Dies bedeute vor allem Reformen des Sozialstaates; sie seien aus demographischen, beschäftigungs- und wettbewerbspolitischen Gründen dringend notwendig. Die Koalitionsvereinbarungen brächten in dieser Hinsicht noch nicht die hinreichende Klarheit. Für den Bürger

müsste deutlich werden, daß die beabsichtigten Steuersenkungen tatsächlich Entlastung schafften und nicht am Ende durch neue Erhöhungen der Sozialabgaben wieder aufgehoben würden. Dies würde auch dem wirtschaftlichen Erfordernis widersprechen, den Konsolidierungsprozeß im Interesse von Wachstum und Währungsstabilität fortzusetzen. Im übrigen warnte Murmann davor, durch weiteren Ausbau der Rechte der Betriebsräte die Innovationskräfte und Entscheidungsfähigkeit der Unternehmen zu schwächen.

Die Unternehmer, fuhr Murmann fort, plädierten nicht für eine Demontage des Sozialstaates, sie wollten vielmehr bei höherer oder gleicher Wirksamkeit eine andere Struktur. In der Krankenversicherung solle nicht die Solidarität der Versicherungsgemeinschaft aufgekündigt werden, sondern der Tendenz zu unsolidarem Verhalten entgegengewirkt und die Kostenexplosion gebremst werden. In der Rentenversicherung sei das Ziel nicht, die zukünftige Rente zu schmälern. Es gelte vielmehr, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen, damit die Verhältnisse im Jahre 2000 sicher seien, selbst wenn die Aktiven dafür länger arbeiten müßten.

Um ein Stück mehr wirtschaftlicher Entscheidungsfreiheit, um mehr Souveränität über die Arbeitszeit und die individuelle Lebensgestaltung gehe es auch bei der stärkeren Flexibilisierung der Arbeit. Die Bewußtseinsveränderung der Arbeitsgesellschaft werde nicht spurlos an den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden vorübergehen. Die Flexibilisierung der Arbeitszeit stoße bei den Arbeitnehmern, insbesondere bei den Frauen, auf eine breite Zustimmung. Deshalb würden die Gewerkschaften auf diesen Zug der Arbeitsmarktpolitik aufsteigen, ob sie heute schon wollten oder nicht. Die Unternehmer forderte Murmann auf, auch in den eigenen Reihen für mehr Flexibilität zu werben. Sie wollten die friedensstiftende Funktion des Tarifvertrages nicht auflösen, sie wollten vielmehr flexible Regelungen durch den Tarifvertrag.

Wesentlich für eine Erweiterung des betrieblichen Differenzierungsspielraums ist nach Murmann auch eine stärkere Lohndifferenzierung, die in erster Linie bei der beruflichen Qualifikation ansetzen sollte. Damit würde dem Nivellierungstrend der Vergangenheit entgegengewirkt und zugleich ein wesentlicher Beitrag zur sektoralen und regionalen Differenzierung geleistet. Dies sei am ehesten bei einer moderaten Tarifpolitik möglich.

Hermes: Warenkreditversicherung-S speziell für den Mittelstand

Ab sofort bietet die Hermes Kreditversicherungs-AG die erste Kreditversicherung speziell für kleine und mittelständische Unternehmen: die Warenkreditversicherung-S (WKV-S). Jetzt können auch Firmen mit einem Jahresumsatz bis vier Millionen DM ihre Außenstände versichern – und das zum festen Tarif.

Schon lange fordern viele Unternehmen dieser Größe einen Schutz für ihre Außenstände. Sie sind durch Forderungsausfälle besonders gefährdet. Die meisten großen Konkurse lösen eine Reihe weiterer Insolvenzen aus, wovon der Mittelstand am stärksten betroffen ist. – Rund 30 % aller Pleiten des Mittelstands sind Folgekonkurse.

Größere Firmen schützen sich gegen die unvorhersehbaren Ausfallrisiken seit vielen Jahren mit der bewährten Warenkreditversicherung (WKV). Doch diese erfordert wegen der besonderen Risiken und Leistungen einen Beitrag, der für kleinere Firmen oft zu hoch ist.

Die neue WKV-S ist speziell auf kleine und mittelständische Unternehmen zugeschnitten. Sie bietet dem Lieferanten Schutz für seine Forderungen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen an gewerbliche und private Abnehmer. Versicherbar sind je Kunde bis zu 100.000 DM.

Für den Versicherungsnehmer ist das Verfahren sehr einfach: Er entscheidet bei Forderungen bis 50.000 DM selbst anhand einfacher Prüfungskriterien über die Kreditwürdigkeit seiner Abnehmer. Zwischen 50.000 DM und 100.000 DM übernimmt Hermes die Prüfung.

Der Versicherungsfall liegt vor, wenn ein Kunde zahlungsunfähig wird (Konkurs, Vergleich, fruchtbare Zwangsvollstreckung). Die Selbstbeteiligung beträgt 35 %, jedoch ermäßigt sich der vom Versicherungsnehmer tatsächlich zu tragende Ausfall durch Rückerrstattung der mitversicherten Mehrwertsteuer (bei 14 % MwSt. auf 22,7 %). Damit es nicht zu Liquiditätsengpässen kommt, entschädigt Hermes innerhalb vier Wochen nach Eingang der Anzeige und eventuell weiterer Schadensunterlagen.

Der Beitrag richtet sich nach dem Inlandsumsatz (einschließlich Mehrwertsteuer) des jeweils letzten Geschäftsjahrs. Er beträgt z.B. bei einer Million DM Umsatz 3.980 DM. Für jedes schadenfrei verlaufene Jahr wird Beitrag rückvergütet, bei besonders schadenträchtigem Verlauf berechnet Hermes allerdings für die folgende Abrechnungsperiode einen Aufschlag.

Wächst der Jahresumsatz des Unternehmens über vier Millionen DM, so ist der Übergang von der WKV-S zur Kreditversicherung für größere Umsätze problemlos.

Allgemeine Rechtsfragen

Gesetz zur Neuregelung des internationalen Privatrechts

Am 1. September 1986 trat das Gesetz zur Neuregelung des internationalen Privatrechts in Kraft, in dessen Folge wesentliche Bestimmungen des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) grundlegend geändert wurden.

Art. 27 des neuen EGBGB bestimmt, daß die Parteien das auf den Vertrag anwendbare Recht frei wählen können. Diese Rechtswahl muß ausdrücklich sein oder aber sich mindestens mit hinreichender Sicherheit aus den Bestimmungen des Vertrages bzw. den Umständen des Falles ergeben.

Falls keine Rechtswahl vorliegt, unterliegt der Vertrag nach Art. 28 EGBGB dem Recht des Staates, mit dem der Vertrag die engsten Verbindungen aufweist. Das Gesetz gibt im folgenden einige Vermutungskriterien wieder, anhand der sich „die engsten Verbindungen“ mit einem Staat ersehen lassen.

Dabei stellt das Gesetz in Art. 35 klar, daß unter dem Begriff „Recht eines Staates“ nur die jeweiligen Sachvorschriften, nicht aber das internationale Privatrecht eines Staates zu verstehen ist. Andernfalls bestünde die Gefahr, daß das internationale Privatrecht eines Staates wiederum eine Rückverweisung in ein anderes Recht vornimmt, mithin eine Rechtsfolge, die die Vertragsparteien in der Regel weder überlegt noch geprüft haben. Das Gesetz schützt also vor unbeabsichtigten Weiterverweisungen.

Eingeschlossen ist die Möglichkeit der freien Rechtswahl bei Verbraucherträgen (Art. 29 EGBGB) und Arbeitsverträgen (Art. 30

Einkaufsagent in Brasilien

Deutsch-Brasilianer, 25 Jahre, Industriekaufmann, tätig im Außenhandelsbereich, möchte deutsche Firma als Einkaufsagent in Brasilien vertreten.

Angebote bitte an die Hauptgeschäftsstelle.

EGBGB). Damit soll verhindert werden, daß zwingende Schutzbestimmungen für Verbraucher oder Arbeitnehmer durch die Vereinbarung eines fremden Rechts unterlaufen werden.

Entsprechend bestimmt auch Art. 33, daß bei Abtretung einer Forderung für die Verpflichtungen zwischen dem bisherigen und dem neuen Gläubiger das Recht maßgebend ist, dem der Vertrag zwischen ihnen unterliegt. Es kann also nicht durch eine Forderungsabtretung ein anderes Recht zur Anwendung kommen.

Schließlich bestimmt Art. 37, daß die gesetzlichen Regelungen für vertragliche Schuldverhältnisse keine Anwendung auf Verpflichtungen aus Wechseln, Schecks und ähnlichen Papieren, auf gesellschaftsrechtliche Fragen und auf Versicherungsverträge finden.

Die Rechtsordnung eines jeden Staates beruht auf Grundwerten, die auch durch Vereinbarung eines anderen Rechts nicht umgangen werden dürfen. Demzufolge bestimmt Art. 34 EGBGB, daß **zwingendes** deutsches Recht ohne Rücksicht auf das zwischen den Vertragspartnern vereinbarte Recht immer anwendbar bleibt.

Lediglich innerhalb des Gesetzes „ersetzt“ wurde der bisher schon geltende „Ordre public“. Nach Art. 6 sind die Rechtsnormen eines anderen Staates, selbst wenn sie zwischen den Vertragspartnern vereinbart wurden, nicht anzuwenden, wenn sie zu Ergebnissen führen, die mit deutschem Recht unvereinbar sind.

Die Rechts- und Geschäftsfähigkeit einer Person richten sich nach Art. 7 EGBGB nach der Staatsangehörigkeit. Die Form von Rechtsgeschäften regelt sich in Art. 11: Entweder gilt das Recht, das dem Vertrag bei Formgültigkeit zugrunde liegen würde, oder das Recht, das am Ort des Vertragsabschlusses maßgebend ist. Sind die Formvorschriften einer dieser beiden Rechtsordnungen erfüllt, so ist das Rechtsgeschäft nach deutschem Recht formgültig.

Die Neufassung des deutschen internationalen Privatrechts bringt auch einige für die Wirtschaft bedeutende verfahrensrechtliche Änderungen – insbesondere für das Schiedsgerichtsverfahren. So wurde § 1039 ZPO neu gefaßt. Nunmehr ist nicht mehr die Unterschrift aller Schiedsrichter erforderlich, vielmehr genügt der Vermerk, daß eine Unterschrift nicht zu erlangen war. Dies war bisher nicht möglich, und hat in der Vergangenheit dazu geführt, daß die deutsche Schiedsgerichtsbarkeit international gemieden wurde.

Darüber hinaus können die Parteien eines Schiedsgerichtsverfahrens nunmehr auch vereinbaren, wie ein Schiedsspruch zwischen ihnen bekanntzumachen ist, bzw. ob er beim zuständigen ordentlichen Gericht niedergelegt werden kann. Die Niederlegung selbst ist nur für den Fall der Zwangsvollstreckung aus dem Schiedsspruch zwingend erforderlich. Solche verfahrensrechtlichen Änderungen dürften die deutsche Schiedsgerichtsbarkeit auch im internationalen Bereich beleben.

Am 25. Mai ist Volkszählung

Dr. Friedrich Zimmermann, Bundesminister des Innern, hat in einem Schreiben an den Präsidenten unseres Bundesverbandes, BGA, Herrn Konsul Klaus Richter, auf die Volkszählung am 25. Mai 1987 aufmerksam gemacht. Wir drucken hier das an Herrn Konsul Richter gerichtete Schreiben ab:

Sehr geehrter Herr Präsident!

„Sie stimmen mit mir sicherlich darin überein, daß eine erneute Feststellung der Grunddaten über die Bevölkerung, Wohnungen, Gebäude und Arbeitsstätten durch die Volkszählung am 25. Mai 1987 überfällig ist. Wie Sie wissen, ist das Volkszählungsgesetz 1987 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD verabschiedet worden. Der Bundesrat hat dem Gesetz einmütig zugestimmt. Das überzeugende parlamentarische Votum unterstreicht, daß die Volkszählung nicht nur für planvolles staatli-

ches Handeln erforderlich ist, sondern darüber hinaus vielfältigen gesellschaftlichen Bedürfnissen dient. Ich denke dabei vor allem an die volkswirtschaftlichen und statistischen Abteilungen Ihrer Mitglieder.

Die Einsicht in die Notwendigkeit der Volkszählung muß den Bürgern unseres Landes noch deutlicher vermittelt werden. Verunsicherung ist insbesondere durch Boykottaufrufe der Grünen ausgelöst worden, die hierdurch in unverantwortlicher Weise Spielregeln der Demokratie und Grundsätze des Rechtsstaates verletzen. Hilfreich erscheint mir eine Solidaraktion von Repräsentanten des öffentlichen Lebens. Sie wird nach meiner Auffassung von entscheidender Bedeutung sein für die Mitwirkung der Bürger bei der Volkszählung und für die Erfüllung des Verfassungsauftrags, die soziale und ökonomische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland verantwortlich zu planen und zu gestalten.

Ich wende mich deshalb persönlich an Sie. Sie können in Ihrem Wirkungsfeld und Aufgabenbereich maßgeblich zur Unterstützung der Volkszählung beitragen. Außerordentlich dankbar wäre ich, wenn Nutzen und Notwendigkeit der Volkszählung auch über Ihren Verband vermittelt werden könnten. Wenn Sie es wünschen, stellt Ihnen das Statistische Bundesamt gerne Beiträge für geeignete Publikationen oder sonstiges Material zur Verfügung.

Allen die Zählung durchführenden Stellen in Bund, Ländern und Gemeinden wäre es eine große Hilfe, wenn Sie eine Erklärung zur Volkszählung abgeben würden, von der im Rahmen der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit Gebrauch gemacht werden kann.

Sehr verbunden wäre ich Ihnen auch, wenn Sie durch geeignete Maßnahmen die Bereitschaft der in Ihrem Organisationsbereich beschäftigten Arbeitnehmer fördern könnten, das Ehrenamt des Zählers zu übernehmen.“

Berufsausbildung und -förderung

Personal-Computer – ein Informationssystem für den Chef

Stellen Sie sich vor, Sie hätten einen Apparat auf Ihrem Schreibtisch, in dem die wichtigsten Informationen, mit denen Sie ständig umgehen müssen, gespeichert sind. Stellen Sie sich dann noch vor, daß diese Informationen ohne großen Aufwand ständig aktualisiert werden können und daß Sie auf diesem schlauen Apparat auch noch Ihre persönlichen Berechnungen, die Sie für Entscheidungen brauchen, mit diesen Daten anstellen können.

Utopie? Heute nicht mehr, denn die kleinen (und preisgünstigen) Personalcomputer machen dies möglich. Der Chef muß nur die Schwelle überschreiten und das hierfür Notwendige über EDV lernen.

So schwer ist das nicht, und es lohnt sich!

Programm

- Aufbau und technische Anforderungen an Ihren PC (Personal Computer)
- Das Betriebssystem und seine Handhabung
- Software für Ihren PC
- Unternehmer-Aufgaben für Ihren „persönlichen Computer“
- Praktischer Einsatz der Tabellenkalkulation mit Multiplan
- Praktischer Einsatz einer Datenbank mit dBASE II

Termin: 46113 München 12. – 13. Mai 1987
9 – 17 Uhr

Gebühr: 344,- DM

Referent: Michael Friedmann
Bildungszentrum des Bayerischen Handels

Anmeldeschluß: 4. 5. 1987

Seminar: Möglichkeiten und Risiken mittelständischer Unternehmen im Überseegeschäft

In dem Ganztagsseminar am 6. 5. 87 in Irsee werden die Wachstumschancen und -hemmnisse des Mittelstandes im Übersee-Export ausgewogen dargestellt. Auf dem Hintergrund der Konkurrenzsituation sind moderne Geschäftsformen wie Ausschreibungen und Projektgeschäft, Transithandel und Kompensationsgeschäfte darzustellen. Die Außenhandelsförderung in ihren Leistungen und Schwachpunkten wird erörtert; die problematische Informationsbeschaffung anwendungsorientiert behandelt. Es besteht ausführliche Gelegenheit zu praxisorientierter Falldiskussion.



Referent:

Diplom-Volkswirt **Hans-Jürgen Müller**, Geschäftsführer im Bundesverband des Deutschen Exporthandels e.V. Hamburg – Bonn.

Der Referent mit den Spezialgebieten Außenwirtschafts- und Währungspolitik ist nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre mit Prädikatsabschluß an der Universität Hamburg 9 Jahre im Deutsch-Japanischen Wirtschaftsbüro in Hamburg tätig gewesen, zuletzt als Stellvertreter des Direktors. Danach übernahm er die Geschäftsführertätigkeit im Verein Hamburger Exporteure e.V. und nach dessen Gründung seit 1980 Geschäftsführer im Bundesverband des Deutschen Exporthandels e.V., dem rund 440 Exportunternehmen in der Bundesrepublik angeschlossen sind.

Programm:

1. Wachstumschancen und -hemmnisse in Übersee
Stellung des Mittelstandes im Übersee-Export
 - Länderbetrachtung
 - Vertretene Branchen
 - Präsenz vor Ort
 - Beteiligung am Projektgeschäft
 - Konkurrenzsituation
2. Erforderliche Leistungen des Handels im Überseegeschäft
 - a) Marketing, Finanzierung, Dienstleistungen
 - b) Transithandel und Kompensationsgeschäft als Sonderformen
 - c) Risiken und Risikopolitik der Unternehmen im Überseegeschäft
 - d) Konkurrenzsituation Handel – Industrie im Überseegeschäft
3. Außenhandelsförderung: Leistungen und Schwachpunkte
 - Außenhandelsförderung des Bundes und der Länder
 - Staatliche und private Exportkreditversicherung

4. Problematische Informationsbeschaffung für Überseegeschäfte
 - Allgemeine Lersus-Spezialinformationen
 - Kosten-Nutzen-Überlegungen zur Informationsbeschaffung
 - Zuviel oder zuwenig Außenhandelsinformationen.

Anmeldungen richten Sie bitte an die Hauptgeschäftsstelle.

Bildung als „Motor“ in der Arbeitswelt

Prof. Winfried Schlaffke vor dem Studienkreis Schule-Wirtschaft Bayern

Die Schlüsseltechnologien unserer Zeit haben die Arbeits- und Lebenswelt verändert. Besonders die Mikroelektronik hat einen epochalen Wandel herbeigeführt, der nur mit Bildung zu bewältigen ist. Diese These stellte Prof. Winfried Schlaffke (Institut der deutschen Wirtschaft, Köln) vor dem Studienkreis Schule-Wirtschaft Bayern auf der Jahrestagung 1987 in Rosenheim (21. März) auf. Das Rahmenthema lautete: Schule und Wirtschaft auf dem Weg in die Lerngesellschaft – Herausforderungen an die schulische und betriebliche Bildung. Schlaffkes skizzierte Entwicklungstrends lauten:

1. Neue Technologien helfen Schwerarbeit und Routinetätigkeiten zu vermeiden, zugleich eröffnen sie neue und interessante Gestaltungsmöglichkeiten.
2. Mit neuen Technologien lassen sich starre und minutios gesteuerte Fertigungssysteme flexibler gestalten; mit zunehmender Flexibilisierung erwachsen den Mitarbeitern neue Freiheits- und Gestaltungsräume.
3. Zur Bewältigung der dafür entstandenen Bildungsaufgaben sind neue Lehrmittel und neue Lehrmethoden gefragt. Auch für Schlechtqualifizierte und „Leistungsbeeinträchtigte“ können sinnvolle und menschengerechte Aufgaben geschaffen werden.

Nach Schlaffke ist Bildung der Garant von Wettbewerbsfähigkeit, Fortschritt und Qualität des Lebens. Sie habe vor allem drei Aufgaben zu erfüllen. Einmal müsse sie dafür sorgen, den eingetretenen wirtschaftlich-technischen und gesellschaftlich-sozialen Wandel „verkraften“ zu können; während sich Bodenschätze und Rohstoffe nicht vermehren lassen, können Wissen und Fähigkeiten zunehmen. Schulbildung müsse das tragfähige Fundament für eine lebenslange Lernbereitschaft schaffen, Berufs- und Weiterbildung den speziellen Qualifikationsbedarf sichern. Zum anderen müsse Bildung sich auch zunehmend als „Antriebsaggregat“ bewähren und zum Innovationsträger werden. Deswegen müßten auch Handlungsnormen und Werterhaltungs-Vorstellungen vermittelt werden. Und drittens müsse die Bildung dazu beitragen, die Wissens- und Informationsflut zu bewältigen und den einzelnen befähigen, seinen Standort in der Gesellschaft zu finden, seine Persönlichkeit zu behaupten, aber auch der Gesellschaft zu dienen.

LAGERHALLE (Rückgebäude)

in zentraler Lage in Nürnberg (nahe Frankenschnellweg) zu vermieten.

290 qm, Hallenhöhe 3,80 / 4,50 m, hell und sehr geräumig, Holzdecke.

Büroarbeiten und Lagerführung könnten übernommen werden.

Interessenten melden sich bitte unter der Telefon-Nr. tagsüber 09 11/3 26 37 09, ab 19.00 Uhr 0 91 29/44 64.

Ordnungswidrigkeiten in der beruflichen Bildung vermeiden

Das Berufsbildungsgesetz zählt in § 99 Abs. 1 auf, welche Verstöße Ordnungswidrigkeiten sind. Dabei werden Ordnungswidrigkeiten, für die eine Geldbuße bis zu DM 2.000,— ausreichend erscheint, von solchen Ordnungswidrigkeiten unterschieden, die mit einer Geldbuße bis zu DM 10.000,— geahndet werden können.

Testliste hilft Bußgeld zu vermeiden

In die nachfolgende Testliste sind die einzelnen Ordnungswidrigkeiten, die in § 99 des Berufsbildungsgesetzes aufgezählt sind, eingearbeitet. Wer alle Fragen bejahen kann, braucht kein Bußgeld zu befürchten.

- Wird unverzüglich nach Abschluß des Berufsausbildungsvertrags, spätestens vor Beginn der Berufsausbildung der wesentliche Inhalt des Vertrags schriftlich niedergelegt? Wird bei wesentlichen Änderungen ebenso verfahren?
- Wird dem Auszubildenden und dessen gesetzlichem Vertreter eine Ausfertigung der unterzeichneten Niederschrift unverzüglich ausgehändigt?
- Wird unverzüglich nach Abschluß des Berufsausbildungsvertrages die Eintragung in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse bei der zuständigen Stelle beantragt und eine Ausfertigung der Vertragsniederschrift beigefügt? Wird auch bei Änderungen des Berufsausbildungsvertrages in dieser Weise verfahren?
- Werden der zuständigen Stelle und ihrem Beauftragten die für die Überwachung notwendigen Auskünfte rechtzeitig, richtig und vollständig erteilt, Unterlagen vorgelegt, sowie die Besichtigung der Ausbildungsstätte gestattet?

- Werden den Auszubildenden nur Aufgaben übertragen, die dem Ausbildungszweck dienen?
- Wird dem Auszubildenden für die Teilnahme am Berufsschulunterricht, an Prüfungen und an Ausbildungsmaßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte für die dafür erforderliche Zeit gewährt?
- Werden Auszubildende weder eingestellt noch ausgebildet, wenn die persönliche Eignung fehlt, weil Kinder und Jugendliche nicht beschäftigt werden dürfen?
- Werden Auszubildende weder eingestellt noch ausgebildet, wenn die berufliche oder berufs- und arbeitspädagogische Eignung fehlt?
- Werden nur Ausbilder bestellt, für die
 - kein Verbot besteht, Kinder und Jugendliche zu beschäftigen und die
 - die berufliche und berufs- und arbeitspädagogische Eignung haben und denen
 - das Ausbilden nicht untersagt wurde?
- Werden Auszubildende weder eingestellt noch ausgebildet, wenn das Einstellen oder Ausbilden untersagt worden ist.

Frauen vorne in der beruflichen Weiterbildung

Bei der kaufmännischen Weiterbildung dominieren die Frauen: Mit 76,5% stellten sie 1985 mehr als 3/4 der insgesamt 44.500 Teilnehmer bei den Prüfungen der Industrie- und Handelskammern in diesem Bereich. 1980 habe ihr Anteil erst 72,4% betragen, geht aus einer Auswertung des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) hervor.

Preisverleihung „ALLE SICHERHEIT DEM KIND“ 1987



Präsident Braun überreicht die mit dem Preis verbundene Goldmedaille an **Louis Verboven** (2. v. r.). Daneben die beiden Verbandsvorsitzenden **Heinz Schrörs**, Einzelhandel und **Breimeir**, Großhandel (ganz links).

Anlässlich der 38. Internationalen Spielwaren-Messe in Nürnberg verlieh Präsident **Walter Braun** den von den Verbänden des Spielwaren-Großhandels und -Einzelhandels gemeinsam gestifteten

Preis „ALLE SICHERHEIT DEM KIND“. Preisträger des Jahres 1987 ist **Louis Verboven**, Brüssel, Präsident des Europäischen Spielzeuginstituts:

Mit dieser Auszeichnung ehren die Stifterverbände eine Persönlichkeit, die sich seit über drei Jahrzehnten um das „Spielzeug“ in allen Bereichen hervorragende Verdienste erworben hat. Der Begriff der „Spielzeugsicherheit“ im Sinne einer sowohl körperlichen als auch geistig-seelischen Unversehrtheit sowie die therapeutische Unterstützung durch Spielzeug bei der Förderung und Erziehung behinderter Kinder waren und sind dem Leiter des Europäischen Spielzeuginstituts und des Hilfswerks „keep smiling“ ein stetes Anliegen. Auf vielen Arbeitstagen und Kongressen seit 1958, die Herr Verboven initiierte, wurden alle Aspekte des Spielzeugs zur Sprache gebracht.

In besonderer Weise anerkennenswert ist das Wirken des Preisträgers im Rahmen des Hilfswerks „keep smiling“ für behinderte Kinder, das in vielfältigen Aktivitäten, persönlichem Einsatz und der vielbeachteten Publikation „Das Spielzeug, eine neue Therapie für das behinderte Kind“, zum Ausdruck gekommen ist. Immer in dem Bestreben den Kindern und besonders den behinderten Kindern mit therapeutischem Spielzeug zu helfen, hat Herr **Verboven** die Neuauflage seines Buches erweitert durch die Studie: „Die Ludo-therapie und das sehbehinderte Kind“.

Der verliehene Preis ist deshalb als Auszeichnung für das gesamte Lebenswerk des Preisträgers zu sehen.

Studium mit Zusatzpraxis

Fachhochschulstudiengang Betriebswirtschaft

Betriebspрактиker fordern seit längerem höhere Praxisbezüge der Ausbildung im Schul- und Hochschulbereich, kürzere Studienzeiten und die Fähigkeit junger Nachwuchskräfte, sich schnell auf neue Probleme und Aufgaben einzustellen. Auf Beschuß der Bayerischen Staatsregierung hat eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Wirtschaft, des Kultusministeriums und der bayerischen Fachhochschulen Überlegungen angestellt, um Fachhochschulabsolventen ohne Verlängerung der regulären Studiendauer (6 theoretische und 2 praktische Studiensemester) mehr Praxis mit auf den Weg zu geben.

Das von der Arbeitsgruppe erarbeitete Modell „Studium mit Zusatzpraxis“ geht von der Grundkonzeption der Studiengänge an bayerischen Fachhochschulen aus (6 Theorie- und 2 Praxissemester). Neu ist die Nutzung der Semesterferien für zusätzliche betriebliche Praxisphasen, wobei ein jährlicher Mindesturlaub von dreißig Werktagen vorgesehen ist. Zunächst ist das Modell auf die Industrie beschränkt, weitere Wirtschaftszweige sollen nach der Erprobungsphase einbezogen werden. Für die Dauer der Praxisphasen wird eine Vergütung an den Studenten gezahlt. Die Höhe

muß mindestens eine Vergütung für Auszubildende mit dem Berufsziel Industriekaufmann im zweiten Ausbildungsjahr entsprechen. Der Vertrag sieht eine Probezeit vor, innerhalb der das Vertragsverhältnis auf die zwanzig-wöchige Ausbildungszeit des ersten Praxissemesters reduziert werden kann. Die Ausbildungsinhalte richten sich nach den Ausbildungsplänen.

Handelsbetriebe, die sich ebenfalls für ein derartiges Zusatzpraxis-Studium interessieren, lassen sich bitte die Broschüre „Studium mit Zusatzpraxis“ von uns schicken.

Neue Literatur für Prüfer

Mitglieder von Prüfungsausschüssen tragen hohe Verantwortung — gegenüber den Unternehmen und gegenüber dem Prüfungsteilnehmer. Die Unternehmen verlassen sich auf ihr Urteil bei der Einstellung von Mitarbeitern, für den Prüfungsteilnehmer hängt von diesem Urteil die berufliche Zukunft ab. Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) hat Literatur für Prüfer entwickelt. Die Broschüren „Prüfungspraxis“, Tips für die mündliche Prüfung, 56 Seiten, DM 6,— sowie die Broschüre „Kaufmann im Groß- und Außenhandel“, praktische Übungen, 72 Seiten, DM 8,— können beim Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT), Adenauer-Allee 148, 5300 Bonn 1, bestellt werden.

Außenhandel

Osthandel 1986

Mit dem globalen Rückgang von —22% auf der Einfuhr- und —8% auf der Ausfuhrseite hat die seit den 50er Jahren stetige Aufwärtsentwicklung des deutschen Außenhandels mit den osteuropäischen Staaten im vergangenen Jahr ein Ende gefunden.

Der Einbruch bei den deutschen Importen aus der UdSSR wurde natürlich verursacht vom Preissturz der Energieträger, die in den vergangenen Jahren 80% der Einfuhrwerte ausmachten. Bei den kleineren RGW-Staaten war der Wertrückgang der Importe dort am stärksten, wo auch der Anteil von Rohstoffen hoch war.

Das Fertigwarenangebot der RGW-Staaten, das vielfach in Konkurrenz zu dem der fernöstlichen Entwicklungsländer steht, ist dadurch indirekt vom Dollar-Kurs abhängig und traf im vergangenen Jahr auf verschlechterte Absatzchancen auf dem deutschen Markt.

Der Rückgang der deutschen Ausfuhren spiegelt (bei Polen und Rumänien) die kritische Verschuldungslage, aber insgesamt wohl auch die Anpassungsschwierigkeiten bei der zum Teil bis in das zweite Halbjahr verschobenen Verabschiedung der 5-Jahrespläne 1986 bis 1990 wider.

Beim China-Handel gab es mit —4% bei den Ausfuhren eine Normalisierung nach mehr als verdoppelten Ausfuhren 1985.

Außenhandel insgesamt	UMSATZ			EINFUHR			AUSFUHR			SALDEN	
	1986*	1985	Verändg. in %	1986*	1985	Verändg. in %	1986*	1985	Verändg. in %	1986*	1985
	940.568	1.000.975	— 6	414.205	463.811	— 11	526.363	537.164	— 2	+ 112.158	+ 73.353
UdSSR	18.740	24.156	— 22	9.366	13.629	— 31	9.374	10.527	— 11	+ 8	— 3.102
Polen	5.045	5.914	— 15	2.596	3.080	— 16	2.449	2.834	— 14	— 147	— 246
Ungarn	5.079	5.304	— 4	2.082	2.241	— 7	2.997	3.063	— 2	+ 915	+ 822
CSSR	4.490	4.830	— 7	2.197	2.505	— 12	2.293	2.325	— 1	+ 96	— 180
Rumänien	2.403	2.510	— 4	1.659	1.594	+ 4	744	916	— 19	+ 915	— 678
Bulgarien	2.067	2.105	— 2	399	464	— 14	1.668	1.641	+ 2	+ 1.269	+ 1.177
Albanien	84	85	— 1	45	39	+ 15	39	46	— 15	— 6	+ 7
Europäische Staatshandels- länder	37.908	44.904	— 16	18.344	23.552	— 22	19.564	21.352	— 8	+ 1.220	— 2.200
VR China	8.892	8.985	— 1	2.705	2.556	+ 6	6.187	6.429	— 4	+ 3.482	+ 3.873
DVR Korea	238	244	— 3	155	174	— 11	83	70	+ 19	— 72	— 104
Vietnam	38	40	— 5	18	16	+ 12	20	24	— 17	+ 2	+ 8
Mongolische Volksrepublik	7	20	— 65	3	12	— 75	4	8	— 50	+ 1	— 4
Asiatische Staatshandels- länder	9.175	9.289	— 1	2.881	2.758	+ 4	6.294	6.531	— 4	+ 3.413	+ 3.773
Jugoslawien	11.329	10.989	+ 3	4.906	4.774	+ 3	6.423	6.215	+ 3	+ 1.517	+ 1.441

* vorläufige Zahlen

— in Mio DM —

Verschiedenes

Autohaftpflichtversicherung: Höhere Mindestdeckungssummen in Griechenland

In der Autohaftpflichtversicherung Griechenlands wurden nach Informationen des Verbandes der Autoversicherer die gesetzlichen Mindestdeckungssummen verdoppelt. Danach stehen jetzt bei einem Unfall für Personenschäden 43.500 (vorher: 21.750) DM, für Sachschäden 14.500 (vorher: 7.250) DM zur Verfügung.

Gemessen an den Mindestdeckungssummen in der deutschen Autohaftpflichtversicherung (bis zu 1,5 Mio. DM für Personenschäden, 400.000 DM für Sach- und 40.000 DM für Vermögensschäden) sind die griechischen Deckungssummen aber immer noch unzureichend. Zudem müssen deutsche Autofahrer in Griechenland mit einigen Besonderheiten im Schadenfall rechnen. So werden Reparaturkosten meist nur nach den griechischen Kostenverhältnissen ersetzt, bei deutschen Rechnungen werden Abzüge bis zu 40 Prozent gemacht. Nicht erstattet werden Nutzungsausfall und außergerichtliche Anwaltsgebühren.

Für deutsche Griechenlandreisende empfiehlt sich daher nach wie vor der Abschluß einer Unfall- bzw. Insassen-Unfall – sowie einer Vollkaskoversicherung. Eine Unfallversicherung tritt bei bleibenden Personenschäden ein; eine Vollkaskoversicherung ersetzt Unfallschäden am eigenen Fahrzeug, gleichgültig, ob man sie selbst oder ein anderer verursacht hat. Darüber hinaus ist auch eine Rechtsschutzversicherung empfehlenswert. Sie ersetzt Anwalts- und auch eventuell anfallende Gerichtskosten „wie zu Hause“.

Nach wie vor unbedingt erforderlich ist für Griechenlandreisende die Internationale Grüne Versicherungskarte.

Wechsel in der Leitung der IBW

Der Geschäftsführer und Chefredakteur der Informationszentrale der Bayerischen Wirtschaft (IBW), **Joachim Hentze**, schied am 31. März aus seinen Ämtern. Sein Nachfolger wurde der bisherige Wirtschaftsredakteur in der „Süddeutschen Zeitung“, **Wolfram Pohl**.

Der am 8. April 1920 in Halberstadt geborene „Wahlstettiner“ Hentze war 13 Jahre lang Mitarbeiter der IBW und seit Januar 1978 ihr Leiter. Seine journalistische Laufbahn begann er – nach Kriegsteilnahme und sowjetischer Gefangenschaft – Ende der 40er Jahre bei der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“. 1954 machte sich Hentze in Hannover mit einem Pressebüro selbstständig, nachdem er ein Jahr zuvor den Arbeitskreis Niedersachsen der Werksredakteure gegründet hatte, dessen Sprecher er fünf Jahre war. Von 1960 bis 1973 war er nebenberuflich auch Dozent für Public Relations an der Werbe- und Verkaufsfachschule Hannover, die ihn für seine Verdienste um die berufliche Nachwuchsbildung mit der Goldenen Hans-Buchholz-Medaille auszeichnete. Bis zu seiner Tätigkeit bei der IBW leitete Hentze neun Jahre eine politisch-wirtschaftliche Pressekonferenz. Er ist u. a. Mitautor des Lucherhandbuchs „Öffentlichkeitsarbeit“ und der Schrift „Unternehmer – Bestandteil der Demokratie“ sowie weiterer zahlreicher Veröffentlichungen. 1985 übernahm er zusätzlich zur Leitung der IBW die Geschäftsführung der „MBW Mediengesellschaft der Bayerischen Wirtschaft mbH“. Hentze ist Träger des Verdienstkreuzes 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Der neue Leiter der IBW, Wolfram Pohl, ist gebürtiger Berliner. In seiner Vaterstadt studierte er politische Wissenschaften und Ökonomie. Der 54jährige Pohl kam über verschiedene Stationen als Wirtschaftsredakteur und Wirtschaftskorrespondent (u. a. Berliner Morgenpost, Der Spiegel) Anfang 1975 zum Institut der deutschen Wirtschaft in Köln, wo er als Redakteur vor allem sozial-politische Themen behandelte. Anfang 1978 trat er in das Wirtschaftsressort der „Süddeutschen Zeitung“ ein. Hier erwarb er sich allgemeines Ansehen.

Senkung der Staatsquote entscheidende Marke marktwirtschaftlicher Politik

Die Regierungserklärung mache deutlich, daß die christlich-liberale Koalition den Weg für Soziale Marktwirtschaft und Wirtschaftswachstum prinzipiell fortsetze. Die beabsichtigte Steuerreform und die Senkung der Staatsquote nannte Klaus Murmann, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die entscheidende Marke marktwirtschaftlicher Politik für diese Legislaturperiode.

Die Steuerreform sei alles andere als unsozial. Angesichts des von Medien und Gewerkschaften aufgebauten Popanzes „Spitzensteuersatz“ sei völlig verdeckt geblieben, daß die Steuerreform im wesentlichen den Arbeitnehmern zugute komme und die Niedrigverdienden im Verhältnis zu ihrem Anteil am Steueraufkommen sogar überdurchschnittlich entlastet würden.

Murmann bemängelte demgegenüber die unzureichende Entlastung der Unternehmen und nannte die noch offene Finanzierung mehr als einen Schönheitsfehler. Eine Erhöhung der Neuverschuldung könne nur vorübergehend in Kauf genommen und der Konsolidierungskurs müsse fortgesetzt werden. Dies bedinge kostenbremsende Reformen der sozialen Sicherungssysteme. Entschiedenheit sei hier geboten.

Eine klare ordnungspolitische Orientierung fehle in bezug auf ein neues Montan-Mitbestimmungssicherungsgesetz. Es würde künftig bei gleichartigen Unternehmen zweierlei Recht schaffen und im Interesse gewerkschaftlichen Funktionärseinflusses den Belegschaftsmitgliedern Mitbestimmungsrechte nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 vorenthalten.

Für die Ausweitung von Informations- und Beratungsrechten des Betriebsrates bei der Einführung neuer Techniken im Betrieb bestehe angesichts der geltenden Vorschriften der Betriebsverfassung kein zusätzlicher Handlungsbedarf. Eine Ausweitung der wirtschaftlichen Mitbestimmung müsse die Modernisierung der Arbeitsplätze verzögern und verteuern sowie das Wirtschaftswachstum verlangsamen.

Personalien

Wir betrauern

Fritz E. Halseband

Am 7. Februar 1987 verstarb **Fritz E. Halseband** im Alter von 76 Jahren. Er hatte viele Jahrzehnte das Unternehmen 2H-Papier Großhandels GmbH & Co. KG, Garching, geleitet. Wir kannten Fritz E. Halseband als eine verantwortungsbewußte Persönlichkeit, dessen unternehmerisches Engagement wir stets hoch geachtet und geschätzt haben.

Unser Landesverband wird sein Andenken stets in hohen Ehren halten.

Wir gratulieren

Herrn **Bernd Wenzel**, geschäftsführender Mitgesellschafter unserer Mitgliedsfirma Zwissler & Krebs, Textil- und Kurzwaren-Großhandlung in Aschaffenburg, der mit Wirkung vom 1.2.1986 an für eine neue Amtsperiode von vier Jahren zum ehrenamtlichen Richter beim Arbeitsgericht Würzburg wieder berufen wurde. Wir gratulieren Herrn Wenzel sehr herzlich zu dieser ehrenvollen Berufung.

Herrn Reinhart **Schmid-Burgk**, Inhaber unserer Mitgliedsfirma Dr. Oscar Menzel Nachf., in München, Großhandel mit Gummi, Kunststoffe, Technischer Bedarf, der vom 10. April 1986 an auf die Dauer von drei Jahren zum Handelsrichter am Landgericht München ernannt wurde.

Wir gratulieren zu dieser ehrenvollen Berufung sehr herzlich.

Zum ehrenamtlichen Richter beim Sozialgericht Augsburg wurde Herr **Kurt Hoffmann**, Großhandel Export Import in Werkzeugen für Uhrmacher und Goldschmiede, Präzisionswerkzeuge für die elektronische Industrie in Augsburg berufen.

Wir gratulieren an dieser Stelle zu dieser ehrenvollen Berufung sehr herzlich.

Karl-Friedrich Müller-Lotter Handelsausschuß-Vorsitzender



Nach der Wahl: Karl-Friedrich Müller-Lotter (l.) und Präsident Walter Braun.

Unser Vorstandsmitglied und bildungspolitischer Sprecher Karl-Friedrich Müller-Lotter, Firma G. F. Lotter GmbH in Nürnberg, wurde bei der letzten Sitzung des Handelsausschusses der Industrie- und Handelskammer Nürnberg unter Leitung von Präsident **Walter Braun** zum neuen Ausschußvorsitzenden gewählt.

Wir gratulieren Herrn Müller-Lotter sehr herzlich zu seiner Wahl und wünschen ihm für die Arbeit in diesem Gremium Freude und Erfolg.

Alois Wiedemann neuer Geschäftsstellenleiter



Seit 1. März 1987 ist unsere durch das Ausscheiden und den Tod Ferdinand Waimanns verwaiste Geschäftsleiter-Position unseres LGA in Nürnberg wieder besetzt. Zum neuen Leiter wurde unser längjähriger Mitarbeiter, Rechtsanwalt Alois Wiedemann, neu bestellt. Damit wird die kontinuierliche Arbeit auch im nordbayerischen Raum fortgesetzt.

Wir gratulieren Herrn Wiedemann an dieser Stelle sehr herzlich und wünschen ihm für die vor ihm liegenden Aufgaben viel Erfolg.

Horst Popp wieder in Bayreuther Kammer

Erneut in den Vorstand und als stellvertretender Gremiumsvorsitzender der Kammer Bayreuth gewählt worden ist unser langjähriges Vorstandsmitglied und Mitglied des Öffentlichkeitsarbeitsausschusses und Betriebswirtschaftlichen Ausschusses, **Horst Popp**.

Wir gratulieren Herrn Popp sehr herzlich zu dieser Wahl und wünschen ihm für seine weitere Arbeit im Rahmen der Kammer Bayreuth alles Gute.

UEG-Steuerungsanlagen liefert nach Wuhan

Ab Ende 1987 wird in der zentralchinesischen Stadt Wuhan eine neue Bierquelle sprudeln: die Yangtse River Brauerei. An diesem ehrgeizigen Projekt, dessen Kosten sich auf 100 Millionen DM belaufen, ist die Bamberger Filiale der UEG (Unterfränkische Elektrizitäts-Gesellschaft Friedrich Westphal GmbH & Co. KG) beteiligt.

Eine von der UEG geplante und gebaute Steuerungsanlage ist das „Hirn“ der zu der Brauerei gehörigen Schrotterei. Die Anlage mit dem dazugehörigen 3,60 Meter langen und 1,20 Meter hohen Schaltbild wurde kurz vor Weihnachten mittels Container nach Hamburg befördert, von wo aus sie dann die Schiffsreise ins „Reich der Mitte“ antreten wird.

Die Abteilung Verteilerbau der UEG ist wiederum als Auftragnehmer einer Kulmbacher Maschinenfabrik, die die komplette Schrotterei nach Wuhan liefert, an diesem Projekt beteiligt. Im Juli dieses Jahres hat sie den Auftrag erhalten, die dazugehörige Steuerung einschließlich Blindsightsbild zu fertigen, doch bereits im vergangenen Jahr haben die Spezialisten der UEG, die Elektromeister Max Rottner und Josef Raab im Hinblick auf den zu erwartenden Vertragsabschluß mit entsprechenden Planungen begonnen.

Die vom Verteilerbau der UEG gebauten Steuerungsanlagen arbeiten übrigens weltweit vor allem in Melzereien und Brauereien, Mühlen und in der Steinindustrie. In Deutschland verlassen sich so angesehene Braustätten wie jene in Andechs, die Weißbierbrauerei in Erding, die Flensburger Brauerei, Gatzweiler in Düsseldorf und die Kulmbacher Mönchshof auf Anlagen aus Bamberg. UEG lieferte schon in alle benachbarten europäischen Länder und in die Ostblockstaaten, aber auch nach Indien, Neuseeland, Formosa und Nigeria.

Mit dem jetzt fertiggestellten Projekt für Wuhan gibt die UEG nur ihr Debüt in der Volksrepublik China. Es handelt sich bei einem Kostenvolumen von etwa 150 000 DM um einen relativ großen Auftrag, wie man ihn nicht jedes Jahr bekommen kann. Die technische Auslegung der Anlage ist Resultat aller bisher gemachten Erfahrungen mit Steuerungen, die in den letzten Jahren für deutsche Großanlagen erstellt wurden.

Was Fachleute interessieren dürfte: Der automatisierte Ablauf der Arbeitsgänge erfolgt in konventioneller Schalttechnik unter Rücksichtnahme auf die in Wuhan herrschenden Umstände (hohe Außentemperaturen, Fachkenntnisse des Personals), kann aber auch von einer freiprogrammierbaren Elektronik abgerufen und vorgegeben werden, was für die Zukunft geplant ist.

Buchbesprechungen

Sozialgesetze

Textausgabe mit einer Einführung von Prof. Dr. Peter Krause

Stand: 1. Februar 1987

3. Auflage 1987, 1.161 Seiten, kart., DM 48,00;

ISBN 3-472-14288-X

HERMANN LUCHTERHAND VERLAG, Neuwied

Zahlreiche Gesetzesänderungen haben die 3. Auflage dieser bewährten Textausgabe erforderlich gemacht. Beispielsweise seien hier nur genannt die Neuregelungen des Arbeitsförderungsgesetzes (u.a. § 116) und die Neufassung des Schwerbehindertengesetzes vom 26.8.1986. Die insgesamt 11 – erst im Dezember 1986 – verabschiedeten Gesetze (z.B. Siebtes Rentenversicherungsänderungsgesetz, Zweites Rechtsbereinigungsgesetz, Gesetz zur Verbesserung der kassenärztlichen Bedarfsplanung), die zu Änderungen bei der RVO, dem BVG, dem BSHG und vielen anderen Sozialgesetzen führten, konnten noch berücksichtigt werden.

Ergänzt wurde die Textausgabe durch das neue und bereits viel diskutierte Bundesziehungsgeldgesetz, das zum 1.1.1986 in Kraft trat. Auf Anregung der Praxis sind ferner neu in die Sammlung aufgenommen worden:

- das Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz
- das Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz
- die Arbeitserlaubnisverordnung
- die Zumutbarkeits-Anordnung
- 7 Durchführungsverordnungen zum Bundessozialhilfegesetz und
- 2 Durchführungsverordnungen zum Schwerbehinderten gesetz.

Über 50 sozialrechtliche Gesetze und Verordnungen bzw. Anordnungen umfaßt die Sammlung damit gegenwärtig – eine praxisrelevante Zusammenstellung aller wesentlichen Sozialgesetze in einem Band! In der umfassenden Einführung des anerkannten Sozialrechtswissenschaftlers Prof. Dr. Peter Krause sind die neuesten Rechtsentwicklungen eingearbeitet. Sie vermittelt auf fast 60 Seiten einen ausgezeichneten, für Ausbildung und Praxis gleichermaßen geeigneten Überblick über das Sozial-

rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland und die einzelnen – in dieser Sammlung abgedruckten – Sozialgesetze.

Ein ausführliches Literaturverzeichnis (6 Seiten) regt zum Weiterstudium im Sozialrecht an. Das umfangreiche Stichwortverzeichnis mit über 4000 Verweisen auf 80 Seiten ermöglicht auch dem nicht so bewanderten Benutzer einen raschen Zugriff auf die gesuchte Rechtsvorschrift. Alphabetische Schnellübersichten ergänzen das systematische Inhaltsverzeichnis der aufgenommenen Gesetze.

Arbeitsrecht

von Prof. Dr. Ruprecht Großmann, Präsident des Landessozialgerichts in Bremen und

Prof. Dr. Friedrich Schneider, Hochschule für Wirtschaft, Bremen

7. Auflage 1986 – Format DIN A5 – 408 Seiten – Best.-Nr. 44 31 47, DM 39,-, Stofffuß Verlag Bonn

Einschneidende Änderungen und wichtige Neuerscheinungen im Arbeits- und Sozialrecht machten eine umfassende Überarbeitung erforderlich. Seit Erscheinen der 6. Auflage wurden das Beschäftigungsförderungsgesetz, das Erziehungsurlaubsgesetz und das Vorruhestandsgesetz erlassen. Das Arbeitsförderungsgesetz wurde wiederholt geändert und das Sozialplanrecht z.T. neu gefaßt; neue Pfändungsfreigrenzen sind anzuwenden und weitere Gesetzesänderungen wie beim Schwerbehindertengesetz zu beachten. Auf wichtigen Gebieten hat das Bundesarbeitsgericht seine Rechtsprechung fortentwickelt, ja z.T. fundamental geändert. Da das Arbeitsrecht häufig Richterrecht ist, mußten weitere bedeutsame Gerichtsentscheidungen des Bundesarbeitsgerichts und der Landesarbeitsgerichte eingearbeitet werden. Neben der „Arbeitsrechtlichen Praxis“ (AP) als der wichtigsten Entscheidungssammlung sind, Anregungen aus den Personalabteilungen von Unternehmen folgend, als Fundstellen der Gerichtsentscheidungen der letzten Jahre auch die am meisten verbreiteten Fachzeitschriften angegeben, so daß die Entscheidungen auch dort nachzulesen sind. Um die Anschaulichkeit weiter zu erhöhen, gibt es noch mehr Beispiele. Die in allen Auflagen erfolgte und für die Rechtspraxis erforderliche Verknüpfung arbeits- und sozialrechtlicher Tatbestände wurde weiter fortgesetzt. Ebenso mußten inzwischen zusätzlich aktuell gewordene Erscheinungen wie z.B. Jobsharing oder Urheberrechte an Computersoftware behandelt werden.

Die Zukunft der sozialen Partnerschaft

Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung – Band 24

Die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern sind heute gespannter als in den Jahren des Wiederaufbaus. Das beeinträchtigt den sozialen Frieden der Bundesrepublik und ist auch für die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht ohne Belang.

Die Walter-Raymond-Stiftung hat diese Problematik aufgegriffen. Im Mittelpunkt des Kolloquiums standen die Ausführungen des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ernst Breit, und des Präsidenten der Bundesvereinigung, Otto Esser. Sie entwickelten ihr Verständnis von sozialer Partnerschaft, d.h., das der Beteiligten selbst. Damit war ein Fixpunkt gegeben, von dem her die wissenschaftlichen Vorträge und Diskussionsbeiträge Bedeutung und Aussagekraft gewannen.

Die Leinenausgabe kostet DM 19,80. Die ungetaktte kostengünstigere Paperbackausgabe ist nicht über den Buchhandel erhältlich. Mitgliedsverbände der Bundesvereinigung können sie zum Selbstkostenpreis von DM 7,50 über die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Gustav-Heinemann-Ufer 72, 5000 Köln 51, beziehen.

Handbuch der Beschäftigung

Art und Form der Beschäftigung von Arbeitnehmern in den Betrieben sind in raschem Wandel begriffen. Mehr und mehr werden starre Einheitsregelungen durch differenzierte und flexible Beschäftigungsformen abgelöst. Ihre Einführung und Umsetzung stellt die Betriebe oft vor schwierige Probleme. Deren Bedarf an praxisnahen Arbeitshilfen zur Vermeidung oder Lösung solcher Probleme ist daher groß und wächst weiter. Andererseits gibt es inzwischen eine wachsende Zahl praktisch erprobter betrieblicher Modelle und Musterlösungen. Sie sind allerdings für den Betriebspaktskter oft nur schwer zugänglich.

In diesem Zusammenhang möchten wir Sie auf das soeben erschienene Loseblattwerk

Handbuch der Beschäftigung

Neue Formen – Arbeitshilfen

Wirtschaftsverlag Bachem

herausgegeben von

Dr. Fritz-Jürgen Kador

RA Dr. Peter Knevels

aufmerksam machen.

Sein Ziel ist es, neben unverzichtbaren grundsätzlichen Aussagen zu den verschiedenen Aspekten der Beschäftigung bereits erprobte Beispiele, Checklisten, Musterformulare und -verträge, Ablaufschemata und weiteres Material aus der Praxis für die Praxis zusammenzufassen und bereitzustellen. Die geplante umfassende Anlage des Handbuchs sowie Konzeption und Inhalt des Grundwerks und die Bezugskonditionen ergeben sich aus dem beigelegten Prospekt. Die Autoren sind Fachleute aus Betrieben, Verbänden und Wissenschaft.

Elisabeth Noelle-Neumann; Peter Gillies:

Arbeitslos – Report aus einer Tabuzone;

Frankfurt/Berlin 1987; Ullstein Sachbuch Nr. 34412; 12,80 DM

Es ist Aufgabe der Wissenschaftler, über die harten – sprich mit amtlichen Statistiken leicht belegbaren – Fakten hinaus in unbekannte Bereiche hinein zu forschen. Ist dieser Forschungsbereich jedoch politisch brisant, dann werden die Ergebnisse ihrer Arbeit oft mit starkem Widerstand von Seiten derjenigen aufgenommen, die meinen, „das müßte doch eigentlich alles ganz anders sein“.

Genauso erging es dem **Institut für Demoskopie in Allensbach**, als es sich daran machte, einmal den Bereich **Arbeitslosigkeit** in seinen nicht aus der amtlichen Statistik ableitbaren Facetten zu ergründen.

Wie sehr bemühen sich Arbeitslose tatsächlich um eine neue Stelle? Wie sind sie finanziell abgesichert? Welche Ansprüche stellen sie an eine neue Stelle? Welche Konzessionen würden Arbeitslose für einen neuen Arbeitsplatz auf sich nehmen? Diese und eine Vielzahl anderer interessanter Fragen untersuchten die Allensbacher Forscher mit Hilfe von **1.400 Interviews** im Jahre 1986.

Knapp und übersichtlich zusammengefaßt liegen nun die wesentlichen Ergebnisse in Buchform vor. Gut geschrieben, auf Verständlichkeit abgestellt, mit Schaubildern und Tabellen angereichert bietet dieses Buch einen hervorragenden Überblick über diese bislang in der Bundesrepublik einmalige Untersuchung.

- So erfährt man z.B., daß 49% der Arbeitslosen in der Arbeitslosigkeit die Chance sehen, mehr Zeit für ihre Hobbies aufzuwenden, aber nur 14% erklären, diese Zeit für Fortbildung oder Umschulung zu nutzen.
- 38% empfinden es als unangenehmer eine Arbeit zu haben, die keine Freude macht, als arbeitslos zu sein.

- Doch 32% der Arbeitslosen sind auch bereit, für einen Arbeitsplatz an einen weiter entfernten Ort zu ziehen oder vorübergehende Abwesenheit von zu Hause in Kauf zu nehmen.
- 68% würden für einen Arbeitsplatz einen zeitlich befristeten Arbeitsvertrag akzeptieren.
- 43% würden einen geringeren Verdienst in Kauf nehmen.
- 41% hätten nichts gegen Schichtarbeit.
- 35% würden auf einem neuen Arbeitsplatz auch Samstags- oder Sonntagsarbeit leisten.
- Ganz allgemein sind 27% bereit, eine Arbeit anzunehmen, die ihnen keinen Spaß macht.

Dies sind nur kleine Ausschnitte aus dem umfangreichen Resultate-Pool der Studie.

Im Buch enthalten sind auch die methodischen Erläuterungen zur Untersuchung sowie der komplette Interview-Fragebogen.

Zudem wird das sehr kontroverse Medienecho auf die Untersuchung in Auszügen abgedruckt. Auch die mit der Allensbach-Untersuchung befaßten Plenardebatten des Deutschen Bundestages, in denen die Widerstände aber auch die positiven Urteile zur Studie deutlich werden, wurden im Buch dokumentiert.

Hinzu kommt das Protokoll eines Experten-Forums zur Studie, das Ende 1986 in Bonn stattfand.

Gesamturteil: Lesenswert, informativ und im Ergebnis sachlich provokant – aufgrund seiner sozialpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Bedeutung nahezu ein „Krimi“.

Fristen-Tabelle 1987

10. Auflage – Format DIN A4 – 92 Seiten – Best.-Nr. 31 46 87
DM 32,80 – Stollfuß Verlag Bonn

Die neue Tabelle ist durch viele neue Stichworte wesentlich erweitert und der neuen Rechtslage angepaßt worden. Hinzugekommen ist ein umfassendes Verzeichnis steuerlicher Fristen. Nicht verlängerbare Ausschußfristen sind besonders hervorgehoben. Ein schneller vertiefender Einstieg in die Rechtsmaterie ist durch Angabe der Rechtsgrundlagen möglich.

Die Wahrung bestimmter Fristen entscheidet über die Möglichkeit der Anspruchsdurchsetzung. Dies gilt z.B.

- für Anfechtung und Arbeitsverträge
- für Forderungen und Schadensersatzansprüche als auch
- für Steuererklärungen und Steuerzahlungen

Alle für den Geschäftsverkehr, die Arbeitswelt und den Umgang mit Behörden bedeutsamen Fristen sind in rd. 1000 Stichworten übersichtlich in ABC-Form zusammengestellt.

Leitfaden für das Lohnbüro 1987

9. Auflage – Format DIN A4 – 250 Seiten – Best.-Nr. 31 78 87 – DM 42,80 – Stollfuß Verlag Bonn

Bewährt und zuverlässig informiert der neue Leitfaden in ABC-Form

- über alle ab 1987 wichtigen gesetzlichen Bestimmungen
- über alle Aufgaben des Arbeitgebers beim Lohnabzugsverfahren
- über die Berechnung und Einbehaltung der Sozialversicherung bei Sonderzahlungen
- über alle aktuellen Fragen der Lohnsteuer und Sozialversicherung
- über die neue Rechtsprechung und Verwaltungsanweisungen
- über die neuesten Sachbezugsverordnungen

No future: Wo geht's eigentlich lang mit der Jugend?

„Du hast keine Chance – aber nutze sie!“ – Diese populäre Parole drückt die tiefe Verunsicherung vieler Jugendlicher aus. Aber: können wir uns wirklich eine Jugend leisten, die nicht an ihre eigene Zukunft glaubt? Eine aktuelle Broschüre, die sich direkt an die jungen Menschen wendet, bietet Ihnen vernünftige Zahlen über ihre tatsächliche Situation.

Eine Broschüre mit dem Titel wie in der Überschrift ist zu diesem Thema vom Deutschen Instituts-Verlag-GmbH herausgegeben worden. Sie äußert sich zu den Themen Ausbildung, Arbeit, Technik und Umwelt. Letztlich werden die Jugendlichen über ihre Zukunft selbst entscheiden. Ohne persönlichen Einsatz werden die Probleme von morgen nicht gelöst. Das ist das ermutigende Fazit der kleinen Schrift.

Diese informative Aufklärungsschrift sollte allen Auszubildenden zugänglich sein. Sie ist zu bestellen beim Librex, Buchvertrieb der deutschen Wirtschaft GmbH, Postfach 510764, 5000 Köln 51.

Bei einer Mindestbestellmenge von drei Exemplaren beträgt der Stückpreis DM 3,50. Mengenstaffel.

Schüler-Handbuch

Bewerbung · Test · Vorstellung · Einstellung

von Karl-Heinz Mönnekemeyer, Helmut Keim, Uwe Göbel

Herausgeber: Verein für Didaktik und Methodik des sozialökonomischen Unterrichts e.V. in Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Schule/Wirtschaft.

Zielgruppen:

Schulabgänger aus Haupt-, Real-, Gesamtschulen und Gymnasien, Eltern, Lehrer

200 Seiten, DIN A5, kartoniert mit vielen Abbildungen

Preis: 14,80 DM · ISBN 3-89172-110-2

Als Ergänzung zum Schüler-Handbuch ist erhältlich:

Handreichung: Informationen · Checklisten · Formulare

Sie umfaßt 24 ausgewählte Seiten aus dem Schüler-Handbuch im Format DIN A4 als Kopiervorlage für Unterricht und Bewerbung (Bestellung nur in Verbindung mit dem Schüler-Handbuch möglich). Preis: 10,– DM.

Dieses Schüler-Handbuch

- enthält alles, was Sie über Bewerbung, Test, Vorstellungsgespräch wissen müssen und was Sie bei der Einstellung erwarten:
Praktische Tips, Musterbeispiele, Formulare
- ist eine praktische Hilfe für alle Jugendlichen aus Haupt-, Real- und Gesamtschulen und Gymnasium, die sich um eine Ausbildungsstelle bewerben
- basiert auf längjährigen Erfahrungen aus der schulischen und betrieblichen Praxis (Ausbildungs- und Personalwesen)
über tatsächliche und mögliche Situationen bei Bewerbung, Vorstellung, Test und Einstellung.

Inhalt

Was Sie vorweg unbedingt wissen müssen!

BEWERBUNG

Was geht der Bewerbung um einen Ausbildungsplatz voraus?
Berufswahl und Berufsberatung · Ausbildungsplatzsituation.

Wie findet man einen Ausbildungsplatz?

Vermittlung durch das Arbeitsamt · Persönliche Anfragen · Ein Blick in die Zeitung · Bewerben auf Verdacht · Bewerbung auf Stellenanzeigen · Das Bewerber-Stellengesuch.

Worauf kommt es bei der Bewerbung an?

Eine wichtige Vorbemerkung · Was eine Bewerbung bedeutet ·

Was bei der Bewerbung zu beachten ist · Bewerbungsschreiben · Lebenslauf · Lichtbild · Schulzeugnis · Beantwortung der Bewerbung · Beispiele für Bewerbungsschreiben und Lebenslauf · Formulare von Unternehmen für Bewerbung und Lebenslauf · Praktische Tips für die Bewerbung · Checkliste: An alles gedacht? · Formulare: Übersicht über Bewerbungen und wichtige Anschriften.

Nach welchen Gesichtspunkten wählt das Unternehmen die Bewerber aus?

Gesichtspunkte der Beurteilung · Beurteilungsbogen zur Bewerberauswahl (Unternehmensbeispiele) · Wichtige Notizen über Erfahrungen zur Bewerbung (Formular).

EINSTELLUNGSTEST

Tests: Wozu sie gut sind, wozu sie nicht gut sind und wie man mit ihnen umgeht

Welche Bedeutung haben Tests? · Warum setzen Unternehmen Tests ein · Welche Tests werden eingesetzt? · Wie entsteht ein Test? · Wo liegt das Problem der Tests? · Kann man Tests knacken? · Was kann man noch tun? · Was tun, wenn alles vorbei ist? · Was kann ich vor dem Test unternehmen? · Ist Eignung alles? · Formular eines Unternehmens für Untersuchungsbefund · Wichtige Notizen über Erfahrungen mit Tests (Formular).

VORSTELLUNGSGESPRÄCH

Was mich beim Vorstellungsgespräch erwartet – Eine Fülle von Fragen

Fragen, die sich der Bewerber stellen sollte · Fragen, die dem Bewerber gestellt werden.

Checkliste für das Vorstellungsgespräch

Fallbeispiele (Glosse): Eine Vorstellung – und was für eine – Rollenspiel: Bewerbvorstellungsgespräch

Fallbeispiel: Reiner Vollke stellt sich im Unternehmen Äromax GmbH vor

EINSTELLUNG

Was ist beim Berufsausbildungsvertrag zu beachten?

Welche Hilfen bieten Unternehmen bei der Einführung in den Ausbildungsbetrieb an?

Bestellung beim Wirtschaftsverlag Bachem GmbH, Ursulaplatz 1, 5000 Köln 1.

Alle Firmen auf einen Blick

Die im Mai 1986 erstmals in gebundener Form herausgegebenen drei Firmenhandbücher der Industrie- und Handelskammer Nürnberg mit den wichtigsten Einzelinformationen über alle Industrie- und Handelsunternehmen in Mittelfranken hat die Kammer in überarbeiteter Form neu herausgegeben.

Jedes Handbuch (mit jeweils rund 400 Seiten) kostet 50 Mark. Die Handbücher sind erhältlich bei der Kammer, Bezugsquellen-nachweis, Hauptmarkt 25/27, Tel. 0911/13 35-367 bis 370. Sie können auch über Btx-Seite *96 90 50 77 # unmittelbar bestellt werden.

Zahlreiche Informationen

Auf insgesamt über 1200 Seiten enthalten die drei Firmenhandbücher „Industrie“, „Einzelhandel“ und „Großhandel“ neben der Anschrift auch Informationen über Rechtsform, Betriebsgrößenklasse nach Beschäftigtenzahl, über Wirtschaftszweig/Branche sowie über die Art der Außenhandelstätigkeit (Export/Import). Durch Aufteilung in Betriebsgrößenklassen und regional nach kreisfreien Städten bzw. Landkreisen können Kontaktsuchende die gewünschte Information rasch auffinden.

Seminare und Lehrgänge

Ausbildungsabschluß für Erwachsene

Vorbereitung auf die kaufm.
Abschlußprüfung im Ausnahme-
verfahren für die Berufe Kauf-
mann im Groß- und Außenhan-
del und Bürokaufmann
12138 München 18. 5. 1987
Abendlehrgang jew. Mo + Mi
18.45 -21.55 Uhr
Gebühr: 1300,- DM
inkl. Arbeitsmaterial

Förderwoche für Nachwuchs- Außendienstmitarbeiter

46116 München 22.-26. 6. 1987
5 Tage, jew. 9 - 17 Uhr
Referenten: Dipl.-Ing. D. Kadach
Dipl.-Psych. M. Wagner

Information und Anmeldung

Bildungszentrum des Bayerischen Handels
Briener Str. 47, 8 München 2, Tel. 089/555805

Buchführung

23118 München 6.5.-27.7.1987
20 Abende Mo + Mi
19 - 21.30 Uhr
Gebühr: 426,- DM
inkl. Arbeitsmaterial

Programmieren in BASIC

14105 München 11. 5. 1987
20 Abende
jew. Do 19 - 21.30 Uhr
Gebühr: 546,- DM

Personal Computer = Persön- licher Computer- ein Informa- tionssystem für den Chef

46113 München 12.-13. 5. 87
2 Tage, jew. 9 - 17 Uhr
Referent: Michael Friedmann
Gebühr: 344,- DM

Handelsregister

Aufgeführt sind alle mittelfränkischen Unternehmen, soweit sie im Handelsregister eingetragen sind und ihre Anschriften für eine Weitergabe nicht gesperrt haben. Die Verschlüsselung richtet sich nach der vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden herausgegebenen „Systematik der Wirtschaftszweige“.

Der Handelsvertreter-Vertrag

Eine Anleitung mit Beispielen zur Abfassung von Verträgen

Von Dr. HANS HERMANN EBERSTEIN, Köln

6., überarbeitete Auflage 1986
166 Seiten, kartoniert DM 36,-
ISBN 3-8005-6762-8

Schriften des Betriebs-Beraters, Band 38

Verlag Recht und Wirtschaft GmbH, 6900 Heidelberg

Diese Schrift ist für Unternehmen, die mit Handelsvertretern arbeiten, ein unentbehrlicher Ratgeber. Sie behandelt alle aus der Vertragsbeziehung zwischen Unternehmen und Handelsvertreter entstehenden Rechtsfragen in einer leicht lesbaren, doch rechtlich umfassenden und gründlichen Art und Weise.

In der Neuauflage sind die zwischenzeitlich ergangenen Entscheidungen und die veröffentlichten Aufsätze, insbesondere zu den Kernfragen des Handelsvertreterrechts, dem Provisionsanspruch und dem Ausgleichsanspruch, eingearbeitet worden. Ferner ist der Abschnitt über Verträge mit ausländischen Handelsvertretern den grundlegenden Änderungen im EG-Kartellrecht durch die beiden Freistellungsverordnungen über Alleinvertrieb und Alleinbezug angepaßt worden. Auch die Einfügung eines gesonderten Abschnitts über die Verjährung von Ansprüchen aus einem Handelsvertretervertrag erwies sich auf Grund der Entwicklung in Rechtsprechung und Literatur als notwendig.

Mit Abitur in den bayerischen Handel

Qualifizierter Führungsnachwuchs gesucht -
Karrierechancen für Abiturienten

Statt immer nur zu jammern, wie schlecht die Berufsaussichten für die jungen Leute sind, kann man auch aus der Not eine Tugend machen: Genau das hat der bayrische Handel getan, als er vor 13 Jahren überlegte, ob die Abiturientenflut nicht in die Handelsbetriebe umgelenkt werden könnte. Dort braucht man qualifizierten Führungsnachwuchs mit guter Vorbildung. Die Idee war richtig, denn bis heute haben 793 junge Leute diesen Weg beschritten - 793 mal besseres Qualifikationspotential für den Handel.

Heute ist die berufspraktische Ausbildung für Abiturienten fast schon eine Selbstverständlichkeit geworden. 1974 aber, als der erste Bildungsweg für Abiturienten im Handel startete, war man der Zeit voraus. Die Überlegungen, die dazu geführt hatten, daß man sich so frühzeitig zu einem Bildungs- und Karriereangebot an die Abiturienten entschloß, sind aber unverändert aktuell:

aktuell: Handelsbetriebe, die im Wettbewerb bestehen und Erfolg haben wollen, brauchen eine gut qualifizierte Führungsmannschaft. Ohne Führungswissen, betriebswirtschaftliches Know how und vertiefte Branchenkenntnis auf allen Führungsebenen eines Betriebes lässt sich die Zukunft nicht meistern. Die Abiturienten bringen ein Mehr an Qualifikation in die Handelsbetriebe ein.

Der Handel braucht qualifizierte Praktiker in der Führung. Deshalb wurden für die Abiturienten keine neuen Bildungsabschlüsse geschaffen: Ihr Bildungsweg führt "von der Pike auf" zum Kaufmann im Einzelhandel oder Groß- und Außenhandel, bleibt aber dort nicht stehen: Das eigentliche Ziel ist der Handelsfachwirt, die mittlere Führungskraft im Handel.

Der Bildungsweg wird dual durchgefürt, findet also im Betrieb und in begleitenden Seminaren des Bildungszentrums statt. Der

Betrieb schließt mit dem Abiturienten einen Fortbildungsvertrag und mit dem Bildungszentrum einen Vertrag über die Teilnahme an Seminaren. Beide Teile sind gut koordiniert und - auch im letzten Jahr, in dem die Vorbereitung auf die Handelsfachwirteprüfungen erfolgt - durch eine sachliche und zeitliche Gliederung straff organisiert. Dies, sowie die Voraussetzungen, die die Abiturienten nach Alter und Vorbildung mit sich bringen, erlauben, das Ziel Handelsfachwirt bereits in 2 1/2 Jahren zu erreichen (wofür der Nicht-Abiturient 6 Jahre braucht).

388 Betriebe in ganz Bayern haben sich seit 1974 in den Seminarorten München, Nürnberg und Würzburg an diesem Bildungsweg beteiligt und 793 Abiturienten ausgebildet. Viele Betriebe beteiligen sich schon seit Jahren immer wieder und ziehen sich so eine gut qualifizierte Führungsmannschaft heran. Ab Herbst 1987 soll Regensburg als neuer Seminarort hinzukommen.

Wie aber wird die Entwicklung des Bildungsweges sein, wenn in Zukunft die Zahl der Abiturienten zurückgeht? Dazu Herr Probst, Fachbereichsleiter im Bildungszentrum: "Das Interesse daran wird sehr groß bleiben. Zum einen nämlich ist die Studierneigung in den letzten 10 Jahren von über 90% auf unter 70% eines Abiturientenjahrganges gesunken, d. h. immer mehr Abiturienten sehen für sich bessere Chancen in der Berufspraxis, wenn sie mit einem guten Einstieg und einer guten Ausbildung verbunden ist - und das bieten wir. Noch wichtiger ist uns aber, daß der Bildungsweg bei so vielen Betrieben zu einer festen Institution geworden ist." Dabei spielt natürlich eine gute Information und Beratung der Abiturienten und der Betriebe eine Rolle, für die er jederzeit gerne zur Verfügung stehe: Herr Michael Wilhelm Probst, Bildungszentrum des Bayerischen Handels, Postfach 370243, 8000 München 37, Telefon: 089/555805.

Ziel und Start



Und jetzt noch was gscheit's glernt, dann wern's was bei uns!

heit's glernt, dann wern's was bei uns!



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
Landesverband des Bayerischen
Groß- und Außenhandels
Ottostraße 15 · 8000 München 2



Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

Verbandstag 1987
1. Juli in Nürnberg

mit Neuwahlen und Kandidatenliste (s. Seite 3)

41. Jahrgang 1987 · München
Mai/Juni 1987 · Nr. 3/1987



LGA-Btx
★ 920 487 #

Das aktuelle Thema	3	Wahlvorschläge 1987
Wettbewerbsrecht	8	Anhörung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr zur GWB-Novelle
Steuerfragen	10	BGA: Steuerreform im Schatten neuer Belastungen BGA gegen Einführung einer Fettsteuer
Berufsausbildung und -Förderung	10	Schule der Zukunft – Bildungspolitische Positionen der Arbeitgeber
	11	Häufig eine Lehre nach Grundausbildungslehrgang Neuer Ausbildungsrekord im Groß- und Außenhandel
Personalien	12	
Buchbesprechung	15	

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:

Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Kfm. Sauter (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsausbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Bethcke · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint alle 2 Monate. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Ottostraße 15. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, München 2, Ottostraße 15, Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 8000 München, Ottostraße 15. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, München 2, Ottostraße 15. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Druck: typobierl, 8000 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 359 60 66-68.

Das aktuelle Thema

Wahlvorschläge 1987

Die LGA-Mitgliederversammlung wählt im Rahmen des Verbandstages am 1. Juli 1987 ihre Repräsentanten im LGA-Vorstand und den Gremien des Verbandes neu. Die nachstehenden Wahllisten enthalten die bisher vorgeschlagenen Kandidaten. Jedes wahlberechtigte Mitglied kann Änderungen oder Ergänzungen vorschlagen.



Hartmann, Helmut
geb. 1929
Firma Hartmann & Mittler, Augsburg
Papier



Hausteiner, Hanns Gerhard
geb. 1941
Firma Kühbacher GmbH & Co.,
Passau
Lebensmittel

Wahlvorschlag

LGA-Vorstand



Bihler, Wolfgang
geb. 1932
Firma Bihler & Co., Babenhausen
Elektro



Kaeppele, Heinz
geb. 1936
Firma adam kaeppele, Augsburg
Textil



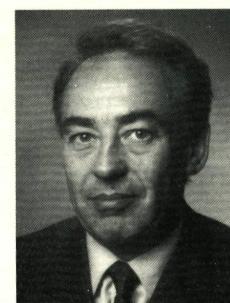
Braun, Walter,
Konsul Senator
geb. 1913
Firma Walter Braun, Nürnberg
Modewaren



Mang, Ferdinand
geb. 1933
Firma Fritz Mang, Nürnberg
Kfz-Teile



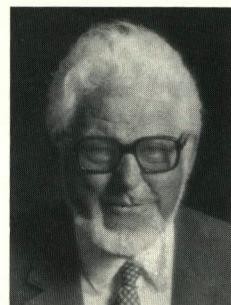
Haberl, Fritz, Konsul
geb. 1933
Firma V.A.G. Vertriebszentrum Südbayern, München
Kraftfahrzeuge



Müller-Lotter, Karl-Friedrich
geb. 1932
Firma G.F. Lotter GmbH, Nürnberg
Werkzeuge, Maschinen



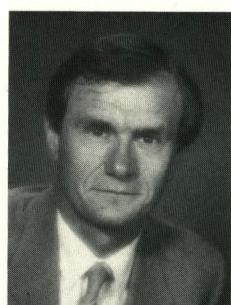
Popp, Horst
geb. 1930
Firma Hassmann & Co., Bayreuth
Sanitär



Schmidt, Rudolf
geb. 1922
Firma Wilhelm Kehr, Augsburg
Holz



Probst, Hans
geb. 1921
Firma Heberlein & Probst, München
Elektro



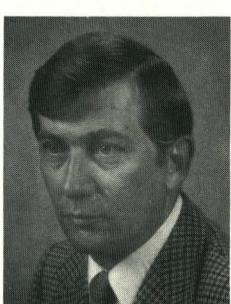
Schneider, Max
geb. 1949
Firma Schneider Baustoffe,
Traunstein
Baustoffe



Sahlberg, Peter
geb. 1936
Firma Wilhelm Sahlberg, München
Technische Artikel



Schrankenmüller, Peter
geb. 1940
Firma Bavaria-Getränkevertrieb,
Anzing
Getränke



Scheuerle, Thomas
geb. 1944
Firma Alfred Graf, Nürnberg
Außenhandel



Seidl, Dr. Florian
geb. 1948
Firma Keller & Kalmbach GmbH,
München
Werkzeuge, Eisen, Hebezeuge



Schiessl, Alfons
geb. 1920
Firma Presse-Schiessl, Regensburg
Presse-Erzeugnisse, Spielwaren



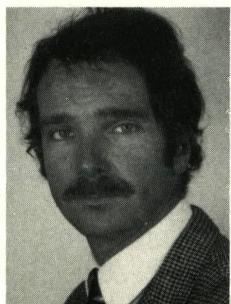
Taffel, Otto
geb. 1907
Firma Kanzenel & Beisenherz,
Unterhaching
Papier- und Schreibwaren



Thomann, Anton
geb. 1930
Firma Otto Stumpf AG, Fürth-Sack
Arzneimittel



Wolfrum, Dr. Dieter
geb. 1928
Firma Wolfrum & Gerbeth, München
Schuhe



Wald, Christian
geb. 1938
Firma Bernhard Müller, Augsburg
Lebensmittel

Rechnungsprüfer:

Traudt, Hans-Dieter
Firma Friedrich Traudt GmbH, München
Geschäftsführer

Mitter, Dr. Wolfgang
Firma Rudolf Mitter KG, Augsburg
Gesellschafter

Bestätigung der berufenen Mitglieder des Verwaltungsrates Solidaritätsfonds im LGA:

Nimbs, Paul
geb. 1930
Fa. Hageda AG, München
Niederlassungsleiter

Roiss, Ewald
geb. 1928
Firma Hermann Mayer oHG, Ingolstadt

Als drittes Verwaltungsratsmitglied wird noch ein Vertreter des Lebensmittelgroßhandels satzungsgemäß durch den Vorstand berufen.

Wahlvorschlag LGA-Berufsbildungsausschuß

Bletzinger, Dieter
geb. 1945
Firma Otto Kiene GmbH & Co. KG, Nördlingen
geschäftsführender Gesellschafter

Grimm, Heribert
geb. 1935
Firma Grimm, Schmidt & Co. GmbH, Augsburg
geschäftsführender Gesellschafter

Hoffmann, Dieter
geb. 1930
Firma arboco-textilvertriebs gmbh, München
Leiter der Niederlassung München

Kaeppe, Heinz
geb. 1936
Firma adam kaeppe, Augsburg
Inhaber

Knauer, Siegfried Günther
geb. 1928
Firma Carl Spaeter Vertriebs mbH, München
Abteilungsleiter EDV Koordinierung u. Ausbildung

Müller-Lotter, Karl-Friedrich
geb. 1932
Firma G. F. Lotter GmbH, Nürnberg
Geschäftsführer

Nimbs, Paul

geb. 1930

Firma Hageda AG, München
Niederlassungsleiter**Pflugmacher, Rupert**

geb. 1933

Firma Bauwaren Mahler KG, Augsburg
Prokurist**Schiessl, Werner**

geb. 1950

Firma Schiessl GmbH & Co. Großvertriebs KG, Regensburg
Geschäftsführer**Schmidt, Eckhard**

geb. 1944

Firma Wirtschafts- u. Anlageberatung E. Schmidt, Grünwald

Taffel, Horst

geb. 1939

Firma Kanzenel & Beisenherz, Unterhaching
Mitinhaber**Wahlvorschlag****Tarifkommission****Wahlvorschlag****LGA-Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit****Braun, Konsul Senator**

geb. 1913

Firma Walter Braun, Nürnberg
Inhaber**Georgi, Rudolf**

geb. 1928

Firma Eberhard Reinshagen GmbH & Co., Nürnberg
geschäftsführender Gesellschafter**Kaeppele, Heinz**

geb. 1936

Firma adam kaeppele, Augsburg
Inhaber**Mang, Ferdinand**

geb. 1933

Firma Fritz Mang, Nürnberg
Inhaber**Popp, Horst**

geb. 1930

Firma Hassmann & Co., Bayreuth
Prokurist**Schiessl, Alfons**

geb. 1920

Firma Schiessl GmbH & Co. Großvertriebs KG, Regensburg
Inhaber**Eichstetter, Willi**

geb. 1929

Firma W. Eichstetter KG
Inhaber**Fechtnar, Ingo**

geb. 1938

Firma Spar-Zentrale Südbayern, Kehrer & Weber GmbH
Personalleiter**Fendt, Moritz**

geb. 1920

Firma Südstahl GmbH
Geschäftsführer**Fischer, Konrad**

geb. 1937

Firma Südfleisch GmbH
Personalleiter/Prokurist**Frank, Dieter**

geb. 1942

Firma Staub & Co.
Inhaber**Geyh, Wolfgang**

geb. 1938

Firma Max Noack GmbH
Inhaber**Haberl, Fritz, Konsul**

geb. 1933

Firma V.A.G. Vertriebszentrum GmbH & Co.
pers. haftender Gesellschafter**Halseband, Cord**

geb. 1942

Firma 2 H-Papier Großhandels GmbH & Co. KG
geschäftsführender Gesellschafter**Hanslik Joachim**

geb. 1932

Firma Schwäbische Glashandelsgesellschaft
Kaiser & Haiermann GmbH & Co.
Geschäftsführer**Hausteiner, Hanns Gerhard**

geb. 1941

Firma A. Kühbacher GmbH & Co.
Inhaber

Hereth, Dr. Hannjörg
geb. 1936
Firma Metro SB-Großmärkte GmbH & Co. KG
Geschäftsführer

Hildebrandt, Albrecht
geb. 1935
Firma LM Liftmaterial GmbH & Co. KG
Inhaber

KaeppeL, Klaus
geb. 1934
Firma adam kaeppeL
Inhaber

Knopf, Reinhard
geb. 1944
Firma Leopold Knopf GmbH & Co. KG
Mitinhaber

Nimbs, Paul
geb. 1930
Firma Hageda AG
Niederlassungsleiter

Rotthat, Helmut
geb. 1936
Firma Frischdienst-Zentrale Bayern
Bereichsleitung, Allg. Verwaltung

Sahlberg, Peter
geb. 1936
Firma Wilhelm Sahlberg GmbH & Co.
Inhaber

Siems, Uwe
geb. 1944
Firma Uwe Siems GmbH
Inhaber

Scheuerle, Thomas
geb. 1944
Firma Alfred Graf
geschäftsführender Gesellschafter

Schloderer, Stefan
geb. 1942
Firma Oskar Huber Nachf.
Inhaber

Schmidt, Rudolf
geb. 1922
Firma Wilhelm Kehr GmbH & Co. KG
Geschäftsführer

Tegtmeyer, Wilhelm
geb. 1933
Firma PARA Einkaufs- und Vertriebs-Aktiengesellschaft
geschäftsführender Vorstand

Thomann, Anton
geb. 1930
Firma Otto Stumpf AG
Vorstandsmitglied

Volkenstein, Michael
geb. 1923
Firma Carl Scheiner GmbH & Co. KG
Inhaber

Zöttl, Bernd
geb. 1942
Firma Presse Grosso Zöttl GmbH
Geschäftsführer

Hinzu kommen noch die von unseren Korporativverbänden zu benennenden Vertreter.

Wahlvorschlag

LGA-Steuerausschuß

Amschler, Hans Bernhard
geb. 1926
Firma Amschler & Schlosser, Nürnberg
Gesellschafter, Geschäftsführer

Frank, Dr. Rudolf
geb. 1925
Firma Staub & Co, Chemiehandelsgesellschaft mbH, Nürnberg
Geschäftsführender Gesellschafter

KaeppeL, Heinz
geb. 1936
Firma adam kaeppeL, Augsburg
Inhaber

Mitter, Dr. Wolfgang
geb. 1930
Firma Rudolf Mitter KG, Augsburg
Gesellschafter

Müller-Lotter, Karl-Friedrich
geb. 1932
Firma G. F. Lotter GmbH, Nürnberg
Geschäftsführer

Schiessl, Wolf-Dieter
geb. 1948
Firma Presse-Schiessl, Regensburg
Geschäftsführer

Wahlvorschlag

LGA-Ausschuß für Betriebswirtschaft und Verkehr

Geyer, Wilhelm

geb. 1934

Firma Kneffel & Co. GmbH, Sennfeld

Geschäftsführer

Pflugmacher, Rupert

geb. 1933

Firma Bauwaren-Mahler KG, Augsburg

Prokurist

Popp, Horst

geb. 1930

Firma Hassmann & Co, Bayreuth

Prokurist

Sahlberg, Peter

geb. 1936

Firma Wilhelm Sahlberg, München

Inhaber

Scheuerle, Thomas

geb. 1944

Firma Alfred Graf, Nürnberg

Geschäftsführender Gesellschafter

Schiessl, Wolf-Dieter

geb. 1948

Firma Presse-Schiessl, Regensburg

Geschäftsführer

Taffel, Horst

geb. 1939

Firma Kanzenel & Beisenherz, Unterhaching

Mitinhaber

Wolfrum, Dr. Dieter

geb. 1928

Firma Wolfrum & Gerbeth, München

Inhaber

Wettbewerbsrecht

Anhörung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr zur GWB-Novelle

Der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr hat am 13. 5. 1987 eine Anhörung der Verbände zur Novellierung des Kartellgesetzes durchgeführt. Minister Jaumann betonte, daß nach Auswertung der schriftlichen Stellungnahmen der Verbände eine starke Polarisierung der Meinungen hinsichtlich eines gesetzgeberischen Handlungsbedarfs und deutliche Bewertungsunterschiede im Hinblick auf Problemlösungen festzustellen seien. Bei den Einkaufskooperationen hätten die schriftlichen Stellungnahmen bereits ein fast übereinstimmendes Votum für eine gesetzliche Lösung ergeben, falls die „Selex-Tania“-Entscheidung des Kammergerichts vom Bundesgerichtshof bestätigt werde. Man müsse sich freilich fragen, ob hier nicht so oder so Handlungsbedarf bestehe. Sollte der BGH im Gegensatz zum Kammergericht den Kartelltatbestand verneinen, könnte in letzter Konsequenz z. B. Aldi mit Leibbrand kooperieren. Eine relativ große Bereitschaft scheine auch für eine Verbesserung des § 37 a Absatz 3 zu bestehen, falls eine sinnvolle und praktikable Lösung gefunden werde. Sehr umstritten seien hingegen die Themen Rabattspreizung und Fusionskontrolle. Eine Verbesserung des Kartellrechts sei nach wie vor erforderlich.

Für eine Novellierung des GWB sprachen sich vor allem der Markenverband (differenzierte Definition der Marktbeherrschung für die Nachfrageseite, verschärfte Fusionskontrolle für den Handel, Überführung des § 37 a Abs. 3 GWB in § 26 Abs. 2 S. 2 GWB), der

Zentralverband des Handwerks (Verschärfung der Fusionskontrolle, Einführung eines allgemeinen Diskriminierungsverbots, Verbot systematischer Verlustpreisverkäufe in § 37 a Abs. 3 GWB), die Gewerkschaften und Teilbereiche des Einzelhandels aus.

Der DIHT ließ die Frage nach gesetzgeberischem Handlungsbedarf noch offen. Er betonte die Notwendigkeit, die Fragen Fusionskontrolle und Handel, Einkaufskooperationen und Sicherung des selektiven Vertriebs nach praktikablen Lösungen hin zu untersuchen. Bei der Fusionskontrolle komme eine Sektorialisierung, eine Herabsetzung der Vermutungsgrenzen und ein Abgehen vom Marktbeherrschungsbegriff nicht in Betracht. Der BDI warnte im Hinblick auf die Konditionenspreizung davor, den Geheimwettbewerb abzuschaffen; die Pflicht zur Offenlegung von Konditionen führe zur Preiserstarrung (Preisbindungsersatz) und werfe erhebliche Durchsetzungsschwierigkeiten auf. Seitens der Großbetriebe des Einzelhandels wurde darauf hingewiesen, daß die Markenartikelhersteller nicht zuletzt als Folge der Überkapazitäten und wegen logistischer Überlegungen dem Handel bei gleichen Abnahmemengen nicht die gleichen Konditionen gewährten. Von der Industrie wurde bestätigt, daß im Einzelhandel die Zahl systematischer Untereinstandspreis-Verkäufe rückläufig sei.

Stellungnahme des BGA in der Anhörung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr am 13. Mai 1987

Aus der Sicht des BGA erscheint es nicht gerechtfertigt, bei der Prüfung der Novellierungsfrage ausschließlich auf die Konzentrationstendenzen im Nahrungsmitteleinzelhandel abzustellen. Die Vielfalt der Handelslandschaft läßt es nicht zu, die Situation in einer Branche als maßgeblicher für den Handel zu verallgemeinern. So

ist z. B. nach den Ergebnissen der letzten Handelszählung und damit im Zeitraum zwischen 1979 und 1985 innerhalb des Fertigwarengroßhandels der Unternehmensbestand im Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren um 15% zurückgegangen, in allen übrigen Wirtschaftsgruppen des GH ist er dagegen – zum Teil erheblich – gestiegen. Ursachen und Entwicklungen der Konzentration in den einzelnen Handelsbereichen müssen daher sehr sorgfältig analysiert werden, um vorschnelle Schlüssefolgerungen zu vermeiden. Im Durchschnitt des gesamten Großhandels gesehen erarbeiten heute ein knappes halbes Prozent der Unternehmen mit 16% aller Beschäftigten 40% des Gesamtumsatzes des Großhandels. 90% der Unternehmen mit unter 25 Mio DM Jahresumsatz erzielen 30% des Gesamtumsatzes.

Diese Entwicklung erfüllt auch den BGA mit Sorge. Das heißt aber nicht, daß wir ein Befürworter der Einführung einer handelspezifischen Fusionskontrolle wären. Wegen der Heterogenität der Markt- und Wettbewerbsverhältnisse in den einzelnen Handelsbereichen könnte eine spezielle Regelung für den Handel nur ein sehr unzulängliches und grobes Instrument sein, das – um in allen Bereichen wirksam zu sein – ständige Verschärfungen nach sich ziehen würde. Mit der Sektoralisierung der Fusionskontrolle wäre auch eine Abkoppelung von dem bisher einheitlichen Merkmal „Marktbeherrschung“ zu erwarten, was mit einer Erweiterung der Eingriffsbefugnisse des Staates erkauft werden müßte. Die jüngsten Entscheidungen der Gerichte zur Fusionskontrolle im Lebensmittelhandel haben allerdings Irritationen wegen der Effizienz dieses Instruments erzeugt. Umso wichtiger erscheint es aus der Sicht des BGA, sorgfältig zu prüfen, ob im Rahmen der allgemeinen Fusionskontrolle die Entstehung wettbewerbsbeschränkender Machtpositionen im Handel besser verhindert werden kann. Ein Patentrezept liegt auch uns bisher nicht vor. Vor politischen Scheinlösungen, die dem Handel mehr schaden als nutzen, möchten wir aber mit Nachdruck warnen.

Der Strukturkontrolle kommt aus unserer Sicht der gleiche Rang wie der Verhaltenskontrolle zu. Wir halten es für gerechtfertigt, § 37 a Abs. 3 GWB, bei dem der Machtbezug erhalten bleiben muß, auf Verbesserungsmöglichkeiten zu überprüfen. Wir wenden uns aber gegen eine weitere Absenkung der Machtswelle beim Diskriminierungsverbot, die in bezug auf die Möglichkeiten der Durchführung des Fachhandelsvertriebs (§ 26 Abs. 2 S. 2 GWB) von den Gerichten eher zu niedrig angesetzt wird. Gegen eine Preislistenveröffentlichungspflicht haben wir ordnungspolitische und praktische Bedenken.

Die Kooperationen des Großhandels haben die Wettbewerbsfähigkeit einer Vielzahl einzelwirtschaftlicher Unternehmen gestärkt

und damit einer auch gesellschaftspolitisch unerwünschten Konzentration entgegengewirkt. Jedes zweite Großhandelsunternehmen gehört einer Kooperation an. Zur erfolgreichen Wahrnehmung des Kooperationsinstruments ist aber Rechtssicherheit erforderlich. Diese ist zur Zeit insoweit nicht mehr gegeben als das Berliner Kammergericht Einkaufskooperationen unabhängig von der Unternehmensgröße der Beteiligten dem Kartellverbot untergeordnet hat. Sollte der Bundesgerichtshof dieser Auffassung folgen, wäre gesetzgeberischer Handlungsbedarf dringend gegeben. Der Gesetzgeber müßte dann klarstellen: Einkaufsgemeinschaften des Handels, die der Förderung der Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen dienen und die den Wettbewerb auf dem Markt nicht spürbar beeinträchtigen, bleiben generell zulässig. Das schließt die Teilnahme größerer Unternehmen mit ein. Der Begriff „kleinere und mittlere Unternehmen“ wäre im Einzelfall in Relation zur jeweiligen Marktstruktur zu bestimmen. Es muß auf jeden Fall vermieden werden, daß einerseits die Fusionskontrolle im Handel nur in wenigen Fällen greift und andererseits die Einkaufsgemeinschaften dem Kartellverbot oder einer verstärkten kartellbehördlichen Aufsicht wie z. B. bei § 5 b GWB unterliegen.

Der BGA fordert seit Jahren die Überprüfung der Ausnahmebereiche des Kartellgesetzes. Es ist nicht gerade ein Beweis konsequenter Marktwirtschaftspolitik, wenn in der Bundesrepublik nur die Hälfte der Wertschöpfung ohne staatliche Eingriffe in den Wettbewerbsprozeß entsteht. Auch die Wettbewerbsregeln des EWG-Vertrages sehen derart weitgehende Ausnahmen nicht vor. So hat z. B. Anfang dieses Jahres der Europäische Gerichtshof festgestellt, daß die Wettbewerbsbestimmungen der Gemeinschaft auf den Versicherungssektor uneingeschränkte Anwendung finden. Der BGA begrüßt es daher, daß auch die kartellrechtlichen Ausnahmebereiche dem Prüfungsauftrag des Bundeswirtschaftsministeriums unterliegen.

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch verbesserte Rahmenbedingungen könnte letztlich eine Deregulierung und damit Vereinfachung des Kartellrechts beitragen. Dieses Rechtsgebiet ist für den Unternehmer immer unlesbarer und ein „Tummelplatz“ für Spezialisten geworden. Der Großhandel, für den der europäische Binnenmarkt eine wachsende Bedeutung haben wird, wendet sich mit Nachdruck gegen eine nationale Schutzzaunpolitik. Die deutsche Wettbewerbspolitik darf nicht zum Bremser eines notwendigen Strukturwandels werden. Das Kartellgesetz darf nicht zum Instrument der Strukturerhaltung oder Struktursteuerung umfunktioniert werden.



**KACO-Dichtringe
erfüllen ihre Aufgabe
auch unter schwierigen Betriebsbedingungen:**
Bei aggressiven Ölen,
Fetten oder wässrigen Medien –
bei hohen oder tiefen Temperaturen –
bei starkem Schmutzanfall.
Die für KACO-Dichtringe verwendeten Werkstoffe
bürgen für gleichbleibend hohe Qualität,
einwandfreie Funktion
und lange Gebrauchsduer.



Vertretung und Auslieferungslager:

**Adolf Scheuenstuhl, Gottfriedstr. 6,
8500 Nürnberg, Telefon (09 11) 46 77 71/72,
Telex 6 23 188 scheu d**

Steuerfragen

BGA: Steuerreform im Schatten neuer Belastungen

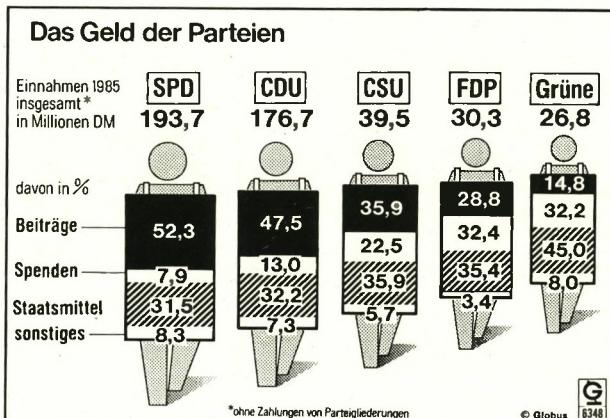
Am Ende der Steuertarifreform muß eine tatsächliche Entlastung der Wirtschaft stehen, wenn diese große Anstrengung die Wachstumskräfte stärken und die Beschäftigung fördern soll, erklärte der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), Konsul Klaus Richter.

Das Kernstück der Reform, die Begradiung des Lohn- und Einkommensteuertarifs, werde vom Groß- und Außenhandel als zukunftsweisende Entscheidung gewürdigt. Von dem Gesamtentlastungsvolumen von 44,4 Mrd. DM entfalle jedoch nur ein relativ geringer Anteil auf Unternehmensentlastungen. Es sei schwerlich auszuschließen, daß die Kommunen ihre Einnahmenausfälle über eine Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze zu kompensieren versuchen. Überdies müsse bei einer verstärkten Inanspruchnahme des Kapitalmarkts durch die öffentlichen Hände mit einer Tendenz zu höheren Zinsen gerechnet werden. Beide Kostenblöcke würden den Steuerentlastungseffekt verringern. Wenn es schließlich nicht gelinge, den Subventionsabbau differenziert zu gestalten, könnte die Wirtschaft am Ende sogar zusätzlich belastet statt entlastet werden. Im Interesse einer marktwirtschaftlich ausgerichteten, angebotsorientierten Finanz- und Steuerpolitik gelte es, möglichen negativen Folgewirkungen von Reformmaßnahmen entgegenzuwirken.

An der Krippe des Staates

Die im Bundestag vertretenen Parteien werden zu einem erheblichen Teil aus Staatsmitteln finanziert. Die Anteile liegen zwischen 31 und 45 Prozent. Die Höhe der Staatszuschüsse hängt von der bei den Wahlen erzielten Stimmenzahl ab. Darüber hinaus gibt es Geld aus dem sogenannten Chancenausgleich. Das sind Ausgleichszahlungen zugunsten der Parteien, deren Aufkommen an steuerbegünstigten Spenden und Beiträgen vergleichsweise gering ist. Am meisten trägt der Staat mit 45 Prozent zu den Einnahmen der Grünen bei, die zugleich mit 14,8 Prozent den kleinsten Beitragsanteil haben. Umgekehrt ist es bei der SPD, deren Geld zu 52,3 Prozent aus Beiträgen und nur zu 31,5 Prozent vom Staat stammt. Den höchsten Spendenanteil hat mit 32,4 Prozent die FDP, den niedrigsten mit 7,9 Prozent die SPD.

Statistische Angaben: Rechenschaftsberichte der Parteien



BGA gegen Einführung einer Fettsteuer

Als einen Schritt in die falsche Richtung bezeichnete der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) in Bonn das Abstimmungsergebnis des Europäischen Parlaments zur Einführung einer Fettsteuer.

Nach Auffassung des BGA vernachlässigt das Votum den schon jetzt durch die wochenlange Diskussion eingetretenen Schaden für das handelspolitische Klima zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Partnerländern. Angesichts der jüngsten Resolution des OECD-Ministerrats in Paris seien die Agrarminister jetzt aufgefordert, in ihrer nächsten Sitzung klar gegen den Vorschlag der EG-Kommission zur Einführung einer Fettsteuer zu entscheiden, die – wie der BGA betonte – die Herausforderung eines neuerlichen weltweiten Handelskonflikts bedeute.

Berufsausbildung und -förderung

Schule der Zukunft – Bildungspolitische Positionen der Arbeitgeber

Die Arbeitgeber sprechen sich für eine Verkürzung der Schulzeit aus. In einer Positionsbestimmung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zur „Schule der Zukunft“, die am 4. 5. 1987 in Köln veröffentlicht wurde, heißt es, im internationalen Vergleich sei das Alter des Eintritts in das Berufsleben zu hoch. Die jungen Menschen lernten daher meist zu spät, auf eigenen Füßen zu stehen. Notwendig sei vielmehr, daß die Jugendlichen zu einem früheren Zeitpunkt berufspraktische Erfahrungen sammeln und Selbstverantwortlichkeit entwickeln könnten.

In der Auseinandersetzung um das Abitur fordern die Arbeitgeber eine verbindliche Vorgabe von Unterrichtsfächern. Dazu gehörten Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften, Fremdsprache, Geschichte/Politik, Sport, Musik, Kunst und auch eine sozialökonomische Grundbildung. Die Bereiche Wirtschaft und Arbeit beherrschten nicht nur das berufliche, sondern auch das private und politische Leben. Sie müßten daher ihren Niederschlag im Bildungsauftrag aller allgemeinbildenden Schulen finden. Wichtiger als eine weitere Spezialisierung sei eine breite Allgemeinbildung.

Die rückläufigen Schülerzahlen dürfen nach Auffassung der Arbeitgeber nicht als Vorwand für eine gesellschafts-politisch motivierte Änderung des gegliederten Schulwesens mißbraucht werden. Die vielfältigen Anforderungen aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Beruf und Familie erforderten ein gegliedertes differenziertes Schulsystem. Dies entspreche auch den unterschiedlichen individuellen Begabungen. Der Wettbewerb zwischen gegliedertem Schulsystem und integrierter Gesamtschule dürfe nicht mit ideologischen Zielsetzungen befrachtet werden. Beachtung des Elternwillens und freie Schulwahl müßten unbedingt gewährleistet sein.

Da schulische Erziehung und Bildung die wesentlichen Grundlagen für die spätere Ausbildung vermitteln, habe die Wirtschaft ein vitales Interesse daran, daß Bildungsinhalte und -abschlüsse transparent seien. Auch müßten sie den weiterführenden Bildungsstufen Rechnung tragen. Dies erfordere eine wechselseitige Abstimmung der schulischen Allgemeinbildung und der beruflichen Ausbildung sowie der sich berührenden Schulformen und -stufen.

Während es die Aufgabe der Haupt- und Realschule sei, die Grundlagen für die berufliche Ausbildung zu legen, bestehe die Zielsetzung für das Gymnasium primär in der Vermittlung der allgemeinen Studierfähigkeit. Die zeitgleiche Vermittlung der allgemeinen Hochschulreife und eines berufsqualifizierenden Abschlu-

ses, wie in der Kollegstufe vorgesehen, bringe keinen Gewinn, sondern führe nur zu Abstrichen bei den Zielen. Die unternehmerische Wirtschaft bewerte Erziehung und Bildung als eine entscheidende Investition in die Zukunft des einzelnen wie der Gesellschaft. Für die Bewältigung der technischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme unserer Gesellschaft halte sie ein leistungsfähiges Schulwesen für unabdingbar.

Eine offene und hochentwickelte Industrie- und Dienstleistungs-gesellschaft stelle große Anforderungen an die Menschen. Gerade in einer Zeit des ständigen Wandels müsse die Schule durch Erziehung und Bildung für den einzelnen die Voraussetzungen schaffen, sich im Leben bewahren und die Zukunft meistern zu können. Die Persönlichkeitsbildung stehe dabei im Vordergrund. Sie könne sich nur über eine Orientierung von Erziehung und Bildung an die Werte einer freiheitlichen und humanen Lebensordnung vollziehen. Durch sie würden Begabungen und Fähigkeiten gefördert.

Häufig eine Lehre nach Grundausbildungslehrgang

Immer mehr Teilnehmer an Grundausbildungslehrgängen der Berufsberatung beginnen anschließend eine Lehre. Wie der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke mitteilte, fanden 59 Prozent der 13300 Jugendlichen, die im letzten Jahr einen Grundausbildungslehrgang beendeten, einen Ausbildungssplatz. 1981 habe dieser Anteil erst bei 44 Prozent gelegen.

Wie Franke weiter ausführte, nahmen 7,9 Prozent der ehemaligen Teilnehmer eine Arbeit auf. Weitere 2,4 Prozent mündeten in eine berufsbildende Schule ein. Für die übrigen laufen entweder noch Vermittlungsbemühungen, oder sie brachen den Kontakt zur Berufsberatung ab.

Ebenfalls erheblich gesteigert werden konnte der Anteil der Mädchen an den Teilnehmern der Grundausbildungslehrgänge. Er erhöhte sich seit 1981 von 45,1 Prozent auf 68,4 Prozent. Mehr als ein Drittel aller Lehrgangsteilnehmer befanden sich in Lehrgängen mit informationstechnischen Bildungselementen, darunter 75,6 Prozent Mädchen, überwiegend mit mittlerem oder höherem Bildungsabschluß.

Die Grundausbildungslehrgänge sind nach Meinung Frankes auch weiterhin notwendig, um einem Verlust an Motivation für eine spätere Ausbildung vorzubeugen und die Wettbewerbsfähigkeit um Ausbildungssätze zu stärken. Die Grundausbildungslehrgänge setzen die Jugendlichen außerdem in die Lage, eigene Berufswahlentscheidungen zu überprüfen und gegebenenfalls neu zu treffen.

Neuer Ausbildungs-Rekord im Groß- und Außenhandel

Einen neuen Höchststand von 21.136 neuabgeschlossenen Ausbildungsverträgen zum Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel meldet der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA). Seit der für alle Handelsberufe richtungsweisenden Neuordnung im Jahre 1978 stiegen die Neuabschlüsse in mehreren Sprüngen an — seit 1982 allein um 25 Prozent.

Von den vorzeitig freiwerdenden Ausbildungssätzen des bisherigen Rekordjahres 1984 wurden durchweg alle wiederbesetzt; sie entsprechen mit 30 Prozent dem Abiturienten-Anteil an den Auszubildenden und stellen damit nach Bank- und Industrie-Kaufleuten das drittgrößte Abiturientenkontingent. Der Schwerpunkt liegt jedoch bei den dreijährigen Ausbildungsverhältnissen nach einem Realschulabschluß. Für die gewerbliche Ausbildung zur Lagerfachkraft hat das Bundeswirtschaftsministerium trotz Vorarbeit des Bundesinstituts für Berufs-Bildung (BIBB) noch immer keine Neuordnungsweisung erteilt.

Landesverband des
Bayerischen Groß- u. Außenhandels
Bildungszentrum



Vorbereitung auf die Abschlußprüfung Bilanzbuchhalter

München 14. Juli 1987
München 18. September 1987

Der Bilanzbuchhalter ist ein Fachkaufmann, der über eine langjährige Berufserfahrung und eine auf sein Gebiet speziell ausgerichtete Weiterbildung verfügt.

Damit ist er befähigt, alle Problemkreise der Buchhaltung und der Finanzierung theoretisch aufzuzeigen und systematisch darzustellen. Er kennt sämtliche Buchhaltungs- und Bilanzierungsverfahren und ist in der Lage, Lösungen für buchhaltungstechnische Probleme selbstständig zu erarbeiten.

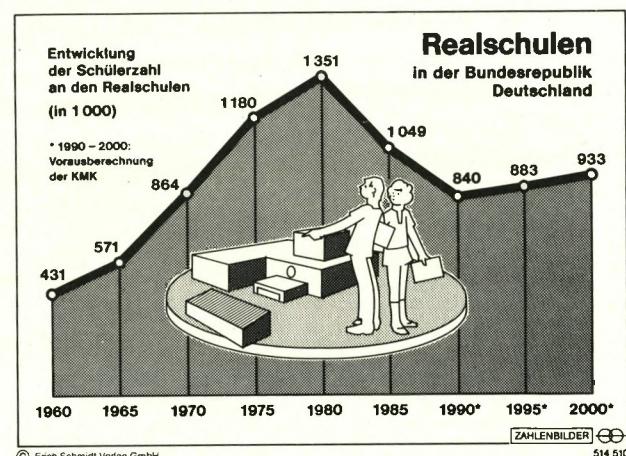
Der Lehrgang baut auf der Grundausbildung und Berufserfahrung der Teilnehmer auf, verbreitert das Fachwissen und untermauert das Urteilsvermögen. Die Prüfung wird von der Industrie- und Handelskammer abgenommen und berechtigt nach Bestehen zu der Berufsbezeichnung

Bilanzbuchhalter (Fortsetzung Seite 12)

Realschulen in der Bundesrepublik

Im dreigliedrigen allgemeinbildenden Schulsystem der Bundesrepublik stehen die Realschulen als mittlerer Zweig zwischen den Hauptschulen und den Gymnasien. Je nach Bundesland sind sie als sechs- oder vierjährige Schulen der Sekundarstufe I eingerichtet und führen sie die Klassenstufen 5 (bzw. 7) bis 10.

Die Bezeichnung „Realschule“ geht auf das 18. Jahrhundert zurück. Damals verlangte das aufstrebende Bürgertum nach Schulen, an denen die „Realien“ des natürlichen und gesellschaftlichen Lebens – also Fächer wie Mathematik, Naturkunde, Geschichte und Erdkunde – vermittelt wurden. Bis heute hat die Realschule die Funktion einer „Eingangsschleuse“ für aufsteigende soziale Gruppen, denn der Realschulabschluß eröffnet nicht nur den Weg zu mittleren Berufsebenen, sondern zu praktisch allen höherwertigen Bildungsgängen. Für den schulischen Aufstieg von Kindern aus bildungsfernen Schichten erscheinen die Realschulen daher oft attraktiver als die Gymnasien. Mehr als die Hälfte der Realschüler (53 %) sind Mädchen. Zunehmend wird die Realschule auch von Kindern bildungswilliger ausländischer Familien besucht.



Zulassungsvoraussetzungen

Eine mit Erfolg abgeschlossene Ausbildung in einem anerkannten, mindestens 3jährigen kaufmännischen Ausbildungsberuf und eine **umfassende** Tätigkeit im betrieblichen Rechnungswesen von 3 Jahren.

Falls diese Voraussetzungen nicht vorliegen, muß der Prüfungsbewerber insgesamt eine mindestens 6jährige **einschlägige** Berufspraxis nachweisen, davon eine **umfassende** Tätigkeit im betrieblichen Rechnungswesen von mindestens 3 Jahren.

Ausbildungsinhalte

1. Buchführung einschl. Abschluß und Buchhaltungsorganisation
2. Steuerrecht und betriebliche Steuerlehre
3. Kosten- und Leistungsrechnen
4. Auswertung der Rechnungslegung; Planungsrechnungen
5. Handels- und Gesellschaftsrecht sowie Mahn- und Klagewesen
6. Finanzwirtschaft der Unternehmung
7. Volks- und betriebswirtschaftliche Grundlagen

Gebühr

30,- DM Aufnahmegebühr
3.024,- DM Lehrgangsgebühr
ca. 350,- DM Lehrmaterial
Prüfungsgebühr IHK z. Zt. 250,- DM

Die Lehrgänge sind förderungsfähig nach dem Arbeitsförderungsgesetz durch das Arbeitsamt; sollte diese Förderungsfähigkeit nach dem Arbeitsförderungsgesetz durch das Arbeitsamt nicht gegeben sein, so erkundigen Sie sich bitte im Bildungszentrum des Bayerischen Handels vor Beginn des Lehrgangs nach anderen Förderungsmöglichkeiten.

Auskunft

Bildungszentrum des Bayerischen Handels
Briener Straße 47
8000 München 2
Telefon (0 89) 55 58 05

Tageslehrgang

Termin

35142 München

Beginn: 14. Juli 1987
Ende: 25. November 1987

Unterrichtszeiten

täglich, Dienstag mit Samstag,
jeweils von 8.00 – 14.30 Uhr

Schriftliche Prüfung

16./17. Dezember 1987

Freitag-/Samstag-Lehrgang

Termin

35150 München

Beginn: 18. September 1987
Ende: 12. November 1988

Unterrichtszeiten

Freitag von 17.00 – 20.30 Uhr

Samstag von 8.00 – 13.30 Uhr

mit 2 Vollzeitwochen

1 VZ-Woche 30.11.1987 – 05.12.1987
2 VZ-Woche 07.11.1988 – 12.11.1988
täglich von 8.00 – 14.30 Uhr

Gesamtdauer

(600 Unterrichtsstunden)

Sommerferien

01.08. – 01.09.1988

Schriftliche Prüfung

21./22.12.1988

Personalien

Wir gratulieren

Herrn **Werner Rupp**, persönlich haftender Gesellschafter unserer Mitgliedsfirma Rupp & Hubrach KG, optische Fabrik in Bamberg, der mit Wirkung vom 14. Juli 1987 an auf die Dauer von drei Jahren zum Handelsrichter am Landgericht Bamberg wieder gewählt worden ist. Wir gratulieren herzlich zu dieser ehrenvollen Wiederberufung.

Frau **Gisela Stenger**, geschäftsführende Gesellschafterin unserer Mitgliedsfirma G.J. Steingaesser & Comp. GmbH in Miltenberg, die mit Wirkung vom 1. 6. 1987 an für eine neue Amtsperiode von vier Jahren zur ehrenamtlichen Richterin beim Arbeitsgericht Würzburg wieder berufen wurde. Wir möchten Frau Stenger sehr herzlich zu ihrer Wiederberufung gratulieren.

Herrn **Werner Geim**, geschäftsführender Gesellschafter unserer Mitgliedsfirma Holzer Parkauf GmbH + Co. in Augsburg. Herr Geim wurde mit Wirkung vom 1. 6. 1987 an ebenfalls für eine neue Amtsperiode von vier Jahren zum ehrenamtlichen Richter beim Landesarbeitsgericht München wieder berufen. Auch ihm gelten unsere herzlichen Glückwünsche.

Karl Tegtmeyer, Senior der PARA AG – 85 Jahre

Unser langjähriges Vorstandsmitglied, **Karl Tegtmeyer**, Seniorchef der Firma PARA AG, konnte im Mai seinen 85. Geburtstag feiern.

Vor einigen Jahren hat er sich aus der aktiven Mitarbeit im LGA-Vorstand zurückgezogen, gehört ihm heute aber noch als kooptiertes Mitglied und damit seit nahezu 25 Jahren an. In vielen Sachentscheidungen, in vielen Diskussionen, in vielen persönlichen Gesprächen hat uns Karl Tegtmeyer stets mit seinem ausgewogenen Urteil mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Seiner Initiative ist es auch zu verdanken, daß die Euro-FRIWA zu einer Unternehmensgruppe auf europäischer Ebene entwickelt werden konnte, die eine außerordentliche Bedeutung im Wirtschaftsleben für die Parfümerie- und Friseurbedarfs-Branche darstellt.

Neben seinen außergewöhnlich erfolgreichen unternehmerischen Initiativen hat der Jubilar sich in ungewöhnlichem Maße zum Nutzen des Großhandels engagiert. Karl Tegtmeyer gehört zu den Mitbegründern der DUSY GmbH in Gelsenkirchen und zu den Mitbegründern des Bundesverbandes des Körperpflegemittel-Großhandelsverbandes in Köln. Weitere ehrenamtliche Tätigkeiten als Handelsrichter sowie als Mitglied des Prüfungsausschusses der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern sollen nicht unerwähnt bleiben. Karl Tegtmeyer ist Träger des Bundesverdienstkreuzes I. Klasse, darüber hinaus erhielt er die silberne Jubiläumsmedaille und den goldenen Ehrenring der IHK sowie den goldenen Ehrenring der Unternehmensgruppe EURO-FRIWA. Vor 10 Jahren bereits überreichte Präsident Walter Braun dem Jubilar die goldene Ehrenmedaille unseres Landesverbandes. Mit ihrer Überreichung gab er Dank des gesamten bayrischen Groß- und Außenhandels Ausdruck.

Wir wünschen dem Jubilar weiterhin persönliches Wohlergehen, noch viel Anlaß zur Freude und Zufriedenheit sowie noch viele Jahre guter Gesundheit und unsere allerbesten Geburtstagswünsche.

A. Reichherzer – 75 Jahre

Anton Reichherzer, persönlich haftender Gesellschafter der Firma A. Reichherzer KG – Vertriebsfirma für Heizungssysteme – und Gesellschafter der Firma ISTA Reichherzer, Kostenabrechnung GmbH. mit Sitz in Puchheim, feiert am 14. August seinen 75. Geburtstag.



Die Firma A. Reichherzer wurde 1938 als Einzelfirma mit Sitz in München von ihm gegründet und 1963 in eine Familien-KG umgewandelt.

1971 wurde die Firma zur Erweiterung in ein eigenes Bürogebäude mit Lagerhallen nach Taufkirchen b. München verlegt. In Taufkirchen werden derzeit 42 Personen beschäftigt und in Puchheim 21.

Anton Reichherzer sorgte frühzeitig dafür, daß die Geschicke der Firma weiterhin in guten Händen liegen und kann sich des besten Einvernehmens mit der jetzigen jüngeren Geschäftsleitung und der ganzen Belegschaft erfreuen.

Wir wünschen Anton Reichherzer noch viele gesunde Jahre, Glück und persönliches Wohlergehen.

Unser stellvertretender Hauptgeschäftsführer Walter Sauter – 60 Jahre

Seit bald 30 Jahren dient der stellvertretende Hauptgeschäftsführer unseres Landesverbandes, Herr Dipl. Kfm. Walter Sauter, dem bayerischen und bundesdeutschen Groß- und Außenhandel.

Walter Sauter, 1927 in Schwäbisch Gmünd geboren, studierte Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, zunächst in Erlangen, dann in München. Nach seinem Studium trat er 1958 als Betriebsberateranwärter bei der Gesellschaft für Handelsberatung (GfH), einer Tochtergesellschaft unseres LGA, ein. Wenige Monate später wurde er in die Geschäftsführung des Landesverbandes berufen. Seither ist Herr Sauter Geschäftsführer folgender Fachzweige im Rahmen der verbandlichen Gesamtorganisation:

Textil, technische Chemikalien, Feuerwehrbedarf, Farben, Tapeten und Bodenbeläge, Heil- und Gewürzkräuter und des Landesverbandes bayerischer Tabakwarengroßhändler und Automatenaufsteller e. V.

Neben diesen Zweigen betreut er unsere Firmen als zuständiger Bereichsleiter im Steuerwesen, in Wettbewerbs- und Kartellrechtsfragen, in Fragen der Finanzierung und im Verkehr und Verkehrsrecht, ebenso den LGA-Steuerausschuß und den LGA-Ausschuß für Betriebswirtschaft und Verkehr. Seiner Mitarbeit erfreut sich auch der LGA-Arbeitskreis für Kartellrecht.

Auf Bundesebene gehört er dem Steuerausschuß des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) und dem Arbeitskreis Kartellrecht und dem Verkehrsrausschuß an.

Gerade auch in den genannten Bereichen wirkte Walter Sauter an der Gestaltung mehrerer Gesetzesvorlagen auf Bundesebene und in vielerlei Hearings auf Landesebene mit.

Besondere Verdienste hat sich Walter Sauter im Bereich der beruflichen Bildung im bayerischen Handel erworben. So arbeitet er im Bildungszentrum des Bayerischen Handels als Dozent für Steuerrecht, wobei ihm insbesondere die Fortbildung der Handelsfachwirte am Herzen liegt. Seit Beginn der Prüfungen für Handelsfachwirte durch die Münchner Industrie- und Handelskammer wirkt Herr Sauter ebenfalls als Prüfer mit. Zudem ist er Mitglied des Zulassungsausschusses für Handelsfachwirte und zeitweise Mitglied des auf gleichem Gebiet tätigen Aufgabenauswahl-Ausschusses. Nicht unerwähnt bleiben soll auch seine Gutachter- und Berater-tätigkeit im Zusammenhang mit dem bayerischen Mittelstandsprogramm. Herr Sauter ist hier als Beauftragter des Landesverbandes für die Begutachtung sämtlicher Finanzierungsanträge von Existenzgründern aus dem Bereich des Großhandels sowie für die Beurteilung von Projekten zur Bürgschaftsübernahme durch die Kreditgarantiegemeinschaft des Bayerischen Handels und zur Kapitalbeteiligung zuständig.

1975 wurde er zum stellvertretenden Hauptgeschäftsführer unseres Landesverbandes ernannt.



Am 17. Mai dieses Jahres vollendete er nun sein 60. Lebensjahr. Er hat nun seit fast drei Jahrzehnten seine gesamte Leistungskraft und sein überdurchschnittliches Engagement in den Dienst des Groß- und Außenhandels gestellt. Wir wünschen unserem sehr geschätzten, liebenswürdigen Kollegen, daß dies auch noch viele Jahre für uns alle zu unserem gemeinsamen Nutzen so bleiben möge. Ad multos annos!

Hartl – Elektrofachgroßhandlung in den neuen Räumen

Am 23. Februar dieses Jahres wurde das neue Haus unserer Mitgliedsfirma **Hartl**, Elektro-Fachgroßhandel in Freising, eröffnet. Die Pläne für das neue Haus waren bereits 1985 entstanden, Basis für die Neukonzeption war eine betriebstechnische Studie, die von Herrn Dipl.-Volkswirt **Udo Schröter** von unserer Tochterfirma, der Gesellschaft für Handelsberatung (GfH), durchgeführt worden war. Auf der Grundlage einer detaillierten Massenerhebung der zu lagernnden Sortimente wurden Grundriß und Aufriß des Gebäudes, die Lagertechnik sowie die Raum- und Ablauf-Gestaltung festgelegt. Dabei wurde besonderer Wert auf rationelle Warenmanipulation, wirtschaftlichen Personaleinsatz sowie kundenfreundliche Bedienvoraussetzungen gelegt.

Ein Umzug in neue Räume mußte von dem Unternehmen schon verschiedentlich bewältigt werden. Schon mehrmals mußte die Elektrofachgroßhandlung Hartl ihre Kunden darüber informieren, daß es ihr in den alten Räumen zu eng geworden und sie künftig unter einer neuen Adresse zu erreichen sei. Das ging schon los kurz nach der Firmengründung 1950 durch Martin Hartl. Damals hatte die Firma in einem Bauernhaus an der Tuchingerstraße ihren Sitz, bereits 1951 erfolgte der Umzug in ein Gebäude an der Biberstraße. Zwei Jahre später reichte auch dort der Platz nicht mehr, Martin Hartl bezog mit seinem ständig wachsenden Unternehmen wieder neue Räume.



Doch die stete Expansion, begründet auf dem Vertrauen, daß die Kunden der Elektrofachgroßhandlung Hartl entgegenbrachten, nahm immer noch zu, und so entschloß sich der Firmengründer zu einem radikalen Schritt. Er kaufte ein Anwesen, ließ es abreißen und baute es Zug um Zug bis 1967 neu auf. 20 Jahre später mußte sich die Elektrofachgroßhandlung nun aber erneut verändern. Die drangvolle Enge der Innenstadt, das hohe Verkehrsaufkommen, die schmale Zufahrt, die unzureichende Zahl von Parkplätzen, die fehlende Möglichkeit, in den niederen Räumen eine moderne Lagerhaltung zu installieren, zwangen das Unternehmen zu diesem Schritt.

Deshalb kaufte Frau Regina Hartl, die seit dem Tode ihres Mannes vor 10 Jahren die Geschicke der Unternehmung leitet, ein 12000 qm großes Grundstück. Am 15. Mai 1986 erfolgte der erste Spatenstich. In nur neun Monaten Bauzeit wurde ausgezeichnete Arbeit geleistet. Nun kann das neue Gebäude mit großem Stolz präsentiert werden. Es verfügt über großzügig angelegte Parkflächen für Pkw und Lkw, Lager-, Verwaltungs- und Sozialräume die sinnvoll miteinander verbunden sind. Mehr als 20 000 Artikel werden für die Kunden bereitgehalten. Ein großer Ausstellungsraum, ein Lichtstudio und ein Küchenstudio sind ebenso selbstverständlich wie ein Schulungsraum mit ca. 100 Plätzen, um Kunden und Mitarbeitern zu Seminaren, Vorträgen und Produktinformationen einzuladen zu können. Eine Groß-EDV-Anlage hilft, die vielfältigen Verwaltungsaufgaben zu bewältigen. Besonderer Wert wurde auf eine moderne Lagertechnik gelegt. Die dreigeschossige Fachbodenregalanlage aus einer tragstarken Stahlkonstruktion garantieren den sofortigen und leichten Zugriff auf jeden Artikel.

Mit diesem Neubau wird sich Hartl auch in Zukunft als zuverlässiger und leistungsstarker Partner für das Elektrohandwerk, den Fachhandel und die Industrie erweisen. Für die Firma Hartl steht der Kunde im Mittelpunkt, was vormittags bestellt wird, wird nachmittags geliefert. Sich den Anforderungen der Zukunft und dem Fortschritt zu stellen, empfindet das Unternehmen als eine Verpflichtung. Wir wünschen ihm, daß es eine glückliche Zukunft haben möge.

100 Jahre Firma Alfred Graf, Nürnberg

Zu einer gelungenen und glanzvollen Feier gestaltete sich die 100-Jahr-Feier unserer Mitgliedsfirma Alfred Graf, Nürnberg.

Nach der Begrüßung der rd. 300 Gäste aus dem In- und Ausland hielt Präsident Konsul Senator **Walter Braun** die Festansprache, und überbrachte die Grüße und Glückwünsche der mittelfränkischen Wirtschaft und des Bayerischen Groß- und Außenhandels:

Die Firma Alfred Graf spielt im „Konzert“ der mittelfränkischen Unternehmen einen wichtigen Part. Die Familie **Scheuerle** trage mit ihrem traditionsreichen Unternehmen maßgeblich zum Ansehen und zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Nürnberg bei. Insbesondere auch das ehrenamtliche Wirken der Inhaber des Unternehmens habe eine lange Tradition bis hin zu **Thomas Scheuerle**, der die Geschicke des Unternehmens heute führt. Neben der Kammerarbeit in Nürnberg widme er sich insbesondere auch der Verbandsarbeit. Er sei bekannt als interessierter und aufgeschlossener Unternehmer, engagiert und mutig und mit wachem Interesse für alle berufsständischen Fragen.

Ein Unternehmen und eine Wirtschaft florieren nicht von alleine. Ein Unternehmen, das über 100 Jahre nicht nur „Bestand“ habe, sondern sich positiv weiterentwickelt und einen bedeutenden Beitrag zur Wirtschaftskraft der Region geleistet habe, brauche an der Spitze den erfolgreichen Unternehmer. Insbesondere auch bei der Firma Alfred Graf zeige sich die Bedeutung des personalen Aspektes. Von der Firmengründung im Jahre 1887 durch Alfred Graf, der bereits das Waren sortiment in den Produktbereichen Lebensmittel und technische Naturgrundstoffe aufbaute, triumphierten durch Generationen unternehmerischer Weitblick und der Einsatz für das Gemeinwohl.



Bereits gegen Ende des Jahres 1918 wurde **Achill Scheuerle**, der später die Firma verantwortlich führte, wegen seiner Fachkenntnisse an die Spitze der kaufmännischen Leitung der amtlichen bayerischen Lebensmittelversorgung berufen. Dies war eine hohe Ehre. Auf sein Wirken gehen auch intensive bis in die Gegenwart reichende Geschäftsverbindungen zu vielen osteuropäischen Ländern zurück. Mit Achill Scheuerle begann jedoch auch eine andere Tradition, die ehrenamtliche Arbeit.

Achill Scheuerle war der erste von der wirtschaftlichen Selbstverwaltung frei gewählte Präsident der Industrie- und Handelskammer Nürnberg nach 1945. Zugleich war er Vertreter unseres Landesverbandes im Bayerischen Senat.

1948 wurde **Erwin Scheuerle** als persönlich haftender Gesellschafter in die Firma aufgenommen. Im Präsidium unseres Landesverbandes und als langjähriger, außerordentlich verdienter Vorsitzender der Tarifkommission sowie als Vorsitzender der Abteilung Außenhandel wußte sich Erwin Scheuerle einen Namen zu machen, indem er seine Person in den Hintergrund und die Sache in

den Vordergrund stellte. Heute wird das Unternehmen von der dritten Generation, **Rolf und Thomas Scheuerle**, geführt.

Das Unternehmen Alfred Graf werde weiterhin als dynamischer Betrieb in der mittelfränkischen Firmenpalette gebraucht. Ohne den einsatzbereiten Unternehmer, der nach vorne blickt und unbirrt die Zukunft im Auge behält, könne vor allem auch die wirtschaftliche Selbstverwaltung nicht gedeihen. Es falle schwer, wenn man Werdegang und Erfolge eines Unternehmens wie der Firma Alfred Graf betrachte, zu glauben, daß die wirtschaftlichen und damit verbunden auch geistigen Gegenwartstendenzen in der Bundesrepublik von einem seltsamen Widerspruch gekennzeichnet sind. Gemessen an den Tatsachen ging es der Wirtschaft und damit auch den Bürgern so gut wie schon lange nicht mehr. Orientiere man sich jedoch an den Medien und der öffentlichen Meinung, so dränge sich der Eindruck auf, daß die Bundesrepublik Deutschland kurz vor dem Kollaps stehe und es überhaupt unzumutbar sei, in einem solchen Lande zu leben und zu arbeiten. Es sei wohl den Deutschen in ihrer Geschichte immer schon nicht leicht gefallen, die objektiven Realitäten zum Maßstab ihres Denkens und Handelns zu nehmen. Wir alle sollten uns jedoch bemühen, nicht nur die negativen, sondern immer stärker auch die positiven Seiten des Lebens zu sehen. Dann werde auch die Bundesrepublik Deutschland wirtschaftlich noch erfolgreicher sein als bisher.

In diesem Sinne wünschte Konsul Senator Walter Braun der Firma Alfred Graf, ihren Inhabern und Mitarbeitern auch für die Zukunft alles Gute.

Elektrogroßhandels-Gesellschaft Stara – 75-jähriges Firmenjubiläum

Auf die 75. Wiederkehr ihrer Gründung im Jahre 1912 konnte in diesen Tagen unsere Mitgliedsfirma Stara, Elektrogroßhandels-Gesellschaft mbH in Passau, Eggenfelden und Regensburg, zurückblicken.

Die Firma W. Stadlinger und Rauh, schon seit Jahrzehnten kurz „Stara“ genannt, konnte ihr 75-jähriges Betriebsjubiläum begießen. Die Firma wurde im Jahre 1912 von den Herren Wilhelm Stadlinger und Franz Rauh als Großhandlung in Nürnberg gegründet. Nachdem Herr Wilhelm Stadlinger bereits im Jahre 1926 in gutem Einvernehmen ausgeschieden war, leitete Herr **Franz Rauh**, Nürnberg, das Unternehmen bis zum Jahre 1969, 82-jährig, als Alleinhaber. Er gehörte auch im LGA zu den Männern „der ersten Stunde“, mit seinem Namen verbindet sich auch ein Kapitel unserer Verbandsgeschichte.

Schon vor dem 2. Weltkrieg zählte die Firma zu den bedeutenden Fachgroßhandlungen in Deutschland, seit 1948 waren auch die Söhne des Gründers, Herr **Alfred Rauh** in Nürnberg und Herr **Herbert Rauh** in Passau, letzterer lange Jahre unserem Verband als Vorstandsmitglied sehr eng verbunden, maßgeblich an der Führung des Unternehmens beteiligt.

Die Nürnberger Firma gründete im Jahre 1938 bereits die Niederlassung in Passau; 1956 die Niederlassung in Bamberg, 1963 in Eggenfelden und 1980 in Regensburg.

In den 60er Jahren entstanden durch Gründung bzw. Übernahme eines alt eingesessenen, österreichischen Unternehmens die Firmen „Elektro-Kontakt STARA“ in Linz, mit Filialen in Wien und Ried.

Seit 1981 firmieren die deutschen Niederlassungen der „STARA Elektrohandels-Gesellschaft mbH“ in Nürnberg bzw. Passau. Die Passauer Firma wird geführt vom geschäftsführenden Gesellschafter Herbert Rauh, der auch Geschäftsführer der österreichischen Betriebe ist. Von 1975 bis 1985 war Herbert Rauh Vorsitzender des Aufsichtsrates der bedeutendsten Marktgemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland, dem ELTkontor in Hannover.

Außerdem bekleidet Herbert Rauh seit 1975 das Amt des ehrenamtlichen Richters beim Arbeitsgericht in Passau.

Im Jahre 1958 wurde das neue Betriebsgebäude in Passau bezogen, Ende der 60er Jahre erfolgte ein Neubau in Eggenfelden, der vor wenigen Jahren noch bedeutend vergrößert wurde.

Die 1980 gegründete Niederlassung in Regensburg wurde im Herbst 1986 als „STARTEC SB-Großhandel“ umgewandelt. Damit wurde den Kunden eine neue Form des Warenbezugs angeboten. Die Firmen beliefieren ausschließlich den Fachhandel, das Handwerk und die weiterverarbeitende Industrie. Die STARA ist ein Vollsortimenter und bietet ihren Abnehmern folgende Produktgruppen:

- Elektro-Installationsmaterial
- Groß- und Kleingeräte
- Rundfunk – Fernsehgeräte und Zubehör
- Wohnraum- und technische Leuchten
- Electronic-Bauteile

Das Sortiment besteht aus über 30 000 Artikeln, beschäftigt werden über 300 Mitarbeiter. Insgesamt verfügen die Betriebe über eine Gesamtfläche von über 20 000 qm, die Kunden werden von 29 Außendienstmitarbeitern betreut und durch 25 eigene Lkw mit Waren versorgt.

Auffallend ist die hohe Verbundenheit der Belegschaft zur Firma, die über Generationen hinaus wuchs.

Arbeitsjubiläen wegen 25-jähriger Betriebszugehörigkeit sind „fast an der Tagesordnung“; der Firma gehören aber auch viele Mitarbeiter seit über 30, 35 und sogar 40 Jahren an.

Damals, 1912 wie heute, haben die Menschen das Gesicht dieser Firma und deren Erfolge entscheidend beeinflußt. Nicht nur die Mitarbeiter, auch die Kunden und Lieferanten, die der STARA seit 71/2 Jahrzehnten die Treue gehalten haben, waren der Garant für fortgeschrittenes Wirken, um den oft schwierigen Anforderungen des Marktes gerecht zu werden.

Seit 65 Jahren gelten bei der STARA die Prinzipien des Gründers, ein fairer und verlässlicher Partner zwischen Industrie, Handwerk und Fachhandel zu sein. Daß dies in den nächsten Jahrzehnten ebenso gelten wird, dessen sind wir sicher. Wir wünschen dazu der STARA allerbestes Gelingen und Gedeihen.

Buchbesprechung

EDV-Recht

Herausgegeben im Auftrage der INTERPARLAMENTARISCHEN ARBEITSGEMEINSCHAFT von Wolfgang E. BURHENNE und Klaus PERBAND

Ergänzbare Ausgabe, einschließlich 50. und 51. Lieferung, 4504 Seiten und 3 Ausschlagtafeln, DIN A 5, DM 164,-, zuzüglich 3 Spezialordner je DM 11,80. Ergänzungen von Fall zu Fall.

ERICH SCHMIDT VERLAG Berlin · Bielefeld · München

Zum Inhalt:

Mit der Aktualisierung des Werkes erscheinen mit der 50. Lieferung u. a. im Dokumentarteil die neue 2. und 3. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Bundeszentralregistergesetzes (Ausfüllanleitung für Verwaltungs- und Justizbehörden), dazu noch einige wenige Urteile, bearbeitet von Professor Peter Gola und Karlheinz Wittig. Außerdem ist der Organisationsteil neu überarbeitet worden.

In Anpassung an geltendes Recht bringt die 51. Lieferung u. a. das neue Hessische Datenschutzgesetz und die neuen Meldearten-Übermittlungsverordnungen von Hamburg und Niedersachsen. Außerdem werden unter Bearbeitung von Prof. Peter Gola und Karlheinz Wittig weitere Urteile zum Datenschutz aufgenommen.

Der Handel braucht qualifizierte Führungskräfte

Betriebsverluste durch Unwissenheit / Großes Fortbildungsangebot

So mancher, der zur Führungskraft ernannt wurde, weil er ein tüchtiger Mitarbeiter war, bereitet später dem Betrieb erhebliche Sorgen. Der Überblick fehlt, man kann ihm Entscheidungen der Unternehmensleitung x-mal erklären, ohne daß er sie versteht, er sträubt sich gegen Neuerungen... Da zeigt es sich dann, daß ein guter Erstverkäufer nicht automatisch ein guter Abteilungsleiter ist, oder daß ein guter Außendienstler nicht automatisch schon zum Verkaufsleiter taugt. Gerade in mittelständischen Betrieben aber gibt es noch (zu) viele solche Führungskräfte, die auf ihre Führungsaufgaben nie richtig vorbereitet wurden.

Richtige Vorbereitung heißt vor allem eine solide Wissensbasis auf Führungsniveau: Handelsbetriebslehre, Marketing, Kostenrechnung, Beschaffung und Lagerung, Personalwesen, Organisation, Rechtsfragen. Erst so wird es möglich, daß Unternehmensleitung und Führungskräfte die gleiche Sprache sprechen, erst so ist jede Führungskraft darauf vorbereitet, betriebswirtschaftlich gute Entscheidungen zu treffen, erst so werden Neuerungen verstanden und mit Elan eingeführt.

Und es kommen viele Neuerungen auf den Handel zu: Neue Vertriebsformen, neue Marketingstrategien, Warenwirtschaftssysteme, verbesserte Erfolgsrechnungen, denken in Profit Centers usw. usw. Dies alles kann nicht wirksam bewältigt werden ohne eine gut qualifizierte Führungsmannschaft. Es liegt also im eigenen Interesse des Betriebes, sich darum zu kümmern, daß künftig Führungspositionen nur noch solchen Personen übertragen werden, die das notwendige Führungswissen in einer geeigneten Fortbildung erworben haben. Sich nicht um diese Fragen zu

kümmern und die Dinge so weiterlaufen zu lassen wie bisher bringt so viel an Reibungen und Fehlern mit sich, ja schließlich Verlusten, daß die Wettbewerbsfähigkeit des Betriebes in Frage gestellt wird.

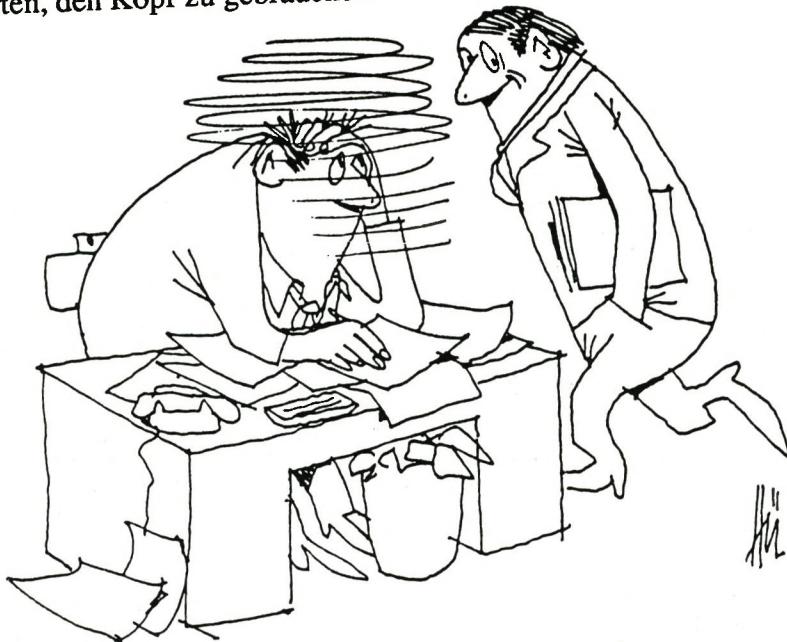
Das Bildungszentrum des Bayerischen Handels, die Bildungseinrichtung der Landesverbände des Bayerischen Handels, hat deshalb schon vor 17 Jahren damit begonnen, eine Fortbildung zur mittleren Führungskraft im Handel einzuführen, die sich seither als außerordentlich erfolgreich erwiesen hat. Betriebspraktiker des Handels werden in 1 1/2-jährigen Abendlehrgängen (oder Tageslehrgängen, oder einem besonderen Bildungsgang für Abiturienten) intensiv auf die Prüfung vor der Industrie- und Handelskammer vorbereitet. Die Vorbereitung auf die Ausbilderprüfung ist dabei zusätzlich eingeschlossen.

In allen Teilen Bayerns sind diese Fortbildungsmöglichkeiten leicht erreichbar: 25 Lehrgangsorte gibt es in ganz Bayern; umfangreiches Lehrmaterial, das mit den Teilnehmern durchgearbeitet wird, sorgt für einen intensiven und ertragreichen Unterricht (und dafür, daß man auch später noch einmal etwas nachschlagen kann). Daß bisher fast 7000 Teilnehmer den Lehrgang Handelsfachwirt besuchten, zeigt den Erfolg dieser Formel.

Mit dem Handelsfachwirt können sich die Handelsbetriebe das Potential an qualifizierten Führungskräften aufbauen, das sie für ihre Zukunft benötigen.

Für eine Beratung über Ihre Führungsprobleme und die Information über die Handelsfachwirtlehrgänge steht Ihnen das Bildungszentrum des Bayerischen Handels, Postfach 370243, 8000 München 37, Tel. 089/55145-0 (Hr. Probst, Frau Hake, Frau Bernauer) jederzeit zur Verfügung.

Verschiedene Arten, den Kopf zu gebrauchen



"Hättste was gelernt, hättste jetzt den Durchblick!"



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
Landesverband des Bayerischen
Groß- und Außenhandels
Ottostraße 15 · 8000 München 2



Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

41. Jahrgang 1987 · München
Juli/August 1987 · Nr. 4/1987



LGA-Btx
★ 920 487 #

	3	Der Groß- und Außenhandel traf sich in Nürnberg
	8	Mitgliederversammlung des LGA
Arbeitgeberfragen	8	Arbeitsmarkt: Die Herausforderung bleibt
	9	Vorruhestandsgesetz – keine dauerhafte Lösung Frauenbeschäftigung fördern
Berufsausbildung und -Förderung	9	Offensive für die Hauptschule und die berufliche Bildung
	10	Wirtschaft fordert verbindlichen Fächerkanon
	11	Demographische Entwicklung und wirtschafts- und gesellschaftspolitische Veränderungen als Einflußfaktoren für die berufliche Qualifizierung
Außenhandel	14	BGA begrüßt differenziertere Haltung der EG-Kommission
Verschiedenes	14	Vergabe von Lieferungen für die Betriebsküche und der städtischen Kantinen Nürnberg
Personalien	15	

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:

Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Kfm. Sauter (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsausbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Bethcke · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint alle 2 Monate. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Ottostraße 15. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, München 2, Ottostraße 15, Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 8000 München, Ottostraße 15. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, München 2, Ottostraße 15. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Druck: typobierl, 8000 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 359 60 66-68.

schaft. Dies gelte auch und in besonderem Maße für die Tarifpolitik. Auch im Groß- und Außenhandel gelte inzwischen die 38 1/2-Stunden-Woche. Eine weitere Arbeitszeitverkürzung für den Groß- und Außenhandel sei kein Weg, Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten. Wer wirklich Arbeitsplätze und die Existenz mittelständischer Unternehmen im Groß- und Außenhandel sichern wolle, der müsse im Gegenteil alles dafür einsetzen, noch kürzere Arbeitszeiten zu verhindern. „Wir werden aus den vielfältigen Zwängen der Leistungssicherung in 10 Jahren eher darüber nachzudenken haben, ob und wie die Lebensarbeitszeit verlängert werden kann, wie wir dann ausufernde Überstunden wieder in den Griff bekommen. Daß dies durch zusätzliche Arbeitszeitverkürzungen nicht leichter wird, liegt auf der Hand.“



1. Vizepräsident Dr. Dieter Wolfrum begrüßte Mitglieder und Gäste

Im sozialpolitischen Bereich bedürfe man dringend einer verantwortungsvollen Gesetzgebung und einer verantwortungsbewußten Rechtssprechung. Es gehe nicht an, daß sich viele Betriebe davor scheutn, neue Mitarbeiter einzustellen, weil sie befürchteten, daß sie sich vom einzelnen Arbeitnehmer nur schwer oder unter erheblichem Kostenaufwand wieder trennen könnten, wenn ihre Erwartungen nicht in Erfüllung gingen. Nach Ansicht des Groß- und Außenhandels bedürfe es daher eines Überdenkens der Kündigungsschutzregelungen, insbesondere auch der Frage des Weiterbeschäftigungsanspruches, einer Verlängerung und Ausweitung des Beschäftigungsförderungsgesetzes und nicht zuletzt einer Einschränkung der Sozialplanpflicht. Gerade der Weiterbeschäftigungsanspruch durch Richterrecht gehöre wieder abgeschafft. Ebenso könne es nicht angehen, daß Arbeitsplätze wegen praxisfremder Sozialplanvorschriften vernichtet würden.

Einen weiteren Schwerpunkt nahmen Brauns Ausführungen zur geplanten Steuerreform ein. Wie er

sagte, sei die Beseitigung des sog. Mittelstandsbauches richtig und überfällig. Der Groß- und Außenhandel sähe es lieber, die geplanten Reformen würden eher in Kraft treten. Für verfehlt halte der Groß- und Außenhandel allerdings die Einführung eines gespaltenen Tarifs im Bereich der Einkommensteuer und



Ein Blick ins Auditorium: Der Saal war voll besetzt

Körperschaftssteuer. Es sei nicht einzusehen, warum der Körperschaftssteuersatz niedriger liegen solle als der Einkommensteuer-Spitzensatz. Aber was noch wesentlich gravierender sei: die Finanzierung der Steuerreform sei bisher noch völlig offen. Auch der Steuervereinfachung sei man keinen Schritt nähergekommen.



Gern gesehene Gäste: Nürnbergs OB Dr. Andreas Urschlächter (r.) und Regierungsvizepräsident Dr. Elmar Scheuegraf

Großzügige Abschreibungen auf das Lager

Die bisherigen Reformbeschlüsse kämen der breiten Masse zugute, es sei nunmehr aber an der Zeit, das Unternehmereinkommen zu entlasten. Das sei umso notwendiger, als die Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer Gesamtstruktur auf internationalen

Der Groß- und Außenhandel traf sich in Nürnberg

Mit Elan und Zukunftsoptimismus, wenn auch nicht ohne Blick für die Probleme und Umwälzungen der nächsten Jahre, traf sich der Groß- und Außenhandel aus ganz Bayern in der Meistersingerhalle in Nürnberg zum Verbandstag 1987 des LGA.

Prominente Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft waren als Gäste erschienen, um sich über Leistungsangebot und Leistungsstand des Groß- und Außenhandels zu informieren und im Anschluß daran mit unseren Mitgliedern die uns dringend erscheinenden Probleme sowie deren Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren.

Zur Einführung in die Themen hatte — nach der Begrüßungsansprache durch **Dr. Dieter Wolfrum**, dem 1. Vizepräsidenten unseres LGA — Präsident **Walter Braun** eine — von häufigem Beifall unterbrochene — Rede gehalten, in der die Stellungnahme und Beurteilung vieler den Groß- und Außenhandel direkt berührenden Probleme, Maßnahmen und Gesetzesvorschriften sowie allgemeine Trends angeprochen wurden.

In stark gekürzter Fassung seien hier einige Passagen wiedergegeben:



Präsident Walter Braun während seiner vielbeachteten Rede

„Neue Vertriebskonzepte veränderten derzeit in rasantem Tempo die Landschaft im Groß- und Außenhandel. Dabei habe das Wort „Wettbewerb“ im Laufe der letzten Jahre einen Beiklang bekommen wie „Existenzvernichtung“.

Im Mittelpunkt der Überlegungen zum Wettbewerbsrecht stehe die Frage, ob das Kartellgesetz

erneut novelliert werden solle. Aus der Sicht des Groß- und Außenhandels, so Braun, gingen die Bemühungen zur Novellierung des Kartellgesetzes bisher ausschließlich von der besorgniserregenden Konzentrationsentwicklung im Lebensmittel-Einzelhandel aus. Die Strukturen und die Entwicklung in allen übrigen Wirtschaftsbereichen und Stufen seien noch nicht genügend berücksichtigt. Die Konzentrationstendenz im Groß- und Außenhandel halte sich durchaus im Rahmen. Wesentlich für die Erhaltung des Wettbewerbs und die Offenhaltung des Nachteilausgleichs kleinerer und mittlerer Unternehmen seien Kooperationsmöglichkeiten, die nicht eingeschränkt werden dürften.



Prominente Gäste: Hier geleitet Präsident Walter Braun, Staatssekretär Dr. Wilhelm Vorndran

Erst wenn dies nicht mehr gewährleistet sei, sehe der Groß- und Außenhandel einen Handlungsbedarf für eine Kartellgesetz-Novelle. Sollte eine Kartellgesetz-Novelle zum Zuge kommen, müßte auch eine Überprüfung der Ausnahmebereiche des Kartellgesetzes gefordert werden. Nur der Wettbewerb in allen Leistungsbereichen der Wirtschaft gewährleiste die Aufrechterhaltung gesunder Strukturen und einer marktwirtschaftlichen Ordnung.

Arbeitszeitkürzungen verhindern

Braun wandte sich mit Nachdruck dagegen, daß unternehmerische Freiräume noch weiter eingeschränkt würden. Wer sie zerstöre, zerstöre die Antriebselemente unserer freien, sozialen Marktwirt-

Austausch angewiesen sei. Jeder vierte Arbeitsplatz hänge nach einer gängigen Faustregel vom Außenhandel ab. Der Groß- und Außenhandel müsse deshalb darauf beharren, daß der Spaltensteuersatz eine weitere Absenkung und zwar unter 50%, erfahre. Überdies habe der Groß- und Außenhandelsunternehmer ein spezifisches steuerliches Problem. Außer den Lagerhäusern, Transporteinrichtungen und Verwaltungen habe er im Gegensatz zur Industrie kein Anlagevermögen. Der Groß- und Außenhandel investiere nicht in Produktionsanlagen und Maschinen, seine „Manövriermasse“ sei das Warenlager. Und dieses Warenlager wird nach seiner Auffassung nicht genügend in seiner volkswirtschaftlich immens wichtigen Funktion berücksichtigt. Die Warenlager-Funktion des Großhandels entlaste nämlich sämtliche Wirtschaftsstufen, ermögliche eine planmäßige, kontinuierliche Auslastung der Produktion und gebe dem Abnehmer die Sicherheit eines schnellen Zugriffs zur Ware und trage zur politischen Stabilität bei. In jedem Krisenfalle garantiere der Groß- und Außenhandel mit seinen Lägern eine Politik des langen Atems. Diesem Umstand werde in vielen ausländischen Staaten dadurch Rechnung getragen, daß großzügige Abschreibungsmöglichkeiten auf das Lager möglich seien. Von den Möglichkeiten, die z.B. das Schweizer Steuerrecht mit einem pauschalen Bewertungsabschlag zulasse, könne in der Bundesrepublik Deutschland nur geträumt werden. Hier sei auch ein Ansatz für eine vertretbare und finanzierte Steuervereinigung.

Besonderen Wert werde auch einer zukunftssicheren Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter beigemessen, die allerdings mit Maß, Ziel und Vernunft betrieben werden müsse. Die schnelleren Kommunikationsmöglichkeiten machten auch schnelleres Denken und Entscheidungen erforderlich und zwar auf allen hierarchischen Ebenen. Dies setze gut geschulte, informierte und motivierte Mitarbeiter voraus. Investitionen seien deshalb ohne Wenn und Aber erforderlich, nicht nur in Maschinen: In erster Linie im Handel in die Menschen, denn Menschen kommunizierten miteinander und machten Geschäfte, nicht Maschinen. Entschiedene Ablehnung erfahren im Groß- und Außenhandel jedoch Überlegungen, die Weiterbildung zum Inhalt tariflicher Regelungen zu machen.

Braun gab auch seiner Überzeugung Ausdruck, daß zukunftssichere Wirtschaftskonzepte letztlich nur auf der Grundlage gesunder Umweltbedingungen möglich seien. Die zukünftigen Marktveränderungen müßten auch mit Blick auf die Entstehung des europäischen Binnenmarktes in den 90er Jahren und angesichts der zunehmenden Internationalisierung der Warenströme aufmerksam beobachtet werden. Angesichts der

erheblichen Risikofaktoren im Welthandel habe der Groß- und Außenhandel konkrete Forderungen: Es gelte, die Grundpfeiler des GATT, die Nichtdiskriminierung und Meistbegünstigung zu festigen und unter allen Umständen zu verhindern, daß GATT-widrige Export-Selbstbeschränkungsabkommen nachträglich legalisiert würden. Der Groß- und Außenhandel vertrete die Auffassung, daß endlich eine klare Marktoffnung zugunsten der Entwicklungsländer betrieben werde. Handelsförderung dürfe nicht mehr nur als Import-Förderung verstanden werden. Der bisherige Weg, über Lieferbindung mit Entwicklungshilfemitteln Exportförderung zu betreiben, erscheine nicht mehr sachgerecht.

Nach wie vor sehe der Groß- und Außenhandel seine Position zwischen Verpflichtung und Anspruch in unternehmerischer Festigkeit und Solidarität, getreu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft.“



Dr. Helmut Geiger bot einen umfassenden Überblick in weltwirtschaftliche Zusammenhänge

Das sich an die Ausführungen von Präsident Braun anschließende Referat des Gastredners Präsident **Dr. h. c. Helmut Geiger**, Deutscher Sparkassen- und Giro-Verband, befaßte sich thematisch mit den „Wirtschafts- und währungspolitischen Perspektiven im weltwirtschaftlichen Spannungsfeld“.

Geiger sagte, vor wenigen Jahren herrschte in weiten Teilen Europas Wirtschaftspessimismus: „Euroskeptiker“ hieß das Stichwort, die Verlagerung der Wachstumskräfte zum pazifischen Raum wurde zum Alptraum. Er habe schon damals davor gewarnt, den Verlust an **preislicher** Wettbewerbsfähigkeit durch verzerrte Wechselkurse mit einer auch technischen Wettbewerbsschwäche von Industrie und Handel zu verwechseln. Ebenso wenig habe er einzusehen vermocht, daß Wechselkurse von 3,40 DM je Dollar, wie sie Anfang 1985 noch bestanden hatten –

und die damals sogar den Export von Zement von Europa nach den USA möglich machen – plötzlich die **technische** Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft so verbessert hätten, daß die „Eurosiklerose“ innerhalb kürzester Zeit nun dem „Euroboom“ gewichen wäre. Beides seien Übertreibungen, die vor allem das Gewicht der Wechselkursentwicklungen mißachteten. Europa habe aufgeholt, habe in vielen Bereichen seine technische und wirtschaftliche organisatorische Leistungsfähigkeit wieder unter Beweis gestellt.

Angesichts der derzeitigen Wechselkursentwicklungen nehmen die Herausforderungen für Europa nun wieder zu. Es verringere sich wechselkursbedingt nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft auf dem US-Markt, sondern auch auf den Drittmarkten, auf denen europäische mit US-Produkten konkurrierten. Hinzu komme, daß von der Dollarentwicklung nicht nur die US-Wirtschaft profitiere, sondern auch Industrie und Handel in den Ländern, die ihren Wechselkurs an den US-Dollar gekoppelt haben – vor allem in Ostasien und in Lateinamerika.

Europa habe einen neuen Integrationsschub notwendig. Seine Hauptthese sei: Die Weltwirtschaft ist labil, Europa muß sich auf seine eigenen Möglichkeiten besinnen. Es dürfe deshalb wirtschaftspolitisch in Europa keinen Stillstand geben. Gleichzeitig komme es darauf an, das Gewicht der europäischen Stimme im weltweiten Wirtschaftsdialog zu stärken. Die internationalen Verflechtungen aller Volkswirtschaften der Welt machten Alleingänge heute zunehmend unmöglich. Dies gelte nicht nur für einzelne Volkswirtschaften, sondern auch für die bestehenden Wirtschaftsblöcke.

Ohne Wachstum geht es nicht

Angesichts der strukturellen Herausforderungen der Volkswirtschaften durch moderne Informations- und Kommunikationstechniken, eine verstärkte Tendenz in Richtung Dienstleistungswirtschaft, die Zukunft der kollektiven Versorgungssysteme bei abnehmenden Geburtenraten und verringerten Arbeitszeiten sowie die Umweltprobleme machten zu ihrer Lösung einen permanenten Wachstumsprozeß nötig.

Angesichts der Labilität des Wachstumsprozesses in ganz Europa sei nachdrücklich die sog. „kooperative Wachstumsstrategie für mehr Beschäftigung“ zu unterstützen. Dazu sei es notwendig, daß die Investitionen der Unternehmen und des Staates eine entsprechende Dynamik aufweisen, andererseits sollen bei stabilen Preisen die realen Lohnkosten nur mäßig steigen. Es dürfe jedoch nicht zu einem Subventionswettlauf der Staaten untereinander kommen. Die staatliche Wirtschaftspolitik dürfe deshalb den Strukturwandel, der der europäischen Wirtschaft von einer

zunehmenden internationalen Arbeitsteilung abverlangt werde, nicht behindern. Hohe Einkommen und ein hoher Lebensstandard könnten deshalb in Westeuropa nur durch neue Produkte und neue kostensenkende Produktionsverfahren verteidigt werden.

Aktive Strukturpolitik bedeute heute auch, den Schutz der Umwelt zu gewährleisten. Die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung könne durchaus bewußt forciert werden, so könne etwa der Staat durch Investitionsförderung im Bereich umwelt- und ressourcenschonender Produktionsverfahren sowie durch Auflagen und Produktionsverbote diesen Strukturwandel fördern. Daneben setzte sich in hochentwickelten Volkswirtschaften mit dem Übergang zur Informationsgesellschaft und mit dem Kapazitätsabbau rohstoff- und energieintensiver Produktionen der Trend zur Ausweitung des Dienstleistungssektors fort.



Ein Dankeschön: Präsident Walter Braun überreicht einen Stich Nürnbergs an Präsident Geiger

Staatsquote verkleinern

In der Bundesrepublik Deutschland seien etwa 54% der Beschäftigten heute im Dienstleistungsgewerbe tätig, in den USA aber 69%. In Europa seien durch Steuern und Abgaben viele Dienstleistungen jedoch für die Verbraucher zu teuer. Dies führe wiederum dazu, daß zunehmend einfache Dienstleistungen am grauen oder schwarzen Markt erbracht würden und damit in den offiziellen Statistiken gar nicht erschienen.

Dies könnte nur verändert werden, wenn die staatlichen Abgaben gesenkt und damit auch die Staatsquote am Sozialprodukt wieder verkleinert werde. Es scheine jetzt auch vertretbar, zur Durchsetzung einer wirksamen Steuerreform temporär eine maßvolle Neuverschuldung zur Finanzierung der Steuerentlastung vorzunehmen. Hauptsächlich müsse es aber darum gehen, durch eine sparsame Haushaltsführung Mittel für die Steuerreform bereitzustellen.

Besondere Unsicherheit gehe in der derzeitigen weltwirtschaftlichen Situation von den anhaltenden Turbulenzen um den Dollar aus. Trotz Gipfelkonferenzen und internationaler Zusammenkünfte aller Art hätten die USA leider viel zu spät erkannt, daß das Ignorieren der weltwirtschaftlichen Folgen ihrer eigenen Politik auch ihnen selbst letztlich erheblich schaden muß. Die USA haben ihre gute Konjunktur mit einem rasant erhöhten Staatsdefizit erkauft. Mit einiger Verspätung habe die Verschlechterung der wirtschaftlichen Daten in den USA auch auf den Dollar gewirkt. Der Dollar setzte eine wichtige Marke, sowohl in der direkten Konkurrenz mit den USA als auch auf den Drittmarkten.

Nach seiner Meinung hänge die Zukunft des Dollars vor allem von den Kapitalströmen ab. Komme es in den USA zu Zinssteigerungen, dann könnte das internationale Kapital wieder verstärkt nach den USA lenken. Je mehr sich in den USA die Situation aus der Sicht der Märkte bessere, z.B. wenn die Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite sich verminderten, desto eher könnte es zu einem Wiederanstieg des Dollars kommen. Die USA könnten ihre hohe Auslandsverschuldung von sich aus auf Dauer nur auf zwei Wegen bekämpfen: Entweder sie hört auf, über ihre Verhältnisse zu leben und schränkt ihre Importe ein. In diesem Falle würde der weltweite Wachstumsbeitrag der USA vermindert und damit würde wahrscheinlich vorübergehend auch das Wirtschaftswachstum in Europa beeinträchtigt. Noch größer wäre die Gefahr allerdings, wenn die USA versuchten, durch Inkaufnahme von Inflation ihre Schulden „real“ abzuwerten. Die Folge wäre wahrscheinlich ein weltweites Wiederaufflammen der Inflation und schließlich wieder eine Stabilisierungskrise. Beide Wege seien für Europa nicht erfreulich, deshalb sei es wichtig, daß die großen Wirtschaftsblöcke USA, Japan und Europa ihre gemeinsame Verantwortung für die Weltwirtschaft ernst nehmen und bei allen Bemühungen um mehr Wachstum und Beschäftigung die erreichten Stabilitätsfortschritte nicht auf's Spiel setzen.

Ziel der Wirtschaftspartner müsse auch die Öffnung und Offenhaltung der Märkte gerade für die hochverschuldeten Länder Lateinamerikas sein. Die Rohstoff-Baisse schmälerte die Erlöse vieler Entwicklungs- und Schwellenländer so stark, daß sie ihre früher aufgenommenen Kredite vielfach nicht mehr bedienen konnten und außerdem ihre Importe stark drosseln mußten. Die internationale Schuldenkrise verlangte Mut und Engagement für den Abbau von Handelshemmnissen. Hierzu gehöre auch eine staatlich subventionierte fortgesetzte wachsende landwirtschaftliche Überproduktion.

Die Agrarmarktprobleme in Europa müßten mittelfristig gelöst werden. Es könne nicht angehen, daß zunehmend Geld für Überproduktion ausgegeben werde, die die Entwicklungsländer auf der anderen Seite hindere, ihre relativen Produktionsvorteile zu nutzen und ihren finanziellen Verpflichtungen gerecht zu werden. Die soziale Frage der ländlichen Räume in Westeuropa müsse differenzierter gelöst werden, wie ja auch die Wachstumsprozesse in Zukunft immer differenzierter werden. Wenn einzelne Branchen wachsen und gleichzeitig andere schrumpften, müßten die Ressourcen umgeschichtet werden. Sie müßten dorthin wandern, wo die Wirtschaft wächst und von dort tendenziell weg, wo die Wirtschaft schrumpft.



Hauptgeschäftsführer Werner Sattel schloß den Vortragsteil des Verbandstages

Diese ökonomische Notwendigkeit schaffe gesellschaftliche Probleme. Höhere Mobilität und größere Flexibilität in ganz Europa seien erforderlich. Die regionalen Differenzen stellten hohe Anforderungen an die Wirtschaftspolitik. Eventuell frei werdende EG-Finanzierungsmittel durch eine vernünftigere Agrarpolitik könnten im Rahmen einer klugen und sparsamen Strukturpolitik einen durchaus größeren Nutzen bringen.

Der Kreis schließe sich: Wachstum sei nötig für die Bewältigung der nationalen und der weltweiten Probleme. Hierzu bedürfe es jedoch geeigneter Rahmenbedingungen: Freie Märkte, Wettbewerb, Geldwertstabilität.

In seinem Schlußwort faßte Hauptgeschäftsführer Werner Sattel die an diesem Tage getroffenen Aussagen noch einmal zusammen und entfaltete ein kurzes Szenario auf das nächste Jahrzehnt und die anstehenden Veränderungen im Groß- und Außenhandel. Mit seiner Einladung zu einem fränkischen Buffet, bei dem noch kollegialiter Erfahrungen und Probleme ausgetauscht werden konnten, ging dieser Verbandstag dann zu Ende.

Mitgliederversammlung des LGA

Vorgeschaltet vor die öffentliche Veranstaltung aus Anlaß des Verbandstages 1987, fand, ebenfalls in der Nürnberger Meistersingerhalle, die Mitgliederversammlung statt.

Während dieser Mitgliederversammlung wurde zunächst der verstorbenen Kolleginnen und Kollegen seit dem letzten Verbandstag vor zwei Jahren gedacht. Im Verlauf der Sitzung trug Präsident **Braun** den Rechenschaftsbericht für die vergangenen zwei Jahre vor, Herr **Dr. Wolfrum**, 1. Vizepräsident des LGA und Schatzmeister gibt den Rechenschaftsbericht bekannt, gefolgt von Herrn **Traudt**, der den Rechnungsprüfungsbericht vorträgt.

Nach einer kurzen Diskussion beschließt die Mitgliederversammlung einstimmig die Entlastung von Vorstand, Rechnungsprüfern und Geschäftsführung.

Arbeitgeberfragen

Arbeitsmarkt: Die Herausforderung bleibt

Das „Prädikat Stagnation“ sei für den Arbeitsmarkt derzeit „durchaus gerechtfertigt“, da stärkere Aufschwungskräfte ebenso wenig auszumachen seien wie Anzeichen für eine Abwärtsbewegung. Diese Auffassung vertrat der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, **Heinrich Franke**. Franke, der über den „Arbeitsmarkt in den 90er Jahren“ sprach, warnte vor „Dramatisierung und Pessimismus“ im Blick auf die konjunkturelle Entwicklung; die Konstitution der Wirtschaft sei „in weiten Bereichen durchaus robust“. Überdies gebe es Hinweise darauf, „daß eine raschere Gangart beim Wachstum und damit bei der Beschäftigung durchaus im Bereich des Möglichen liegt“. Dies, so meinte Franke, berechtige zur Hoffnung auf eine „leichte Besserung auf dem Arbeitsmarkt“; eine Arbeitslosenzahl von knap 2,20 Millionen im Jahresdurchschnitt erscheine ihm „aus heutiger Sicht realistisch“.

Mit einem raschen Abbau der Arbeitslosigkeit rechnet Franke aber nicht. Die demographische Welle im Beschäftigungssystem werde erst gegen 1990 ihren Höhepunkt erreichen, und das Arbeitskräfteangebot werde noch bis in die 90er Jahre hinein zunehmen; erst in der zweiten Hälfte sei dann mit einer deutlichen Entlastung zu rechnen. Da die für die Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs entscheidenden jährlichen Wachstumsraten nicht zuverlässig zu prognostizieren seien, aber selbst bei einem dreiprozentigen Wirtschaftswachstum „das Beschäftigungsproblem nur langsam in den Griff zu bekommen ist“, müsse davon ausgegangen werden, „daß die Herausforderung des Arbeitsmarktes an die Gesellschaft, die Wirtschaft und den Staat noch für eine ganze Weile sehr groß sein wird“.

Vorausschätzungen in den einzelnen Bereichen ergeben, so Franke, ein differenzierteres Bild. So werde sich der „Trend zum Dienstleistungssektor“ fortsetzen; sein Anteil an den Erwerbstätigten dürfe von 50 Prozent im Jahre 1980 auf 58 Prozent im Jahre 2000 ansteigen. Expandieren werde auch die Beschäftigung beim Staat. Hingegen werde die Beschäftigungszahl in den folgenden Wirtschaftszweigen abnehmen: in der Land- und Forstwirtschaft, bei der Energie- und Wasserversorgung, im Bergbau, im Handel, im Verkehrssektor, im Baugewerbe und im Verarbeitenden Gewerbe.

Eine Untersuchung nach Tätigkeitsgruppen, die die Prognos AG in Basel im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit vorgenommen

Zur Neuwahl des Vorstandes der Rechnungsprüfer und der verbandlichen Gremien stellt Herr Braun fest, daß keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche eingegangen sind. Die schriftlich vorliegenden Wahlvorschläge werden von der Mitgliederversammlung einstimmig angenommen und bestätigt.

Der Vorstand wählte dann noch im Anschluß an die Mitgliederversammlung einstimmig Konsul Senator **Walter Braun** wiederum zum Präsidenten des LGA für eine neue Amtszeit von vier Jahren.

Allen Herrn gelten unsere herzlichen Glückwünsche. Mit dem Dank für die erbrachte Arbeit in den vergangenen beiden Jahren verbindet der LGA auch den Wunsch auf eine weitere ertrag- und erfolgreiche Zusammenarbeit zum Wohle und Nutzen des gesamten bayerischen Groß- und Außenhandels.

habe, zeige, so Franke, „wie sehr Infrastruktur- und Dienstleistungsaufgaben künftig an Bedeutung gewinnen“; die Informationstechnik erweise sich hier als dominante technische Entwicklungslinie und werde „beherrschende Wirkung“ auf die Beschäftigung haben. Insgesamt werde es Mehrbedarf an Arbeitskräften „nur bei qualifizierten Arbeitskräften“ geben. Betrieblich, d.h. im dualen System ausgebildete Fachkräfte seien auch in Zukunft nötig. Die größten Bestandsveränderungen ergäben sich bei den Hochschulabsolventen; der Akademisierungsgrad werde von 8,5 Prozent (1982) auf 15 Prozent (2000) steigen. Da in diesem Bereich auch genauere Angebotschätzungen vorliegen, sei heute schon „keineswegs auszuschließen, daß das steigende Neuangebot an Akademikern durchaus von einem entsprechenden Bedarfsanstieg begleitet sein wird“. Damit sei das „Gespenst eines akademischen Proletariats gebannt“.

Präsident Braun erneut FDA-Vorsitzender

Auf die wachsende Bedeutung deutscher Schulen im Ausland als „Botschafter“ hat der wiedergewählte Vorsitzende des Freundeskreises Deutscher Auslandsschulen (FDA), Präsident **Walter Braun**, hingewiesen. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde erneut DIHT-Hauptgeschäftsführer **Dr. Franz Schoser** gewählt.

Angesichts der großen Außenhandelsinteressen der deutschen Unternehmen stellten die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Handelspartnern einen wichtigen Faktor internationaler Kooperation dar. Eine wirkungsvolle finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand sei daher auch in Zukunft trotz haushaltspolitischer Engpässe nötig, erklärte Braun, der bereits seit 1980 dem „Freundeskreis“ vorsteht.

Die Auslandsschulen werden von privaten Schulvereinen getragen. Bund und Länder helfen im personalen Bereich. Der Freundeskreis Deutscher Auslandsschulen bemüht sich seit 1960 darum, daß den Auslandsschulen die notwendige Hilfe gewährt wird. Mit namhaften Geld- und Sachspenden aus der Wirtschaft unterstützt er die Schulen bei der bedeutenden pädagogischen Tätigkeit.

Vorruhestandsgesetz – keine dauerhafte Lösung

Angesichts der sich verändernden Altersstruktur der Bevölkerung könne der Vorruhestand kein zukunftsweisendes Konzept und die weitere Verringerung der Lebensarbeitszeit keine dauerhafte Lösung sein, erklärte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. In der Rentenversicherung müsse schon jetzt mit einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit gerechnet werden, weil dies zur langfristigen Sicherung der Renten notwendig sei.

Als zeitlich befristetes Mittel habe die Vorruhestandsregelung in den letzten Jahren geholfen, Beschäftigungseinbrüche zu überbrücken und neue Beschäftigung, vor allem für Jugendliche, zu schaffen, wenn auch in weit geringerem Umfang als man es erwartet hatte. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit konnten in den letzten vier Jahren 74.000 Arbeitsplätze wiederbesetzt werden, die vorzeitig von älteren Arbeitnehmern freigemacht worden waren. Eine weitere Verlängerung des Gesetzes und gar eine Verbesserung seiner materiellen Bedingungen seien mit den begrenzten Finanzmitteln der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit nicht finanzierbar.

Für strukturschwache Gebiete und Branchen müßten spezielle Regelungen zur Bewältigung der Arbeitsmarktprobleme eingesetzt werden. Einer Verlängerung des generellen Vorruhestandes bedürfe es dafür nicht.

Frauenbeschäftigung fördern

Dr. Ernst-Gerhard Erdmann, der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, hat die Arbeitgeberverbände dazu aufgerufen, sich den sozial- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre konstruktiv zu stellen.

Das gelte für Initiativen auf dem Arbeitsmarkt gegenüber Arbeitslosen, Jugendlichen und Frauen. Die Beschäftigung von Frauen stehe im Mittelpunkt der Erörterungen der Konferenz. Es gelte, der sich wandelnden Stellung der Frau in der Gesellschaft, besonders im Arbeitsleben, Rechnung zu tragen. Dazu gehörten zusätzliche Maßnahmen für die Qualifizierung, die Verbesserung der Aufstiegschancen und die Wiedereingliederung in den Beruf, aber auch vielfache Formen flexibler Arbeitszeitgestaltung sowie die Einrichtung von mehr und qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen. Die Arbeitgeberverbände hätten sich diese Aufgaben schon seit langem zu eigen gemacht; es gehe um deren Fortsetzung und Aktualisierung. Aus diesem Grunde wies Erdmann die Kritik des Generalsekretärs der CDU Geißler am angeblich frauenfeindlichen Verhalten der Arbeitgeberverbände entschieden zurück.

Erdmann forderte die baldige Verwirklichung der Reform des Gesundheitswesens. Verengte Finanzierungsspielräume bei den Sozialversicherungssystemen und die Kostenbelastung der Betriebe und der Arbeitnehmer zwängen dazu. Strukturreform bedeutete, soziale Sicherungssysteme sicher zu machen, sie auf Dauer zu erhalten und unsere Wirtschaft im härter werdenden Wettbewerb konkurrenzfähig zu halten.

Auch für das Jahr 1987 rechnet Erdmann mit einer Fortsetzung des Beschäftigungsanstieges, wenn auch in verlangsamter Form. Hinsichtlich der weiteren Bekämpfung der Arbeitslosigkeit forderte er dazu auf, die bewährten arbeitsmarktpolitischen Instrumente weiter und verstärkt zu nutzen. Dabei gehe es um Aus- und Weiterbildungsbangebote für Jugendliche, um die Qualifizierungsoffensive für Arbeitslose und die Ausweitung der Teilzeitarbeit. Diese Instrumente seien maßgebend auf Initiativen der Arbeitgeberverbände in den letzten Jahren zurückzuführen, die damit bewußt einen progressiven Part in der Sozialpolitik übernommen hätten. Diesen gelte es fortzusetzen.

Braun wieder im Präsidium der Internationalen Handelskammer

Präsident Konsul Senator **Walter Braun**, wurde erneut in das Präsidium der Deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer, Köln, gewählt. Dem Präsidenten Professor **Dr. Rolf Sammet**, Aufsichtsratsvorsitzender der Hoechst AG, stehen die neu gewählten Vizepräsidenten **Carl-Heinz Illies**, Geschäftsführender Gesellschafter der C. Illies & Co. Handelsgesellschaft mbH, Vizepräsident des DIHT, und **Hilmar Kopper**, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank AG, zur Seite. DIHT-Präsident **Dr. Otto Wolff von Amerongen** ist Ehrenpräsident.

Berufsausbildung und -förderung

Offensive für die Hauptschule und die berufliche Bildung

Ein „offensives“ Konzept zur weiteren Aufwertung und Stärkung der Hauptschule und der beruflichen Bildung hat Kultusminister Hans Zehetmair jetzt in den wichtigsten Grundzügen vorgelegt und mit den Spitzen der bayerischen Wirtschaft erörtert. Es sieht die Schaffung eines „qualifizierten beruflichen Bildungsabschlusses“ vor, der einen mittleren Bildungsabschluß nachweisen soll. Darüber hinaus wird tüchtigen Hauptschulabsolventen, wenn sie dies anstreben, ermöglicht, im gleichen Zeitraum wie Absolventen der Realschulen über den beruflichen Bildungsweg – Berufsschule, Berufsausbildung mit abschließender berufspraktischer Prüfung und weiterführende berufliche Schulen – die Fachhochschul- und Hochschulreife zu erlangen. Das Konzept des Kultusministers, mit dem das duale System weiteres Gewicht erhält, hat die Zustimmung von Spitzenvertretern der bayerischen Wirtschaft gefunden.

In einem ausführlichen Gespräch mit Repräsentanten der bayerischen Wirtschaft, war man sich darüber einig, daß den Belangen der Hauptschule und ihrer Schüler mit der Einführung eines 10. Schuljahres nicht gedient sei. Statt die Hauptschule zum „Abzeichenbild“ der Realschule zu machen, müsse es vielmehr das Ziel sein, qualifizierten Hauptschülern auf dem Weg über die berufliche Bildung erweiterte Bildungs- und Berufsmöglichkeiten zu eröffnen.

Das neue Prädikat „qualifizierter beruflicher Bildungsabschluß“ soll in erster Linie dazu dienen, die berufliche Tüchtigkeit von Bewerbern zu dokumentieren und dem Hauptschüler vermehrt Berufsfelder zu eröffnen. Es berechtigt zum Eintritt in die neu gestaltete, von bisher eineinhalb auf ein Jahr verkürzte Berufsaufbauschule, nach deren Besuch der Eintritt in die 12. Klasse der Fachoberschule und in die Berufsoberschule möglich ist.

Auf diesem Wege können junge Menschen nach 12 Schuljahren zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung und zugleich zu einem mittleren Bildungsabschluß (dem sogenannten „Qualifizierten beruflichen Bildungsabschluß“) gelangen, nach 14 Schuljahren zur Fachhochschulreife und nach 15 Schuljahren zur fachgebundenen oder allgemeinen Hochschulreife. Eine gewichtige Gelenkfunktion hat dabei die Berufsaufbauschule (BAS), die im Interesse einer zeitlich gestrafften Gestaltung des beruflichen Bildungsweges künftig in einem statt wie bisher in eineinhalb Jahren zur Fachschulreife führen soll. Um auf die Anforderungen der verkürzten BAS vor allem in Englisch, Deutsch und Mathematik verbessert vorzubereiten, soll die Beratung von Schülern und Eltern

schon in der 4. Klasse der Grundschule sowie in der Hauptschule intensiviert und dabei auf den neuen Bildungsabschluß nachdrücklich hingewiesen werden. Der Wahl des Faches Englisch in der Hauptschule kommt dabei besondere Bedeutung zu. Auch an den Berufsschulen wird besonderes Gewicht auf eine Straffung und eine Betonung der Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch gelegt werden.

Auch solchen jungen Menschen, die nach dem qualifizierten beruflichen Bildungsabschluß erst einige Zeit im Beruf stehen wollen, wird der Weg zur Fachhochschule und zu Hochschule möglich sein. Voraussetzung hierfür ist eine Feststellungsprüfung auf der Basis der Bildungsanforderung der Berufsaufbauschule und der anschließende Besuch der Fachoberschule oder Berufsoberschule.

Die Anforderungen für diese Feststellungsprüfung können über außerschulische Bildungsmöglichkeiten und -angebote erreicht werden.

Für Meister wird außerdem zusätzlich die Möglichkeit geschaffen, auch ohne den Besuch der Fachoberschule die Fachhochschulreife zu erwerben. Voraussetzung ist der Besuch eines Lehrgangs, der mit einer Prüfung abschließt. Kultusminister Hans Zehetmair will das neue Konzept so bald wie möglich einführen. Dazu ist eine Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen erforderlich. Das Ministerium wird, wie der Minister erklärte, zügig einen entsprechenden Gesetzentwurf erarbeiten und vorlegen.

Bundesverdienstkreuz für Hauptgeschäftsführer Werner Sattel

Mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet wurde der Hauptgeschäftsführer unseres Landesverbandes, **Dipl.-Kfm. Werner Sattel**. Werner Sattel erhielt die Auszeichnung durch die Hand von Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, Anton Jaumann, der die Verdienste Sattels mit folgenden Worten noch einmal unterstrich:



HGF Werner Sattel präsentiert die Urkunde (r. Staatsminister Jaumann)

„Rund 30 Jahre sind Sie für den Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels in verantwortlichen Positionen tätig. Dank Ihres herausragenden fachlichen Könnens, Ihres per-

sönlichen Einsatzes und Ihres außerordentlichen Geschicks im Umgang mit Ihren geschäftlichen Partnern und den Unternehmen haben Sie das Image des Landesverbandes maßgeblich geprägt und beachtlich gesteigert. Durch Ihr Wirken in vielen Gremien, auch auf Bundesebene, sind Sie ein weithin geachteter Fachmann, dessen Rat stets geschätzt ist. Das letztere gilt insbesondere auch für das Bayerische Wirtschaftsministerium, denn Sie haben in anerkennenswerter kooperativer Weise die Arbeit des Referates Handel unterstützt und bereichert. Viele Denkanstöße haben zu einer für beide Seiten befriedigenden Zusammenarbeit geführt, z.B. die in Partnerschaft durchgeführten wissenschaftlichen Studien zu den Anwendungsmöglichkeiten der neuen Kommunikationstechnologien für den Handel. Auch das Bemühen um die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze haben Sie stets mit großem Einsatz unterstützt. Auf Landes- und Bundesebene wirken Sie in vielen Gremien mit. Beispielhaft erwähnt wurden die Mitgliedschaften in Fachausschüssen des Bundesverbandes, in der Tarifkommission des LGA, im Vorstand des Bildungszentrums des Bayerischen Handels und im Beirat der Frankfurter Messe. Darüber hinaus hat sich Werner Sattel auch ehrenamtlich als Richter beim Arbeitsgericht München berufen lassen.“

Werner Sattel habe sich stets zur marktwirtschaftlichen Ordnung bekannt und sei für die Überzeugung eingetreten, daß nur durch eine Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen der notwendige Wettbewerb aufrechterhalten werden kann. Die Position des mittelständischen Groß- und Außenhandels habe er in Bayern und im Bund maßgeblich gefördert und damit einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Allgemeinwohls geleistet.“

Wirtschaftsminister Anton Jaumann beglückwünschte Werner Sattel für die nun vom Bundespräsidenten gewürdigten Verdienste. Unser LGA schließt sich diesen herzlichen Glückwünschen gerne an.

Wirtschaft fordert verbindlichen Fächerkanon

Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft haben angesichts der Kontroverse zwischen den Kultusministern unionsgeführter und sozialdemokratisch regierter Bundesländer um die Anerkennung des Abiturs vor einem Rückfall in den bildungspolitischen Partikularismus gewarnt. In einer gemeinsamen Stellungnahme zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe betonten sie, ein rascher und tragfähiger Konsens sei aus der Sicht der Wirtschaft dringend geboten.

Die primäre Aufgabe des Gymnasiums bleibt nach Auffassung der Spitzenverbände die Hinführung junger Menschen zur allge-

meinen Studiengängen. Sie habe einen bis zum Abitur verbindlichen Fächerkanon zur Voraussetzung. Dieser Fächerkanon solle Deutsch, Fremdsprachen, Mathematik, Naturwissenschaften, Geschichte/Politik, musicale Bildung und Sport umfassen. Dies bedeute gleichzeitig eine Begrenzung der Abwahlmöglichkeiten von Fächern sowie eine Absage an eine zu frühe und zu einseitige Spezialisierung. Auch für die Jugendlichen, die kein Hochschulstudium aufnehmen, stelle eine umfassende Allgemeinbildung eine wesentliche Ausbildungsvoraussetzung dar.

Die wachsende Bedeutung der Bereiche Wirtschaft und Technik in allen Lebensbereichen müsse, so betonen die Spitzenverbände, ihren Niederschlag auch im Bildungsauftrag der gymnasialen Oberstufe finden. Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder

bleibe aufgefordert, ihrer beim Lübecker Gespräch 1986 mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft bekundeten Bereitschaft entsprechend die Bereiche Wirtschaft und Technik im Bildungskanon des Gymnasiums stärker zu berücksichtigen. Die Wirtschaft biete für die notwendige Verbindung von Theorie und Praxis, insbesondere durch Betriebserkundungen und Betriebspрактиka, ihre Hilfe und Zusammenarbeit an. Auch wenn sich das Gymnasium verstärkt für wirtschaftliche und technische Inhalte öffnen müsse, halten die Spitzenverbände dennoch eine deutliche Abgrenzung zur beruflichen Ausbildung für notwendig. Eine Doppelqualifikation, d. h. die gleichzeitige Vermittlung der allgemeinen Studierfähigkeit und eines berufsqualifizierenden Abschlusses im zeitlichen Rahmen der gymnasialen Oberstufe lehnen die Verbände ab.. Dies bringe keinen Gewinn, sondern führe nur zu Abstrichen bei beiden Bildungsgängen.

Ein besonderes Anliegen der Wirtschaft sei es, daß die Jugendlichen zu einem früheren Zeitpunkt als bisher in die Berufstätigkeit einträten. Die dringend notwendige Verkürzung der Bildungszeit erfordere ebenfalls vom Gymnasium einen Beitrag.

Die Stellungnahme unterzeichneten:

Bundesverband der Deutschen Industrie
 Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
 Hauptgemeinschaft des Einzelhandels
 Bundesverband der Freien Berufe
 Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels
 Deutscher Industrie- und Handelstag
 Zentralverband des Deutschen Handwerks
 Deutscher Bauernverband

Demographische Entwicklung und wirtschafts- und gesellschafts-politische Veränderungen als Einflußfaktoren für die berufliche Qualifizierung

von Winfried Schlaffke

1. Veränderungen der Schülerzahlen

Im Jahre 1966 gab es noch 1050 000 Geburten, im Jahre 1984 waren es noch 584 000 in der Bundesrepublik Deutschland. Die Folge ist ein Rückgang der Schulabgänger um ein Drittel in den nächsten 10 Jahren. 1976 zählten wir 12,4 Millionen Schüler; für 1992 rechnen wir mit 8,3 Millionen; für 2010 gerade noch mit 7 Millionen.

Die Folgen dieser Entwicklung sind heute schon sichtbar: Lehrerarbeitslosigkeit; Kampf der Bildungsinstitutionen um die Schüler; verschärfter Wettbewerb zwischen Hochschulen und dualem System; Vermischung von Pragmatismus, Politik und Ideologie in den Diskussionen um die Zukunft des Bildungssystems.

Der Ausbildungsmarkt bleibt schwierig. Regionale Ungleichgewichte, mangelnde Deckungsfähigkeit zwischen Ausbildungangebot und -nachfrage, sogenannte „Problemgruppen“ und besondere Förderung benötigende Jugendliche werden auch künftig vielfältige Probleme und Aufgaben mit sich bringen.

2. Qualitative Veränderungen in der Bildungslandschaft

Die Bildungslandschaft hat sich in ihren qualitativen Diskussionen ebenfalls tiefgreifend verändert:

- 1960 erlangten 5,7 Prozent der jungen Menschen die Hochschulreife, in den 90er Jahren sollen 33 Prozent dieses Ziel erreichen;
- 1960 gab es 250 000 Studierende, in den 90er Jahren werden es 1,6 Millionen sein.
- In den 60er Jahren lernten keine 3 000 Abiturienten in der Wirtschaft, heute sind es über 220 000.
- Prozentual werden 1990 die Gruppen mit Hochschulreife, mit mittleren Abschüssen und mit Hauptschulabschluß etwa gleich groß sein.

Da sich die Schulabschlüsse quantitativ angleichen und weder die Merkmale des elitär Besonderen (Abitur), noch des Großen und Allgemeinen (Hauptschulabschluß) für sich in Anspruch nehmen können, muß sich das Profil und die Qualität klarer abzeichnen, wenn ein Schultyp künftig erfolgreich sein will.

3. Veränderte Werthaltungen

Die Bildungsreform der 70er Jahre hat negative Auswirkungen hinterlassen. Im letzten Jahrzehnt sind zahllose Jungenduntersuchungen erschienen. Die Ergebnisse der Studien weichen nach ihrem politischen Standort, ihrer Fragestellung und in ihren Schlußfolgerungen stark voneinander ab. Die Trendschwankungen sind groß. In der Vergangenheit wurde – wenn man einen generalisierenden Trend zu ermitteln versucht – folgende These verbreitet:

Die herkömmlichen mehr materiellen Werthaltungen

- Fleiß, Leistungswille, Arbeitsfreude im Beruf;
- Pünktlichkeit, Ordnung, Disziplin und Pflichterfüllung;
- Selbstbeherrschung, Zuverlässigkeit und Hingabe an gestellte Aufgaben;
- Ehrlichkeit, Ehre und Treue

seien gerade bei der Jugend im Schwinden. Die Jugend rücke ab von materiellen Werten und strebe nach:

- Selbstfindung, Selbstverwirklichung und Emanzipation;
- kritische Distanz zur Arbeits- und Pflichtenwelt, zu überkommenen Konventionen, Lebensregeln und Normen;
- Lebensgenuss und Freizeitaktivität;
- Kommunikationsfreude und Zärtlichkeit;
- Solidarität, Egalität, Toleranz.

Solche pauschalen Aussagen treffen heute – so zeigen neueste Umfragen – nicht auf die ganze Jugend zu und schon gar nicht auf Auszubildende und junge Mitarbeiter, sondern eher auf Teile der „intellektuellen Jugend“, auf manche Oberschüler und Studenten.

Das Gewicht der „materiellen“ oder „puritanischen“ Tugenden mag in unserer Wohlstandsgesellschaft gegenüber den sozialen und kommunikativen Werten abgenommen haben, denn auf einem soliden materiellen Fundament fällt es leichter, postmateriellen Ideen anzuhängen. Dennoch ist die Jugend nicht generell gegen die „alten preußischen Tugenden gestimmt“. Wie könnte sie auch, denn spätestens die Arbeitswelt zeigt ihr, daß Teamarbeit und kommunikatives Miteinander ohne Pünktlichkeit und gewisse Ordnungsprinzipien nicht möglich sind, daß Urteilskraft und Kritikfähigkeit nicht ohne Wissen, Selbstfindung, Selbstverwirklichung und Glück nicht ohne Arbeit und Leistung zu haben sind.

4. Strukturelle und arbeitsorganisatorische Veränderung in der Wirtschaft

Die Schlüsseltechnologien unserer Zeit – vor allem die Mikroelektronik, die Informations- und Kommunikationstechnologien – verändern die Arbeitswelt. Folgende Trends zeichnen sich ab:

- Die Smith-Taylor-Epoche geht vorüber. Die Tendenz, menschliche Arbeit immer weiter zu zerlegen, kann nicht nur verlangsamt, sondern in manchen Bereichen umgekehrt werden.
- Die Spezialisierung weicht zunehmend der Integration und Verzahnung früher getrennter Aufgabenbereiche.
- Betriebsorganisation, Hierarchien und Führungsverhalten verändern sich. Der Vorgesetzte kann nicht mehr nur Aufgabenzuweiser und Kontrolleur sein, sondern muß auch Informationsvermittler, Diskussionspartner und Integrator sein.
- Arbeitsabläufe, Arbeitsinhalte, Arbeitszeiten werden flexibler. Kleinserienfertigung löst die Großserienfertigung ab. Kreativität, Phantasiefähigkeit, unkonventionelles Design und Kunst werden zu bedeutenden Produktionsfaktoren.
- Die Tendenz zur Höherqualifikation in der Wirtschaft ist deutlich. In dem Maße, in dem rechnergesteuerte Maschinen, Roboter, Fertigungsstraßen im Vormarsch sind, wird der Mensch von Arbeitslast und Routinen befreit. Überwachen, Warten, Fehler suchen, Planen, Organisieren sind Aufgaben, die an Gewicht gewinnen.

5. Schlußfolgerungen für die allgemeinbildenden Schulen

Wenn in der Wirtschaft mehr integrierendes und ganzheitliches Denken verlangt wird, dann darf die Schulbildung nicht polarisieren und spezialisieren. Vielmehr schafft eine grundlegende Allgemeinbildung das Fundament, später wechselndes Spezialwissen aufzubauen zu können. Zu früher Spezialisierung mit einseitiger Vertiefung ist verfehlt. Wirtschaft und Gesellschaft müssen vor allem an einem stark verbesserten Zusammenspiel von mathematisch-naturwissenschaftlichen, geisteswissenschaftlichen und musischen Fächern interessiert sein.

Der in der Wirtschaft zu beobachtende Trend zur Arbeitsbereicherung mit mehr Verantwortung des einzelnen, zur Erweiterung der Handlungs- und Organisationsspielräume verlangt nicht nur eine Höherqualifizierung im Sinne der Erweiterung von Wissen und Können, sondern auch überfachliche Fähigkeiten. Bildung muß mehr denn je Wert auf die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen legen. Zu nennen sind besonders:

Ohne Kommentar:

Am 7.1. d.J. auf einer oberbayerischen Landstraße: Der Lkw mit Hänger eines privaten Lagerhauses kommt von der Fahrbahn ab und beschädigt einen Alleebaum. Am 18.5.1987 erhält das Landhandels-Unternehmen eine Rechnung des zuständigen Straßenbauamtes wegen „Vernichtung eines Lindenbaumes“ und „Beschädigung des Seitenstreifens“: DM 6 672,25 für den „Straßenbaum, Linde Tilia cordata, 30 Jahre alt“, DM 5,18 für 1/2 cbm Kies, DM 200,- für fünf Stunden Arbeitszeit, DM 156,60 für drei Stunden Lkw 7 to Allrad/Kipper, DM 90,- für drei Stunden Unimog V 600 und schließlich DM 20,- für Auslagen. Insgesamt: DM 7144,03.

Dazu paßt: DM 2152,- stellte das Stadtjugendamt München dem Heimatlandkreis von zwei jungen Ausreißerinnen, dem Landkreis Roth/Mfr. in Rechnung, nachdem es die beiden jungen Mädchen in München aufgegriffen und einen Tag und eine Nacht beherbergte hatte. DM 2152,-!

- Fleiß, Lern- und Leistungsbereitschaft; Urteils-, Kritik- und Selbstkritikfähigkeit; Selbständigkeit und Verantwortungsbewußtsein, Initiative und Engagement, Kreativität und Phantasiefähigkeit.
- Ehrlichkeit, Ordnung, Pünktlichkeit; Gründlichkeit, Zuverlässigkeit, Selbstdisziplin.
- Mitmenschlichkeit, Hilfsbereitschaft, Verlässlichkeit und Höflichkeit.
- Teamfähigkeit, kommunikative Tugenden, Offenheit, Verträglichkeit, Problemlösungsfähigkeit.

Wissensvermittlung und Erziehung müssen so gestaltet sein, daß der Mensch lernt, sein Leben unter den Bedingungen der Zeit zu meistern.

6. Schlußfolgerungen für die berufliche Bildung

Der durch die neuen Technologien hervorgerufene Strukturwandel in Gesellschaft und Unternehmen verlangt neue fachliche und überfachliche Qualifikationen. Die Wirtschaft muß sich diesen Qualifikationsaufgaben stellen, denn nur der vorbereitete, informierte und ausreichend qualifizierte Mitarbeiter fühlt sich veränderten Anforderungen gewachsen und kann neue Aufgaben mit Zuversicht und Engagement erfüllen. Er muß wissen und akzeptieren, daß er in einem dynamischen Prozeß stehen und leisten muß, und daß jedes statische Beharren auf dem bislang Erreichten seine berufliche Zukunft unsicherer machen wird.

Dennoch besteht für diejenigen, die eine Ausbildung bewältigt haben und auf ein solides Fundament von Wissen und Können zurückgreifen können, kein Grund zur Besorgnis, den zukünftigen Anforderungen vielleicht nicht gewachsen zu sein. Falsche Propheten verunsichern gerade Berufsanfänger mit Behauptungen, man müsse fünf oder sechs völlig verschiedene Berufe in seinem Arbeitsleben erwerben. Die Mitarbeiter jedoch werden auch künftig nicht von einer Berufsausbildung zur anderen hetzen müssen, sie werden aber auf breiteren Tätigkeitsfeldern flexibel auf neue Anforderungen reagieren müssen. Dabei werden die fachlichen Grundqualifikationen morgen genauso gebraucht wie gestern und heute.

Gerade die neuen Ausbildungsordnungen für die Metall- und Elektroindustrie gewährleisten für die Berufsausbildung ein hohes Maß an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit. Denn die zu vermittelnden Inhalte wurden in Form von „Qualifikationen“ festgelegt. Diese Qualifikationen beschreiben die Ziele der Ausbildung und nicht die zu diesen Zielen führenden Wege. Damit entscheiden die Unternehmen, an welcher Tätigkeit und mit welchen Betriebsmitteln die vorgegebene Qualifikation zu vermitteln ist. Außerdem wird in der Ausbildung auf die qualifizierte Anwendung von Kenntnissen und Fertigkeiten besonderer Wert gelegt: Auszubildende sollen ihre beruflichen Aufgaben selbstständig planen, durchführen und kontrollieren können.

Auch das Handwerk hat gute Argumente, sich gegen den gewerkschaftlichen Vorwurf zu wehren, eine unsystematische, veraltete und nicht konkurrenzfähige Ausbildung zu bieten.

Der Bedarf neuer fachlicher und überfachlicher Qualifikationen führt dazu, nach neuen Methoden der Bildung zu suchen. Es geht um die Erprobung autonomer Formen des Lernens und um Erfahrungsaustausch bei der Nutzung der Möglichkeiten der neuen Kommunikations- und Informationstechnologien. Gerade sie eröffnen die Chance, Lernen unabhängig von Ort und Zeit zu gestalten.

7. Schlußfolgerungen für die Weiterbildung

- Strategische Planung der fachlichen und personalen Qualifikationen durch Weiterbildung gewinnt an Bedeutung. Neben die Investitionen in neue Technologien müssen Investitionen in Weiterbildung erfolgen. Technikeinsatz ohne ausreichende Bil-

dung bedeutet Ressourcenvergeudung. Konzepte langfristiger Produkt-, Personal- und Bildungsplanung scheinen an Bedeutung zu gewinnen. Aus- und Weiterbildung müssen offensichtlich stärker aufeinander abgestimmt und zunehmend in integrierten Konzepten miteinander verzahnt werden.

- Durch die Einbindung neuer Technologien in die betrieblichen Abläufe entstehen mehrstufige und mehrschichtige Anforderungen. Sie beinhalten mehr nichttechnische als technische Komponenten.

Die Weiterbildung muß – bei allen konkreten und notwendigerweise speziellen Qualifizierungsmaßnahmen – dafür Sorge tragen, daß Zusammenhänge erkannt und Verbindungslien hergestellt werden können. Ein Spezialist ist erfolgreicher, wenn er auch über generalistische Fähigkeiten verfügt. Immer wichtiger wird die Fähigkeit, in komplexen Systemen zu denken und mehrdimensionale Sachverhalte zu strukturieren und organisatorisch umzusetzen.

- Zur überfachlichen Weiterbildung gehört mit zunehmendem Gewicht die Kreativitätsförderung, denn individuelle Gestaltungskraft, Kunst und Technik werden sich künftig stärker miteinander verbinden. Persönlicher Geschmack und unkonventionelles Design werden an Raum gewinnen. Kreativität, künstlerische Phantasie und Gestaltungskraft werden zu einem bedeutenden Produktionsfaktor.
- Die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen werden wieder härter. Es kann ein kostspieliges Versäumnis der Wirtschaft werden, der gesellschaftspolitischen Weiterbildung weiter zu wenig Beachtung wie bisher zu geben.
- Leistungsbereitschaft und Mitarbeitermotivation, Extrafunktionales und Funktionales, Überfachliches und Fachliches lassen sich nicht säuberlich trennen, sondern sie bedingen sich in der Praxis.

Die Verbesserungen der Umweltbedingungen und die Schaffung sinnvoller Arbeits- und Lebensformen gehören mehr denn je zu den Zielen unternehmerischen Handelns. Gerade auf gesellschaftspolitische Weiterbildung kann daher nicht verzichtet werden, um die Umweltsituation erfassen und besser beurteilen zu können, um Konfliktmöglichkeiten zu erkennen und Konzeptionen der Konfliktbewältigung zu entwickeln. Problemoffene Konzeptionen gesellschaftspolitischer Weiterbildung können helfen, wirtschaftlich-technischen mit sozialem und humanem Fortschritt zu verbinden.

8. Abiturienten

Abiturienten haben in überraschendem Ausmaß das duale System für sich entdeckt. Prognostiker rechnen damit, daß sich der Abiturientanteil bis 1990 nochmals verdoppeln wird. Bei den großen Zahlen und den speziellen Interessen der Abiturienten ist davon auszugehen, daß ihre Integration in eine betriebliche Berufsausbildung nicht ganz reibungslos erfolgen wird. Dies aus folgenden Gründen:

- Die Berufswünsche der Abiturienten dürfen auch in Zukunft nicht ohne weiteres mit den angebotenen Ausbildungsplätzen übereinstimmen. Dies gilt insbesondere für die gewerblichen Berufe. Infolgedessen dürfte sich eine Tendenz verstärken, die es heute bereits in Ansätzen zu beobachten gibt: Eine Knappheit an Ausbildungsplätzen, vor allem im kaufmännisch-verwaltenden Bereich bei einem gleichzeitigen Überangebot im gewerblichen Bereich.
- Hauptproblem wird weiterhin die hohe Fluktuation der Abiturienten bleiben. Trotz der verschlechterten Arbeitsmarktperspektiven für Akademiker werden auch in Zukunft viele Abiturienten nach Abschluß ihrer Lehre ein Hochschulstudium anstreben. Für sie stellt die Berufsausbildung somit keine Alternative, sondern eher eine Art berufsqualifizierendes Praktikum vor Aufnahme des Hochschulstudiums dar.

Abiturienten werden die Berufsausbildung nur dann als Alternative zum Studium ansehen wollen, wenn ihnen auf diesem Wege attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten und Karrierewege eröffnet werden. Mit einer Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf allein und einer anschließenden Tätigkeit werden sie sich vermutlich nicht auf Dauer zufriedengeben.

Die Wirtschaft muß überlegen, ob sie

- Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen
- Doppelqualifikationen
- Ausbildung in speziell für Abiturienten geschaffenen Ausbildungsberufen

oder auch alles zusammen anbieten will.

9. Frauen

Die Frauen sind stetig „auf dem Vormarsch“. Noch nie zuvor erreichten Mädchen und junge Frauen ein so hohes Niveau an Schul- und Berufsabschlüssen. Die Einführung der Datenverarbeitung in eine Vielzahl neuer Büroberufe hat neue Probleme aber auch neue Chancen für Frauen gebracht. Mit der rasch voranschreitenden



**KACO-Dichtringe
erfüllen ihre Aufgabe
auch unter schwierigen Betriebsbedingungen:**

Bei aggressiven Ölen,

**Fetten oder wäßrigen Medien –
bei hohen oder tiefen Temperaturen –
bei starkem Schmutzanfall.**

**Die für KACO-Dichtringe verwendeten Werkstoffe
bürgen für gleichbleibend hohe Qualität,
einwandfreie Funktion
und lange Gebrauchsduer.**

Vertretung und Auslieferungslager:

**Adolf Scheuenstuhl, Gottfriedstr. 6,
8500 Nürnberg, Telefon (09 11) 46 77 71/72,
Telex 6 23 188 scheu d**

Entwicklung in der Computertechnik entstanden neue anspruchsvolle EDV-Berufsbilder, zum Beispiel des Programmierers, Systemanalytikers, Informatikers. Es entstanden neue Ausbildungsberufe, zum Beispiel Informationselektroniker/in, und EDV-Berufe, die Ausbildungsgänge an Fachschulen, Fachhochschulen oder Hochschulen voraussetzen (Diplom-Informatiker/in).

Doch dem sprunghaften Anstieg der Berufsbenennungen und der Beschäftigten in diesen Berufen steht ein sinkender Frauenanteil in den DV-Berufen gegenüber: lag der Frauenanteil in den Datenverarbeitungsberufen 1949 noch bei 74,3 Prozent – wobei die Gruppe der Locherinnen zahlenmäßig ausschlaggebend gewesen sein dürfte, ein Beruf, der heute kaum noch Bedeutung hat – waren es 1980 nur noch 40,6 Prozent. Es hat den Anschein, daß Frauen zu den neuen qualifizierten Berufen in diesem Bereich schwerer Zugang finden als Männer – trotz anhaltend hoher Erwerbsbeteiligung.

Empirische Berufe signalisieren bei den Frauen Defizite, in denen Qualifikationen, die zum Umgang mit den neuen Techniken befähigen.

Das Bildungssystem in seinen diversen Stufen steht vor der Aufgabe

1. die Mädchen und Frauen zum Umgang mit neuen Techniken zu motivieren und sozialisationsbedingte Abwehrhaltungen abzubauen
2. den Mädchen und Frauen die nötigen Schlüsselqualifikationen für den Umgang mit der Technik zu vermitteln, das heißt, in ihnen die Entwicklung jener erwähnten Fähigkeiten zu fördern, die bislang als für Mädchen weniger wichtiger erachtet wurden.

In der beruflichen Erstausbildung wird es vor allem darauf ankommen, Mädchen verstärkt für Ausbildungsgänge im gewerblich-technischen Bereich zu gewinnen.

10. Ausländer – Lohnschwäche – Behinderte

Die berufliche Eingliederung von jungen Leuten, die aus unterschiedlichen Gründen besonderer Förderung bedürfen, bleibt nach wie vor eine schwierige Aufgabe, die viel gesellschaftspolitischen Zündstoff enthält.

Immer wieder wird der Gedanke geäußert, daß so manchem aus dieser Gruppe mit Teilqualifikationen zu helfen sei.

Offensichtlich gibt es eine Reihe von Initiativen und Überlegungen in Unternehmen, auf bestimmten Berufsfeldern Teilqualifikationen anzubieten, die den Schwachen unserer Gesellschaft realistische Chancen für einen Arbeitsplatz eröffnen. Auf Dauer wird der Vorwurf, die Wirtschaft fördere mit der ständigen Tendenz zur Höherqualifikation die Entwicklung zu einer Zweidrittelsgesellschaft, immer mehr Anhänger finden.

Außenhandel

BGA begrüßt differenziertere Haltung der EG-Kommission

Der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) hat es in einer Stellungnahme begrüßt, daß die EG-Kommission nicht mehr an ihrer ersten, strikt ablehnenden Reaktion gegenüber den jüngsten amerikanischen Vorschlägen zum Abbau von Agrarsubventionen festhält.

Der BGA erwartet, daß auch die europäische Gemeinschaft die amerikanischen Vorschläge eingehend diskutiert. Dieses diene dem Ziel, die wettbewerbsverzerrenden Agrarsubventionen tatsächlich abzubauen und hierüber nicht nur in Konferenzprotokollen zu berichten.

Nach Ansicht des BGA entspricht der US-Vorschlag der Zielrichtung, die auch von der EG und ihren Mitgliedstaaten im Rahmen des GATT, der OECD und des Weltwirtschaftsgipfels vertreten wurde. Der Vorschlag sei sehr anspruchsvoll und mache deutlich, daß die USA offenbar bereit seien, auch über eine grundlegende Reform und marktwirtschaftliche Ausrichtung ihrer eigenen Agrarpolitik, zu sprechen und diese Frage nicht allein mit Blick auf die EG zu diskutieren.

Kritisch merkt der BGA an, daß die amerikanischen Vorschläge nicht auch eine Überprüfung ihrer eigenen Nahrungsmittelhilfepolitik (Public Law 480) vorsehen.

Verschiedenes

Vergabe von Lieferungen für die Betriebsküche und der städtischen Kantinen Nürnberg

Laufender Bedarf der städtischen Betriebsküche im Rechnungsjahr 1988

36 200 kg Fleisch- und Wurstwaren	45 000 St Brötchen
7 600 kg Butter, Margarine, Salatöl	3 200 kg Mehl
3 500 kg Reis	2 000 kg Zucker
5 500 kg Eierteigwaren	2 500 kg Salz

Die Angebots- und Ausschreibungsbedingungen sowie das Leistungsverzeichnis mit Angaben über Menge und Art der ausgeschriebenen Lebensmittel können beim Hauptverwaltungsaamt der Stadt Nürnberg, Rathaus, Fünferplatz 2, Erdgeschoß, Zimmer 110, ab 19.8.1987 in Empfang genommen werden und zwar gegen Vorlage der Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Finanzamtes und der Stadtkasse/Steuerbuchhaltung.

Auf dem Umschlag ist anzugeben

Angebot für die Betriebsküche des HVA

Laufender Bedarf der städtischen Kantinen im Rechnungsjahr 1988

Es werden benötigt:

Milch- und Molkereiprodukte
Vollkornbrot, Bauernschnitten, Knäckebrot
Frischwurst, Wurstkonserven
Marinaden, Fleischsalat, Gurken, Senf
Süßwaren, Eiscreme, Honig, Kleingebäck
Kaffee, Tee, Würfelzucker
Mineralwässer, Limonaden
Fruchtsäfte, Cola-Getränke
Weine, Sekt
Zigarren, Zigaretten
Papiertaschentücher, Filtertüten
Tampons, Strumpfhosen

Die Angebots- und Ausschreibungsbedingungen sowie die Leistungsverzeichnisse mit Angaben über Menge und Art des Bedarfs können beim Hauptverwaltungsaamt der Stadt Nürnberg, Rathaus, Fünferplatz 2, Zimmer 110, ab 19.8.1987 in Empfang genommen werden, und zwar gegen Vorlage der Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Finanzamtes und der Stadtkasse/Steuerbuchhaltung.

Die Angebote sind in verschlossenem Umschlag bis spätestens

9. September 1987, 15.00 Uhr

an das Beschaffungsamt der Stadt Nürnberg, Postfach, 8500 Nürnberg 1 zu senden.

BGA-Hauptgeschäftsführer Dr. Jürgen Stahlmann †

Dr. Jürgen Stahlmann, Hauptgeschäftsführer unseres Bundesverbandes in Bonn (BGA) ist in den frühen Morgenstunden am Sonntag, dem 12. Juli 1987, im Alter von 54 Jahren plötzlich und unerwartet verstorben.

Der Groß- und Außenhandel trauert vor allem mit seiner Familie. Er trauert auch mit allen, die ihm in persönlicher Freundschaft und in der gemeinsamen Verbandsarbeit verbunden waren. Wir gedenken in Dankbarkeit seiner vielfältigen Leistungen. Wir gedenken in respektvoller Anerkennung seiner vielfachen Aufgaben, die er für uns und für die Sache des Groß- und Außenhandels mit dem ihm eigenen Engagement während seiner fast 30-jährigen Verbandsarbeit erfüllt hat.



An der Trauerfeier, die am 17. Juli 1987 in seinem Heimatort St. Augustin-Meindorf stattfand, nahm für den LGA Hauptgeschäftsführer Werner Sattel teil. Die Traueransprachen hielten Oswald Putzier, Vizepräsident des BGA, Staatssekretär Dr. Otto Schlecht vom Bundesministerium für Wirtschaft und Dr. Franz Schosser, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT).

In seinem Nachruf wies Oswald Putzier noch einmal auf die Leistungen Jürgen Stahlmanns hin. Er habe ein langes Stück Verbandsgeschichte nicht nur miterlebt, sondern sie mitgeprägt. Die Richtung seines 54-jährigen Lebensweges sei schon durch seine Herkunft bestimmt worden. Seine Heimat war die Lüneburger Heide, die Landschaft, aus der einer der geistigen Väter der Marktwirtschaft, Prof. Wilhelm Röpke, hervorgegangen ist. Röpke wurde und blieb auch für Jürgen

Stahlmann ein Vorbild für marktwirtschaftliches Denken. Von 1959 bis 1969 lernte er als Geschäftsführer des Bundesverbandes des Deutschen Baustoffhandels, was Verbandspolitik bedeutet und sie zu leisten vermag.

1969 wurde er stellvertretender Hauptgeschäftsführer und 1971 schon Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels. Was als Leistungsanspruch aus den Unternehmen und den Verbänden des Groß- und Außenhandels auf ihn zugekommen war, setzte er mit Bedacht und Umsicht in praktische verbandliche Aktivitäten um. In dem nüchternen Getriebe des verbandlichen Alltagsgeschäfts war Dr. Stahlmann ein Mann der Pflichterfüllung und der ständigen unermüdlichen Einsatzbereitschaft. Das, was ihn wohl am meisten beschäftigte und was ihn auch besorgt machte, war das Bemühen um die Integration aller verbandlichen Kräfte, die Pflege der Solidarität unter den Unternehmen und den Mitgliedsverbänden und die Festigung des Zusammenhalts des gesamten Verbandsgefüges. Beständigkeit und Kontinuität waren ihm wichtig, vor allem dann, wenn Flexibilität und Anpassungsfähigkeit gefordert waren, um auch verbandspolitisch im strukturellen Wandel bestehen zu können. Maßstab für sein Denken und Handeln war die soziale Marktwirtschaft; sie politisch immer wieder durchzusetzen, sah er als eine zentrale Verbandsaufgabe an, um so den unternehmerischen Handlungsspielraum und den wirtschaftlichen Leistungsrahmen der Groß- und Außenhandelsunternehmen funktionsfähig zu erhalten und dauerhaft zu sichern. Seine besondere Neigung gehörte der Europa-Politik. Einen zunehmenden Teil seiner Kraft widmete er den Problemen der Europäischen Gemeinschaft. In ihr sah er eine Quelle des zukünftigen Wachstums auf den europäischen Binnenmärkten, aber auch eine Antriebskraft für das Wachstum auf den Weltmärkten von morgen.

Jürgen Stahlmann war einer der hoffnungsvollen Verbandspolitiker, denen die Aufgabe zugefallen ist, die Zeit nach Abschluß des Wiederaufbaus mit neuen Ideen und neuem Handeln zu füllen. Es war ihm vergönnt, vieles, was von ihm gefordert wurde, auf guten Weg zu bringen. Es war ihm nicht vergönnt, zu vollenden, was er sich selbst an Aufgaben für den Groß- und Außenhandel gestellt hatte.

Wir sind tief betroffen von seinem plötzlichen Tod und verabschieden uns in dem Bewußtsein von ihm, daß er uns fehlen wird. Wir sagen ihm Dank für alles was er gemeinsam mit uns und für uns getan hat. Er wird uns unvergessen bleiben.

Personalien

Wir betrauern

Max Moser

Am 18. Juli hat das Herz von **Max Moser**, Firma Holz Moser GmbH in Zwiesel, für immer aufgehört zu schlagen. Sein Tod löste in seinem großen Bekannten- und Freundeskreis tiefe Betroffenheit aus.

Max Moser hatte es verstanden, den väterlichen Betrieb zu einem blühenden Unternehmen aufzubauen. Darüber hinaus jedoch hatte er sich schon sehr früh für die Allgemeinheit engagiert. Über 25 bedeutsame Jahre hinweg agierte er als Sprecher der

Wirtschaft des Mittleren Bayerischen Waldes in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Industrie- und Handelsgremiums. Er gehörte der IHK-Vollversammlung und dem Präsidialrat der Kammer für Niederbayern in Passau an. Um die Berufsausbildung hat er sich ebenso verdient gemacht wie um die Verkehrserschließung und Entwicklung im Fremdenverkehr. Darüber hinaus übte er das Amt des Finanzrichters aus, war Vorstand der Arbeitgebergruppe bei der AOK Bayerwald und Aufsichtsratsvorsitzender der Volksbank. In Zwiesel diente er als engagierter Stadtrat. Für den Rotary-Club fungierte er als Gründungsbeauftragter. Wo immer er gearbeitet hat, hatte er das Wohl des Ganzen im Auge. Seine Persönlichkeit, seine unternehmerische Verantwortung und Leistungskraft ebenso das persönliche Engagement sind als beispielhaft anzusehen. Er konnte für alle nur Vorbild sein.

Wir werden Max Moser stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Hermann Bayerköhler



Mit aufrichtiger Trauer haben wir auch Abschied genommen von **Hermann Bayerköhler**, der im 71. Lebensjahr nach kurzer schwerer Krankheit in Nürnberg verstorben ist. Wir kannten Herrn Bayerköhler im Spielwarenexport als eine verantwortungsbewußte Persönlichkeit, deren Rat wir stets sehr hoch geschätzt haben. Seine berufsständische Verbundenheit im Ehrenamt haben wir als vorbildlich empfunden. Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.

Wir gratulieren

Herr **Wolfgang Achberger**, Geschäftsführer unserer Mitgliedsfirma Erwin Achberger GmbH, Fachgroßhandel für Trockenpflanzen, Seidenblumen und floristische Accessoires, der mit Wirkung vom 31. Juli 1987 an auf die Dauer von drei Jahren zum Handelsrichter am Landgericht Kempten ernannt wurde.

Unsere Glückwünsche gelten ebenfalls Herrn **Wilhelm Fasel**, Firma Wilhelm Fasel GmbH, Spielwarengroßhandel in Memmingen, der mit Wirkung vom 1.8.1987 an für eine neue Amtsperiode von vier Jahren zum ehrenamtlichen Richter beim Sozialgericht Augsburg wieder berufen wurde.

Für eine neue Amtsperiode von vier Jahren wurde Herr **Heribert Grimm**, Firma Grimm, Schmidt & Co., Spiel- und Schreibwarengroßhandel in Augsburg, beim Bayerischen Landessozialgericht wieder berufen. Wir gratulieren Herrn Grimm, der auch seit vielen Jahren unserem Ausschuß für Berufsbildung angehört, sehr herzlich zu dieser ehrenvollen Berufung.

In Kempten wurde für eine neue Amtsperiode beim Arbeitsgericht Kempten Herr **Robert Schaller**, Fa. Albert Schaller, Elektro-Radio- Fernseh-Großhandlung in Kempten beim Arbeitsgericht als ehrenamtlicher Richter für eine neue Amtsperiode wieder berufen.

Herr **Wilhelm Tegtmeyer**, Vorstandsmitglied unserer Mitgliedsfirma Para Einkaufs- und Vertriebs-Aktiengesellschaft, der mit Wirkung vom 17. August 1987 an zum Handelsrichter an der Kammer für Handelssachen berufen wurde.

Allen Herren gelten unsere herzlichen Glückwünsche zu ihrer ehrenvollen Berufung.

Bayerischer Verdienstorden für Joachim-Hans Kuster

Mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet wurde **Joachim-Hans Kuster**, koptiertes Vorstandsmitglied unseres Landesverbandes. Joachim-Hans Kuster engagierte sich lange Jahre im Amt des Vorsitzenden des Ausschusses für Berufsbildung und bekleidete das Amt eines Vorstandsmitglieds.



Ministerpräsident Franz-Josef Strauß gratuliert Joachim-Hans Kuster

Die jetzt von der Bayerischen Staatsregierung verliehene Auszeichnung ehrt die außergewöhnlich großen Verdienste Joachim-Hans Kusters für die Pflege des kaufmännischen Nachwuchses in der Wirtschaft, für die er sich in der Industrie- und Handelskammer Augsburg ebenso einsetzte wie als stellvertretender Vorsitzender des Bildungswerkes der Bayerischen Wirtschaft (bbw) sowie insbesondere als stellvertretender Vorsitzender des Bildungszentrums des Bayerischen Handels.

Wir freuen uns mit Joachim-Hans Kuster über diese hohe Auszeichnung und beglückwünschen ihn an dieser Stelle von Herzen.

Martin Bauer – 85 Jahre



Auf ein reiches und gesegnetes Leben konnte am 24. August Herr **Martin Bauer**, Gründer und Seniorchef unserer Mitgliedsfirma Martin Bauer, Kräutertee, Vestenbergsgreuth zurückblicken, als er an diesem Tage seinen 85. Geburtstag feierte. Martin Bauer kann auf das Leben eines Mannes zurückblicken, der mit der Ruhe und der Zufriedenheit sehr viel erreicht hat.

Alles begann am 24. August 1902. Nach der damals üblichen Ausbildung in der Volks- und Berufsschule, nach einigen Jahren Mitarbeit in der elterlichen Landwirtschaft, gründete der Jubilar 1930 die Firma Martin Bauer. Er begann mit dem Handel von Heilkräutern aus heimischem Anbau und der Herstellung von Spezial-schnitten für Apotheken.

Mit Kriegsbeginn 1939 wurde die Entwicklung der Firma jäh gestoppt. Martin Bauer wurde eingezogen. Während des Krieges führten seine Mutter, seine Frau und seine Tochter Sofie den Betrieb weiter.

Nach dem Kriege begann Martin Bauer wieder von vorne und suchte seine früheren Kunden auf, so daß bei der Währungsreform 1948 bereits wieder enge Verbindungen mit den Vorkriegskunden bestanden.

1956 wurde Martin Bauer zum 1. Bürgermeister der Marktgemeinde Vestenbergsgreuth gewählt. Er gab aus diesem Anlaß die Geschäftsführung an seinen Schwiegersohn **Hans Wedel** ab und widmete sich voll und ganz seinem neuen Amt, das er bis zur Gebietsreform im Jahre 1978 mit ganzer Kraft ausübte.

Daneben war er über all die Jahre hinweg in nahezu allen örtlichen Vereinen tätig und mit einer Vielzahl ehrenamtlicher Aufgaben betraut. So war er im Kirchenvorstand und Vorsitzender des Gesang- und Gemeindevereins. Bereits im Jahre 1960 zog Martin Bauer in den Kreistag ein, dem er noch heute als Nestor und Mitglied vieler Ausschüsse angehört.

Für seine Leistungen wurde er von Gemeinde, Staat und Land ausgezeichnet. Er trägt die Ehrenbürgerwürde seiner Gemeinde und wurde mit der Medaille für besondere Verdienste und das Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Sein Leitmotiv, das er an seinem 80. Geburtstag verriet, lautet: „Arbeite, als hättest du noch 20 Jahre zu leben, lebe aber, als wäre heute dein letzter Tag.“

Nach dieser Devise hat er all die Jahre konsequent gelebt und sie hat ihn jung gehalten.

Noch heute pflegt er Kontakte zu Freunden und Bekannten. Zu einem von ihm besonders geliebten Hobby hat sich das Reisen entwickelt. Seine rege Reiseaktivität, die von seiner noch großen Vitalität zeugt, hat ihn schon in so manches weit entfernte Land geführt.

Obwohl sich der Jubilar gerne der vergangenen Zeiten und Jahre erinnert, sind seine Gedanken doch weit stärker in die Zukunft gerichtet als in die Vergangenheit. Diese Gedanken sind auch gerichtet auf eine neuerliche Reise in die USA. Alle, die ihn kennen, wünschen ihm von Herzen, daß er nicht nur dieses Vorhaben, sondern noch viele weitere mit Freude und bei bester Gesundheit verwirklichen kann. Diesen Wünschen schließt sich auch der LGA von Herzen an.

Hauptgeschäftsführer a.D. Rolf Pfrang – 80 Jahre



Seinen 80. Geburtstag konnte in vielbewunderter Frische und Gesundheit am 25.7.1987 der ehemalige Hauptgeschäftsführer unseres Landesverbandes, **Rolf Pfrang**, feiern.

Präsident **Walter Braun** würdigte die von Rolf Pfrang geleistete Arbeit für den bayerischen Groß- und Außenhandel. Pfrang habe als einer der Männer der „ersten Stunde“ unvergessene Aufbau- und Kärrnerarbeit geleistet, nicht nur für die Firmen unmittelbar, sondern auch für die gesamte Organisation und Strukturierung des Groß- und Außenhandels in Bayern ebenso wie auf Bundes-ebene. Dafür und alle dem Groß- und Außenhandel erbrachten Leistungen ist ihm dieser Berufsstand zu großem Dank verpflichtet. Braun gratulierte namens des gesamten Vorstandes und des bayrischen Groß- und Außenhandels von Herzen zum 80. Geburtstag und verband damit alle guten Wünsche für weitere glückliche Jahre und persönliches Wohlergehen.

BGA-Ehrenpräsident Konsul Hans Hartwig – 70 Jahre

Konsul **Hans Hartwig**, Dortmund, Ehrenpräsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund, sowie des Bundesverbandes des Deutschen Baustoffhandels e.V. (BDB), vollendete am 14. Juni 1987 sein 70. Lebensjahr.

Der mittelständische Unternehmer, Hans Hartwig, der als Geschäftsführer der Firma Fritz Hartwig GmbH u. Co., Sanitär- und Heizungsbau, beruflich noch aktiv ist, gehört zu denjenigen Persönlichkeiten der Wirtschaft, die ihre betrieblichen Aufgaben zugleich als Verpflichtung zum überbetrieblichen Engagement für das Gemeinwohl verstehen.

Der Jubilar wurde 1960 in das Präsidium und 1963 zum 1. Vizepräsidenten des BGA, der Spitzenorganisation von 12 Landesverbänden und über 60 Bundesfachverbänden des Groß- und Außenhandels gewählt. Von 1977 bis 1984 war er Präsident des BGA, der ihn zum Ehrenpräsidenten mit Sitz und Stimme im Präsidium auf Lebenszeit berief. Der Bundesverband des Deutschen Baustoffhandels e.V. (BDB), dem er von 1963 bis 1976 vorstand, wählte ihn zu seinem Ehrenvorsitzenden.

Im Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft führte er 1983/84 den Vorsitz und war 1981/82 sowie 1984/85 stellvertretender Vorsitzender. Seit 1967 ist er Konsul der Niederlande. Die Industrie- und Handelskammer Dortmund wählte ihn 1982 zu ihrem Ehrenpräsidenten, nachdem er von 1963 bis 1969 und von 1973 bis 1979 Kammerpräsident gewesen war. Beim Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT), bei dem er viele Jahre ehrenamtliche Verpflichtungen wahrnahm, ist er Vorsitzender der Etatkommission.

Sein fundierter Rat und seine vielfältigen Erfahrungen sind in bundesweiten und regionalen Verbänden, Institutionen, Gremien, Forschungs- und Bildungseinrichtungen gefragt. Sein besonderes Engagement gilt vor allem der beruflichen Förderung junger Menschen in der Aus- und Weiterbildung sowie der Fortbildung der betrieblichen Mitarbeiter in Groß- und Außenhandelsunternehmen. In seinen zahlreichen ehrenamtlichen Tätigkeiten hat er sich stets als engagierter Anwalt der Sozialen Marktwirtschaft und entschiedener Verfechter eines liberalen Außenhandels ausgewiesen.

Für seine großen Verdienste um Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wurde er u.a. mit dem großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, dem Commandeurkreuz des Ordens von Oranien Nassau und dem Ehrenring der Stadt Dortmund ausgezeichnet.

Vorstandsmitglied Rudolf Schmidt – 65 Jahre

65 Jahre alt wurde am 22. Juli dieses Jahres Herr **Dipl.-Kfm. Rudolf Schmidt**, Firma Wilhelm Kehr in Augsburg, unser langjähriges Vorstands- und Präsidiumsmitglied, der Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses des LGA seit 1977.

Anlässlich der letzten Vorstandssitzung des LGA würdigte **Präsident Walter Braun** den Jubilar mit einer Laudatio, die kurz die Stationen seines Lebensweges und seine ungewöhnlichen Verdienste berührte:

Rudolf Schmidt schloß nach dem Abitur und dem Kriegsdienst mit fünfmaliger Verwundung 1948 in München sein betriebswirtschaftliches und juristisches Studium mit dem Diplom ab. Sehr schnell avancierte Rudolf Schmidt als vereidigter Buchprüfer und Steuerberater zum Steuerfachmann des Handels. 1951 erfolgte der Eintritt in die Firma Wilhelm Kehr, 1963 wurde Rudolf Schmidt dann zum Generalbevollmächtigten dieses renommierten Unternehmens bestellt.



Rudolf Schmidt im Gespräch mit Erich Ainöder von der DAG (r.)

Seit diesen Jahren wurden Rudolf Schmidt die vielfältigsten Ehrenämter angetragen. Beim LGA bekleidet er das Amt des Vorstandsmitgliedes seit 1971, vier Jahre zuvor war er bereits zum Vorsitzenden des Steuerausschusses gewählt worden und seit 1977 übernahm er als Vorsitzender des tarifpolitischen Ausschusses sowie der großen und kleinen Tarifkommission eine ungewöhnlich schwierige und verantwortungsbeflde Aufgabe. Auch im Bundesverband des BGA und im Fachverband, dem Holzhandelsverband bekleidet Rudolf Schmidt seit vielen Jahren eine Reihe von Ehrenämtern. Neben seiner ehrenamtlichen Richtertätigkeit engagierte sich Rudolf Schmidt auch für die Belange der Augsburger Wirtschaft im Rahmen der Augsburger Industrie- und Handelskammer, die ihn für seine Verdienste 1982 mit dem Goldenen Ehrenring auszeichnete. Auch der LGA verlieh Rudolf Schmidt seine Goldene Verdienstmedaille. Zudem ist er Träger des Bundesverdienstordens.

Präsident Braun ging insbesondere auf die Arbeit Rudolf Schmidts im Rahmen der Tarifkommission ein. Er bescheinigte Rudolf Schmidt die nötige Geduld und Integrationsfähigkeit, die notwendig sind, um die langwierigen und harten Auseinandersetzungen mit unseren Tarifpartnern durchzustehen und auszuften. Rudolf Schmidt habe Anstoß gegeben für neue Denkkategorien. Unter seinem Vorsitz und seiner Leitung sei das in Fachkreisen als „Schmidt'sches Modell“ bekannte Flexibilisierungsmodell geschaffen worden, das einen „Durchbruch“ und Vorbild für viele Tarifverhandlungen darstelle.

Präsident Walter Braun dankte im Namen des gesamten Vorstandes Rudolf Schmidt für seine Verdienste um den bayerischen Groß- und Außenhandel.

Unser Landesverband wünscht dem Jubilar zu seinem Ehrentag alles Gute, verbunden mit dem Wunsche, daß uns Rudolf Schmidt noch viele Jahre mit seinem ungewöhnlich großem Erfahrungsschatz und seinem nimmermüden Engagement für die Belange des Groß- und Außenhandels in unserer Arbeit unterstützen wird.

Auch an dieser Stelle gelten ihm noch einmal unsere besten Wünsche.

Doppeljubiläum bei Siller und Laar

Elf hochberühmte Augsburgerinnen, dargestellt von junger Generation in historischen Gewändern, verschönnten überraschend das Fest zum Doppeljubiläum von **Dr. Christoph Berz**, alleiniger geschäftsführender Gesellschafter des Augsburger Groß- und Einzelhandelsunternehmens Siller & Laar, der auch Glückwünsche zum 60. Geburtstag bei der 150 Jahr-Feier seiner Firma im Stammhaus am Moritzplatz entgegennehmen konnte.

Gerühmt von den Gratulanten wurden die starken Impulse des erfolgreichen Unternehmens, das nicht nur im Kontakt mit Kunden, Lieferanten und Geschäftsfreunden vorbildliche Partnerschaft praktiziere, sondern sich auch mit inspirierenden Initiativen an der Bewältigung öffentlicher Anliegen beteilige. Glückliche Verbindung moderner unternehmerischer Dynamik mit großer traditioneller Firmenkultur von Siller & Laar war Hauptthema des Festvortrags von Prof. Dr. Georg Schreyögg von der Fernuniversität Hagen. Gleichsam als Illustration huldigten die unerwartet erschienenen Schönen und Klugen aus Augsburgs Geschichte mit jeweils einem Blumengebinde dem Jubilar **Dr. Berz**, tatkräftiger Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Augsburg e.V., eines Zusammenschlusses von ca. 50 Handelsunternehmen, gastronomischen Betrieben und Banken.

Was der in zahlreichen Gremien wirtschaftlicher und kultureller Art hochaktive Siller & Laar-Chef für Augsburgs Ausstrahlung bewirkt hat, ging aus den Glückwünschen von Bürgermeister **Arthur Fergg** hervor, der am Beispiel des jubilierenden Unternehmens die Bedeutung mittelständischen Handels für urbanes Leben und städtische Wirtschaftskraft umriß. Das Geschenk der Stadt Augsburg zum 60. Geburtstag von Dr. Berz war eine stattliche Welser-Chronik.

Mit der Silbernen Ehrenmünze der Industrie- und Handelskammer Augsburg bekräftigte Präsident **Hans Haibel** die Wertschätzung signifikanter unternehmerischer Leistungen von den Gründertagen des ursprünglichen Eisenhandels über die große Wiederaufbauaktion nach Zerstörungen im zweiten Weltkrieg bis zur weiteren Festigung der Marktposition nach flexiblem Reagieren bei enormen Strukturveränderungen auf Handelsebene der Branche in jüngerer Zeit. Dr. Berz ist Mitglied des IHK-Präsidiums in Augsburg und des Bildungsausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages, DIHT, Bonn, ferner Stellvertretender Vorsitzender des Bildungsausschusses der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern und Vorstandsmitglied des Landesverbandes des Bayerischen Einzelhandels, Bezirk Schwaben. Als Vorstandsmitglied des Verkehrsvereins Augsburg versteht er es, gute Ideen in Fahrt zu bringen. Auf fachlicher Schiene wurde die Firma Siller & Laar zum starken Befürworter für die Schaffung von Organisationen zur Perfektionierung und Optimierung des Beschaffungswesens. Unter anderem war sie Gründungsmitglied der BEFESTA, einer Marketing-Initiative mittelständischer Handelsunternehmer der Befestigungstechnik. Für sein großes Interesse an moderner Kunst findet Dr. Berz eine fruchtbare Domäne in seinem Aufgabenbereich als zweiter Vorsitzender des Kunstvereins Augsburg e.V. Erfreuliche Wechselwirkung von Geben und

Wichtig: Bildungsprogramm 1987/88 anfordern!

Bildungszentrum des Bayerischen Handels
Briener Straße 47, 8000 München 2, Tel. 089/55145-0

Nehmen unterstrich er in seinen Schlußworten beim Firmen-Jubiläum. „Weil öffentliches Engagement, das manchmal den Rest privater Minuten raubt, nicht nur aus Mühe und Aufwand besteht, sondern auch wichtige Denkanstöße aus der Gemeinschaftsarbeit heraus bietet.“ hat Siller & Laar der Stadt Augsburg in dankbarer Weise den Bilder-Zyklus „Professor Winner sieht Augsburg“ zum Geschenk gemacht.



Dr. Christoph Berz

Für den Start in ein gutes neues Jahrzehnt der Siller & Laar-Geschichte sprechen alle Indikatoren starker unternehmerischer Leistung, die maßgeblich geprägt wird vom intensiven Dienst am Kunden. Zusätzlich zu hoher beruflicher Qualifikation und Arbeitsleistung bei über 30 Mio DM Umsatz, beweisen auch die 150 Mitarbeiter viel Sinn für Geist und Stil einer Unternehmensphilosophie, die ideenreiche Beteiligung an der Lösung relevanter öffentlicher Aufgaben miteinbezieht.

40 Jahre Martens GmbH + Co.

Am 7. August 1987 konnte unsere Mitgliedsfirma **Martens** GmbH + Co., Klengen & Baumschulen KG in Kleinheubach am Main das 40-jährige Betriebsjubiläum feiern. Die Firma wurde 1947 durch Herrn **Otto Martens** in Miltenberg am Main gegründet. Zunächst beschäftigte man sich nur mit der Produktion von Baumsamen und Forstpflanzen sowie einheimischer Baumzapfen zu Dekorationszwecken. Nach dem Umzug 1952 nach Kleinheubach erfolgte im Laufe der nächsten 10 Jahre die Ausweitung der Produktion auf ausländische Zierzapfen. 1968 wurde die Firma in eine GmbH + Co. KG und Abtrennung des Baumschulbetriebes vorgenommen. Die Erzeugnisse der Baumschule werden ausschließlich über die KG vertrieben. Seit 1972 geschah eine erhebliche Ausweitung des Verkaufsprogramms auf ausländische, besonders überseeische, exotische Trockenblumen, da der Betrieb allein in den Bereichen „Forstsamen und Forstpflanzen“ wegen übermäßiger staatlicher Konkurrenz nicht überlebensfähig gewesen wäre. Ab 1980, mit dem deutlichen Auftreten der modernen Waldschäden, verstärkte sich die Tätigkeit auf dem Gebiet der Forstsamenproduktion und Forstpflanzenanzucht.

Die derzeitige Geschäftstätigkeit beläuft sich auf die Produktion von Forstsamen, den Vertrieb der in der Baumschule herangezogenen Pflanzen und die Produktion und den Handel mit getrockneten Pflanzenteilen im weitesten Sinne für Dekorationszwecke. Es erfolgt die Eigenproduktion von deutschen und europäischen Baumzapfen, Trockenblumen und Wurzeln, der Import mit anschließender Veredelung und die Präparation und Konfektionierung von exotischen Trockenblumen, Schoten, Pilzen, Blättern usw. mit anschließendem Vertrieb an den Floristen-Fach-Großhandel im Inland und angrenzenden Ausland.

Seminare und Lehrgänge

Handelsfachwirt

Fortbildung zur Führungskraft im Handel

Prüfung vor der IHK im März 1989, Ausbildereignung eingeschlossen, Förderung durch das Arbeitsamt

Abendlehrgänge 2x wöchentlich

Gebühr 3.120,- DM inkl. Arbeitsmaterial

35414	Ansbach	22.09.87
35611	Aschaffenburg	28.09.87
35509	Bayreuth	29.09.87
35163	Ingolstadt	29.09.87
35317	Landshut	28.09.87
25106	München	05.10.87
35411	Nürnberg	29.09.87
35316	Passau	05.10.87
35318	Regen	28.09.87
35315	Regensburg	05.10.87
35161	Rosenheim	21.09.87
35612	Schweinfurt	05.10.87
35162	Weilheim	28.09.87
35610	Würzburg	29.09.87

Ausbildung der Ausbilder

Abendlehrgang, 2x wöchentlich, Gebühr 720,- DM inkl. Lehrmaterial, Förderung durch das Arbeitsamt

35164	München	29.9.87 - 29.01.88
-------	---------	--------------------

Bilanzbuchhalter

Vorbereitung auf die Abschlußprüfung, Berufsbegleitende Lehrgänge, Unterrichtszeiten: Freitag v. 17 - 20.30 Uhr Samstag von 8 - 13.30 Uhr, 2 Vollzeitwochen

Gebühr 3.054,- DM, Förderung durch das Arbeitsamt

35150	München	18.09.87 - 12.11.88
25113	Traunstein	18.09.87 - 12.11.88

Praktikerseminar Steuern-

Die wichtigsten Steuern für den Handelskaufmann

Der Lehrgang bietet eine praxisnahe Einführung in die wichtigsten Steuervorschriften

20 Abende 2x wöchentlich v. 19 - 21.30 Uhr

Gebühr 360,- DM inkl. Arbeitsmaterial

23103	München	29.9. - 26.11.87
-------	---------	------------------

Vorbereitung auf die schriftliche

Abschlußprüfung vor der IHK für die

Ausbildungsberufe Bürokaufmann und Kaufmann im Groß- und Außenhandel, 9 Abende, jew. 18 - 20.30 Uhr

Gebühr 102,- DM inkl. Arbeitsmappe

Bürokaufmann:

11150	München	24.09.87
11450	Nürnberg	07.10.87
Kaufmann im Groß- und Außenhandel		
11140	München	16.09.87
11440	Nürnberg	21.09.87

Besserer Start ins Berufsleben

Einführungsseminar für neue Auszubildende im

Großhandel, 2 Tage, jew. 8.30-16.30 Uhr

Gebühr 55,- DM inkl. Arbeitsmaterial

11191	München	15.-16.9.87
-------	---------	-------------

Auskunft und Anmeldung

Bildungszentrum des Bayerischen Handels

Briener Straße 47, 8000 München 2, Tel. 089/55145-0

B 1579 F



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
Landesverband des Bayerischen
Groß- und Außenhandels
Ottostraße 15 · 8000 München 2



Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

41. Jahrgang 1987 · München
Sept./Okt. 1987 · Nr. 5/1987

Das aktuelle Thema	3	Neue Möglichkeiten zur Bildung von Eigenkapital
Arbeitgeberfragen	5	Anhaltend lebhafte Investitionstätigkeit
Berufsausbildung und -Förderung	9	Förderwoche für Nachwuchs-Außendienstmitarbeiter
Verkehr	9	BGA für Rationalisierung und mehr Wettbewerb bei der Post LGA im politischen Blickpunkt
Außenhandel	10	Osthandel China probt den Wettbewerb
Verschiedenes	12	Behördenvolontariat 1988 Mobiler Aktenvernichter „frißt alle alle Daten“ Wirtschaftsvolontariat 1988
	13	Messebeteiligungsprogramm
Personalien	14	
Buchbesprechungen	17	

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:

Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Kfm. Sauter (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsausbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Bethcke · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint alle 2 Monate. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Ottostraße 15. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, München 2, Ottostraße 15, Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 8000 München, Ottostraße 15. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, München 2, Ottostraße 15. Jede Enthnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Druck: typobierl, 8000 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 3 59 60 66-68.

Das aktuelle Thema

Neue Möglichkeiten zur Bildung von Eigenkapital

**Von Diplom-Volkswirt Ulrich Stumpp,
Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels, Bonn**

Zum Jahresbeginn sind drei Gesetze in Kraft getreten, die es den Unternehmen erleichtern, durch neue Möglichkeiten Eigenkapital zu beschaffen. Diese Gesetze werden die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft auf diesem Teilgebiet verbessern, so daß nicht mit überraschenden und schnellen Wirkungen, sondern mit einer generellen Neuorientierung zu rechnen ist. Es handelt sich um folgende Gesetze:

- a) Gesetz über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften¹⁾
- b) Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für institutionelle Anleger²⁾
- c) Gesetz zur Einführung eines neuen Marktabschnitts an den Wertpapierbörsen (Börsenzulassungsgesetz)³⁾

Die Eigenkapitalausstattung der deutschen Unternehmen hat sich seit Mitte der sechziger Jahre drastisch verschlechtert. Nach der Unternehmensbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank ist die Eigenmittelquote (Eigenmittel in Prozent der Bilanzsumme) in dieser Zeit um etwa ein Drittel von 30% auf 18,4% im Jahre 1982 zurückgegangen. Vor allem die schwindende Ertragskraft der Unternehmen war eine wichtige Ursache hierfür. Sie war durch rückläufige Umsatz- und Eigenkapitalrenditen gekennzeichnet. Diese Schwächung der Eigenkapitalbasis der Wirtschaft hat deren Investitionsfähigkeit und Investitionsbereitschaft und damit auch die Flexibilität gemindert. Investitionen und Innovationen wurden nicht in dem beschäftigungspolitisch notwendigen Umfang durchgeführt.

Seit 1982 hat sich diese Situation stabilisiert und leicht verbessert. Die Erträge und die Umsatz- und Eigenkapitalrenditen zeigen wieder aufwärtsgerichtete Tendenz. Die Eigenkapitalquote hat sich bei etwa 18,5% eingependelt.

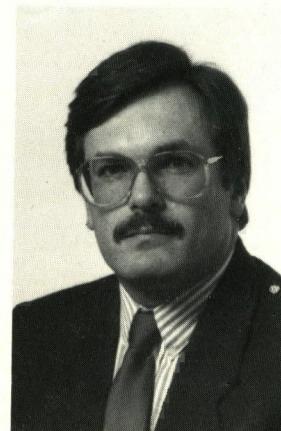
Die bisher erreichte Risikokapitalausstattung der deutschen Unternehmen ist jedoch längst nicht ausreichend. Es sind deshalb weitere Maßnahmen notwendig. Dazu zählen insbesondere die weitere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die für diese Legislaturperiode in Aussicht genommene umfassende Steuerreform.

Neben den obengenannten drei Gesetzen zur Verbesserung der Außenfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen ist ergänzend auf das zweite Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer durch Kapitalbeteiligungen (zweites Vermögensbeteiligungsgesetz) hinzuweisen. Dieses Gesetz ändert das Gesetz über Kapitalanlagengesellschaften, so daß diese die Möglichkeit erhalten, bei ihnen eingelegtes Geld nicht nur in Wertpapieren, sondern auch in Beteiligungen als stiller Gesellschafter an nicht emissionsfähigen Unternehmen anzulegen. Damit werden sie in die Lage versetzt, kleinen und mittleren Unternehmen als stiller Gesellschafter Beteiligungskapital zur Verfügung zu stellen. Die Unternehmen müssen also die Stärke des Eigenkapitals durch die Aufnahme eines neuen Gesellschafters bezahlen. Der Erwerb von Anteilen an solchen Beteiligungssondervermögen der Kapitalanlagegesellschaften wird im Rahmen des fünften Vermögensbildungsgesetzes begünstigt.

a) Gesetz über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften

Dieses Gesetz über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften zielt darauf ab, nichtbörsennotierten kleinen und mittleren Unter-

nehmen mittelbar Zugang zu den organisierten Märkten für Eigenkapital zu verschaffen und damit ihre Außenfinanzierungsmöglichkeiten zu verbessern. Auf der anderen Seite bietet das Gesetz breiten Anlegerschichten die Möglichkeit, sich indirekt an kleinen und mittleren Unternehmen zu beteiligen, indem sie Anteile an einer Unternehmensbeteiligungsgesellschaft erwerben.



Eine Unternehmensbeteiligungsgesellschaft darf sich nur in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft konstituieren. Die Aktien dieser Gesellschaft sind frei übertragbar und für den Börsenhandel geeignet. Mit dieser Rechtsform wird es somit möglich, daß sich die Unternehmensbeteiligungsgesellschaft für breite Anlegerschichten öffnet. Die Rechte der Anleger werden durch die Vorschriften des Aktiengesetzes geschützt. Dabei handelt es sich insbesondere um die Kontrolle des Vorstandes durch den Aufsichtsrat, um die grundlegenden Rechte der Aktionäre in der Hauptversammlung, um den Schutz gegen Aushöhlung des Kapitalanteils durch die Gewährung eines Bezugsrechts sowie um die Minderheitsrechte der Aktionäre und die Beteiligung der Aktionäre am Liquidationserlös.

Unternehmensziel einer Unternehmensbeteiligungsgesellschaft ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung und die Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen. Die Anteile dieser Unternehmen dürfen im Zeitpunkt des Erwerbes weder zur amtlichen Notierung, noch zum geregelten Markt an einer inländischen Börse zugelassen sein, noch an einem inländischen organisierten Markt gehandelt werden. Eine Unternehmensbeteiligungsgesellschaft darf Aktien, GmbH-Anteile, Kommanditanteile sowie Beteiligungen als stiller Gesellschafter an entsprechende Unternehmen der Privatwirtschaft erwerben. Ihr Grundkapital muß mindestens 2 Mio. DM betragen, und sie soll mindestens an 10 Unternehmen Anteile oder stillen Beteiligungen halten, die aber nicht als Konzernunternehmen miteinander verbunden sind. Es ist festgelegt, daß die Unternehmensbeteiligungsgesellschaften nur Minderheitsbeteiligungen erwerben dürfen. Eine Ausnahme ist lediglich für den Erwerb von Anteilen an Unternehmen möglich, wenn diese weniger als 5 Jahre bestehen. Eine so vorgenommene Mehrheitsbeteiligung muß aber

innerhalb von 10 Jahren auf eine Minderheitsbeteiligung abgebaut werden. Die vorübergehende Mehrheitsbeteiligung wird damit gerechtfertigt, daß in der Gründungsphase Unternehmen vielfach in besonders starkem Maße auf Eigenkapitalzuführung von außen angewiesen sind.

Die Unternehmensbeteiligungsgesellschaften müssen innerhalb von 10 Jahren mindestens 70% ihrer Aktien öffentlich zum Erwerb anbieten. Dadurch wird die breite Streuung der Aktien gewährleistet. Durch Ausgabe von stimmrechtslosen Vorzugsaktien können sich die Gründer einer Unternehmensbeteiligungsgesellschaft auch nach Veräußerung von 70% der Aktien mit 60% der Stimmen den Einfluß auf die Unternehmensbeteiligungsgesellschaft sichern. Das macht sicherlich die Aktiengesellschaft für die Gründer attraktiv. Andererseits dürfte es auch einem Anliegen der Beteiligungsunternehmen entsprechen, die eher Kapital von außen aufzunehmen bereit sind, wenn ihnen bekannt ist, wer in der Unternehmensbeteiligungsgesellschaft auf längere Zeit einen maßgeblichen Einfluß hat.

Die Beteiligungsunternehmen der privaten Wirtschaft erhalten von der Unternehmensbeteiligungsgesellschaft bilanzielles Eigenkapital im Wege der Außenfinanzierung. Das bedeutet, daß sie im Falle beispielsweise einer mittelständischen GmbH GmbH-Anteile ausgeben und somit in diesem Umfang einen neuen GmbH-Gesellschafter, nämlich die Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, aufnehmen. Dieser GmbH-Gesellschafter hat die ihm nach dem GmbH-Gesetz zustehenden Rechte und Pflichten zu erfüllen. Entsprechend verhält es sich, wenn eine Kommanditgesellschaft Kommanditantheile an die Unternehmensbeteiligungsgesellschaft gibt oder ein Unternehmen Beteiligungen als stiller Gesellschafter gewährt.

Die Aktionäre der Unternehmensbeteiligungsgesellschaft werden durch das Aktienrecht und durch besondere Publizitätspflichten geschützt. Vor dem öffentlichen Angebot der Aktien der Unternehmensbeteiligungsgesellschaft ist ein Zulassungsprospekt oder ein Unternehmensbericht zu veröffentlichen. Die Unternehmensbeteiligungsgesellschaft muß im Anhang ihres Jahresabschlusses zusätzlich Angaben über die Beteiligungen aufnehmen. Hierin dürfte ein nicht zu vernachlässigendes Hemmnis für die Beteiligungsunternehmen bestehen. Um die Erwerber von Aktien einer Unternehmensbeteiligungsgesellschaft steuerlich grundsätzlich so zu stellen wie Privatanleger, die sich direkt an einem Unternehmen beteiligen, ist die Unternehmensbeteiligungsgesellschaft von der Vermögens- und Gewerbesteuer befreit.

b) Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für institutionelle Anleger werden die Möglichkeiten von Versicherungs- und Kapitalanlagegesellschaften verbessert, ihrerseits Beteiligungskapital den Unternehmen zur Verfügung zu stellen.

Das gebundene Vermögen von Versicherungen kann bisher nur dann in Beteiligungswerten angelegt werden, wenn es sich um börsengängige Aktien oder Anteile an Wertpapiersondervermögen handelt. In Zukunft können mit Mitteln des gebundenen Vermögens auch sonstige Aktien, Anteile an einer GmbH, Kommanditantheile, Beteiligungen als stiller Gesellschafter sowie Genußrechte erworben werden. Die Grenze, bis zu der börsengängige Aktien an einem Unternehmen erworben werden können, wird auf 10% des Grundkapitals dieser Gesellschaft angehoben. Die Beteiligung in Höhe von 10% an einem Unternehmen soll im Interesse der Versicherungsnehmer liegen, da dadurch die Versicherungsgesellschaften in die Lage versetzt werden, ungünstig erscheinende Werte in größerem Umfang in das gebundene Vermögen aufzunehmen. Sie liegt auch im Interesse der eigenkapitalsuchenden Unternehmen, weil sonst Beteiligungen an kleineren Unternehmen wirtschaftlich kaum lohnend wären.

Zum Schutz der indirekt betroffenen Versicherungsnehmer hat der Gesetzgeber vorgeschrieben, daß die eigenkapitalsuchenden Unternehmen dem Versicherungsunternehmen einen Jahresabschluß zur Verfügung stellen müssen, der in entsprechender Anwendung der für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften nach dem Bilanzrichtliniengesetz aufgestellt und geprüft ist und sich verpflichten, auch künftig zu jedem Bilanzstichtag einen derartigen Jahresabschluß vorzunehmen. Hierin dürfte eine nicht unbeträchtliche Erschwernis für mittelständische Unternehmen liegen.

Bisher durften Kapitalanlagegesellschaften Wertpapiere eines Ausstellers, deren Wert 5% des Sondervermögens überschritten, bis zu 10% erwerben, wenn das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen den Erwerb genehmigt hatte. Mit der Änderung des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften wurde diese Genehmigungserfordernis nunmehr ersatzlos gestrichen. Die Grenze, bis zu der Kapitalanlagegesellschaften für alle von ihr verwalteten Sondervermögen stimmberechtigte Aktien eines Unternehmens erwerben können, ist von 5% auf 10% angehoben worden. Damit soll den Kapitalanlagegesellschaften der Aktienvertrag erleichtert werden.

c) Mit dem Börsenzulassungsgesetz sind drei das Börsenrecht betreffende Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft umgesetzt und ein neuer Marktabschnitt an den deutschen Wertpapierbörsen eingeführt worden.

Der geregelte Markt wird zusätzlich neben den schon bestehenden amtlichen Markt, den geregelten Freiverkehr und den unge Regelten Freiverkehr treten. Mit diesem neuen Markt sollen die Rahmenbedingungen für die Börsen zur Beschaffung von Eigenkapital, insbesondere auch für kleine Unternehmen, verbessert werden. Mit leichteren Zugangsvoraussetzungen soll die noch immer bestehende Zurückhaltung der Unternehmen vor dem Gang an die Börse überwunden werden. Vor allem war es wichtig, ein Marktsegment zu schaffen, das auch in die börsengesetzliche Regelung einbezogen ist und deshalb bei Emittenten-Kreditinstituten und Anlegern das notwendige Vertrauen genießt.

Als Zugangserleichterungen kommen im Vergleich zum Börsenhandel mit amtlicher Notierung insbesondere geringere Anforderungen beim Mindestbetrag der zuzulassenden Emission, bei der Möglichkeit von Teilzulassungen von Emissionen, bei der Lebensdauer der emittierenden Gesellschaft, bei der geforderten Streuung der zuzulassenden Wertpapiere und bei der Publizität in Betracht.

Außerdem sollen die Zulassungsgebühren geringer festgelegt werden. Auch das Antragsrecht wird vereinfacht. Zukünftig können die Unternehmen nicht nur zusammen mit einem zugelassenen Kreditinstitut, sondern auch mit anderen Unternehmen die Zulassung von Wertpapieren beantragen. Andererseits ist mit den erleichterten Zugangsanforderungen, insbesondere den geringeren Publizitätspflichten, im Vergleich zur amtlichen Notierung ein verminderter Anlegerschutz verbunden. Allerdings bleibt ein Mindestmaß an Anlegerschutz gewährleistet.

Ireland — Ihr nächster Markt

Marktbericht — Marktforschung — professionelle Beratung speziell für Klein- und Mittelbetriebe bietet die

Market Information Ireland, Clifton House, Lower Fitzwilliam Street, Dublin 2, Ireland.

Tel. 6158 22/6137 88. Fax 6152 00. Telex GLAM El.

Darüberhinausgehende neue Chancen für die betriebliche Kapitalbildung liefert die verbesserte Förderung der Beteiligung von Arbeitnehmern am Produktivvermögen durch das Zweite Vermögensbeteiligungsgesetz. Diese Umschichtung der staatlichen Förderung weg von den herkömmlichen Sparformen des Konten-, Versicherungs- und Bausparens hin zur Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen bietet für Arbeitnehmer wie für Arbeitgeber interessante Möglichkeiten. Für die direkte und indirekte Beteiligung der Arbeitnehmer am betrieblichen Vermögen gibt es zahlreiche Varianten. Die gebräuchlichsten sind der Erwerb von Aktien, Genußscheinen, Geschäftsanteilen an einer GmbH, die Beteiligung als Stiller Gesellschafter, die Darlehensforderung gegen den Arbeitgeber oder Genußrechte. Erwirbt der Arbeitnehmer eine solche Beteiligung, so erhält er bis

zu dem begünstigten Höchstbetrag von 936,— DM pro Jahr eine staatliche Prämie in Form der Arbeitnehmer-Sparzulage von 23% (bzw. 33% bei drei und mehr Kindern). Hinzu kommt, daß die unentgeltliche oder verbilligte Überlassung von solchen betrieblichen Beteiligungen bis zu 500,— DM nach § 19 a EStG für die Arbeitnehmer steuerfrei sein kann. Da die staatliche Förderung alternativer Sparformen geringer ausfällt, wird die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen der Unternehmen in Zukunft für alle Beteiligten auf stärkeres Interesse stoßen. Den Unternehmen werden hiermit vielfältige Möglichkeiten der Kapitalbildung geboten.

¹⁾ BGBl. 1986 I S. 2488, ²⁾ BGBl. 1986 I S. 2485, ³⁾ BGBl. 1986 I S. 2478

Arbeitgeberfragen

Anhaltend lebhafte Investitionstätigkeit

An dem im Frühjahr dieses Jahres durchgeführten Ifo-Investitionstest beteiligten sich rund 1450 Unternehmen des einzelwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Großhandels. Auf sie entfällt knapp ein Viertel des gesamten in diesem Bereich getätigten Umsatzes. Erhoben wurden neben den Anlagenzugängen in den vergangenen zwei Jahren die Investitionspläne für 1987, die Struktur der Investitionen sowie die Gründe für eventuelle Zurückstellungen bereits geplanter Investitionsvorhaben.

1986: Anschluß an die Investitionskonjunktur

Infolge extremer Preisrückgänge in einigen Sparten setzten die Großhandelsunternehmen im Jahre 1986 um 7,2% weniger um als 1985. Real wurde dagegen ein Zuwachs von 1% erreicht. Damit blieb der institutionelle Großhandel erneut hinter dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum zurück, denn das Bruttonsozialprodukt nahm 1986 nominal um 5,5% und real um 2,4% zu. Außerdem war die Absatzsituation im Jahresverlauf sehr wechselhaft. Zu Jahresbeginn 1986 verschlechterte sich das Geschäftsklima im Großhandel, erholte sich im Sommerhalbjahr deutlich und büßte danach wieder an Dynamik ein. Die Umsatzentwicklung der beiden Großhandelsbereiche Rohstoffe und Halbwaren (nominal – 17,5%; real – 2%) sowie Fertigwaren (+ 2,8%; + 4,1%) differierte 1986 beträchtlich. Die meisten Branchen des Rohstoff- und Halbwarenhandels mußten nicht nur gravierende Preisabschläge und damit rückläufige Nominalumsätze, sondern auch Einbußen beim mengenmäßigen Absatz hinnehmen. Umsatzspitzenreiter im Fertigwarenbereich war 1986 eindeutig der Großhandel mit Fahrzeugen, Maschinen und technischem Bedarf, der nominal 9,3% und real 10,0% mehr absetzte als im Vorjahr, gefolgt vom Großhandel mit Papier, Pappe, Schreibwaren und Druckerzeugnissen (+ 8,3%; + 7,3%), mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen (+ 5,0%; + 2,8%) sowie mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (+ 1,0%; + 4,3%). Die übrigen Branchen des Fertigwarenhandels erzielten 1986 nur geringfügige Absatzsteigerungen.

Trotz des realen Umsatzzuwachses reduzierten die Großhandelsunternehmen ihren Personalbestand im Jahre 1986 geringfügig und erzielten damit wieder eine Produktivitätssteigerung. Bei den am Ifo-Investitionstest beteiligten Firmen ging der Personalbestand auf der Basis von Vollbeschäftigen (Teilzeitbeschäftigte sind auf die tarifliche bzw. branchenübliche Wochenarbeitszeit umgerechnet) gegenüber 1985 um 0,9% zurück.²⁾ Dabei reduzierten die kleinen und mittleren Unternehmen ihren Personalbestand am stärksten.

Auch die verstärkte Investitionstätigkeit der Großhandelsfirmen im Jahre 1986 diente vielfach der Rationalisierung oder der Anpassung an den Strukturwandel und war nur teilweise konjunkturell induziert. Nach den Ergebnissen des neuesten Ifo-Investitionstests steigerte der Großhandel seine Investitionsausgaben im Jahre 1986 um beachtliche 13,6% auf 7 620 Mill. DM, was preisbereinigt ein Plus von rund 12,5% ergibt. Der Anteil der Investitionen am Umsatz erhöhte sich dadurch von 0,9 auf 1%. Bei der Beurteilung dieser nach wie vor relativ niedrigen Investitionsquote ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Großhandel zu den am wenigsten anlagekapitalintensiven Wirtschaftsbereichen zählt, was hauptsächlich durch den recht hohen Anteil des Strecken- bzw. Vermittlungsgeschäfts am Gesamtumsatz bedingt ist. Zusätzlich zu ihren eigenen Anlagenkäufen haben sich die Großhandelsunternehmen 1986 deutlich mehr Investitionsgüter auf dem Wege des Leasing oder anderer Formen der Anlagenmiete beschafft als im Vorjahr. Im Gegensatz zum Einzelhandel verfälschte im Großhandel bis zum Jahr 1983 das Leasing die tatsächliche Investitionsentwicklung kaum; ab 1984 gewann jedoch die Anlagenmiete auch hier schnell an Bedeutung (vgl. Abbildung). Daher sollten zur Beurteilung des aktuellen Investitionsgeschehens im Großhandel nicht nur die Anlagenzugänge nach dem Eigentümerkonzept (von Großhandelsunternehmen bilanzierte Investitionen), sondern auch diejenigen nach dem Benutzerkonzept (bilanzierte und neu angemietete Investitionsgüter) berücksichtigt werden. Die neuerdings recht schnelle Verbreitung des Leasing im Großhandel hängt vor allem mit den erheblichen Investitionen zusammen, die diese Unternehmen durchführen müssen, um nicht zunehmend Marktterrain an Vertriebsorganisationen und Unternehmen anderer Wirtschaftsbereiche und -stufen zu verlieren.³⁾ Dieser Investitionsbedarf wirft zudem Fragen der Finanzierung auf.

Walter Braun wieder BGA-Vizepräsident

Zum Vizepräsidenten wieder gewählt wurde der Präsident unseres Landesverbandes Konsul Senator Walter **Braun** anlässlich der BGA-Mitgliederversammlung am 30. September 1987 in Berlin. Konsul Klaus **Richter**, Präsident des BGA wurde ebenfalls in seinem Amt bestätigt.

Dem BGA-Präsidium gehört auch Vizepräsident Dr. Dieter **Wolfrum** als Vorsitzender der Finanzkommission an.

Mit Ausnahme des Großhandels mit Nahrungs- und Genußmitteln, dessen Investitionsausgaben auf dem Niveau von 1985 stagnierten, haben im Jahre 1986 alle größeren Bereiche ihre Investitionsbudgets erhöht, insbesondere der Großhandel mit sonstigen Fertigwaren (+ 23%) sowie mit Textilien, Lederwaren und Schuhen (+ 21%). Ähnlich einheitlich war die Investitionsbelebung auch innerhalb der verschiedenen Umsatzgrößenklassen. Hier steigerten die kleinen und mittleren Firmen ihre Investitionsausgaben sogar deutlich stärker als die großen. Auf Fachzweigebene überwogen 1986 ebenfalls die Meldungen über höhere Investitionen eindeutig (vgl. Tab. 4). Am umfangreichsten fielen die Budgetaufstockungen im Großhandel mit Installationsmaterial (+ 40%) sowie mit Fahrzeugen und Zubehör (+ 35%) aus. Zwischen 10 und 25% lagen die Steigerungsraten in den Bereichen: Waren verschiedener Art, Textilien, technische Chemikalien, Flachglas, Baustoffe, Eisen und Stahl, NE-Metalle, textile Rohstoffe, Pharmazeutika, Papierwaren, Möbel und kunstgewerbliche Erzeugnisse, Metall- und Kunststoffwaren, feinmechanische

und optische Erzeugnisse, Uhren und Schmuck, Büromaschinen, Werkzeug- und Baumaschinen sowie im Landhandel. Wesentlich weniger als 1985 (zwischen -10 und -20%) investierten dagegen die Fachzweige Tabakwaren, Lederwaren und Schuhe, Altwaren und Reststoffe, Krankenpflege- und Laborbedarf sowie Lacke, Farben und Tapeten. Die restlichen Branchen veränderten ihre Investitionsetats im Jahre 1986 nur unwesentlich.

Kräftige Zunahme der Fahrzeuginvestitionen

Die Ausgaben des Großhandels für Baumaßnahmen stiegen 1986 im gleichen Ausmaß wie die Gesamtinvestitionen; der Anteil der Bauten an den Budgets stagnierte damit auf dem relativ niedrigen Niveau des Vorjahrs. Ein beachtlicher Teil der Gebäudeinvestitionen des Großhandels entfällt zudem nicht auf Neubauprojekte, sondern auf aktivierungspflichtige Reparaturen, Umbauten und Modernisierungsmaßnahmen an bereits bestehenden Objekten. Wie in einer Unternehmensbefragung des Ifo-Instituts festgestellt wurde, waren in der Periode 1980 bis 1984 ein Drittel

Tab. 3

Zusammensetzung der Investitionen im Großhandel 1985 und 1986 (Berichtskreisergebnisse)

Bereich bzw. Branche	Anteile an den Gesamtinvestitionen in %					
	Bauten und Instandsetzung		Betriebs- u. Geschäftsausstattung		Kraftfahrzeuge	
	1985	1986	1985	1986	1985	1986
Gemischtes Sortiment	6	6	74	75	18	19
Nahrungs- und Genußmittel	30	29	39	41	31	30
Textilwaren, Heimtextilien, Schuhe und Lederwaren	34	63	50	26	16	11
Textilien, Heimtextilien	20	38	62	47	18	15
Schuhe, Lederwaren	51	25	36	50	13	25
Rohstoffe und Halbwaren	36	34	35	32	29	34
Techn. Chemikalien, Kautschuk	37	36	36	35	27	29
Flachglas	42	27	38	49	20	24
Holz	48	30	27	26	25	44
Baustoffe	39	49	33	19	28	32
Installationsmaterial für Heizung, Gas, Wasser	29	38	33	30	38	32
Eisen und Stahl	33	26	33	32	34	42
NE-Metalle	18	26	54	52	28	22
Altmaterial, Reststoffe	5	12	87	74	8	14
Brennstoffe, Mineralölprodukte	47	50	33	28	20	22
Textile Rohstoffe, Leder, Häute	7	15	43	38	50	47
Landhandel	45	46	37	37	18	17
Sonstige Fertigwaren	29	33	42	39	29	28
Pharmazeutika	41	43	41	41	18	16
Krankenpflege, Laborbedarf, Körperpflege- und Reinigungsmittel	36	19	28	23	36	58
Technische Bedarfsartikel	37	22	37	49	26	29
Lacke, Farben und Tapeten	56	53	16	13	28	34
Papierwaren, Schul- und Büroartikel, Papier, Pappe	27	39	36	32	37	29
Bücher und Zeitschriften	62	56	23	30	15	14
Möbel und kunstgewerbliche Erzeugnisse	39	61	28	14	33	25
Feinkeramik und Glaswaren, Metall- und Kunststoffwaren	18	37	50	38	32	25
Elektroerzeugnisse	20	19	44	40	36	41
Feinmechanik und Optik	37	39	39	45	24	16
Uhren, Schmuck, Spielwaren	32	36	40	34	28	30
Kraftfahrzeuge, Fahrräder	9	26	43	30	48	44
Kraftfahrzeugzubehör und -ersatzteile	26	17	43	54	31	29
Landmaschinen	6	9	64	61	30	30
Werkzeugmaschinen und Werkzeuge	20	29	43	36	37	35
Baumaschinen	13	10	70	72	17	18
Genossenschaftlicher Großhandel	40	42	39	38	21	20
Gewerbliche Genossenschaften und Einkaufsvereinigungen	31	40	38	34	31	26
Landwirtschaftliche Genossenschaften	44	43	38	39	18	18

Quelle: ifo-Investitionstest.

der Bauinvestitionen im Großhandel nicht Neubauten, sondern Baumaßnahmen am und im Gebäudebestand.⁴

Für die Anschaffung von Fahrzeugen gaben die Großhandelsunternehmen 1986 um 18% mehr aus als im Vorjahr. Dadurch stieg der Anteil der Kraftfahrzeugkäufe an den Gesamtinvestitionen des Großhandels von 26 auf 27%. Das ist der bisher höchste Wert in den achtziger Jahren; dabei sind die zusätzlich geleasten Fahrzeuge in dieser Zahl noch gar nicht berücksichtigt. Auf Anschaffungen von Betriebs- und Geschäftsausstattungen sowie Maschinen entfielen 1986 35% (1985: 36%) der Investitionsetats.

Trotz einer ungünstigeren Geschäftsentwicklung entfaltete der einzelwirtschaftliche Großhandel (+ 15%) eine wesentlich stärkere Investitionsdynamik als die Genossenschaften und Einkaufsvereinigungen (+ 6%). Innerhalb des Genossenschaftsbereichs gab es hingegen keine nennenswerten Unterschiede im Investitionswachstum.

Höhere Investitionskennziffern

Im Großhandel erhöhten sich im Jahre 1986 in allen Unternehmensgrößenklassen die Investitionskennziffern. Im Durchschnitt stieg die Investitionsquote von 0,9 auf 1,0%. Für den einzelwirtschaftlichen Großhandel errechnet sich wiederum eine höhere Investitionsquote (1,1%) als für die Genossenschaften und Einkaufsvereinigungen (0,8%). Die Investitionen je Beschäftigten nahmen bei den kleinen und mittleren Unternehmen sogar stärker zu als bei den großen. Auch 1986 zeigte sich wieder das gewohnte Bild, daß mit wachsender Firmengröße die Investitionsquoten tendenziell zurückgehen, die Investitionsausgaben je Beschäftigten aber steigen. Dieses Phänomen erklärt sich durch die stark differierenden Anteile des Streckengeschäfts am Gesamtumsatz in den einzelnen Unternehmensgrößenklassen. Die Streckenumsätze nehmen mit wachsender Firmengröße zu und erreichen bei den Großbetrieben (über 50 Mill. DM Jahresumsatz) fast die Hälfte des gesamten Geschäftsvolumens. Je höher der Anteil des Streckengeschäfts in einem Unternehmen ist, desto niedriger fällt die Investitionsquote aus, da für diese Umsätze nur wenig Sachkapital erforderlich ist. Auch der Personalbedarf je Umsatzeinheit ist relativ geringer. Wenn die Investitionen je Beschäftigten hier trotzdem höher sind, so liegt das vor allem daran, daß der Gruppe der Großunternehmen auch die Zentral- und Kettengroßhändler sowie die Einkaufsvereinigungen angehören. Diese bilden häufig einen »Systemkopf« für viele Firmen auf der Groß- und Einzelhandelsstufe und erbringen oft zahlreiche Dienstleistungen für ihre Anschlußfirmen und Franchise-Partner auf den Gebieten Rechnungswesen, Marketing und insbesondere Logistik. Gerade im Bereich der Warenlogistik, aber auch im Rechnungswesen werden nach wie vor Rationalisierungsinvestitionen durchgeführt, die häufig eine Substitution von Arbeitskräften zur Folge haben. Ziel der Maßnahmen ist daher, die in den vergangenen Jahren noch gestiegenen Leistungsanforderungen möglichst effizient zu erfüllen.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen bzw. deren ständige Anpassung an den neuesten Stand der Technik ist mit relativ hohen Investitionskosten für Datenverarbeitungsanlagen, Kommunikationstechnik und andere hochwertige Ausrüstungsgüter verbunden. Dadurch entstehen verhältnismäßig hohe Investitionsausgaben pro Beschäftigten.

1987: Weiterer Anstieg der Investitionsausgaben

Die Großhandelsunternehmen setzten in den ersten sechs Monaten dieses Jahres nominal um 7,7% und real um 1,4% weniger um als im Vergleichszeitraum von 1986. Die Preisermäßigungen des Vorjahres setzten sich also fort. In den nächsten Monaten ist allerdings in den meisten Großhandelsbereichen mit

einem Nachlassen der Preissenkungstendenzen und häufiger auch mit mäßigen Preiserhöhungen zu rechnen. Die Geschäftsperspektiven für das zweite Halbjahr 1987 werden – nach den Ergebnissen des jüngsten Ifo-Konjunkturtests – günstiger eingeschätzt. Bei den wichtigsten Determinanten für die Geschäftsentwicklung des Großhandels wie Industrieproduktion, gesamtwirtschaftliche Anlageinvestitionen, Außenhandel, Bauproduktion und Einzelhandelsumsätze ist in den nächsten Monaten mit einer Wachstumsbeschleunigung zu rechnen, über deren voraussichtliches Tempo die Einschätzungen allerdings noch differieren. Keine Impulse sind dagegen von den gesamtwirtschaftlichen Vorratsinvestitionen zu erwarten.

Aus heutiger Sicht wird der Großhandel – bei Abwägung der verschiedenen Einflußgrößen – im laufenden Jahr das nominale Minus wohl nicht wettmachen können, er dürfte aber bei nachlassenden Preissenkungstendenzen einen realen Umsatzzuwachs in der Größenordnung von 1% erreichen.

Bei den Investitionsausgaben ist nach den Plänen der am Ifo-Investitionstest beteiligten Großhandelsfirmen mit einer deutlich stärkeren Expansion zu rechnen. Die Quantifizierung der gemel-

Tab. 4

Bruttoanlageinvestitionen des Großhandels für 1986 nach Branchen (Berichtskreis)

	Bruttoanlageinvestitionen		
	in % des Umsatzes ^{a)}	je Beschäftigten	Veränderung gegenüber 1985 ^{b)}
Nahrungsmittel	0,8	7 480	=
Tabakwaren	0,6	7 700	-
Textilwaren, Heimtextilien	1,0	5 090	+
Schuhe, Lederwaren	0,5	5 020	-
Technische Chemikalien,			
Kautschuk	1,1	9 740	+
Flachglas	3,2	7 690	+
Holz	1,5	6 350	=
Baustoffe	1,5	7 410	+
Installationsmaterial für			
Heizung, Gas, Wasser	1,1	4 520	+
Eisen und Stahl	0,5	6 000	+
NE-Metalle	0,9	6 330	+
Altwaren, Reststoffe	0,9	7 460	-
Brennstoffe, Mineralölprodukte	0,5	9 800	=
Textile Rohstoffe, Leder, Hämte	0,9	12 590	+
Pharmazeutika	0,6	5 240	+
Krankenpflege, Laborbedarf, Körperflege- und Reinigungsmittel	0,8	3 080	-
Technische Bedarfsartikel	1,2	3 640	-
Lacke, Farben, Tapeten	2,0	2 490	-
Papierwaren, Schul- und Büroartikel, Papier, Pappe	0,9	8 380	+
Bücher und Zeitschriften	1,5	5 900	=
Möbel und kunstgewerbliche Erzeugnisse	0,4	5 350	+
Feinkeramik, Glaswaren,			
Metall- und Kunststoffwaren	0,6	4 940	+
Elektroerzeugnisse	0,5	2 100	+
Feinmechanik und Optik	0,7	4 890	+
Uhren, Schmuck, Spielwaren	0,7	4 850	+
Kraftfahrzeuge, Fahrräder	0,5	11 510	+
Kraftfahrzeugzubehör			
und -ersatzteile	1,9	4 600	+
Landmaschinen	1,9	6 050	+
Werkzeugmaschinen			
und Werkzeuge	0,6	2 830	+
Baumaschinen	1,7	7 220	+

^{a)} Eigen- und Vermittlungsumsätze ohne Mehrwertsteuer. – ^{b)} Zeichenklärung: + Zunahme, - Abnahme, = nahezu unverändert.

Quelle: Ifo-Investitionstest.

deten Dispositionen ergibt einen nominalen Zuwachs der Bruttoanlageinvestitionen von gut 6%, der nach Abzug der voraussichtlichen Preissteigerungen für Bauten und Ausrüstungen einem Plus von rund 4,5% entspricht. Die Investitionsquote würde von 1,0 auf 1,1% ansteigen.

Das Investitionswachstum fiele damit etwas höher aus als im Durchschnitt aller volkswirtschaftlichen Sektoren (+ 4%), aber wesentlich niedriger als im Einzelhandel (+ 13%). Deutliche Erhöhungen ihrer Anlagenkäufe erwarten allerdings im Jahre 1987 nur die Großfirmen, während bei den Großhandelsunternehmen mit weniger als 10 Mill. DM Jahresumsatz die Plantendenzen negativ sind.

Noch stärker als die eigenen Investitionen des Großhandels dürfte – nach den im Frühjahr geäußerten Plänen – auch 1987 der Wert der auf dem Wege des Leasing oder ähnlicher Formen der Anlagenmiete beschafften Investitionsgüter zunehmen. Im Gegensatz zu den letzten Jahren machen inzwischen die mittleren Firmen ebenso intensiv vom Leasing Gebrauch wie die großen und weisen jetzt sogar höhere Wachstumsraten für die Leasinginvestitionen auf.

Wenige Projekte zurückgestellt

Zum Zeitpunkt der Erhebung im März/April dieses Jahres hatten nur 13% (1986: 16%) der am Investitionstest teilnehmenden Groß-

doppel so hoch wie bei den Großunternehmen; im Vorjahr war er immerhin über viermal so hoch.

An der Rangfolge der Begründungen für die Zurückstellung von Projekten ist gegenüber 1986 keine Veränderung eingetreten. Es wurden mit 74% (1986: 80%) „schlechte Ertragslage bzw. Gewinnerwartungen“ wieder am häufigsten genannt, gefolgt von „eingetretener oder erwarteter Nachfrageabschwächung“ mit 44% (1986: 50%), „sonstigen Gründen“ mit 14% (1986: 15%) und auf dem vierten Platz „Finanzierungsschwierigkeiten“ mit nur noch 10% (1986: 12%). Bei den sonstigen Gründen dominierten wieder die Angaben über Schwierigkeiten bei der Standortsuche, beim Grundstückserwerb sowie bei Bauplanungen und -genehmigungen gefolgt von Terminunsicherheiten bezüglich geplanter Fusionen oder Änderungen des Gesellschafterkreises.

In der Tatsache, daß Finanzierungsschwierigkeiten im laufenden Jahr nur noch für 10% der Firmen ein Investitionshindernis darstellen – das ist der niedrigste Wert seit 13 Jahren – kommen wohl nicht nur die anhaltend recht niedrigen Finanzierungskosten zum Ausdruck, sondern auch die verbesserten Möglichkeiten der Eigenfinanzierung von Investitionen aus dem Cash flow sowie die tendenziell geringer gewordenen Probleme bei der Beschaffung von Kredit- und Leasingfinanzierungen. Auch 1987 kamen aus dem genossenschaftlichen Großhandel weniger Meldungen (11%) über zurückgestellte Projekte als aus dem einzelwirtschaftlichen (14%).

Arno Städler

Tab. 5

Tendenzen der Investitionsplanung im Großhandel für 1987

Branche bzw. Bereich	Tendenz ^{a)} für 1987	Branche bzw. Bereich	Tendenz ^{a)} für 1987
Gemischtes Sortiment	+	Sonstige Fertigwaren	+
Nahrungs- und Genussmittel	+	Pharmazeutika	-
Nahrungsmittel	+	Krankenpflege, Laborbedarf	-
Tabakwaren	-	Körperpflege und Reinigungsmittel	+
Textilwaren, Heimtextilien, Schuhe	+	Technische Bedarfsspielarten	+
Textilwaren, Heimtextilien	+	Lacke, Farben und Tapeten	+
Schuhe, Lederwaren	+	Papierwaren, Schul- und Büroartikel	+
Rohstoffe und Halbwaren	+	Bücher und Zeitschriften	=
Technische Chemikalien, Kautschuk	+	Möbel und kunstgewerbliche Erzeugnisse	+
Flachglas	+	Feinkeramik, Glaswaren	-
Holz	-	Metall- und Kunststoffwaren	+
Baustoffe	=	Elektroerzeugnisse	+
Installationsmaterial für Heizung, Gas, Wasser	=	Feinmechanik und Optik	-
Eisen und Stahl	-	Uhren, Schmuck und Spielwaren	=
NE-Metalle	-	Kraftfahrzeuge, Fahrräder	+
Altwaren, Reststoffe	=	Kraftfahrzeugzubehör und -ersatzteile	+
Brennstoffe, Mineralölprodukte	+	Büromaschinen	+
Textile Rohstoffe, Leder und Häute	-	Landmaschinen	-
Landhandel	-	Werkzeugmaschinen und Werkzeuge	+
Einzelwirtschaftlicher Großhandel	+	Baumaschinen	-
Großhandel insgesamt	+		
		Genossenschaftlicher Großhandel	+
		Gewerbliche Genossenschaften	+
		und Einkaufsvereinigungen	-
		Landwirtschaftliche Genossenschaften	-

^{a)} Zeichenerklärung: + Zunahme, - Abnahme, = nahezu unverändert.

Quelle: Ifo-Investitionstest.

handelsfirmen ursprünglich für 1987 eingeplante Investitionsprojekte zurückgestellt. Das ist der niedrigste Anteil dieser Meldungen innerhalb der letzten 13 Jahre. Von dieser Seite ist das Potential für Revisionen der im Frühjahr geäußerten Pläne nach oben nicht besonders groß. Außerdem ist der Anteil der Meldungen über auf Eis gelegte Investitionsvorhaben bei den kleinen und mittleren Handelsfirmen, die erfahrungsgemäß mit ihrem Investitionsverhalten besonders rasch auf Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen reagieren, in diesem Jahr nur noch knapp

² Das Statistische Bundesamt ermittelte für 1986 im Großhandel einen Rückgang der Vollbeschäftigte um 0,5% und der Teilzeitbeschäftigte um 1,2%. Unternehmen mit weniger als 1 Mill. DM Jahresumsatz sind in dieser Erhebung nicht berücksichtigt (Fachserie 6, Reihe 11).

³ Vgl. J. Lachner, Finanzierungsverhältnisse und -fordernisse im Großhandel in der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe des Ifo-Instituts „Struktur und Wachstum“, Reihe Absatzwirtschaft, Heft 12, 1987.

⁴ Vgl. E. Gluch, Altbaumerneuerung im Groß- und Einzelhandel, in: Ifo-Schnelldienst 8/1987.

Berufsausbildung und -förderung

Förderwoche für Nachwuchs-Außendienstmitarbeiter

Es gibt keinen Ausbildungsberuf „Außendienstmitarbeiter“. Geeignete junge Leute werden ohne optimale Vorbereitung zu den Kunden geschickt. Oder einfach ziemlich unsanft „ins Wasser geworfen“.

In unserer Förderwoche werden wir Ihre Nachwuchsaußendienstler systematisch auf ihre neue Aufgabe vorbereiten. Ein guter Start spart Ärger, Zeit und Geld!

Programm

- Aufbau des erfolgreichen Verkaufsgesprächs
 - Kontaktaufnahme
 - Produktdemonstration
 - Firmen-Präsentation
 - Prüfung der Kaufbereitschaft
 - Behandlung von Kaufwiderständen
 - Aufbau von Vertrauen
 - Kaufabschluß
 - Verkaufsstrategie
- Gesprächstechnik im Verkauf
 - Überzeugungs- und Beeinflussungsstrategien
 - abschlußorientierte Gesprächsführung
 - Fragetechnik
 - Reklamationsbehandlung
- Verkaufsprychologie
 - Kaufmotive
 - Den Kunden für sich gewinnen
 - Körpersprache
 - Selbstsicherheit und Überzeugungskraft stärken
 - Selbstmotivation
- Der Markt des Außendienstes
 - Marktbeobachtung
 - Wie pflege und entwickle ich einen eigenen Markt?
 - Die Umsetzung der Firmenstrategie in Marktverhalten
 - Der Informationsfluß zwischen Außendienst und Firma

Verkehr

BGA für Rationalisierung und mehr Wettbewerb bei der Post

Durchgreifende Rationalisierungsmaßnahmen und verstärkte Produktivitätssteigerungen sind nach Ansicht des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) im Bereich des Postwesens ebenso erforderlich wie die Neuordnung des Fernmeldewesens. Die Dienstgüter der Post hinsichtlich Bedienung und Laufzeiten gilt es nicht nur zu erhalten, sondern auch durch weitere Automatisierungen zu verbessern und gleichzeitig den hohen Personalaufwand zu senken.

Im Fernmeldebereich setzt sich der BGA dafür ein, das Bundessondervermögen Deutsche Bundespost und damit den Staat auf den Kern seiner Aufgaben zurückzuführen. Dazu gehört vor allem eine leistungsfähige und kompatible Netzinfrastruktur. Die Zweckmäßigkeit einer neuen Organisationsform für das öffentliche Fernmeldewesen sollte vorbehaltlos geprüft und die rechtlichen Voraussetzungen für die unbehinderte Zulassung privater Wettbewerber auf allen Ebenen geschaffen werden.

LGA im politischen Blickpunkt

Bundes- und Landesregierung im Dialog mit Präsident Braun

Auf außerordentlich große Resonanz ist die vielbeachtete Rede von Präsident Konsul Senator **Walter Braun** anlässlich des Verbandstages 1987 in Nürnberg gestoßen.

Aus der Vielzahl der Schreiben an Präsident Walter Braun seien hier nur einige wenige zitiert, an der Spitze Bundeskanzler **Helmut Kohl**, dem Bundesminister des Innern, **Friedrich Zimmermann** und des Bayerischen Staatsministers für Wirtschaft und Verkehr **Anton Jaumann**.

Bundeskanzler **Helmut Kohl** schreibt: „Der Groß- und Außenhandel zählt ohne Zweifel zu den Wirtschaftsbereichen, die in vorderster Linie für die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft eintreten. Richtig ist, daß das in Ihrer Rede zum Ausdruck gebrachte klare Bekenntnis zur unternehmerischen Leistungsbereitschaft nicht überall in unserer Gesellschaft auf volle Zustimmung rechnen kann.“

Dabei muß die Politik natürlich für sachliche Kritik offen sein, und in einzelnen Fragen wird es auch bei unterschiedlichen Auffassungen bleiben. Unterstreichen möchte ich jedoch die Auffassung der Bundesregierung, daß die für 1990 beschlossene Steuerreform eine entscheidende Voraussetzung für die dauerhafte Fortsetzung der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung darstellt – gerade auch mit Blick auf die mittelständischen Unternehmen.

Die vor uns liegenden vielfältigen Aufgaben zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft erfordern den intensiven Dialog zwischen Wirtschaft und Politik. In Ihrer Rede sehe ich einen konstruktiven und engagierten Beitrag zu diesem notwendigen Gespräch.“

Bundesinnenminister **Zimmermann** betont in seinem Schreiben: „Sie haben mit Ihren Vorstellungen und Positionen für eine Politik der marktwirtschaftlichen Kräfte viele Bereiche angesprochen, die von der Bundesregierung bei ihrer Politik zur Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft in Angriff genommen werden.“

Groß- und Außenhandel sind entscheidende Leistungsträger unserer Wirtschaft, bei denen sich in besonderem Maße die Bereitschaft zu unternehmerischem Risiko zeigt.

Ihre aus der täglichen Praxis gewonnenen Erfahrungen, Anregungen und Vorschläge geben beachtenswerte Hinweise für eine konsequente Ausrichtung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.“

Staatsminister **Anton Jaumann** schreibt: „Ausdrücklich möchte ich das Bestreben Ihres Verbandes unterstützen, erfolgreiche, zukunftsorientierte Betriebe zu erhalten und zu schaffen. Ich kann Ihnen versichern, daß es für mich stets ein persönliches Anliegen war, und auch künftig Ziel meiner Wirtschaftspolitik sein wird, den Unternehmen die hierfür notwendigen Freiräume zu erhalten. Es ist für mich erfreulich, daß der Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels im wesentlichen auf eine zufriedenstellende wirtschaftliche Entwicklung zurückblicken konnte und mit einem gewissen Optimismus in die Zukunft sieht.“

Außenhandel

Osthandel

Mit der umseitigen Tabelle geben wir einen Überblick über die Entwicklung des Handels mit den europäischen Staatshandelsländern, der VR China und Jugoslawien im 1. Halbjahr 1987. Das schon 1986 zu beobachtende Absinken der Einfuhrwerte im

Osteuropa-Handel hat sich fortgesetzt und damit auch der Rückgang der Ausfuhren. Die VR China konnte ihr Außenhandelsdefizit gegenüber der Bundesrepublik Deutschland im 1. Halbjahr 1987 abbauen. Der Handel mit Jugoslawien, der im vergangenen Jahr noch einen Zuwachs erreichen konnte, ging im 1. Halbjahr 1987 in beiden Richtungen zurück.

O S T H A N D E L 1. Halbjahr 1987 / 1986

- Mio DM -

Außenhandel insgesamt	E I N F U H R			A U S F U H R			S A L D E N	
	1987*	1986	Verändg. in %	1987*	1986	Verändg. in %	1987*	1986
Außenhandel insgesamt	201.055	215.026	- 6	256.592	265.298	- 3	+ 55.537	+ 50.272
UdSSR	3.478	5.434	- 36	4.018	4.886	- 18	+ 540	- 548
Polen	1.082	1.291	- 16	1.086	1.177	- 8	+ 4	- 114
CSSR	1.013	1.083	- 6	1.037	930	+ 12	+ 24	- 153
Ungarn	979	1.008	- 3	1.367	1.546	- 12	+ 388	+ 538
Rumänien	655	865	- 24	271	413	- 34	- 384	- 452
Bulgarien	147	193	- 24	628	763	- 18	+ 481	+ 570
Albanien	12	21	- 43	13	19	- 32	+ 1	- 2
Europäische Staatshandels- länder	7.366	9.895	- 26	8.420	9.734	- 13	+ 1.054	- 161
VR China	1.531	1.321	+ 16	2.307	2.888	- 20	+ 776	+ 1.567
Jugoslawien	2.410	2.575	- 6	2.812	3.020	- 7	+ 402	+ 445

* vorläufige Zahlen

China probt den Wettbewerb

Unser Vorstandsmitglied **Karl-Friedrich Müller-Lotter** hielt am 27.7.1987 einen Vortrag über seine Erfahrungen und Erlebnisse in China sowie die Einschätzung der dortigen Verhältnisse bzw. der zukünftigen Entwicklung. Unter dem Titel „China probt den Wettbewerb“ finden Sie nachstehend – in gekürzter Form – seine Eindrücke:

1 Milliarde chinesische Menschen bildet dort den Markt der Zukunft!

1 Milliarde chinesische Menschen versucht zielstrebig, Versäumtes aufzuholen.

Sind wir nicht alle verpflichtet, als Nation, die vom Außenhandel lebt, hier mitzuhelfen, daß dieser Markt entsteht?! Und gilt es nicht, dieses große, geschichtsträchtige Volk in seinen Bemühungen zu unterstützen, von den Folgen der Plan- und Prämien-Wirtschaft loszukommen und über die langsam wachsenden, „kleinen“ Freiheiten allmählich Wohlstand zu erreichen?!

Manch' einer von Ihnen, mag bei dieser Vorstellung lächeln, „asiatisch“, skeptisch lächeln. Aber es gibt eine chinesische Weisheit, die sagt, „eine Reise von zehntausend Meilen fängt mit dem ersten Schritt an“.

Und diese ersten Schritte wurden schon längst getan. Man weiß, es ist ein weiter, harter, steiniger, gefährlicher, aber auch gefährdeter Weg, vom zentralen Plan zum freien Markt. Aber der Weg wird schon beschritten, von vielen fest und zuversichtlich, ich habe das erlebt, und wir sind auch dabei.

Da und dort ein Joint-Venture. Es gibt bereits Filialen, andere, z.T. mittelständische Firmen produzieren bereits in China. Deutsches Kapital, deutsche Technologie, sonst sehr gut gehütete Produktionspläne wandern nach Nangking, Shandong, Liauming.

Nun, Kapital und „Hardware“, das genügt natürlich nicht. Wissen, das für uns selbstverständlich, lebensnotwendig ist, fehlt auf Grund der geschichtlichen Entwicklung der vergangenen 50 Jahre völlig:

Moderne Produktionsmethoden, eine reibungslos funktionierende Materialwirtschaft, Logistik, Product-Management, wie wir es kennen; „westliche“ Qualitätsnormen, Qualitätskontrolle, Forderungen an das Design (Farbe/Material/Form), die Ergonomie sind nur in Ansätzen vorhanden.

Ein Beispiel: Direktor Zhu De Xiang, produziert in „seiner“ Fabrik seit 25 Jahren die gleichen Meßuhren, nach der gleichen Methode, nach unveränderten Normen.

Veränderungen, Anpassungen vorzunehmen, war nicht opportun. Neuentwicklungen? Wozu? Es gab keinen Wettbewerb. Ähnlich steht es mit dem Umweltbewußtsein: Wer dafür zu sorgen hat, daß täglich nur das Allernotwendigste vorhanden ist, dem ist ziemlich egal, was um ihn herum geschieht. Die Sulfat-Verunreinigung der Luft ist entsprechend hoch (Kohle, Hausbrand), ebenso sind wohl die Gewässer erheblich stärker belastet, als z.B. bei uns (mangels entsprechend ausreichender Kläranlagen). — Nur die Sauberkeit der Straßen verblüffte mich. Der Chinese wirft Papier und seine leere Zigarettenenschachtel nicht kurzerhand auf den Boden, wie wir es hier täglich sehen können, sondern in den Papierkorb, und die Stadtreinigung spart wirklich in Shanghai nicht mit Wasser, um die Straßen täglich abzuspritzen.

Ich sprach von dem Weg Chinas in die Zukunft. Ich sprach davon, was beispielsweise an Voraussetzungen fehlt, um diesen Weg erfolgreich zu beschreiten. Weil es in diesem 38 Mal so großen Lande, wie unserem, bis dato keinen Wettbewerb gab, fehlt — und das ist ganz natürlich — jegliches Wissen, Denken und Fühlen in allem, das damit zusammenhängt: die subtilen Kenntnisse der Werbung, die Grundbegriffe des Verkaufens, der Verkaufspsychologie, alles, was mit Begriff Marketing zusammenhängt, aber auch Verbands- oder Handelskammer-ähnliche Strukturen, der Groß- und Einzelhandel in unserem Sinne, das Transportgewerbe, eben die für eine Marktwirtschaft fundamental notwendige Infrastruktur.

Ich hatte den Auftrag erhalten, zusammen mit der Fördergesellschaft Marketing eV der Uni Augsburg chinesischen Managern deutsches Marketing beizubringen.

Unser Standort war Shanghai, das Shanghai Industrial Management Training Center (SIMTC) und unsere Aufgabe war es, in acht Seminaren jeweils 20 bis 25 Manager aus dem Shanghai-District deutsches Marketing in Theorie und Praxis zu lehren und chinesische Dozenten so zu unterweisen, daß sie ab 1989 in dieser Tätigkeit selbstständig fortfahren können.

Ein Seminar dauerte jeweils 6 Wochen. Innerhalb dieser 6 Wochen den umfangreichen Komplex des Marketings konzentriert darzulegen, den Damen und Herren Teilnehmern, die noch nie mit Wettbewerb konfrontiert waren, alles dies so verständlich zu machen, daß sie es auf ihre Verhältnisse und in die zukünftige Entwicklung umsetzen können, war beileibe keine leichte Aufgabe.

Marktforschung, Datenbeschaffung und -Aufbereitung, Gestaltung von Produktprogrammen, Produkt-Gestaltung, Kalkulation, Absatzanbahnung, Werbung, Kaufverhaltensforschung, Verkaufsplanung, Absatz-Realisierung wurden ebenso gelehrt, wie Export-Marketing mit all' den heute möglichen Absatzformen. Wir haben den Leuten z.B. Marktanalyse-Aufgaben gestellt, ein Ansinnen, das noch vor Monaten unmöglich gewesen wäre; sie haben die Aufgaben für das erste Mal hervorragend gelöst. Vergessen Sie nicht die Zivilcourage, die in einem Staatshandelsland vonnöten ist, Fremde auf der Straße nach ihrer Ausstattung, ihren Wünschen und Absichten etc. zu befragen. Aber selbst das ist offensichtlich schon — ohne negative Folgen für den Befrager — möglich.

Möglich war eigentlich immer auch eine offenherzige Diskussion. Sie war alleine deswegen schon notwendig, um Begriffe klar zu definieren. Denn, bloß als Beispiel, der bei uns gängige Begriff „Außendienst“, sagt dort keinem etwas. Es gibt ihn nicht. Sie werden ihn aber brauchen und irgendwann genauso nötig haben, wie wir. Es beginnt also damit, für das Wort „Außendienst“ eine sinngemäße, adäquate Übersetzung, eine entsprechende chinesische Wortzeichen-Kombination zu finden und es endet damit, daß z.B. im Zusammenhang mit der Marktforschung dem Direktor einer Fabrik kaum Daten anderer Betriebe, oder der Region, des Landes zugängig sind. Die einzige Quelle, aus der man die für die betriebliche Planung so wichtigen Orientierungsdaten erhalten könnte, ist

offensichtlich das zentrale Planungsministerium in Peking und dort werden sie momentan noch mehr oder weniger geheim unter Verschluß gehalten.

Ausländische Interessenten sollen, wie man mir sagte, leichter an chinesische Branchen- und Produktionsdaten kommen, als die einheimischen, die so bitter darauf angewiesen wären.

Die Sprache, um dieses Thema auch anzusprechen, hielt ich vor meinem Aufenthalt in der Volksrepublik China für eine höhere Barriere, als sie sich letztlich erwiesen hat. Ich habe, vor allem im Institut in Shanghai, eine für mich überraschend große Zahl Chinesen getroffen, die ein hervorragendes Deutsch sprachen und ich habe auch gesehen, wie man sehr intensiv deutsch lehrt. Natürlich unterstützt die Fremdartigkeit der chinesischen Sprache, die für fast alle Ausländer Nicht-Lesbarkeit der Schriftzeichen gewisse immer noch vorhandene Abgrenzungstendenzen der Politik nach außen. Dennoch meine ich aus eigener Erfahrung, daß wir als Deutsche die allerbesten Chancen haben, in Zukunft in unserer eigenen Landessprache Verhandlungen führen und sogar Verträge (dann zweisprachig) abschließen zu können. Über die immense Wichtigkeit der Verbreitung der deutschen Sprache im Ausland als Träger unserer Kultur, unserer Technik, unseres Know-how und unserer Mentalität muß ich wohl nichts weiter sagen.

Die Frage, die uns täglich immer wieder gestellt wurde, lautete: Wie machen Sie das in Deutschland, woher bekommen Sie Ihre Informationen, auf Grund welcher Kriterien fällen Sie Ihre Entscheidungen?

Und diese Leute sind immer wieder erstaunt, ja geradezu verblüfft, wie einfach, mit welcher Selbstverständlichkeit wir uns all' das beschaffen können, was wir benötigen. Sie glauben gar nicht, wie begierig all' das aufgenommen und diskutiert wurde, was die Organisations-Struktur der deutschen Wirtschaft anbelangt. Ich sage bewußt „deutsche“ Wirtschaft. Denn wir alle hatten immer wieder den Eindruck, daß es gerade unser Land, unsere Kultur, unser Wissen, unsere Produkte und Methoden, insgesamt unsere wirtschaftlichen Traditionen sind, die in der Volksrepublik China größte Hochachtung genießen und die man am liebsten komplett übernehmen würde.

Wir sind der viertgrößte Handelspartner Chinas, nach Japan, USA und Hongkong. Dennoch sind die Japaner immer noch sehr verhaftet. Ich hatte Gelegenheit, eine Vorstellung der Shanghai-Oper zu besuchen. Das erste Bild zeigte die japanischen Besatzer während des 2. Weltkrieges in Shanghai, wie sie brutal Kinder und andere Unschuldige mordeten. Und auch im Gespräch kommt der Japaner eigentlich nie gut weg. Die Antipathie ist also offensichtlich noch sehr tief verwurzelt. Den Amerikanern ergeht es ähnlich. Korea, Vietnam sind nicht vergessen und die Mentalität erscheint vielen konträr zur chinesischen. Hongkong als weiterer großer Wettbewerber ist heute schon mehr oder weniger Teil des chinesischen Reiches, so daß wir Deutsche als Vierte in dieser Runde in jedem Fall die gute Chance haben — und sie noch besser nutzen sollten —, die wirtschaftlichen Verflechtungen auszuweiten und die politischen Bindungen ganz intensiv zu festigen.

Weit über die sogenannte chinesische Höflichkeit hinausgehend, genießen wir Deutsche eine große Wertschätzung. Deutsche Spezialisten liegen weit vorne auf der Skala der Sympathie, auf uns ist Verlaß, wir sind pünktlich, wie sie.

Der chinesische Drache reckt sich! Und es gibt Politiker dort, die möchten, daß er schon in kurzer Zeit seine ganze Kraft und Stärke zeigt. Alle Bemühungen auf dem Wege zur Marktwirtschaft müßten jedoch umsonst sein, wenn sich nicht auch die Infrastruktur entsprechend entwickeln könnte.

Abend für Abend stehen sehnüchrig hunderte von Chinesen, Männer, Frauen und Kinder vor dem Sheraton-Hotel Shanghai, machen dort Fotos und beobachten stundenlang die Zu- und

Abfahrt der Gäste. Aus dem chinesischen Volk ist der Zutritt nur hochgestellten Funktionären oder in Begleitung ausländischer Besucher gestattet. Befragt, warum sie dort stehen, geben sie zur Antwort, sie wollten diesen Standard auch einmal erreichen.

Spruchbänder gibt es auch noch, aber meist nur noch mit Parolen, wie: „Haltet die Straßen sauber“ oder „Beginne bei Dir selbst, dann wirst Du dem Volke helfen“.

Die Motivation, der Wunsch, schnell einen ähnlichen Standard zu erreichen wie wir, ist stark, die Lernfreude beachtenswert, die Lernfähigkeit immens.

Aber der Weg ist weit. Noch sehr viel Revolutions-Schutt muß auf diesem Wege beiseite geräumt, manche geistige und strukturelle, neue „Brücke“ für diesen Weg in die Zukunft gebaut werden. Ich meine damit marktwirtschaftlich brauchbare, alles umfassende Infrastruktur, von der Bildung bis zu Kommunikationssystemen, vom Steuerwesen bis zur Gesetzgebung.

Sie hörten vorhin, der Handel in unserem Sinne, der Großhandel fehlt ebenfalls. Auch darüber habe ich in China gesprochen. Über die Funktionen des Handels, die Möglichkeiten der Erschließung unseres Landes für die chinesischen Produkte über den Import-Großhandel. Ich habe versucht, meinen Zuhörern den unauflösbar zusammenhang von Handlungsfreiheit und Verantwortung für das eigene Handeln darzulegen und mich hat z.B. sehr interessiert, ob das, was wir als menschliche oder auch kaufmännische Tugenden bezeichnen, also Disziplin, Fleiß, Pünktlichkeit etc. trotz der völlig andersartigen kulturellen Entwicklung dieses Volkes mit uns vergleichbar oder sogar kongruent sei. Ich meine heute, daß Vergleiche ohne weiteres möglich sind und daß wir z.B. unsere Verkaufspsychologie, bei Berücksichtigung eines anderen Bildungsniveaus ohne viele Abstriche von hier nach dort übertragen können.

Die Chinesen hören bei solchen Themen immer sehr aufmerksam zu und stellen recht präzise Fragen.

Professor Shi, einer meiner Gesprächspartner sagte: „Wir sehen den Markt, der Markt benötigt Vorbereitung und er wird sich entwickeln. Aber wir brauchen Sie dazu. Bleiben Sie unsere Freunde!“ Und die Teilnehmer des Seminars riefen uns beim Abschied zu: „Denken Sie auch zu Hause an uns und vergessen Sie uns nicht!“

Wir werden sie nicht vergessen und ich meine, wir sollten ihnen ernsthaft weiter helfen und sie auf ihrer Reise von zehntausend Meilen, auf ihrer Reise in die Marktwirtschaft, zum beiderseitigen Nutzen aufmerksam begleiten.

Denn nur, wenn wir heute den Markt dort mitgestalten, werden wir morgen die bevorzugten Handelspartner sein.

Verschiedenes

Behördenvolontariat 1988

Behördenvolontariat 1988 im Rahmen der vom Bildungswerk der Bayer. Wirtschaft, einer Tochtergesellschaft der VAB (Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern) organisierten Behördenvolontariat beteiligt sich auch unser Landesverband. Führungskräfte der mittleren und oberen Führungsebene sollen einen Einblick in Problemstellungen, Organisation und Entscheidungsabläufe der Ministerialverwaltung erhalten.

Das Behördenvolontariat 1988 wird vom

22. Februar bis 4. März 1988 stattfinden. Als Teilnehmer sind vor allem Führungskräfte der oberen Führungsebene geeignet, die Außenkontakte und Kenntnisse über das gesellschaftspolitische Umfeld für ihre Arbeit benötigen.

Ein Vorgespräch wird stattfinden am

Freitag, dem 15. Januar 1988, 9.00 Uhr im Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr.

Der vorläufige Ablaufplan ist nachstehend abgedruckt:

15.01.1988,	Vorgespräch im Bayerischen Staatsministerium
9.00 Uhr	für Wirtschaft und Verkehr
2 Tage	Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr
1/2 Tag	Bayerischer Landtag
1 1/2 Tage	Bayerisches Staatsministerium der Finanzen
1 Tag	Staatskanzlei
1 Tag	Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen
1 Tag	Bayerisches Staatsministerium des Innern (mit OBB)
2 1/2 Tage	Individualaufenthalt in ausgewählten Ressorts der verschiedenen Staatsministerien
1/2 Tag	Abschlußveranstaltung im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr

Mobiler Aktenvernichter „frißt alle Daten“

Mit der Genehmigung der Regierung von Oberbayern und einer Erklärung der absoluten Verschwiegenheit konnte **Meinrad Müller** in München den bisher einzigen mobilen Aktenvernichtungs-Service starten.

Auf einen Lastwagen montiert „frißt“ der Reißwolf Kontoauszüge, Darlehensverträge und Depotabrechnungen. Plastikdeckel und Metallhalter sind für den unersättlichen Reißwolf kein Problem. In Sekundenschnelle werden unter den Augen der Verantwortlichen die geheimen Unterlagen zermalet und kommen hinten als winzige Schnipsel raus. Die Berge von Schnipseln werden von der Maschine gleich zu 100-Kilo-Ballen, das sind je nach Dicke 100 bis 200 Akten, gepreßt und zur Mülldeponie gefahren. Jedes Schnipsel-Paket kostet 94,- DM. Mitgliedsfirmen, die einen derartigen Service benötigen, wenden sich bitte an die Alpenland-Handelsgesellschaft mbH, München 50, Tel. 089/1504080.

Wirtschaftsvolontariat 1988

ebenfalls vom bbw organisiert, wird alljährlich ein Wirtschaftsvolontariat für Ministerialbeamte.

Das Wirtschaftsvolontariat 1988 wird durchgeführt vom

7. bis 25. März 1988. Firmen aus dem Kreise der LGA-Mitglieder, die sich an diesem Programm beteiligen wollen und einen Beamten in ihr Haus für einige Tage aufnehmen wollen, melden sich bitte bei der Hauptgeschäftsstelle des Landesverbandes in München.

Vorstandsmitglied Müller-Lotter eröffnet neues bbw-Haus

Der bildungspolitische Sprecher unseres Vorstands, Karl-Friedrich Müller-Lotter, Nürnberg, eröffnete im Namen des Vorstandes und der Geschäftsführung des bbw die neuen Geschäftsräume in Nürnberg. Das bbw ist eine Tochter der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern (VAB).

Messebeteiligungsprogramm 1988

- vom Messeausschuß erarbeitete Vorschlagsliste -

Die mit * gekennzeichneten Veranstaltungen werden nur bei ausreichender Beteiligung beschickt

Land/Ort	Datum	Veranstaltung	Bemerkungen
V.A.E./Dubai	8. - 13.1.	Middle East Electricity	Von Herrn Staatsminister bereits genebilligt. Vorbereitungsarbeiten laufen; amtliche Beteiligung
USA/Los Angeles-Anaheim	15. - 17.1.	NAMM - International Sound & Music Exposition	Abwicklung über Bundesverband Musikinstrumenten-Hersteller; Zuschußverfahren
Indien/New Delhi	5. - 5.2.	Interneponcon-Semiconductor '88	Zuschußverfahren; Abwicklung über VDMA - Landesgruppe Bayern -
Spanien/Valencia	11. - 17.2.	Toy Show	Antrag des Verbands der Spielwarenindustrie; amtliche Beteiligung
UdSSR/Moskau	Februar	Bolnitzta-Hospitalmed	Antrag AG der IHK Zuschußverfahren
Taiwan	7. - 11.3.	Eurotec '88	* Bayer. Gruppenbeteiligung unter Leiter der AG der IHK Zuschußverfahren
Indien/New Delhi	12. - 20.3.	Technogermania	Amtliche Beteiligung
DDR/Leipzig	13. - 19.3.	Frühjahrsmesse	Firmengemeinschaft der AG der IHK und aml. Informationsstand
Japan/Tokyo	1. - 4.4.	Europe Hightech	* Beteiligungsform noch offen. Abwicklung in Kooperation mit Baden-Württemberg
Griechenland/Athen	15. - 19.4.1988	Dt.-Griechische Technologiewoche	* Amtl. Informationsstand; ggfs. Prospektausstellung; Kooperation mit Baden-Württemberg
Portugal/Lissabon	3. - 8.5.	Internationale Messe	* Firmengemeinschaft im Zuschußverfahren (IHK) plus aml. Informationsstand
Ungarn/Budapest	18. - 26.5.	Internationale Frühjahrsmesse	Amtliche Beteiligung mit Firmengemeinschaft
Holland/Utrecht	11. - 14.9.	Möbelmesse	* Zuschußverfahren; Abwicklung über Verband der Bayer. Möbelindustrie
CSSR/Brünn	14. - 21.9.	Internationale Maschinenbaumesse	Wiederholung der bayer. Firmengemeinschaft. Abwicklung im Zuschußverfahren über AG der IHK
Schweiz/Basei	18. - 22.10.	Swisstec	* Bayer. Gruppenbeteiligung unter Leitung der AG der IHK; Zuschußverfahren
Singapore	23. - 26.11.	Metal Asia	Amtl. Beteiligung in Zusammenarbeit mit VDMA - Landesgruppe Bayern -
Bahrain/Manama	7. - 10.11.	Arab Build	* Wiederholung der amtlichen Beteiligung von 1986 mit Firmengemeinschaft
<u>Vorschau 1989:</u>			
VAE Dubai	Februar 1989	Arab Health '89	Wiederholung der erfolgreichen diesjährigen Beteiligung; Fläche bereits ausgebucht; Option muß bis Ende Juni genutzt werden.

Zurückgestellte Projekte

Türkei/Istanbul	Herbst 1988	Deutsche Wirtschaftsausstellung Türkei	Wiederholung der erfolgreichen Beteiligung des Jahres 1987 sofern die Veranstaltung bereits 1988 nochmals organisiert werden kann
Indonesien	18. - 22.10.	Forestry and Woodworking	Mögliche Kooperation mit Baden-Württemberg. Zunächst Ergebnisse der Beteiligung an der "Manufacturing Indonesia '87" abwarten
Schweiz/Bern	Termin offen	LIGAM Möbelmesse	Antrag des Verbandes der Bayer. Möbelindustrie. Zunächst sollen die Erfahrungen der diesjährigen LIGAM eingeholt werden
UdSSR/Moskau	19. - 26.10.	SKLAD	Informationseinhaltung durch Arge der IHK Bayern bei Arge der IHK BW abwarten. Kooperationsmöglichkeit mit BW

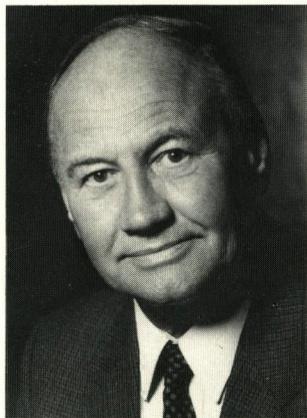
Personalien

Wir gratulieren

Herrn Dieter **Hoffmann**, Niederlassungsleiter unserer Mitgliedsfirma temo u. arbeco Handelsgesellschaft mbH, Textilgroßhandel in München, der mit Wirkung vom 1.10.1987 an für eine neue Amtsperiode von 4 Jahren zum ehrenamtlichen Richter beim Arbeitsgericht München berufen wurde. Wir gratulieren Herrn Hoffmann, der auch langjähriges Mitglied unseres Berufsbildungsausschusses ist, sehr herzlich zu dieser ehrenvollen Berufung.

Dr. Göke D. Frerichs – neuer BGA-Hauptgeschäftsführer

Zum neuen Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) wurde der Großhandelskaufmann Diplom-Volkswirt Dr. rer. pol. Göke D. **Frerichs**, Mitglied des BGA-Präsidiums, mit Wirkung vom 1. September 1987 berufen. Er tritt damit die Nachfolge von Dr. Jürgen Stahlmann an, der am 12. Juli 1987 verstarb.



Der neue Hauptgeschäftsführer, ein bewährter Anwalt marktwirtschaftlicher Grundsätze und liberaler Prinzipien in der Binnenwirtschaft und im Außenhandel, bringt in sein neues Führungsamt vielseitige nationale und internationale verbandliche, unternehmerische und politische Erfahrungen ein.

Dr. Frerichs, Vorsitzender des Aufsichtsrats des Einkaufskontors Frankfurt GmbH und stellvertretender Vorsitzender des Beirats der Uni Elektro GmbH, Eschborn, gehört seit 1987 dem BGA-Präsidium an und ist seit 1981 Vorsitzender des Landesverbandes des Groß- und Außenhandels für Hessen. Von 1969 bis 1976 war er Vorstandsmitglied und danach bis 1981 Vorstands-Vorsitzender der Andreea-Noris Zahn AG, Frankfurt/Main, und von 1977 bis 1981 Vorsitzender des Bundesverbandes des pharmazeutischen Großhandels.

Dem Deutschen Bundestag gehörte er von 1965 bis 1975 an; er war Mitglied des Wirtschaftsausschusses und des handelspolitischen Beirats sowie stellvertretendes Mitglied des Finanz- und des Verteidigungsausschusses.

Für den Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels war Dr. Frerichs bereits von 1951 bis 1969 als Geschäftsführer und stellvertretender Hauptgeschäftsführer tätig.

Präsident Klaus Richter hat – im Rahmen eines Presseinformationsgesprächs in Anschluß an die Sitzung des Präsidiums am 18. August – Dr. Frerichs als neuen Hauptgeschäftsführer der Bonner Wirtschaftspresse vorgestellt.

Rudolf Eschenbach – 80 Jahre

Am 6. Oktober 1987 konnte Herr **Rudolf Eschenbach**, Eschenbach Optik GmbH + Co. in Nürnberg, die Vollendung seines achzigsten Lebensjahres feiern. Herr Eschenbach durfte an diesem Tag zufrieden auf ein arbeitsreiches und erfolgreiches Leben zurückblicken – ist doch sein Name mit dem Wiedererblühen der Optik-Branche eng verbunden.



Der Sohn des Firmengründers und Großhandelskaufmanns Josef Eschenbach trat nach Ausbildung im In- und Ausland in den 20er Jahren in das väterliche Unternehmen ein. Sein Aufgabenschwerpunkt war das Ressort Verkauf. Diese Tätigkeit führte ihn auf vielen Reisen durch ganz Europa, wo er Kontakte und Freundschaften knüpfte, die sich bis auf den heutigen Tag bewährten. 1939 übernahm Rudolf Eschenbach die Leitung des Unternehmens. Nach dem Krieg widmete er seine ganze Kraft dem Wiederaufbau der väterlichen Firma. Er initiierte die Produktion optischer Geräte, die kontinuierlich zu dem heute vielfältigen Produktionsprogramm ausgebaut wurde.

Ab Mitte der 70er Jahre ging die Geschäftsleitung der Eschenbach Optik GmbH + Co an die Söhne Gerd und Walter Eschenbach über, die das Unternehmen nun in der dritten Generation erfolgreich führen. Rudolf Eschenbach war im Verband des deutschen Groß- und Außenhandels aktiv tätig und wirkte von Gründung an als Vertreter des Großhandels für den Bereich Brillen im heutigen Kuratorium „Gutes Sehen“ mit.

Zu seinem Geburtstag erhielt er aufgrund seiner noch immer großen Popularität Ehrungen aus dem In- und Ausland.

Wir gratulieren und wünschen Herrn Rudolf Eschenbach weiterhin alles Gute.

Kurt Bernreuther – 65 Jahre

Seinen 65. Geburtstag konnte am 6. August d. J. der geschäftsführende Gesellschafter unserer Mitgliedsfirmen, der Großhandelsgesellschaft mbH Sanitär – Heizung – Küchen sowie der Fachhandelsgesellschaft mbH Weinbau- und Kellereibedarf – Floristenkeramik in Würzburg, Kurt Bernreuther, feiern.

Im vergangenen Jahr konnte die Firma ihr 40jähriges Jubiläum feiern, denn die Wiege der Firma war 1946 gelegt worden. Damals bestand der Fuhrpark aus einem Motor- und einem Fahrrad. Dank seiner unternehmerischen Tatkraft konnte die Firma jedoch ein stetiges Wachstum verzeichnen. Seit 1974 liegt der Gesamtbetrieb am jetzigen Standort im Gewerbegebiet Lengfeld. Die Teilung in die heutige Großhandels- und Fachhandelsgesellschaft fand 1979 statt.

Heute arbeiten in der Firma über 100 Mitarbeiter.

Als Gründungsmitglied des GSH-Einkaufsverbandes erfreut er sich in diesem Kreise besonderer Wertschätzung. Ganz besonderes Augenmerk galt von Anfang an dem Berufsnachwuchs, wofür ihm auch die Anerkennung von Bundespräsident Carstens ausgesprochen wurde. Auch seine leitenden Angestellten stehen der Kammer im Prüfungsausschuß jederzeit zur Verfügung.

Kurt Bernreuther war bei der Gründung seines Unternehmens ein "Unternehmergeist" und der ist er bis heute geblieben, jedoch mit einem Auge auf die soziale Vorsorge seiner Mitarbeiter. Diese wünschten ihm weiterhin Gesundheit und Schaffenskraft und viel Freude am Erreichten. Diesen Glückwünschen schließt sich der LGA von Herzen an.

Horst Popp wieder Vorsitzender des IHK-Handelsausschusses

An der Spitze des Handelsausschusses der Kammer Bayreuth steht auch für die nächsten vier Jahre Horst Popp, Leiter unserer Mitgliedsfirma, der Bayreuther Großhandelsfirma Hassmann. Er wurde in der konstituierenden Sitzung des neu gebildeten Ausschusses einstimmig wieder gewählt.

Dem Ausschuß gehören 34 Mitglieder an, rd. ein Drittel davon neu. Auch die beiden Vizepräsidenten, Dr. Fritz Benker, Hof und Georg-August Hoppert, Bamberg, die die Interessen des Handels im Präsidium der Kammer vertreten, sind Mitglied. In seiner Begrüßung wies Popp auf die beratende Funktion des Ausschusses hin; er trage so in allen den Handel betreffenden Fragen zur Meinungsbildung von Vollversammlung, Präsidium und Geschäftsführung der Kammer bei.

Paul Kluger – 40 Jahre im Elektro-Fachgroßhandel

Am 25. August 1947 trat Herr Paul Kluger im Alter von 14 Jahren als kaufmännischer Lehrling in die Firma Gustav Zenetti, Elektro-Fachgroßhandel, Willy-Lessing-Straße, 8600 Bamberg ein.

Nach Beendigung der Lehrzeit war Herr Kluger 7 Jahre lang in der Buchhaltung tätig.

Danach wurde er im Bereich des Warenlagers eingesetzt und außerdem mit den Arbeiten der Preiseinsetzung auf Auftragsformulare betraut.

Im Jahre 1972 wurde das Betriebsgebäude Hafenstraße 19, 8600 Bamberg bezogen und seit dieser Zeit ist Herr Paul Kluger in der Filiale Bamberg der UEG, Unterfränkische Elektrizitätsgesellschaft, verantwortlich für den Bereich „Elektro-Installationsmaterial“.

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde wurde Herr Paul Kluger im Kreise der Betriebsangehörigen gewürdigt; dabei überreichte der Inhaber der UEG, Herr Rüdiger Westphal, außer dem Geldgeschenk auch die Münze des Hauses UEG, sowie ein Sekt-Präsent.

Ebenso erhielt Herr Paul Kluger die Ehrenurkunde der IHK Würzburg-Schweinfurt für 40 Jahre Dienstzeit.

Zu seinem Jubiläum begleiten ihn alle guten Wünsche für die Zukunft.

Zweimal „25 Jahre in UEG-Würzburg“

Am 22. Januar 1987 feierte Herr Kurt Hüttinger sein 25-jähriges Betriebsjubiläum und am 1. Juli 1987 konnte Herr Franz Förtsch auf 25 Jahre Tätigkeit im Hause UEG, Unterfränkische Elektrizitäts-Gesellschaft, Friedrich Westphal GmbH & Co. KG., Würzburg zurückblicken.

Herr Kurt Hüttinger wurde am 22. Januar 1962 als Lagerist und Kraftfahrer eingestellt und war 6 Jahre lang damit betraut u.a. die Versorgung der damaligen Außenläger sicherzustellen.

Seit 1968 ist Herr Hüttinger verantwortlich für den Wareneingang.

Herr Franz Förtsch wurde am 1. Juli 1962 zunächst als Lagerist beschäftigt, war dann Verkäufer im Innendienst und zwischen 1964 und 1966 verantwortlich bei der Warenannahme. Danach wurde Herr Förtsch in der Preiseinsetzung beschäftigt und ist seit 1972 verantwortlicher Kassier.

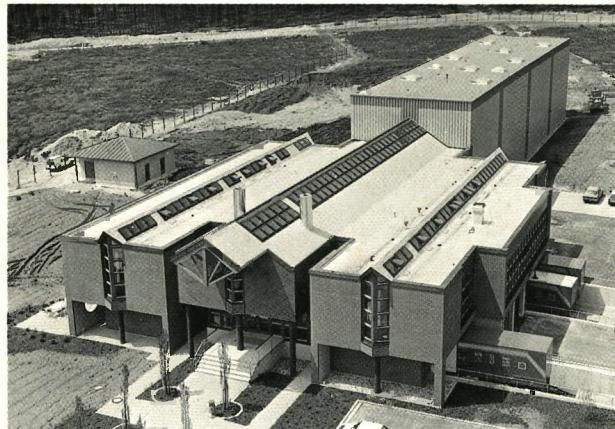
Im Rahmen einer kleinen Feierstunde würdigte der Inhaber der UEG, Herr R. Westphal, die Verdienste der Jubilare und überreichte außer den Geldgeschenken jedem Mitarbeiter auch die Münze des Hauses UEG, sowie ein Sekt-Präsent.

Ebenso erhielten die Herren Kurt Hüttinger und Franz Förtsch die Ehrenurkunde der IHK Würzburg-Schweinfurt, für 25 Jahre Dienstzeit.

B.W.M. Import – Export GmbH in neuen Räumen

Dynamik, Leistungsfähigkeit, Flexibilität und Service: Unter diesen Leitlinien eröffnete unsere Mitgliedsfirma B.W.M. ihr neues Verwaltungs- und Distributionszentrum in Weiden.

Lob für das weltweit angesehene Unternehmen bekamen Senior Gerhard Hör und Sohn Helmut allenthalben, ebenso wie die einhellige Begeisterung für den Bau ausgesprochen wurde.



Senior Gerhard Hör hieß Staatsminister Gustl Lang und Oberbürgermeister Hans Schröpf willkommen. Schröpf äußerte sich sichtlich erfreut über die Kreativität dieses Unternehmens. „Wir brauchen schöpferische Ideen“, so das Stadtoberhaupt. Als Arbeitsstempel im weitesten Sinne bezeichnete Schröpf den 16-Millionen-Mark-Neubau und übergab an Gerhard und Helmut Hör zwei Stadttaaler, als „Vorauszahlung auf die Gewerbesteuer, die bald bei der Stadt entrichtet werden müsse“.

Den Unternehmern Helmut und Gerhard Hör wurde das beste Zeugnis ausgestellt. B.W.M. genießt weltweit einen sehr guten Ruf und Helmut Hör sei als Marktnischenentdecker gefürchtet.

Innenminister Gustl Lang wertete Helmut Hör als einen Unternehmer, der sofort begreift, der sofort aufnimmt und voll Temperament sofort in die Tat umsetzt. Das Hörsche Unternehmen konnte seine Umsätze in 10 Jahren auf immerhin 30 Mio. DM pro Jahr steigern.

„Wir haben die Elektronik in der Werbemittelbranche salonfähig gemacht“, so Juniorchef Helmut Hör.

Daß dieser große Erfolg das Unternehmen auch in den nächsten Jahren begleiten möge, schließen wir in unsere herzlichen Gratulationswünsche mit ein.

adam kaeppel, Augsburg – 50jähriges Firmenjubiläum

Am Vorabend des Jahrestages der Gründung, am 25. September, der Firma adam kaeppel, Webwaren-Ausrüstung und Großhandel, waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Ehegatten, die freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Verkauf im In- und Ausland sowie die Pensionäre, die Gesellschafter des Mitarbeitermodells und die Familiengesellschafter zu einer Familienfeier zusammengekommen.

Den Auftakt bildete ein Empfang der Stadt Augsburg im wieder im alten Glanz erstehenden „goldenen Saal“ des Augsburger Rathauses durch den Herrn Oberbürgermeister Hans Breuer.

In seiner Begrüßung würdigte der Herr Oberbürgermeister das beispielhafte Zusammenwirken der jeweiligen Inhaber und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. So wurde seinerzeit von Gründer Adam und seinem Sohn Willi bereits 1939 eine Unterstützungs-kasse ins Leben gerufen.

1949 zahlte die Firma neben Ludwig Beck am Rathauseck als erste in Bayern ein Weihnachtsgeld aus. Ferner wurde ein Urlaubsgeld auf freiwilliger Basis eingeräumt und verdiente Mitarbeiter in Form einer Tantieme am Gewinn der Firma beteiligt.

1975 wurde unter der Inhaberschaft von Willi Kaeppel und der Geschäftsführung seiner Söhne Klaus und Heinz die Unterstützungs-kasse in eine Rentendirektzusage im Rahmen einer betrieblichen Altersversorgung umgewandelt und in der als „Kaeppel-Modell“ bekanntgewordenen Ergebnisbeteiligung die Mitarbeiter am Erfolg des Unternehmens beteiligt.

Die Herren Huber, Kinzer, Schönherr, Bühler, Felgel, Kolbinger, Schurer und Klaus Kaeppel erhielten aus der Hand des Herrn Oberbürgermeister einen Augsburger Silbertaler als Erinnerung dafür, daß sie mehr als die Hälfte der Firmengeschichte mitgetragen und mitgeprägt haben.

In seinen Ausführungen verdichtete Heinz Kaeppel, Vorstandsmitglied und Vorsitzender unseres Berufsbildungsausschusses, der heutige Inhaber, die Philosophie des Unternehmens in einem Satz: Der Nutzen unserer Kunden ist unser Lohn, unser Kapital das Können und die Leistung der Menschen in unserem Unternehmen, unsere Zukunft das Vertrauen unserer Partner.

adam kaeppel bietet seinen Kunden und Partnern vor allem bedruckte und gewebte Bettwäsche an. Kaeppel gehört heute mit zu den bekanntesten Marken auf dem Bettwäschemarkt. Neben den Kinder- und Jugendlizenzen aus Film, Fernsehen und Comic, wie „Biene Maja, Heidi, Pumuckl, Schlümpfe, Muppet-Babies, Tom & Jerry, Walt Disney's Donald Duck“ u.v.a. mehr, die gelungen und liebevoll auf Bettwäsche gestaltet sind, bringt Kaeppel eine breite Palette von Bettwäsche mit originellen Ideen aus dem Bereich Freizeit, Sport, Abenteuer und Romantik. Daneben wird aber eine dezente, konservative Mode in Muster und Farbgebung nicht vernachlässigt.

Ferner werden Dessins aus den Bettwäschenkollektionen für andere Verwendungszwecke im Verarbeitungsbereich und im Meterwarenhandel vermarktet. Darüber hinaus werden für die weiterverarbeitende Industrie und den Meterwarenhandel speziell Kollektionen erarbeitet wie z.B. eine Trachten- und Folklore-Kollektion, Faschingsstoffe, Futterstoffe, Stoffe für den Campingbereich.

Zu den Kunden des Hauses gehören Versender, Konzerne, Verbände, Großhandel, Fach- und Einzelhandel in ganz Europa.

Wir gratulieren der Firma von Herzen und wünschen weiterhin guten Erfolg.

40 Jahre alt – Firma Würth in Erlangen

Auf eine 40jährige, erfolgreiche Firmengeschichte konnte in diesen Tagen unsere Erlanger Mitgliedsfirma, das Unternehmen Würth GmbH, zurückblicken.



Die Sanitär- und Röhrengroßhandlung, Installationsbedarf und Einbauküchen beliefert die Fachhandelskunden in Erlangen und seinem Umland seit 1947. Die stetige Aufwärtsentwicklung der Firma, die am 1. Oktober 1947 von dem Vater des jetzigen Firmenchefs, Hans Würth, als Einmannbetrieb gegründet wurde, basiert auf dem Vertrauen, das die Fachleute dem Unternehmen entgegenbrachten.

Der heutige Leiter der Würth GmbH, Ernst Würth, schätzt diesen engen Kontakt zum ortsansässigen Handwerk. Die Zusammenarbeit hat sich in Jahrzehnten bewährt. Die bestehenden Musterbäder und -küchen sind auch für den Privatkunden zugänglich. Der Grund ist der, daß wenn der Kunde kommt und sich entscheidet, der zuständige Fachinstallateur dabei sein sollte. Denn dieser kennt die örtlichen Gegebenheiten und sorgt für den fachgerechten Einbau.

20 Mitarbeiter, viele von ihnen im Hause ausgebildet, sorgen für einen reibungslosen Service für die Kunden. Schließlich sind über 3000 Einzelposten, von den Armaturen bis zum Zentralthermostaten zu verwalten, nachzubestellen und zu kommissionieren. Seit 40 Jahren vertraut der große Kundenkreis dem kompletten Teilelager und einem blitzschnellen LieferService. Der speziellen Fachberatung wird großes Gewicht beigemessen und zwar von allen Mitarbeitern.

Dem Würth-Team, an deren Spitze Ernst Würth, wünschen wir auch für das kommende Jahrzehnt eine gedeihliche Geschäftsentwicklung.

Mit Erfolg durch die ersten fünf Jahre – A. Schweiger GmbH in München

Die ersten Hürden nach einem gelungenen Start sind nach fünf Jahren seit der Existenzgründung genommen. Ein Beispiel für einen erfolgreichen Sprung in die Selbstständigkeit liefert die A. Schweiger GmbH, Spezialteile der Elektrotechnik, in Heimstetten bei München. Vor wenigen Wochen konnte der Umzug ins eigene Haus nach Heimstetten erfolgen, der neue Firmensitz.

Nach einer 13jährigen Angestelltentätigkeit wagte 1982 A. Schweiger nur mit einem ehemaligen Lehrling den Sprung ins kalte Wasser. Der erste Firmensitz in Holzkirchen etablierte sich in einer Souterrainwohnung, ein geliehener Schreibtisch bildete das erste Mobiliar. 1983 im April erfolgte jedoch der erste Umzug in das Ge-

werbegebiet-Nord der Stadt München. Allerdings wurden auch diese Räume bei der Expansion des Unternehmens bald zu klein. Deshalb erfolgte der Neubau in Heimstetten unter Beratung durch Herrn Dipl.-Kfm. Udo Schröter von der Gesellschaft für Handelsberatung, einer Tochtergesellschaft unseres LGA.



Heute beschäftigt die Firma neun Mitarbeiter, ein junges Team, das den Service-Gedanken weit in den Vordergrund gestellt hat. Die Betreuung und Beratung des Kunden, ein guter Kontakt zu Kunden und Lieferanten gehören neben den Spezialteilen zur erklärten Philosophie dieser jungen Firma.

Wir wünschen ihr, daß sie auch die nächsten fünf Jahre mit dem gleichen Tempo erfolgreich bestehen kann und daß die geplanten Umsatzziele in Erfüllung gehen mögen.

Buchbesprechungen

Die Zukunft des Handels

Von Gerd Gerken, Unternehmensberater für Zukunftsgestaltung und Trendanalysen.

Herausgeber von RADAR FÜR TRENDS.

1987, 300 Seiten, Leinen DM 68,-.

Rudolf Haufe Verlag, Postfach 740, 7800 Freiburg

Dieses Buch beschreibt die wichtigsten 3 Megatrends, auf die sich der Handel einstellen muß, damit er auch in Zukunft erfolgreich ist: Der Trend zur Multi-Option (Alles unter einem Dach – Spezialisierung auf mehr Fülle und mehr Wahl-Alternativen). Der Trend zu paradoxen Konsum-Kulturen (High Touch – Gegenorientierung zu High Tech). Der Trend zur Infoware (Vom Produkt zur Information).

Das Buch basiert auf realen Entwicklungen, die heute schon zu beobachten sind. Es will den Führenden im Handel auffordern, sich mit neuen Handlungsstrategien vertraut zu machen.

Ein wichtiger Wegweiser in eine Zukunft, die für den Handel bereits begonnen hat.

GfK-Handelskennzahlen 1987

Tabellenband · 119 Seiten,

Großformat 21 x 30 cm, DM 120,- + MwSt.

Verlag Norbert Müller GmbH, Postfach 81 06 05, 8000 München 81

Mit dem Tabellenband „GfK-Handelskennzahlen 1987“ bietet die GfK-Handelsforschung in Nürnberg einen umfassenden Überblick über die wesentlichen Handelsstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Daten zeigen die Situation im Lebensmittelhandel und in allen wichtigen Absatzkanälen des Non-Food-Bereiches.

Das Zahlenwerk gibt Aufschluß über die aktuelle Entwicklung der Geschäftstypen (Verbrauchermärkte, Discounter, traditioneller Lebensmitteleinzelhandel) sowie der Organisationsformen (Co op, Edeka, Rewe-Leibbrand, Spar etc.). Ausführlich wird über die Entwicklung der Verkaufsflächen im Einzelhandel zwischen 1982 und 1987 berichtet. Eine detaillierte Prognose, die bis 1990 reicht, gibt Anhaltspunkte für die Absatzplanung.

Tendenzen im Non-Food-Bereich werden u.a. für folgende Einzelhandelsbranchen mit aktuellen Zahlen belegt: Foto, Elektro, Computer, Spielwaren, Sport, Glas, Porzellan, Hausrat, Tapeten, Möbel, Kfz-Zubehör, Werkzeugmaschinen. Die 3.000 Daten des Tabellenbandes spiegeln die Handelsstrukturen zum Jahreswechsel 1986/87 wider. Sie bilden gleichzeitig die Basis für die Hochrechnung des Handelspanels der GfK-Handelsforschung für das laufende Jahr. Das Zahlenwerk ist für jedes Unternehmen ein wichtiges Werkzeug der Vertriebsplanung und Kontrolle.

Außendienstschatzung in Deutschland

Untersuchungsbericht

Großformat 30 x 21 cm · DM 150,- + MwSt.

Verlag Norbert Müller GmbH, Postfach 81 06 05, 8000 München 81

Unternehmen, die jährlich bis zu 1000 DM pro Außendienstmitarbeiter für Schulung ausgeben, kommen auf Gesamtaußendienstkosten von 10,4% vom Umsatz. Unternehmen, die jährlich 5000 – 10000 DM pro Außendienstmitarbeiter für Schulung ausgeben, kommen auf Gesamtaußendienstkosten in Höhe von 5,8% vom Umsatz!

Diese Zahlen beweisen, daß der Schulungsaufwand eine Top-investition darstellt, die zu niedrigeren Vertriebskosten und zu höheren Verkaufsgewinnen führt. Ermittelt wurden diese Daten im Rahmen der Umfrage „Außendienstschatzung in Deutschland“, die vor kurzem von dem in München erscheinenden Beratungsbüro Verkaufsleiter-Service durchgeführt wurde.

An der repräsentativen Erhebung haben 239 Konsumgüter-, Investitionsgüter- und Dienstleistungsunternehmen teilgenommen. Unter die Lupe genommen wurden u.a. folgende Trainingsprobleme: Umfang der externen und internen Schulung; Themen, Methoden und technische Hilfsmittel der Außendienstschatzung; jährlicher Schulungsaufwand; Ermittlung des Schulungsbedarfes und Kontrolle des Lernerfolges; Auswahl und Honorierung externer Verkaufstrainer.

Fachleute schätzen, daß in der Bundesrepublik jährlich 1,5 Mrd. DM für die Außendienstschatzung aufgewendet werden. Trotz dieser Milliardeninvestition ist das Trainingsgeschehen im Außendienst bisher kaum unter die Lupe genommen worden. Diese Informationslücke schließt der vorliegende Untersuchungsbericht.

Die Neu-Besteuerung des Hausbesitzes

Die neue Rechtslage ab 1987, bearbeitet von Ministerialrat Dr. G. Stuhrmann, Bundesministerium der Finanzen

2. Auflage – DIN A 4 – 84 Seiten –

Bestell-Nr. ISBN 3-08-317987-1 D, DM 29,-, Stofffuß-Verlag, 5300 Bonn 1, Postfach 24 28

Die Neubesteuerung des selbstgenutzten Wohneigentums ab 1.1.1987 führt vor allem wegen der komplizierten Übergangsregelungen zu Schwierigkeiten. Das zeigen nicht zuletzt die verschiedenen bisher ergangenen BFM-Schreiben, so zuletzt vom 15.5. 1987 mit Erläuterungen zu den Neuregelungen der §§ 10e und 34 f EStG.

Die Neuauflage bietet allen Hausbesitzern, Bauwilligen und Steuerberatern die notwendige Sicherheit, die richtigen steuerlichen Entscheidungen zu treffen, die nicht mehr rückgängig zu machen sind.

Die wesentlich erweiterte 2. Auflage enthält zahlreiche Beispiele und praxisnahe Lösungen zur Anwendung des Wohneigentumsförderungsgesetzes und berücksichtigt darüber hinaus alle bewertungsrechtlichen Abgrenzungsfragen zum Begriff „Wohnung“. Dieser Begriff ist wichtig für die Einheitsbewertung des Grundvermögens, für die Grundsteuer und die Grundsteuervergünstigungen, aber auch für die Ausschöpfung von Steuerersparnismöglichkeiten bei der Einkommensteuer.

LUX/REISER**Das Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren des internationalen Handels**

ISBN 3-88784-106-9

Oktober 1986, 512 Seiten, A4, kartoniert, 63,60 DM
Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Breite Straße 78-80,
5000 Köln 1

Mit der Einführung dieses neuen Systems ab 1. Januar 1988 werden bedeutsame Änderungen in Kraft treten, auf die sich alle am internationalen Handel Beteiligten einstellen müssen:

1. Das Harmonisierte System wird die gegenwärtige Nomenklatur des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens ablösen. Dadurch ergeben sich Änderungen beim Zolltarif und der Außenhandelsstatistik.
2. Es soll ein integrierter Zolltarif der Europäischen Gemeinschaften (TARIC) eingeführt werden. Dies wird sich auf Inhalt und Gestaltung des Deutschen Gebrauchs-Zolltarifs auswirken.
3. Das Einheitspapier wird an die Stelle vieler unterschiedlicher Formulare für die Anmeldung der Waren bei der Einfuhr, Ausfuhr, beim Versand etc. treten.

Das Werk informiert umfassend über diese Themen. Es enthält ferner:

- eine Gegenüberstellung zwischen der gegenwärtigen Nomenklatur des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens und dem Harmonisierten System sowie
- Umschlüsselungstabellen für diese beiden Nomenklaturen,
- Erläuterungen zu den wesentlichen Änderungen der Nomenklatur des Harmonisierten Systems gegenüber der derzeitigen Nomenklatur und
- zwei Musterbeispiele des künftigen Deutschen Gebrauchs-Zolltarifs.

Bilanz- und Betriebsanalyse

unter Berücksichtigung des Bilanzrichtlinien-Gesetzes

Von Rudy Riemer, Steuerberater

3. Auflage – DIN A4 – 108 Seiten – ISBN 3-08-319587-7 – DM 37,80

Der Leitfaden Bilanz- und Betriebsanalyse unter Berücksichtigung des Bilanzrichtlinien-Gesetzes macht dem Leser die jahrzehntelange Erfahrung des Autors in der betriebswirtschaftlichen Analyse und Beratung von Unternehmen zugänglich. Er bietet ein System von Kennzahlen zur Erfassung und Bewertung quantitativer Merkmale der zu analysierenden Unternehmen und darüber hinaus einen umfangreichen Fragebogen zur Erfassung der oft noch viel wichtigeren qualitativen Merkmale der Unternehmen. Durch die systematische Vorgehensweise, zu der der Leitfaden anhält, ermöglicht er dem Steuerberater die einheitliche und deshalb rationelle Erstellung aller bei ihm anfallenden Bilanz- und Betriebsanalysen. Er garantiert darüber hinaus die vollständige Erfassung aller für die Analyse relevanten Daten. Außerdem bietet der Leitfaden einen Muster-Analysebericht im Textbaustein-System. Er erleichtert und rationalisiert dadurch die Darstellung der Analyseergebnisse.

Seminare & Lehrgänge

Seminar für Mitarbeiter**“Die Doppelaufgabe des Außen-
dienstes: Repräsentant der
Firma, Partner des Kunden”**

2 Tage, jeweils von 9 - 17 Uhr

Termin auf Anfrage

Buchhaltungsfachkraft**Vorbereitung auf die Prüfung**

Tageslehrgang, täglich von 7.45 - 14 Uhr

Gebühr 2.508,— inkl. Lehrmaterial

Förderung durch das Arbeitsamt

Lg.-Nr. 25104 München 4. 11. 87 - 9. 3. 88

**Ausbildungsabschluß
für Erwachsene**

Vorbereitung auf die kaufmännische Abschlußprüfung im Ausnahmeverfahren für die Berufe Kaufmann im Groß- und Außenhandel und Bürokaufmann

Abendlehrgang jeweils Mo + Mi

von 18.45 - ca. 21.55 Uhr

Lg.-Nr. 15102 München 23. 11. 1987

Samstaglehrgang von 8.15 - 16.30 Uhr

Lg.-Nr. 15103 München 28. 11. 1987

**Förderwoche für Nachwuchs-
Außendienstmitarbeiter**

5 Tage, jeweils von 9 - 17 Uhr

Lg.-Nr. 46102 München 30. 11. - 4. 12. 87

Referenten: Dipl.-Ing. D. Kadach

Dipl.-Psych. M. Wagner

**Bilanzbuchhalter -
Tageslehrgang****Vorbereitung auf die Abschlußprüfung**

Dienstag mit Samstag,

jeweils von 8 - 14.30 Uhr

Gebühr 3.404,— DM

Förderung durch das Arbeitsamt

Lg.-Nr. 25114 München 24. 11. 87 - 9. 4. 88

Information und Anmeldung

Bildungszentrum des Bayerischen Handels

Briener Str. 47, 8 München 2,

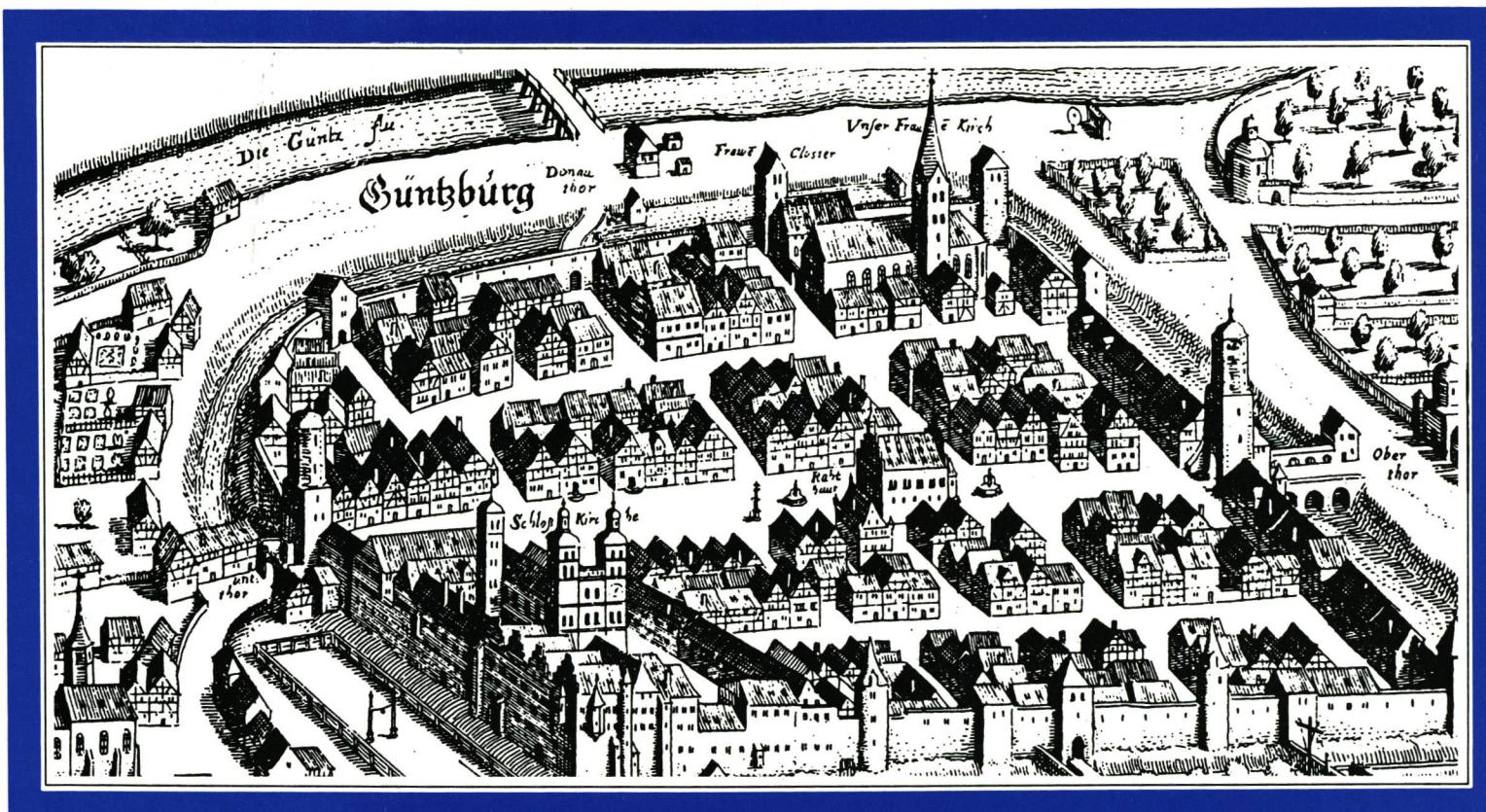
Telefon 089/55145-0



Die Stadt Günzburg erhielt im 14. Jahrhundert durch die Habsburger Landesherrn das historische Gesicht, von dem sie heute noch geprägt ist. Die mittelalterliche Stadt wandelte sich 1609 unter Markgraf Karl zur Residenzstadt.

Im 18. Jahrhundert galt ihr das staatspolitische Interesse vor allem Maria Theresias. Heute ist Günzburg, die Perle des gesamten Schwabenlandes, eine attraktive Einkaufsstadt, die allen Wünschen einer breiten Käuferschicht gerecht wird.

Damit dies auch in Zukunft so bleibt, wird viel von den Günzburger Kaufleuten für die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter getan. Ihr Partner ist das Bildungszentrum des Bayerischen Handels in München, das natürlich auch in Günzburg präsent ist.



Günzburg

Bildungszentrum des
Bayerischen Handels
Briener Straße 47
8000 München 2
Telefon 089/55 145-0

Jahresabschluß

Bilanz zum 31. Dezember 1986

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
Landesverband des Bayerischen
Groß- und Außenhandels
Ottostraße 15 · 8000 München 2

Aktivseite	DM	DM	Passivseite	DM
Kassenbestand	1 030,82		Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	
Positscheckguthaben	2 919,50		a) täglich fällig	—
Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zins und Dividenden- scheine sowie zum Einzug erhaltenes Papiere	100 000,—		b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger	1 526 277,78
Forderungen an Kreditinstitute			Rückstellungen	
Täglich fällig	618 507,40		a) Pensionsrückstellungen	295 768,—
mit einer vereinbarten Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als 3 Monaten	—		b) andere Rückstellungen	291 050,—
mindestens drei Monate, aber weniger als vier Jahren	—		Sonstige Verbindlichkeiten	3 196 618,—
vier Jahren oder länger	120 000,—		Stammkapital	206 079,37
Anleihen und Schuldverschreibungen			Offene Rücklagen (Haftungsfonds)	100 000,—
mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren des Bundes und der Länder	1 659 248,32			3 074 529,25
von Kreditinstituten	3 462 209,27			
Sonstige	—			
davon: belehbar bei der Deutschen Bundesbank DM 5 121 457,59	5 121 457,59			
Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind: börsengängige Anteile und Investmentanteile	1 743 447,93	1 743 447,93	Summe der Passiven	8 104 304,40
Beteiligungen	62 000,—		Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechselse- und Scheck- bürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	5 931,—		Vermerk der Pensionszahlungen gemäß § 159 Aktiengesetz:	
Sonstige Vermögensgegenstände	206 966,99		Im Geschäftsjahr 1986 wurden DM 37 257,96 Pensionszahlungen einschließlich Zahlungen an rechtlich selbständige Versorgungskassen geleistet. Für die folgenden fünf Geschäftsjahre rechnen wir mit Versor- gungszahlungen in Höhe von je 97% dieses Betrages.	
Bilanzverlust	122 043,17			
Summe der Aktiven	8 104 304,40			
Forderungen aus unter § 15 Abs. 1 Nr. 1 bis 6, Abs. 2 des KWG fällenden Krediten	DM —	DM 44 248 249,—		
Rückgriffforderungen	DM 28 257 300,70			

München, den 7. März 1987
Münchener Handelsgesellschaft für den Handel in Bayern GmbH
gez. Kahlich
gez. von Reumont
gez. Sattel

Vermerk der Pensionszahlungen gemäß § 159 Aktiengesetz:
Im Geschäftsjahr 1986 wurden DM 37 257,96 Pensionszahlungen einschließlich Zahlungen an rechtlich
selbständige Versorgungskassen geleistet. Für die folgenden fünf Geschäftsjahre rechnen wir mit Versor-
gungszahlungen in Höhe von je 97% dieses Betrages.

Kreditgarantiegemeinschaft für den Handel in Bayern GmbH
gez. Kahlich
gez. von Reumont
gez. Sattel



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
Landesverband des Bayerischen
Groß- und Außenhandels
Ottostraße 15 · 8000 München 2



Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV



Telefax 59 30 15

41. Jahrgang 1987 · München
Nov./Dez. 1987 · Nr. 6/1987

	3	Zum Jahreswechsel
Arbeitgeberfragen	5	Koalitionsbeschlüsse zur Krankenversicherung sind Halbheiten
Berufsausbildung und -förderung	5	Ausbilder-Eignungsverordnung Ablauf der befristeten Befreiungen
	7	Berufliche Bildungsgänge aufgewertet
Außenhandel	7	BGA fordert schnelle Ratifizierung des Unictral-Übereinkommens
Personalien	9	
Buchbesprechungen	11	



*Wir wünschen allen Mitgliedsfirmen
ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches Neues Jahr*

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:

Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Kfm. Sauter (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsausbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Bethcke · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint alle 2 Monate. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Ottostraße 15. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, München 2, Ottostraße 15, Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 8000 München, Ottostraße 15. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, München 2, Ottostraße 15. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Druck: typobierl, 8000 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 3 59 60 66-68.

Zum Jahreswechsel

Mit dem Jahreswechsel verbinden sich seit jeher kritische Rückbesinnung und besorgte Vorschau im Sinne einer Situationsanalyse, die zu optimalen Startbedingungen für ein erfolgreiches Marktverhalten im neuen Jahr verhelfen soll. Selten war es aber so schwierig wie heuer, die eigene Position vor dem Hintergrund realistischer Erwartungen zu orten und daraus begründete Motivationen für neue Initiativen abzuleiten. Machen wir uns nichts vor, wir sind zweifelnd und unsicher geworden, bei aller Entschlossenheit, das Feld zu behaupten und neue Erfolge zu erzielen.

Eine soeben veröffentlichte Analyse des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) bescheinigt dem Groß- und Außenhandel, daß er seine gesamtwirtschaftliche Bedeutung behauptet habe. Die Anpassung an neue Umfelder sei vor allem durch kräftige Produktivitätszuwächse gelungen. Der Groß- und Außenhandel weitete in den Jahren von 1967 bis 1986 seinen Umsatz um jahresdurchschnittlich 6,5% aus, während in der selben Zeit das Bruttosozialprodukt nominal um jahresdurchschnittlich 7,5% wuchs.

Nach einer eigenen Erhebung unseres Landesverbandes rechnen 16% der Betriebe des bayerischen Groß- und Außenhandels mit fallenden, 28% dagegen mit steigenden Umsätzen im Jahr 1987. Damit beweist sich erneut die Puffersituation des Großhandels zwischen den Wirtschaftsstufen, in der ihn konjunkturelle Schwankungen jeweils erst mit einer zeitlichen Phasenverschiebung erreichen.

Neben den recht positiven Umsatzerwartungen ist die Ertragsentwicklung unserer Betriebe allerdings unverändert angespannt. Nur 9% erwarten steigende, 56% hingegen gleichbleibende und immerhin 35% schlechtere Ergebnisse. Hauptursache sind erneut die Personalkosten. Trotzdem planen 15% der Betriebe, – vorwiegend größere Unternehmen –, Personalzuwächse.

Nach anfänglicher Stagnation haben sich die Großhandels-Umsätze 1987 wieder erholt: Bis November verzeichnen wir eine Verbesserung um rd. 1% real, was einer Minderung um rd. 4% nominal entspricht.

In das Jahr 1988 kann der Groß- und Außenhandel nur mit gespannter, abwartender Zurückhaltung gehen. Zu groß, zu zahlreich sind die Unwägbarkeiten:

- Über allem steht natürlich die sog. Dollarkrise, die weltweite Börsenzusammenbrüche in nicht für möglich gehaltenen Größenordnungen ausgelöst hat. Es stellt sich die Frage: wo wird der Dollar endlich stehenbleiben. Werden es die längst vorhergesagten DM 1,60 sein oder werden sich die in der Reagan-Administration außerordentlich einflußreichen Verfechter der Linie unter DM 1,60 durchsetzen? Längst klingen die Erklärungen des amerikanischen Präsidenten, von Kongreß und Senat, man wolle wirksame Maßnahmen zur Stabilisierung der Leistungsbilanz ergreifen, nicht mehr so glaubhaft wie früher. Aber es stellt sich auch die Frage, ob der „Große Bruder“ wieder Ordnung in seine Finanzen bringt.

gen kann, wenn er durch weitere Dollarschwächungen zuläßt, daß die Wirtschaftskraft und das Exportvolumen seiner Partner so stark unter Druck geraten, daß die Auswirkungen auf ihn selbst zurückslagen.

- Die politische Lage in der Bundesrepublik kann trotz unbestreitbarer Stabilität nicht befriedigen. Es sind nicht echte Fehlschläge, die beunruhigen, es ist vielmehr die unglaubliche Naivität und Ungeschicklichkeit, mit der die Bundesregierung es zuläßt, daß selbst unbestreitbare wirtschaftspolitische Erfolge durch Andersdenkende in Desaster umgemünzt werden. Die politische Moral aller Seiten wird geprägt von starken Sprüchen und massiver Beeinflussung. informative und objektive Sachdiskussionen besitzen Seltenheitswert. Wir sind im Begriff, angesichts Staatsverdrossenheit und Anspruchsdenken nun auch noch das Demokratieverständnis aufs Spiel zu setzen.

Macht es da einen Sinn, wenn nun selbst Unternehmer in die Regierungsschelte über deren angebliche „Unfähigkeit“ einstimmen? Natürlich gefallen uns manche Vorhaben und Entscheidungen nicht. Natürlich beklagen wir uns über einzelne Bereiche der Steuerreform. Natürlich ist die Einführung der Quellensteuer nicht der Weisheit letzter Schluß. Auch das Auseinanderdriften des Thesaurierungssteuersatzes der Körperschaftssteuer und des Spitzensatzes der Einkommensteuer führt nach unserer Auffassung zu Wettbewerbsverzerrungen. Schließlich meinen wir, daß die steuerliche Entlastung der Betriebe unzureichend ist und insbesondere im Bereich der Warenlagerbewertung Erleichterungen für den Großhandel überfällig sind. Aber wir dürfen doch den Blick für das Ganze nicht verlieren. Die Steuerreform kommt spät, vielleicht zu spät, aber sie bleibt eine wirksame Reform, ein großer und guter Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen 1988 zurückfinden auf den goldenen Pfad der Wahrheit und der Mitte oder wir liefern unsere Demokratie den Querulant aus.

- Die sozialen Leistungssysteme sind ein Werk auch der Arbeitgeber. Deshalb sollte niemand ernsthaft behaupten wollen, man habe den Unternehmern die Segnungen unseres Sozialstaates allesamt erst abtrotzen müssen. Wenn jedoch die Lohnnebenkosten laufend weiter steigen, dann kann unsere Wirtschaft einfach nicht mehr wettbewerbsfähig bleiben. Schon heute wandern Produktionszweige in Niedriglohnländer ab, werden Produktionsstätten ausländischer Konzerne in Deutschland geschlossen. Wer unbirrt weitere Sozialvergünstigungen, Arbeitszeitverkürzungen und kostenträchtige Nebenleistungen fordert, der trifft letztlich die Sicherheit derer, denen diese grob-fahrlässig herbeigeredeten „Segnungen“ zugute kommen sollen. Der Großhandel hat eine zeitlang zu Lasten seiner Erträge Kostensteigerungen auffangen können. Inzwischen stehen unsere Betriebe aber im wahrsten Sinne des Wortes „mit dem Rücken zur Wand“. Die „Flucht nach vorn“, in den Umsatz, ist in vielen Branchen nicht mehr möglich.

- Wir brauchen dringend eine Kostenberuhigung. Nach weitgehender Ausschöpfung der vorhanden gewesenen Rationalisierungsreserven sind solche Kostenberuhigungen aber nur noch im Personalbereich möglich, sofern wir nicht auch noch auf Investitionen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit verzichten sollen.
- Die Strukturveränderungen auf unseren Märkten sind in vielen Branchen noch nicht abgeschlossen. Direktbelieferungen der Industrie auf der einen und Großbetriebsformen des Einzelhandels auf der anderen Seite, vorwiegend im Konsumgüterbereich, treffen unmittelbar die Vertriebskapazitäten des Großhandels. Die Devise für den Großhandel, nicht nur in dieser Situation, lautet: Wachstum, Diversifikation der Vertriebsleistungen und Kooperation. Abwehrstrategien können aber nicht erst im Zustand akuter Gefährdung entwickelt werden, sie bedürfen der ständigen Umsetzung in die Praxis, der Verfeinerung und Anpassung. Stillstand bedeutet das Ende, auch wenn es lange dauern kann, bis es wirklich zu Ende ist.
- Im internationalen Handel droht neben dem Wechselkurs- und Dollar-Schwächebazillus noch eine weitere Gefahr: der weltweite Protektionismus. Es fehlt ganz offensichtlich an politischem Willen und an der politischen Einsicht, diese Geißel des Welthandels auszurotten. Die neuerdings aus den USA immer deutlicher hörbar werdenden Forderungen nach Abschottung nationaler Märkte sind gerade angesichts des mit dem Dollar ohnehin verbundenen Krisenmanagements offensichtlich mehr als nur eine Drohgebärde. BGA-Präsident Richter ist voll zuzustimmen, der in Berlin, am 30. Sept. 1987 sagte: „Die Marktwirtschaft als entwicklungsfördernder Ordnungsrahmen für die Länder der Dritten Welt wird nur dann glaubhaft und erfolgversprechend sein, wenn ihre Verfechter – die Industrieländer – mit einer liberalen Politik der Markttöffnung deutliche Akzente setzen“.

Für das neue Jahr sind also gedämpfte Erwartungen und Zurückhaltung ebenso angezeigt wie höchste Aufmerksamkeit auf den nationalen und internationalen Märkten. Der Verzögerungseffekt, mit dem der Großhandel in Konjunkturtälern wie in Aufschwungphasen erreicht wird, ist zwar eine aus der Erfahrung abzuleitende, bisher regelmäßige Erscheinung, aber durchaus keine unabänderliche Gesetzmäßigkeit. Die verstärkt betriebenen Investitionen des Großhandels in den letzten Jahren signalisieren Vertrauen und unternehmerische Zuversicht. Es wäre sicher die verkehrteste Reaktion, Zuversicht jetzt in Resignation und damit ungewollt herbeigeführte Stagnation umschlagen zu lassen. Die Mittel der modernen Medien- und

Datentechnik sollten ausreichen, um frühzeitig alternative Signale zu erkennen und Gegenstrategien zu entwickeln. Dazu gehören die in der Vergangenheit in mehreren Branchen praktizierte Expansion in andere Vertriebsinhalte ebenso, wie neue Lieferantenstrategien mit Depotverträgen, Sortimentskonzentrationen, Importkooperationen, neuen Einkaufsgruppierungen und Systempartnerschaften. Der Großhandel hat in einem unter Druck stehenden Markt stets zu neuen Chancen und Konzepten schon allein deshalb leichter finden können, weil mit der wachsenden Abhängigkeit von seinen Vertriebsleistungen die Versuchung schwindet, ihn zu umgehen, und zwar sowohl von Lieferanten- als auch von Abnehmerseite.

Es wird also 1988 darauf ankommen, solide Leistungen zu bieten, Kommunikations- und Informationssysteme in die unternehmerische Planung und Entscheidungsfindung einzubeziehen und nicht nachzulassen, Marktnischen aufzuspüren. Die ungewöhnlich große Zahl erfolgreicher Existenzgründer der letzten Jahre – auch im Großhandel – beweist, daß solche Marktnischen sich gerade dem serviceorientierten Handel immer wieder bieten.

Wichtig wird es auch sein, die Qualifikation der Mitarbeiter zu pflegen, – aber auch den eigenen Wissensstand stets auf dem laufenden zu halten. Ein Weg, dem steigenden Personalkostendruck entgegenzuwirken ist es auch, die Personalleistung durch Qualifikation zu steigern. Der Groß- und Außenhandel steht nun einmal national wie international an der Nahtstelle zwischen Produzenten einerseits und Abnehmern andererseits, d.h., er wird mit Forderungen und Ansprüchen von zwei Seiten konfrontiert, und zwar über den rein quantitativen Rahmen hinaus auch mit qualitativen Herausforderungen.

Es kommt aber auch und immer stärker darauf an, die Solidarität der Unternehmer untereinander zu pflegen, Erfahrungen auszutauschen und in Phasen wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Gefährdungen eng zusammenzustehen. Leider gibt es immer wieder einige, sogar namhafte Unternehmer, die in Kenntnis dieser Zusammenhänge geradezu beschämend bei Seite stehen, weil sie darauf bauen, daß andere da sind, die sich für die gemeinsame Sache engagieren. Helfen Sie alle mit, diese Außensteiter, die noch viel zu zahlreich sind, in unsere verbandliche Gemeinschaft zu integrieren, helfen Sie mit, durch Ihren Kontakt zu uns die verbandliche Arbeit für Sie noch effektiver und unmittelbarer zu gestalten.

Partner im LGA – eine starke Gemeinschaft, das wird auch 1988 unser Wahlspruch sein. Wir wünschen Ihnen, Ihren Familien und Ihren Mitarbeitern frohe und gesegnete Weihnachten sowie ein glückliches, erfolgreiches und gesundes neues Jahr.

DER PRÄSIDENT



Konsul Senator Walter Braun

DER HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER



Dipl.-Kfm. Werner Sattel

Bayerische Verfassungsmedaille in Gold für Präsident Braun

Mit der Bayerischen Verfassungsmedaille in Gold wurde der Präsident unseres Landesverbandes, Konsul Senator Walter **Braun**, ausgezeichnet. Seit mehr als zwei Jahrzehnten gehört Braun dem Bayerischen Senat als Mitglied an. Wie Landtagspräsident Dr. Franz **Heubl** bei der Verleihung ausführte, war und ist für Braun die Verfassung Richtschnur seines Verhaltens. Er habe die Verfassung als Pflicht für sich und Chance für alle aufgefaßt. In Anerkennung seiner Leistungen wurde deshalb Braun mit dem Dank des Parlaments die Verfassungsmedaille verliehen. Heubl zitierte auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der anlässlich der Verleihung des Romano-Guardini-Preises der Katholischen Akademie in Bayern gesagt hatte: „Das demokratische Gemeinwesen gewinnt seine Kraft nicht allein aus dem Verfassungstext, sondern erst durch den Willen des einzelnen für die Beteiligung am Ganzen.“

Wir freuen uns mit Präsident Braun über diese hohe Auszeichnung und gratulieren ihm auch an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich.

Arbeitgeberfragen

Koalitionsbeschlüsse zur Krankenversicherung sind Halbheiten

Als „Halbheiten“ bezeichnete die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die Koalitionsbeschlüsse zur Krankenversicherungsreform. Sie würden allenfalls kurzzeitig zu einer ganz geringfügigen Beitragssenkung führen. Schon bald werde sich aber die Beitragsschraube wieder nach oben drehen. Der Keim dazu sei bereits mit der den Krankenkassen neu aufgebürdeten Pflegeabsicherung gelegt. Hierin stecke ein unabsehbarer Kostentreibersatz. Wenn überhaupt, könnten auch in diesem Bereich die Krankenkassen nur für medizinische Leistungen in Anspruch genommen werden. Im übrigen sei die Absicherung des Pflegerisikos eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Unerfindlich sei, wie eine Aufteilung der mit 14 Milliarden DM schon sehr hoch angesetzten Einsparungen gleichmäßig auf Beitragssenkung und Leistungsausweitung für Vorsorge und Pflege quantifizierbar und rechtlich abgrenzbar gestaltet werden könnte.

Der Koalition fehle der Mut zu einer wirklichen Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung. Am anonymen Sachleistungssystem werde festgehalten. Selbstbeteiligung der Versicherten, die auf eine verantwortungsbewußtere Inanspruchnahme der Kassenleistungen hinwirke, greife nicht Platz. Als einziger positiver Ansatz bleibe die Zurückführung der Kassenleistungen in bestimmten Bereichen auf das medizinisch Notwendige mit Festbeträgen. Auch hier gebe es aber bereits Einbrüche.

Der kostenträchtigste Bereich, die Krankenhausversorgung, werde aus der Krankenversicherungsreform praktisch völlig ausgeklammert. Das Abwarten bis zur Vorlage des Krankenhausberichtes Ende 1988 bedeute eine Verschiebung auf unbestimmte Zeit.

Der Arzneimittelsektor könne aus der Kostendämpfung nicht ausgenommen werden. Der eingeschlagene Weg eines Solidaritätsbeitrags der pharmazeutischen Industrie sei jedoch auch als sogenannte Verhandlungslösung ordnungspolitisch abzulehnen.

Im übrigen habe der Arzt den Schlüssel zum Medikamentenschrank in der Hand. Selbst die allenthalben für richtig gehaltene prozentuale Beteiligung an den Arzneikosten sei vermieden und stattdessen die unzulängliche Rezeptgebühr von DM 2,- auf DM 3,- angehoben worden.



Die Vertagung der schwierigen Organisationsfrage runde das negative Bild ab. Hauptbetroffene seien die Ortskrankenkassen. Aufgrund ihrer ungünstigen Mitgliederstruktur seien sie unverändert vor aus eigener Kraft nicht lösbar Kostenprobleme gestellt. Es sei zu befürchten, daß der Finanzausgleich in der gesetzlichen Krankenversicherung nun neuen Auftrieb erhalte, der den letzten Anreiz zur Sparsamkeit bei den Krankenkassen nehme.

Alles in allem werde mit den vorgesehenen Maßnahmen die Ausgabenexpansion nicht dauerhaft abgebremst. Entscheidende Strukturelemente würden ausgeklammert. Deshalb seien im Gesetzgebungsverfahren wesentliche Korrekturen unverzichtbar.

Berufsausbildung und -förderung

Ausbilder-Eignungsverordnung Ablauf der befristeten Befreiungen

Nach der Ausbilder-Eignungsverordnung für die gewerbliche Wirtschaft konnte die Kammer in Ausnahmefällen Ausbilder/-innen vom Nachweis des Erwerbs berufs- und arbeitspädagogischer Kenntnisse **befristet bis zum 31.12.87** befreien. Diese Befreiungsfrist ist nunmehr abgelaufen.

Für die Ausbildungsbetriebe ergeben sich folgende Konsequenzen:

1. Die bis zu diesem Zeitpunkt bestehenden Berufsausbildungsverhältnisse können zu Ende geführt werden.
2. Neue Ausbildungsverhältnisse können ab 1988 jedoch nur dann begründet werden, wenn
 - a) entweder dieser(e) Ausbilder/in inzwischen eine Ausbilderprüfung erfolgreich abgelegt hat bzw. nach § 7 AEVOGw endgültig von der Ausbilderprüfung befreit wurde oder noch wird,
 - b) oder im Ausbildungsbetrieb ein anderer Mitarbeiter, der die fachliche und arbeitspädagogische Eignung erfüllt, mit der Ausbildung beauftragt wird.

Bitte reichen Sie baldmöglichst eventuelle Anträge bei den Kammern ein bzw. erkundigen Sie sich nach Teilnahmemöglichkeiten an einem Ausbilder-Seminar in unserem Bildungszentrum.

Wirtschaftsminister Anton Jaumann wurde 60 Jahre alt

Am 5. Dezember konnte der bayerische Wirtschaftsminister seinen 60. Geburtstag feiern. **Jaumann**, der 1927 als Sohn des Bauern und langjährigen Bürgermeisters Anton Jaumann in Belzheim bei Nördlingen geboren wurde, absolvierte nach Schulzeit, Kriegsdienst und amerikanischer Gefangenschaft ein volkswirtschaftliches und rechtswissenschaftliches Studium in Würzburg. Nach Referendarzeit und zweiter juristischer Staatsprüfung machte sich Jaumann 1957 als Rechtsanwalt selbstständig. Von 1958 bis 1963 gehörte er unserem Landesverband als Geschäftsführer an.

Das politische Interesse und der christliche Glaube Jaumanns führen ihn in die CSU. Mit 22 Jahren übernimmt er neben seinem Studium das Amt des Kreisgeschäftsführers der CSU in Nördlingen, gerade 25-jährig wird er 1953 zum Kreisvorsitzenden der CSU Nördlingen gewählt. 1958 wird Jaumann erstmals als Direktkandidat der Christlich Sozialen Union in den Bayerischen Landtag entsandt. Auf Vorschlag des Landesvorsitzenden Franz-Josef **Strauß** wird 1963 Jaumann vom Landesvorstand der CSU zum Generalsekretär der Christlich Sozialen Union berufen, ein Amt, das Jaumann vier Jahre lang bis 1967 bekleidet. 1966 bereits beruft Ministerpräsident Alfons **Goppel** Jaumann in sein Kabinett als Staatssekretär im Staatsministerium der Finanzen. 1970 wird Jaumann zum Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr ernannt.

Anton Jaumann ist Marktwirtschaftler. Es ist das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft, wie es von **Ludwig Erhard** und **Alfred Müller-Armack** entwickelt worden ist und das sein Verständnis von Wirtschaftspolitik prägt. Zu diesem Ordnungsmodell gehört die geschichtliche Erfahrung, daß eine demokratische Gesellschaft freier und selbstständiger Bürger niemals Bestand haben kann ohne eine Wirtschaftsordnung, welche die Freiheit des Marktes schützt und der Initiative des Einzelnen Raum läßt.

Die von Anton Jaumann seit 1970 zunächst im Kabinett Goppel und ab 1978 im Kabinett Strauß entscheidend mitgestaltete und miterantwortete bayerische Wirtschaftspolitik orientiert sich stetig und verlässlich an diesem Leitbild. Denn für Eigeninitiative und Erfindungsreichtum einer freiheitlichen Ordnung gibt es nach Jaumanns Überzeugung keine Alternative. In bewußter Verantwortung für einen wirksamen sozialen Ausgleich hat Anton Jaumann Wirtschaftspolitik immer auch als Gesellschaftspolitik betrieben mit dem Ziel, das soziale Gleichgewicht und den sozialen Frieden zu bewahren. Deshalb war es immer eine wichtige Zielsetzung der Bayerischen Wirtschaftspolitik, standortbedingte oder größenspezifische Nachteile im Wettbewerb nach Möglichkeit auszugleichen. Folgerichtig hat Anton Jaumann sowohl die Regionalpolitik als auch die Mittelstandspolitik zu Schwerpunkten seiner politischen Arbeit gemacht.

Ein besonderes Anliegen ist die Sicherung eines fairen Leistungswettbewerbs. Die beste Garantie dafür sind mittelständische geprägte Marktstrukturen. Deshalb hat Anton Jaumann diesem Aspekt schon früh besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Konsequent hat sich Anton Jaumann bei den Beratungen eindringlich dafür eingesetzt, der Entstehung und Verstärkung sowie dem Mißbrauch von Marktmacht wirkungsvoll zu begegnen. Die bayerische Wettbewerbspolitik unter Anton Jaumann hat damit wichtige Anstöße gegeben, die erhebliche Bedeutung für die Erhaltung und Stärkung einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland haben.

Der Schaffung von Arbeitsplätzen gilt Jaumanns besonderes Augenmerk. Fast eine halbe Million zusätzlicher Arbeitsplätze sind in Bayern seit 1970 entstanden. Über 11 Mrd. DM an Zuschüssen und zinsverbilligten Darlehen für gewerbliche Investitionen und

den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur sind in Jaumanns bisheriger Amtszeit in die bayerischen Fördergebiete geflossen. Das hat etwa 30 Mrd. DM an gewerblichen Investitionen ausgelöst.



Der gesamtwirtschaftliche Wachstumsvorsprung Bayerns hat sich vor allem nach der Rezession von 1975 ständig weiter vergrößert. Bayern ist seit Jahren eindeutiger Wachstumsspitzenreiter unter den Bundesländern. Die früher aufgrund traditioneller Strukturschwächen in Bayern regelmäßig überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote ist 1978 erstmals unter den Bundesdurchschnitt gesunken. Seither hat sich die Schere immer weiter zugunsten Bayerns geöffnet.

Geradezu legendär ist Jaumanns Ruf als Mittelstandspolitiker. Er hat als erster in der Bundesrepublik Deutschland 1974 ein Mittelstandsförderungsgesetz vorgelegt – eine Gesetzesinitiative, die von fast allen Bundesländern nachvollzogen wurde. Die durch das Gesetz massiv verstärkte mittelstandspolitische Grundsatzdebatte hat darüber hinaus bundesweit zu einem bis heute anhaltenden neuen Bewußtsein von der Bedeutung und Funktion der kleinen und mittleren Unternehmen in unserer Wirtschaftsordnung geführt. Ein gesunder Mittelstand ist für Jaumann jedoch mehr als nur ein wirtschaftliches Phänomen. „Das Erfolgsgeheimnis des Mittelstandes liegt in dem vielfältigen Zusammenwirken von Ökonomie, Geschichte, Kultur und Politik“, sagte Jaumann kürzlich anlässlich der Verleihung der Verdienstmedaille des Bezirks Schwaben. Jaumann hat darüber hinaus frühzeitig erkannt, daß Bayern als rohstoffarmes Land langfristig nur dann Chancen hat, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und auszubauen, wenn konsequent auf eines gesetzt wird: Auf den Rohstoff

„Geist“. Mit diesem Ziel hat Jaumann u. a. das mittelständische Technologieberatungsprogramm ins Leben gerufen, das Innovationsförderungs-Programm gestartet, dieses um ein Technologie-Einführungs-Programm ergänzt und die Einrichtung eines landesweiten Netzes von Beratungs- und Fachinformationsstellen gefördert. Er hat der Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft wesentliche Impulse gegeben, den Ausbau zahlreicher Einrichtungen der angewandten Forschung finanziell unterstützt und die Modernisierung der beruflichen Bildung vorangetrieben.

In Jaumanns Amtszeit fällt auch das große Umdenken in den Fragen der Energie. Im Herbst 1977 löste das Preisdictat der OPEC-Staaten die erste weltweite Ölkrise mit schwerwiegenden gesamtwirtschaftlichen Folgen aus. Neue Energietechnologien und wirtschaftlicher Umgang mit Energie wurden deshalb zu Schlüsselstrategien in der Energiepolitik. Grundlagen dieser Politik waren u. a. das Energieprogramm Bayern, der Standort-

sicherungsplan für Wärmekraftwerke und das Programm zur Förderung der rationellen Energiegewinnung und -verwendung.

Auch als vorausschauender Verkehrspolitiker hat sich Jaumann weit über die Grenzen Bayerns hinaus einen Ruf erworben. Seine Initiativen auf diesem Gebiet sind ein Beispiel für das Standvermögen und die Weitsichtigkeit in wichtigen Zukunftsfragen. Das gleiche läßt sich sagen für die Entwicklung der Mikroelektronik und die Erarbeitung und Beschäftigung mit Zukunftsfragen der Informationsgesellschaft. Jedoch: Für Jaumann zählt nicht blinder Fortschrittglaube, sondern die Verbindung von Technik und Menschlichkeit, von Zukunftsoptimismus und Heimatbewußtsein.

Die bayerische Wirtschaft verdankt ihrem langjährigen Wirtschaftsminister Anton Jaumann sehr viel. Die Glückwünsche des Bayer. Groß- und Außenhandels überbrachten in diesem Sinne Präsident **Walter Braun** und Hauptgeschäftsführer **Werner Sattel** anlässlich des Geburtstagsempfangs.

Berufliche Bildungsgänge aufgewertet

Bei der Abschlußfeier für Fortbildungsprüfungen in München erklärte der Präsident der Industrie- und Handelskammer (IHK) für München und Oberbayern Rodenstock, daß aufgrund einer Verordnung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus Absolventen der wichtigsten beruflichen Fortbildungsprüfungen nach einem kurzen Lehrgang und einer Zulassungsprüfung an den Bayerischen Fachhochschulen studieren können. Fachwirte, Fachkaufleute und Meister brauchen also keinen zusätzlichen schulischen Bildungsabschluß mehr nachzuholen. Sie sind insofern den Technikern und Absolventen von Fachakademien gleichgestellt. Das wichtigste: Die Hauptschulabsolventen werden dabei durch einen guten Lehrabschluß den Absolventen der Realschulen gleichgestellt.

Die Verknüpfung schulischer und betrieblicher Ausbildung sei nun auch in die Weiterbildung übernommen worden. Fast 20 Mrd. DM pro Jahr werden von der Wirtschaft, der Bundesanstalt für Arbeit und vom Staat und den Kommunen aufgebracht. Dadurch ist es möglich geworden, daß heute fast 80 Prozent der Arbeitnehmer eine abgeschlossene Berufsausbildung aufweisen. Dieses bemerkenswerte Ergebnis ist auf die verstärkten Ausbildungsbemühungen der Unternehmen, vor allem auch der Klein- und Mittelbetriebe zurückzuführen, denn 67 Prozent aller Erwerbstätigen haben ihren Beruf in einem Betrieb erlernt. 1979 sind dies erst 60 Prozent gewesen.

Außenhandel

BGA fordert schnelle Ratifizierung des Unictral-Übereinkommens

Der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), Bonn, hat die Bundesregierung in einem Schreiben an den Bundesminister der Justiz am 19. November 1987 aufgefordert, unverzüglich die Ratifizierung des Unictral-Übereinkommens über internationale Warenaufverträge in die Wege zu leiten. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaften müßten alle Anstrengungen unternommen werden, damit diese einfache und praktikable Rechtsordnung eine Grundlage des Europäischen Binnenmarktes wird.

Der BGA erinnert daran, daß das Übereinkommen bereits zum 1. Januar 1988 völkerrechtlich in Kraft treten wird. Es sei u.a. von so wichtigen Handelspartnern der Bundesrepublik, wie den USA, Frankreich und Italien, aber auch der Volksrepublik China, bereits ratifiziert. Ratifizierungen durch die skandinavischen Staaten seien in Kürze zu erwarten. Für die Bundesrepublik komme es darauf an, nicht den Anschluß an seine wichtigsten Handelspartner zu verlieren.

EDV ANLAGE „TAYLORIX“ GÜNSTIGST ABZUGEBEN

(wegen Betriebsverkleinerung und Auflösung von Filialen)

Die nach neuesten und modernsten Stand ausgelegte Anlage besteht aus:

- 2 Bildschirmarbeitsplätze (erweiterbar auf mehrere)
- 2 Druckern (DIN A 3 und DIN A 4)
- 2 Scanner Terminals mit Scanner Etikettendrucker zum Erfassen der Daten (z.B. Artikel, Rechnung usw.) mit dem Lesestift
- 1 Datensicherungsgerät (Streamer) zum Sichern des kompletten Festplatteninhaltes

1 Zentralcomputer mit 32MB Festplatte und 2 Laufwerken 5 1/4 Zoll Programme sind für den Großhandel komplett installiert und 2 Jahre im Einsatz. (Finanzbuchhaltung mit Bilanz, Lohn, Warenwirtschaft mit Inventur und Faktura, Kunden, Lieferanten, Bestellwesen, Textverarbeitung, Serienbriefe mit Selection, hochintegriert, auch von Hilfspersonal bedienbar.

Für nähere Information verlangen Sie bitte
Herrn Klaus Stender

STENDER Elektro Groß- und Einzelhandel
8640 Kronach, Marienplatz 4, Telefon: 09261/40134
oder 94081, Telex: 642204

Der LGA war dabei...

1. Oktober

Öffentliche Generalversammlung beim Stahlhandelstag in Nürnberg des Bundesverbandes Deutscher Stahlhandel, Düsseldorf: *Präsident Braun*

Eröffnung des Neubaus der Mitgliedsfirma Grobü GmbH, Nürnberg: *Wiedemann*

2. Oktober

40jähriges Firmenjubiläum der Firma Würth GmbH, Erlangen: *Wiedemann*

Weiterbildung im kaufmännischen Bereich, BiBB, Hamburg: *Deutsch*

6. Oktober

Feier des 80. Geburtstages von Herrn Rudolf Eschenbach, Fa. Eschenbach Optik GmbH & Co., Nürnberg: *Präsident Braun*

Sitzung der LGA-Erfa-Gruppe, Augsburg: *Sattel, Sauter*
Fachzweig-Sitzung „Elektro-Rundfunk-Fernsehen“ in München: *Frankenberger*

15. Oktober

Information Trainee im Handel, München: *Deutsch*

Sitzung des LGA-Vorstandes, Nürnberg

19. Oktober

Empfang zum 60. Geburtstag von Herrn HGF Wunschel, IHK Nürnberg: *Präsident Braun, Sattel*

20. Oktober

Sitzung des Bürgschaftsausschusses der KGG und des Garantieausschusses der Kapitalbeteiligungsgesellschaft, München: *Sattel*

21. Oktober

Abschlußfeier Fachwirte, München: *Deutsch*

22./23. Oktober

Verbandstag des Spielwaren-Großhandels in Bad Mergentheim: *Sattel, Köppel*

Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses in Bad Säsendorf: *Frankenberger*

Richtfest der Mitgliedsfirma Postler GmbH & Co. KG, Nürnberg: *Wiedemann*

26. Oktober

75-jähriges Firmenjubiläum der Mitgliedsfirma Wilhelm Wittmann, Coburg: *Wiedemann*

27. Oktober

Seminar Produkthaftung, München: *Deutsch*

28. Oktober

Sitzung des Ausschusses für Betriebswirtschaft und Verkehr: *Sattel, Sauter*

30. Oktober

Sitzung Fachzweig Feuerwehrbedarf, Nürnberg: *Sauter*

2. November

IHK-Informationsveranstaltung über das Großhandelszentrum in München: *Sattel*

3./4. November

Sitzung des Vorstandes und des Nürnberger Verwaltungsrates des Bildungszentrums: *Sattel*

3. Ausbildungstag, IHK München: *Deutsch*

Eröffnung bfz München: *Deutsch*

5. November

Sitzung des Verwaltungsrates der Kreditgarantiegemeinschaft: *Sattel*

6. November

Vorbereitung Information Hauptschullehrer, Augsburg: *Deutsch*

9. November

Sitzung Planungsverband in Ingolstadt: *Köppel*

11. November

Sitzung süddeutscher Arbeitskreis Technische Chemikalien, München: *Sauter*

Sitzung des Stiftungsrates der Spielwarenbranche in Nürnberg: *Köppel*

Weiterbildung im kaufmännischen Bereich, BiBB Berlin: *Deutsch*

12. November

Pressekonferenz der Spielwarenbranche in Nürnberg mit LGA Beteiligung auf dem Podium: *Sattel*

Sitzung des BGA-Berufsbildungsausschusses Bonn: *Deutsch*

Pressekonferenz der Spielwarenbranche in Nürnberg: *Köppel*

19. November

VAB-Bildungsausschuß, München: *Deutsch*

24. November

Sitzung des Garantieausschusses der Kapitalbeteiligungsgesellschaft: *Sattel*

Informationsveranstaltung „Chancen im Großhandel“ Augsburg: *Deutsch*

26. November

Sitzung des Ausschusses für Öffentlichkeitsarbeit im LGA Nürnberg: *Sattel, Deutsch*

BGA-Steuerausschuß, Bonn: *Sauter*

30. November

Jahresabschluß-Empfang des LBE, Bezirk Mittelfranken: *Präsident Braun*

Jahresversammlung und Empfang des Wirtschaftsbeirates der Union, München: *Präsident Braun, Sattel*

Personalien

Wir gratulieren

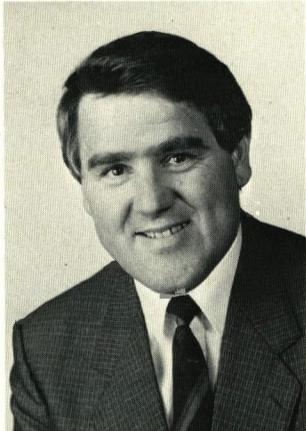
Herrn **Eckhart Diehl**, Firma Eisen-Schmidt GmbH in Amberg, der mit Wirkung vom 1. Januar 1988 an auf die Dauer von 3 Jahren zum Handelsrichter am Landgericht Amberg ernannt worden ist. Ihm gelten unsere herzlichen Glückwünsche zu dieser ehrenvollen Berufung.

Herrn **Alfred Foerster**, Mitinhaber der Elektro Union Handels GmbH & Co. KG in Nürnberg, der mit Wirkung vom 1.11.1987 an für eine neue Amtsperiode von vier Jahren zum ehrenamtlichen Richter beim Arbeitsgericht Nürnberg berufen wurde.

Wir gratulieren sehr herzlich zu dieser ehrenvollen Berufung.

Unserem Vizepräsidenten Herrn **Dr. Dieter Wolfrum**, Dipl.-Kfm., Gesellschafter unserer Mitgliedsfirma Wolfrum & Gerbeth in Garching, Schuhgroßhandel. Dr. Wolfrum wird mit Wirkung vom 30. Dezember an auf die Dauer von drei Jahren zum Handelsrichter am Landgericht München I ernannt.

Staatssekretärwechsel im Wirtschaftsministerium



Als neuer Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium amtiert seit einigen Wochen **Alfons Zeller**, der die Nachfolge von Freiherr von Waldenfels angetreten hat.

Alfons Zeller, seit 1978 Mitglied des Bayerischen Landtags, wurde am 19. April 1945 in Häuser, Gemeinde Burgberg, geboren. Nach dem Besuch der landwirtschaftlichen Schule Immenstadt und einer Beschäftigung auf dem landwirtschaftlichen Anwesen der Eltern absolvierte Alfons Zeller eine kaufmännische Lehre bei der Raiffeisen-Zentralbank in Kempten. Von 1971 bis 1974 besuchte er die Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Kempten, Abschluß

mit Wirtschafts-Diplom Betriebswirt (VWA). Seit 1972 war Alfons Zeller Gemeinderat und 3. Bürgermeister der Gemeinde Burgberg. Seit 1978 war er Kreisrat des Landkreises Oberallgäu. Seit 1980 CSU-Kreisvorsitzender des Kreisverbandes Oberallgäu.

Wir wünschen Staatssekretär Zeller für seine neue, verantwortungsvolle Tätigkeit Erfolg und viel Glück.

Otto Taffel – ein 80er

Am 13. November konnte Otto Taffel, der Seniorchef unserer Mitgliedsfirma Kanzenel & Beisenherz, Großhandel mit Schreibwaren, Bürobedarf, Spielwaren und Festartikel in Unterhaching bei München, seinen 80. Geburtstag feiern.



Die Firma Kanzenel & Beisenherz gehört unserem Landesverband seit 1942 an, viele Jahre ist Otto Taffel zudem hochgeschätztes Vorstandsmitglied in unserem Landesverband. Otto Taffel hat sich über die wirtschaftlichen Verdienste in seiner Firma hinaus für seinen Berufsstand und seine Branche bleibende Verdienste erworben. Lange Jahre gehörte er unserem Ausschuß für Berufsbildung an sowie dem Ausschuß für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit. Auch dem Beitragsausschuß stellte er seine Arbeitskraft zur Verfügung. Viele Jahre leitete er auch als Vorsitzender den Fachzweig „Schreib-, Papierwaren und Bürobedarf“, noch heute fungiert er als sehr sachverständiger Vertreter des Großhandels im Bürgschaftsausschuß unserer gemeinsam mit dem Bayerischen Einzelhandel errichteten Kreditgarantiegemeinschaft. Neben seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Handelsrichter beim Landgericht München war er aktiv beteiligt bei der Gründung des Europa-Kontors des Papier-, Schreibwaren- und Bürobedarfs-Großhandels. Nicht von ungefähr wählte man ihn als langjährigen Aufsichtsratsvorsitzenden. Die erfolgreiche Entwicklung dieser Organisation ist nicht zuletzt seinem unermüdlichen Einsatz zu verdanken.

Der Jubilar darf also auf ein außerordentlich erfolgreiches Leben zurückblicken. Seine ungewöhnliche Tüchtigkeit als Kaufmann ist nur ein Mosaiksteinchen in seiner Erfolgspalette. Seit 1935, als er als Gesellschafter in die damals schon bestehende Firma Kanzenel & Beisenherz eingetreten war, ging es stetig bergauf. Zusammen mit seiner Ehefrau Else baute er den Großhandel aus und führte die Firma beständig durch die Wirren des 2. Weltkrieges. 1953 errichtete Otto Taffel in der Landwehrstraße in München einen Neubau, der für damalige Zeiten wegweisend war, jedoch schon bald Raumprobleme mit sich brachte.

Trotz der zahlreichen Ehrenämter, die viele Würdigungen erfuhren, nahm es Otto Taffel mit seinem Sohn Horst und dessen Frau Inge im Jahre 1970 nochmals auf sich, das Unternehmen durch einen Neubau in München-Unterhaching zu vergrößern.

Mit diesem 10.000 qm großen Betriebsgebäude — darunter 1.000 qm allein Ausstellungsfläche — zählt die Firma Kanzenel & Beisenherz heute zu den größten Großhandelshäusern dieser Branche in Europa. Und mit 300 Jahren Firmengeschichte auch zu den ältesten.

Tradition und Fortschritt — zwei Prinzipien der Familie Taffel, die dem Unternehmen auch in Zukunft dauerhaften Erfolg sichern werden. Daß Otto Taffel hieran noch viele Jahre mitwirken kann, wünscht ihm unser Landesverband von Herzen. Wir sagen ihm für alle Verdienste, die er sich um den bayerischen Großhandel erworben hat, unseren herzlichen Dank und wünschen ihm noch viele weitere Jahre eine so stabile Gesundheit und ungewöhnliche Schaffenskraft und persönliche Zufriedenheit.

Herbert Rauh — 60 Jahre

Am 16. November 1987 konnte der geschäftsführende Gesellschafter unserer Mitgliedsfirma Stara, Elektrogroßhandels-Gesellschaft mbH in Passau sein 60. Lebensjahr vollenden.



Herbert Rauh, der unserem Landesverband viele Jahre als aktives Vorstandsmitglied angehörte und darüber hinaus langjähriges Mitglied unseres Berufsbildungsausschusses war, besuchte nach der Volksschule die Oberrealschule. Seit 1942 ist er in Passau. Nach zwei Jahren als Kriegsteilnehmer folgte die kaufmännische Lehre im elterlichen Betrieb. 1952 wurde Herbert Rauh Leiter der Passauer Filiale der damals noch in Nürnberg ansässigen Firma STARA.

Während der über 40jährigen Tätigkeit Herbert Rauhs wurde 1951 der Neubau des Betriebsgebäudes in Passau errichtet; 1963 die Filiale in Eggenfelden gegründet. 1969 wurden die Betriebe in Österreich, in Linz, Wien und Ried ins Leben gerufen. Herr Rauh ist an ihnen beteiligt. Seit 1981 ist der Jubilar alleiniger geschäftsführender Gesellschafter der Stara Elektrogroßhandels-Gesellschaft mbH mit dem Sitz in Passau.

Neben seiner ungewöhnlich aktiven geschäftlichen Tätigkeit bekleidet Herbert Rauh das Amt eines ehrenamtlichen Richters beim Arbeitsgericht Passau seit 1976. Von 1975 bis 1985 war der Jubilar Vorsitzender des Aufsichtsrats der bedeutendsten Marktgemeinschaft der Bundesrepublik Deutschland, der ELTKONTOR GmbH & Co. KG in Hannover. In seine Amtszeit fielen wesentliche Aktivitäten sowie die Expansionen dieser Firma. Neben dem Berufsbildungsausschuß des Landesverbandes gehörte Herbert Rauh auch viele Jahre dem Berufsbildungsausschuß der IHK Passau als stellvertretendes Mitglied an. Heute werden 195 Mitarbeiter in den Stara-Firmen beschäftigt.

Besonders hervorzuheben ist noch die Sportbegeisterung des Jubilars. Fußball, Tennis und Tischtennis werden aktiv gespielt, ebenso wie alpiner Skilauf und Kegeln. Den Club hatte er vor 36 Jahren selbst gegründet.

Wir gratulieren unserem Mitglied Herbert Rauh auf das herzlichste und wünschen ihm für das kommende Jahrzehnt persönliches Wohlergehen, Gesundheit und Zufriedenheit.

Aloys Rossmann KG — 75jähriges Betriebsjubiläum

Zum 75. Geschäftsjubiläum konnten wir in diesen Wochen unserer Mitgliedsfirma Aloys Rossmann KG, Eisen, Sanitär, Heizung, in Oberviechtach gratulieren.

150 Gäste waren der Einladung der Firma Rossmann gefolgt, um dieses Jubiläum zu feiern.

Wie Fritz Rossmann, seit 40 Jahren die treibende Kraft des Unternehmens, in seiner Festansprache sagte, verfolgt die Firma seit Gründung das Motto: „Leistungsvielfalt zum Nutzen der Kunden.“ Schon der Gründer des Unternehmens, Aloys Rossmann, habe „gute Qualität mit fachmännischer Beratung zu fairen Preisen“ angeboten.

Trotzdem ging natürlich im Laufe der Jahrzehnte nichts von allein. Harte Aufbauarbeit und bittere Rückschläge gehören auch zur Geschichte des Unternehmens und der mit ihm verbundenen Menschen, ebenso wie die Erfolge. Juniorchef Siegfried Rossmann blickte in der Firmenchronik zurück auf den Firmengründer Aloys Rossmann, der mit einem damals beachtlichen Monatsverdienst von 180 Goldmark das Fundament für die Gründung seiner Firma legte. Seit 1910 mit Euphrosine, einer Kontoristin, Gastwirtstochter aus Erding, verheiratet, die sich ebenfalls als sehr geschäftstüchtig erwies, wagte er den Weg in die Selbständigkeit. 1912 konnte ein Geschäftshaus erworben werden, bis heute der Stammsitz der Firma Rossmann. Hart waren die Jahre vor und während des 1. Weltkriegs. Nur durch Beschränkung auf das Allernotwendigste und den Betrieb einer kleinen Landwirtschaft für den eigenen Bedarf konnten die mittlerweile vier Kinder ernährt und die Firma weiter nach vorn gebracht werden.

Um den zu dieser Zeit schwer erkrankten Firmengründer zu entlasten, trat Anfang der 20er Jahre sein Bruder Fritz, eigentlich geübter Apotheker, in die Firma ein. Mit dem Pferdewagen ging es auf Kundenbesuch. Bald konnte durch Zuverlässigkeit ein guter Name erworben und größerere Erfolge erzielt werden.

1924 starb die Gattin des Inhabers, ihr fünftes Kind, der heutige Firmeninhaber Friedrich Rossmann, war damals noch keine zwei Monate alt. Trotzdem: es ging weiter aufwärts bis 1929 die Weltwirtschaftskrise begann. Nach der Krise, als es dann wieder aufwärts ging, stieß die Firma bald auf beengte Verhältnisse. Erweiterungen mußten vorgenommen werden, ein neues Grundstück wurde erworben. Nach dem 2. Weltkrieg und der Währungsreform ging es wieder bergan. 1954 konnte der erste größere Lkw angeschafft werden, es folgte der Ausbau des Betriebsgeländes am Bahnhof, die Umsätze zogen kräftig an. Vor der Hochzeit Friedrichs mit seiner Frau Erna, der heutigen Chefin, trat der Bruder Friedrichs, der Rechtsanwalt Alois, in das Unternehmen ein. Nun gaben jeweils zwei Brüder aus zwei Generationen im Familienbetrieb, der später in eine KG umgewandelt wurde, ihr Bestes. Die Mitarbeiterzahl konnte bis 1970 auf 20 ansteigen. Heute sind es über 50 Mitarbeiter. Das Einzelhandelsgeschäft verfügt über eine Fläche von 1.400 qm. Ein Jahr zuvor war bereits im Walzstahlhandel eine grundlegende Verbesserung der Lagertechnik durch den Bau einer großen, doppelschiffigen Halle mit modernsten Kranbahnen errichtet worden. Auf dem Lagergelände sollte auch der zweite bedeutende Großhandelszweig, Sanitär-Heizung, ein Zuhause finden. Er wurde vor

drei Jahren durch die aktuelle Bäderausstellung „Badforum“ ergänzt. Die Breite des Angebots wird dem Anspruch und den Anforderungen des Marktes in diesem Gebiet gerecht. Der bisherige Erfolg läßt erwarten, daß auch für die Zukunft die Wirtschaftskraft der Firma an Bedeutung gewinnen werde. Mit Zuversicht können den kommenden Jahren entgegengesehen werden, da man durch ein breites Sortiment, hohe Lieferfähigkeit und moderne Lagertechnik hierfür bestens gerüstet sei. Dies wünschen wir auch an dieser Stelle Inhabern und Mitarbeitern der Firma von Herzen.

Wilhelm Wittmann, Coburg 75jähriges Geschäftsjubiläum

Die Firma **Wilhelm Wittmann** feierte am Montag, den 26.10.1987 ihr 75jähriges Bestehen. Bei dem Empfang würdigten zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens die Leistungen des Unternehmens. Die Glückwünsche unseres Verbandes überbrachte in einem Grußwort der Leiter unserer Geschäftsstelle Nürnberg, Herr RA Alois Wiedemann.



Alois Wiedemann, Landrat Helmut Knauer, Inge Lassen, MDL Otto Regenspurger, Maria Kellersch, Landtagsvizepräsident Siegfried Mösllein

Mitinhaberin **Maria Kellersch** ließ in ihrer Ansprache bei dem Empfang die Firmengeschichte Revue passieren. Im Jahre 1912 gründete ihr Vater Wilhelm Wittmann das Unternehmen. Er verkaufte damals vom Klo-Papier bis zur Rechenmaschine alles, was in die Sparte Büroartikel und -möbel, sowie Fein- und Packpapier gehörte. Im Jahre 1923 gliederte Wittmann eine Druckerei an, und 1 Jahr darauf richtete er ein Ladengeschäft in der Bahnhofstraße ein. Später wurde eine Filiale in Sonneberg gegründet. Das Unternehmen hatte in den 20er Jahren schwer zu kämpfen, um seinen Bestand zu sichern, doch Fleiß und Gerautlinigkeit ließen es auch schwierige Zeiten überdauern.

Im Jahre 1943 fiel der Sohn der Familie, der eigentlich das Geschäft vom Vater hätte übernehmen sollen.

Nach dem Krieg fingen die beiden heutigen Inhaberinnen, Frau **Maria Kellersch** und Frau **Inge Lassen**, eine Lehre im väterlichen Betrieb an. „Unsere Eltern haben uns während unserer Lehrzeit nichts geschenkt, und auch danach wurden wir nie besser als unsere Arbeiter behandelt“, erinnert sich Maria Kellersch.

Als die Verbindung zu Thüringen abriß, verlor die Firma etwa 60% ihrer Kundschaft. Orte wie Sonneberg, Suhl, Zella-Mehlis, Hildburghausen oder Eisfeld, die alle zum Absatzgebiet des Unternehmens gehört haben, waren nun abgeschnitten.

1973 wurde nach dem Kauf eines Doppelhauses in der Rosenauer Straße das Hauptgeschäft erheblich erweitert.

Ein Rundgang durch die Räume in der Rosenauer Straße überzeugte dann die Festbesucher davon, daß die Firma vom unternehmerischen Weitblick geprägt ist. Neben Papierwaren aller Art sowie einem umfangreichen Sortiment an Schreibstiften bietet es insbesondere Einrichtungen für eine moderne Büro- und Privatregistratur mit allem Zubehör in vielseitiger Auswahl an.

Neben Kassen aller Art führt Wittmann Zeichenmaschinen und Kopiergeräte, sowie Rechenmaschinen mit Speichervermögen bis zu 3 DIN A4 Seiten in der Größe einer Kofferschreibmaschine, Telefax-Vorführeinrichtungen mit 2 Telefonen, Tageslichtprojektoren, Brieffallgeräte, Aktenvernichter für den großen und kleinen Papierabfall und Anrufbeantworter. Der besondere Schlager unter den Bürogroßgeräten ist eine Lichtpausmaschine, die bis auf die Breite von 1,10 Metern gestochen scharfe Wiedergabe liefert. Das Gerät ist auch deshalb besonders betriebsfreundlich, weil es mit geruchsfreiem Mittel arbeitet. Ein Lesegerät für Mikrofilme mit A2-Röhrengröße ist ein weiterer Attraktionspunkt im Sortiment von Wittmann und ein Beweis mehr, daß der Bildschirm, gekoppelt mit Computer, aus dem modernen Büro nicht mehr wegzudenken ist. Neu ist auch der „Teleboy“, der Gespräche aufzeichnet und diese laut mithören läßt.

Wir gratulieren der Firma, die seit dem Jahre 1946 ein treues Verbandsmitglied ist, von Herzen und wünschen weiterhin guten Erfolg.

Buchbesprechungen

IHK-Leitfaden „Adressbuch deutscher Importbuchhändler“ – Neue Wege zum Auslandsrecht

Die Broschüre geht von der zunehmend anerkannten Erfahrungstatsache aus, daß bei der Anbahnung und Durchführung von Auslandsgeschäften die Unternehmen und deren Berater eine Vielzahl von in- und vor allem ausländischen Rechtsvorschriften beachten müssen, ohne deren Kenntnis der Erfolg ihrer internationalen Aktivitäten häufig in Frage gestellt wäre. Sieht man einmal von den deutschsprachigen Darstellungen über das Auslandsrecht ab, ist es jedoch in der Praxis für Außenhandelsfirmen, Rechtsanwälte und andere am Auslandsrecht Interessierte immer wieder recht schwierig, ohne großen Zeitaufwand geeignete fremdsprachige Literatur (Bücher, Fachaufsätze, Broschüren, Merkblätter und Vertragsmuster) über das geltende Recht des Auslands zu finden und beim ortsansässigen Buchhandel zu beziehen.

Über den umfangreichen Adressenteil hinaus werden Tätigkeit und Serviceleistungen des Importbuchhandels dargestellt und ein statistischer Überblick über den deutschen Außenhandel und den innerdeutschen Handel mit Gegenständen des Buchhandels gegeben. Da bei der Lektüre von fremdsprachiger Rechtsliteratur des Auslands spezielle Rechtswörterbücher ein unentbehrliches und nützliches Hilfsmittel sind, enthält die Schrift außerdem eine aktuelle Auswahl-Bibliographie von 28 ein- und mehrsprachigen Rechtswörterbüchern (fremdsprachig/deutsch).

Das „Adressbuch deutscher Importbuchhändler“ umfaßt 89 DIN A4-Seiten und ist gegen Übersendung eines Verrechnungsschecks über DM 28,- einschließlich Porto und Verpackung bei folgender Anschrift erhältlich:
Industrie- und Handelskammer zu Lübeck, Abteilung Außenwirtschaft, Postfach D-2400 Lübeck 1, Telefon: (0451) 13 52 47, Telex: 26 776 ihaka d.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
Landesverband des Bayerischen
Groß- und Außenhandels
Ottistraße 15 · 8000 München 2

Die zweckmäßige Ausgestaltung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen im kaufmännischen Geschäftsverkehr

Anleitung mit Klausurvorschlägen für Allgemeine Lieferbedingungen
Von Dr. HANS HERMANN EBERSTEIN
3., neu bearbeitete Auflage 1987, 186 Seiten, Kartoniert DM 46,—
ISBN 3-8005-6788-1
Schriften des Betriebs-Beraters, Band 50
Verlag Recht und Wirtschaft GmbH, Heidelberg

Mit dem hier der Praxis vorgelegten Wegweiser unterzieht sich der Verfasser der Aufgabe, für die vertragliche Gestaltung der geschäftlichen Beziehungen der Unternehmen in Form von AGB, geeignete Klauseln vorzuschlagen.

Seit Erscheinen der 2. Auflage im Jahre 1980 ist auf dem Gebiet der Allgemeinen Geschäftsbedingungen eine große Fülle von Entscheidungen ergangen und das Schrifttum zu diesem Fragenkomplex fast unübersehbar geworden. Bei der Bearbeitung der 3. Auflage galt es daher, aus dieser Flut von Urteilen und Aufsätzen, aber auch aus den umfangreicher gewordenen Kommentierungen einschließlich Entscheidungssammlungen das für die Praxis Geeignete und Brauchbare, aber auch – gerade für mittelständische Unternehmen – Verständliche „herauszufiltern“.

So entstand ein praktischer Ratgeber für die Abfassung rechtlich zulässiger Klauseln im kaufmännischen Geschäftsverkehr in einer für den Praktiker verständlichen Form.

KULLMANN/PFISTER

Produzentenhaftung

Ergänzbares Handbuch zur gesamten Produkthaftpflicht für die juristische Praxis sowie für Hersteller, Händler, Importeure und Exporteure mit Erläuterungen und den einschlägigen Vorschriften und Entscheidungen im nationalen, supranationalen und internationalen Bereich.

Von Dr. Hans Josef KULLMANN, Richter am Bundesgerichtshof, Prof. Dr. Bernhard PFISTER, Universität Bayreuth, unter Mitarbeit von Dr. Ekkehard BUCHWALDT, Richter am OLG Frankfurt am Main, Klaus KOTTKE, Diplom-Kaufmann, Klaus KUNTZ, Schriftleiter, und Dr. Herbert MESSER, Rechtsanwalt beim Bundesgerichtshof.

Ergänzbare Ausgabe, einschließlich 19. Lieferung, 2 014 Seiten, DIN A5, DM 126,— zuzüglich 2 Spezialordnern je DM 11,80. Das Werk wird mit Folgelieferungen ausgebaut und auf dem Stand der Entwicklung gehalten.

ERICH SCHMIDT VERLAG Berlin · Bielefeld · München

Zum Inhalt:

Die 19. Lieferung dieses Handbuchs enthält im Kapitel „Deliktshaftung“ des Teils „Produkthaftpflicht in Deutschland“ eine Überarbeitung des Abschnitts „Gefahrabwendungspflichten im Rahmen der Warenverteilung“.

Im Teil „Produkthaftpflicht im Ausland“ wird das Kapitel „USA“ zunächst mit einem Abschnitt „Hinweise für den in die USA exportierenden Unternehmer“ eröffnet.

Im Teil „Produkthaftpflicht im Steuerrecht“ wurde der Abschnitt „Rückstellungen für Gewährleistungs- und Garantieverpflichtungen“ überarbeitet. Im Teil „Versicherungsschutz“ werden die AHB und die Besonderen Bedingungen für die Produkt-Haftpflichtversicherung von Industrie- und Handelsbetrieben durch die jeweils neueste Fassung ersetzt.

Der Teil „Rechtsprechung“ wird weiter ausgebaut.

Seminare & Lehrgänge

Buchführung

20 Abende Mo + Mi
19 -21.30 Uhr
23108 München
11. 1. - 23. 3. 1988
Gebühr 426,— DM
inkl. Arbeitsmaterial

Ausbildung der Ausbilder

Abend- und Tageslehrgang
35166 München 12. 1. 1988
35167 München 8. 2. 1988
Gebühr 720,— DM
inkl. Lehrmittel, Förderung durch das Arbeitsamt

Planung von Umsatz, Kosten und Gewinn

Budgetierung für mittelständ. Großhandelsunternehmen
46118 Tegernsee 4. - 5. 2. 88
jew. 9 - 17 Uhr
Gebühr 344,— DM

Aktiver Telefonverkauf als Marketinginstrument

46107 München 18.-19. 2. 88
jew. 9 - 17 Uhr
Gebühr 344,— DM
Referent Dipl.-Ing. D. Kadach

Argumentieren und Überzeugen im Gespräch mit Mitarbeitern

46111 München 18.-19. 2. 88
jew. 9 - 17 Uhr
Gebühr 344,— DM
Referent Dipl.Psych.
Michael Wagner

Personalsachbearbeitung mit Lohn- und Gehaltsabrechnung

23110 München
23. 2. - 31. 3. 1988
12 Abende Di + Do
18.30 - 21.45 Uhr
Gebühr 360,— DM
inkl. Arbeitsmaterial

Der Betriebsprüfer kommt -

Probleme der steuerlichen Außenprüfung
46112 München 23. 2. 1988
1 Tag von 9 - 17 Uhr
Referent Johann Hinterseer, Steuerberater
Gebühr 172,— DM

Handelsfachwirt

Fortbildung zur Führungskraft im Handel
Prüfung vor der IHK, Ausbilder eignung eingeschlossen
Förderung d. d. Arbeitsamt
Abendlehrgänge 2x wöchentl.
Gebühr 3120,— DM
inkl. Arbeitsmaterial
25115 München 29. 2. 1988
35169 Traunstein 29. 2. 1988
Mittwoch/Samstag-Lehrgang
15111 München 24. 2. 1988

Vorbereitung auf die schriftliche Abschlußprüfung vor der IHK

für die Ausbildungsberufe
Bürokaufmann und Kaufmann im Groß- und Außenhandel
9 Abende, jew. 18 - 20.30 Uhr
Gebühr 94,— DM
inkl. Arbeitsmappe

Bürokaufmann
11152 München 25. 2. 1988
11451 Nürnberg 3. 2. 1988
11452 Nürnberg 4. 2. 1988
Kaufmann im Groß- und Außenhandel
11141 München 2. 3. 1988
11441 Nürnberg 1. 2. 1988

Information und Anmeldung

Bildungszentrum des Bayerischen Handels
Briener Straße 47,
8000 München 2,

Telefon 089/55145-0